4 Euro
6 SFr.

KOSMOPROLET

HEFT 2 2009

Impressum

KOSMOPROLET wird herausgegeben von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft, Eiszeit, La Banda Vaga und der gruppe k-21.
c/o Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, 10179 Berlin
Bestellmöglichkeiten über www.klassenlos.tk, Rabatt für Wiederverkäufer
Email: mail@kosmoprolet.tk
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: A. Müller, Oranienstraße 12, 10999 Berlin

KOSMOPROLET 2

Inhalt

EDITORIAL

In den zwei Jahren, die seit der ersten Ausgabe von *Kosmoprolet* ins Land gegangen sind, hat sich die Geschichte immens beschleunigt. Kaum zeichnete sich die schwere Weltwirtschaftskrise ab, wurde Griechenland von einer heftigen Revolte erschüttert; wenige Monate später entzündeten sich an den gefälschten Präsidentschaftswahlen im Iran Massenproteste, die das Regime der islamistischen Konterrevolution nur mit roher Gewalt – vorerst – ersticken konnte.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse in Iran leiten wir unsere Zeitschrift mit einem eilig verfassten Text „*Fragmente über die Tage, die Teheran erschüttern*" ein. In diesem Artikel soll neben der Darstellung der offensichtlichen Zerklüftungen und Interessenkonflikte innerhalb des Regimes und der Entmystifizierung Ahmadinejads als „Präsident der Armen" vor allem der Frage nach dem Klassencharakter dieses Aufstandes sowie seiner Entwicklungsmöglichkeiten nachgegangen werden.

„Ein gravierender Mangel besteht sicherlich darin, dass wir den Begriff der Krise umschiffen, was sich insbesondere dort bemerkbar macht, wo wir die gegenwärtigen Veränderungen der Klassenverhältnisse zu fassen versuchen", hieß es im Editorial der ersten Ausgabe selbstkritisch zu den „28 Thesen zur Klassengesellschaft". Dieser Mangel soll im vorliegenden Heft mit einigen „*Thesen zur Krise*" wenigstens teilweise behoben werden. Während in den Thesen das Augenmerk hauptsächlich auf der Dynamik der gegenwärtigen Krise, ihren politischen Folgen und nicht zuletzt den falschen Versprechen der Linken liegt, bietet der nachfolgende Text „*Eine Krise des Werts*" von Sander eine Lesart marxistischer Krisentheorie, die einen Bogen von der Ware über den unausweichlichen Fall der Profitrate bis zum aktuellen Entwertungscrash schlägt. Wir veröffentlichen den Text als Debattenbeitrag.

„*Das Ende der Lähmung*" von den Athener Genossinnen und Genossen der antiautoritär-kommunistischen Gruppe *Ta Paidia Tis Galarias* (TPTG) analysiert den ersten Aufstand in Europa, der in die gegenwärtige Krise fällt. Welche Ausmaße die Revolte annahm, ohne dass sich die Folgen der Krise bereits bemerkbar gemacht hätten, zeigt, wie brüchig die soziale Situation ohnehin schon war. Die massenhafte Beteiligung der

vorwiegend jungen Proletarisierten sowie die Breite dieser Bewegung, die weit über anarchistische und autonome Gruppen hinausging, geben Anlass zu einem gewissen Optimismus für zukünftige Insurrektionen, die durch die gerade beginnende Krise angefacht vermehrt auch anderswo ausbrechen könnten. Die Revoltierenden, die sich aus Schülern, Studentinnen, jungen prekären Arbeiterinnen und erstmalig Migranten zusammensetzten, überwanden im gemeinsamen Aufstand für einen Moment die sie trennenden *Identitäten*. Mit selbstorganisierten Versammlungen in Stadtteilen, besetzten Gewerkschaftshäusern, Rathäusern und Universitäten bestimmten sie das weitere Vorgehen. Diese hoffnungsvollen Momente sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bewegung bestimmte Segmente des Proletariats kaum erfasste und der unmittelbare Produktionsprozess weitestgehend unberührt von ihr blieb. Im Anschluss daran dokumentieren wir drei *„Kommuniqués aus der griechischen Sozialrevolte"*, die das bemerkenswerte Niveau des Aufstandes widerspiegeln.

Der Aufstand von Oaxaca im Jahr 2006, der mit einem Streik der Lehrer begann und sich im Nu auf immer größere Bereiche des Lebens ausweitete, gibt einen Vorgeschmack darauf, wie sich eine ganze Region ohne Staatsmacht organisiert – mit allen damit zusammenhängenden Problemen. Warum wir es trotz einiger Vorbehalte für angebracht halten, den Text *„Barrikaden"* der US-amerikanischen Gruppe *Collective Reinventions* zu veröffentlichen, erläutern wir in einer kritischen Vorbemerkung.

Der Marxismus-Leninismus fristet heute sein Dasein in Form marginaler Grüppchen, gleichzeitig erinnern viele Formen der Politik, wie sie auch von der „radikalen Linken" gepflegt werden, an die Leninsche Herangehensweise. In einer Kritik am Leninismus werden die heutigen Derivate anhand des Originals kritisiert und herausgearbeitet, was den Leninismus im weiteren Sinne auszeichnet.

Abgeschlossen wird das Heft von einigen kürzeren Notizen zu Reaktionen auf die erste Ausgabe von *Kosmoprolet*, einem „Club für Sich" in Berlin, der Fortsetzung einer Farce über den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" sowie mit einem satirischen

Flugblatt, das auf einer DGB-Demonstration in Berlin verteilt wurde.

Während die Krise mittlerweile eine unüberschaubare Flut an theoretisch-analytischen Erklärungen des Kladderadatsches hervorbringt, bleibt es im Lager derjenigen, die meinen, auf dem Standpunkt einer radikalen Kritik des falschen Ganzen zu stehen, eigentümlich still, was Möglichkeiten der Praxis betrifft. Natürlich wird von den üblichen Verdächtigen die gewohnte klappernde Litanei von linkem Bündnisgeklüngel und Taktiererei gepredigt, und trotz der ermüdenden Voraussehbarkeit solcher Kampagnen sollte man sich nicht zu schade sein, derlei Rohrkrepierer mit Ansage in angemessener Weise zu zerpflücken. Allerdings sieht sich die Kritik am linken Spektakel angesichts der anhaltenden Friedhofsruhe ganz zu Recht ebenso dem Verdacht der Ersatzhandlung ausgesetzt wie das Spektakel selbst. Sie muss in Rechnung stellen, dass die gegenwärtige Konfusion nicht allein ideologischer Verbohrtheit geschuldet ist, sondern in erster Linie der Tatsache, dass zumindest in den hiesigen Gefilden weiterführende Kämpfe aus der Klasse heraus immer noch Fehlanzeige sind. Die Krise scheint in der Gesellschaft noch nicht in einem Maße angekommen zu sein, das die Lohnabhängigen zu größeren Reaktionen bewegen würde. Zu beobachten ist eher ein Zustand, der zwischen Schockstarre und abwartendem Weitermachen oszilliert. Grund dafür dürfte nicht so sehr die Realitätsresistenz stumpfer Proleten als vielmehr der rastlose Aktionismus der Bundesregierung sein, die bislang mit Erfolg versucht, den gewaltsamen Einbruch der Krise in das Leben der Menschen mit materiellen Vorleistungen herauszuzögern: Kürzlich wurde der Hartz IV-Kinderregelsatz erhöht und die Auszahlung des Kurzarbeitsgeldes auf 24 Monate verlängert – Maßnahmen, deren Charakter die Lautsprecher des Kapitals wie so häufig am angemessensten beschrieben: „Kurzarbeitsgeld ist Wahlium fürs Volk" titelte die *Financial Times Deutschland*. In der Tat dürfte die sozialpolitische Wundertüte nach den Bundestagswahlen mit großer Wahrscheinlichkeit erschöpft sein. Vertreter des Kapitals munkeln ohnehin bereits, dass staatliche Narkotika wie Kurzarbeit nach eineinhalb Jahren ohne anspringende Konjunktur ihren betriebswirtschaftlichen Sinn verlören und Entlassungen dann so oder so anstünden. Da ein Ende der Krise nicht abzusehen ist, wird auch der derzeit

großes Vertrauen genießende Staat früher oder später seine Potenz einbüßen; die sozialen Härten dürften spürbar zunehmen.

Die Frage *Was tun?* könnte sich daher in absehbarer Zeit mit neuer Dringlichkeit stellen. Was am Ende der *Thesen zur Krise* als Bildung eines „sozialrevolutionären Pols" umrissen ist, klingt vielleicht pompöser als beabsichtigt. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn die derzeit noch verstreuten Zirkel und Grüppchen, Betriebsaktivistinnen und sonstige Individuen, die unter der guten alten Losung von der Selbstabschaffung des Proletariats sich aufgehoben fühlen, in eine kontinuierliche Diskussion treten und ihre ungeklärten Fragen offen legen würden, um dann gemeinsam in sozialen Auseinandersetzungen nach Antworten zu suchen. Die Erweiterung des Herausgeberkreises von *Kosmoprolet* ist nur ein erster Schritt in diese Richtung. Wir suchen die Debatte mit allen, die ebenfalls ein Interesse daran haben, irgendwann nicht mehr nur in die Rolle des kritischen Beobachters des unablässigen Stromes der „ganzen alten Scheiße" gebannt zu sein.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, Berlin
Eiszeit, Zürich
gruppe k-21, Frankfurt/Main
La Banda Vaga, Freiburg
Juli 2009

FRAGMENTE ÜBER DIE TAGE, DIE TEHERAN ERSCHÜTTERN

Das System der iranischen Theokratie, das sich als „Islamische Republik“ bezeichnet, hat sich in eine verzweifelte Lage manövriert. Seit der Wahlfarce vom 12. Juni ist ein unverhüllter Machtkampf ausgebrochen, in dem die diversen Fraktionen des Regimes auf Leben und Tod gegeneinander und zugleich gegen die radikaleren Manifestationen der gesellschaftlichen Unzufriedenheit antreten. Die tieferen Gründe dieser für die Grundlagen des Systems desaströsen Entwicklung liegen in dem durch die ökonomische Krise und den Verfall des Ölpreises eingeschränkten Verteilungsspielraum des Regimes: Der von der Theokratie verwaltete Rentiersstaat kann die Schaffung breiter Loyalität durch die Verteilung der Ölrente nicht mehr gewährleisten. Erste Anzeichen dafür waren bereits die Benzinriots vor zwei Jahren, die in der Verwüstung von Tankstellen und Straßenkämpfen kulminierten. Alle Widersprüche, die das theokratische System prägen, liegen nunmehr offen zutage.

1 Der Versuch der gegenwärtigen Machthaber, durch eine hohe Wahlbeteiligung sich Legitimität zu verschaffen ist gescheitert. Dass das Regime in den Wochen vor der Wahlfarce den Tugendterror auf der Straße milderte und im Fernsehen vergleichsweise offene Debatten zwischen diversen Präsidentschaftskandidaten zuließ, hat nur seine tiefgreifende Schwäche offenbart. Die Milderung der Repression verschaffte der gesellschaftlichen Unzufriedenheit die Gelegenheit, sich auf den Straßen zu sammeln: Reclaim the streets in Teheran und in allen größeren Städten des Landes. Diese heterogene Bewegung setzt sich keineswegs nur aus Unterstützern des nach den Kriterien der iranischen Theokratie „gemäßigt konservativen“ Kandidaten Moussavi zusammen; sie versammelt auch diejenigen, die in den „sozialen Bewegungen“ der vergangenen Jahre aktiv waren oder mit deren Forderungen sympathisierten: die Studenten insbesondere von den Massenuniversitäten, denen eine wenig beneidenswerte Zukunft als proletarisierte Kopflanger blüht und deren Revolte, die für das Ende der „Islamischen Republik“ plädierte, vor zehn Jahren blutig in der Isolation niedergeschlagen wurde, die Frauenbewegung, die die Gleichheit der Geschlechter und das Ende der Steinigungen und des Tugendterrors fordert, die prekarisierte städtische Jugend, in einem geringeren Ausmaß auch unzufriedene Arbeiter.

2 Das schiere Ausmaß der sich manifestierenden Unzufriedenheit führt zu panischen Reaktionen der gegenwärtigen Machthaber und zum offenen Bruch im System der „Islamischen Republik". Noch bevor alle Wahllokale geschlossen sind, erklärt der „Oberste Führer" Ayatollah Ali Khamenei den bisherigen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, der zur Strömung der „Radikalen" mit apokalyptischen Visionen gehört und sich insbesondere auf die militärische Parallelstruktur der Pasdaran („Revolutionswächter") stützt, zum Sieger der Pseudowahlen. Die vier vom Wächterrat einzig zugelassenen Kandidaten waren bereits aus 400 Bewerbern handverlesen worden, und die verkündete Zweidrittel-Mehrheit für Ahmadinejad wird von seinen drei Gegenkandidaten nicht angefochten. Khameneis Vorgehen ist ein Bruch mit den Traditionen der so genannten Islamischen Republik, die ein starkes theokratisches Element - der „Oberste Führer" mit seiner von Gott verliehenen Autorität übt eine starke Kontrolle über die Institutionen der "Islamischen Republik" aus und ist oberster Befehlshaber der Armee und der Sicherheitsorgane - mit einem schwachen republikanischen Element - das Staatsvolk darf die vom Regime verlesenen Kandidaten wählen - vereint. Bislang hatte der „Oberste Führer" die Wahlergebnisse lediglich gebilligt, nachdem die Regierung sie festgestellt und verkündet hatte. Das hielt die Fiktion aufrecht, dass der theokratische Teil des Systems das republikanische Element anerkenne. Dieses Mal verschwand diese Fiktion durch Khameneis Vorgehen, der zudem erklärte, er habe Ahmadinejads Sieg gewollt.

3 Statt dass die „Islamische Republik" mit einem neu legitimierten Präsidenten ausgestattet wird und Ruhe und Ordnung einkehrt, geht die soziale Bewegung auf den Straßen zur offenen Revolte über, die die Krise innerhalb des Systems verschärft. Die Bewegung hat mit der Wahlfälschung ein Thema, das die Unzufriedenheit zunächst in der Frage „Wo ist meine Stimme?" und dem Ruf „Nieder mit dem Diktator" bündelt. Die Demonstrationen in Teheran und in den größeren Städten Irans schwellen an - es kommt zu harten Straßenkämpfen mit Polizei, Revolutionsgarden und Basij-Milizen, die zum bevorzugten Ziel der Revoltierenden werden -, bevor sie durch harte Repression mit zig, wenn nicht Hunderten von Toten zunächst eingedämmt werden. Und die Bewegung trifft auf einen nun offensichtlichen Machtkampf im Establishment, der sich durch sämtliche

Institutionen der „Islamischen Republik" zieht. Der ehemalige Präsident Khatami, ein „Reformer", der für eine politische Liberalisierung im Rahmen der Theokratie eintritt, spricht von einem „samtenen Putsch", die Legitimität von Ahmadinejad als neu gewählter Präsident, dann auch immer mehr die des „Obersten Führers", wird offen in Frage gestellt. Die um Khamenei und Ahmadinejad gruppierten Teile des Regimes drohen jene, die zu Protesten aufrufen, als Ketzer zu behandeln und hinrichten zu lassen. Der Großayatollah Montazeri, der der Strömung um Moussavi zugerechnet wird, erlässt eine Fatwa, die die Legitimität des „Obersten Führers" in Frage stellt.

4 Der Bruch im iranischen Establishment beruht keineswegs auf der Unterscheidung zwischen einer „neoliberalen" Fraktion um den angeblich bei der Wahlfarce unterlegenen Moussavi und dem „Mann der einfachen Leute" Ahmadinejad. Amtsinhaber beider Fraktionen haben seit dem Ende des Golfkriegs kontinuierlich eine Austeritätspolitik verfolgt. Ahmadinejad vertritt eher die staatskapitalistische Fraktion, das heißt den Teil der herrschenden Klasse, der sich auf den staatlichen Sektor der Wirtschaft stützt; hier sind insbesondere die militärisch organisierten Pasdaran, die „Revolutionswächter", zu nennen, die über die Holding Khatam-ol-anbia einen großen Teil der staatlichen Unternehmen kontrollieren und denen der Präsident Schlüsselstellungen in diversen Ministerien und in der hohen Bürokratie zuschanzte. Moussavi hingegen profiliert sich Ahmadinejad gegenüber wiederum dadurch, dass er verspricht, dessen Günstlingswirtschaft bzw. Klientelismus ein Ende zu bereiten. Bereits zwei Jahre nach Ahmadinejads Wahlsieg im Jahr 2005 stieg die Arbeitslosigkeit auf 20 Prozent, die Wohnungspreise und die Mieten verdoppelten sich nach und nach. Kurz vor der ersten Wahl Ahmadinejads schoss der Ölpreis in die Höhe und stieg auch danach weiter an. Durch die Mehreinnahmen über die Ölrente wurden umfangreiche Kreditprogramme um die Konjunktur voranzubringen gestartet. Kredite zu günstigen Zinsen (unter Inflationsniveau) wurden an mittlere und kleinere Unternehmen mit einem hohen Anteil an menschlicher Arbeitskraft vergeben. Allerdings wurden diese Gelder von den Kreditnehmern nicht in den unmittelbaren Produktionsprozess investiert, sondern in spekulative Geschäfte, z.B. mit Immobilien, gesteckt. Bereits zwei Jahre nach Ahmadinejads Wahlsieg im Jahr 2005 stieg

die Arbeitslosigkeit auf 20 Prozent, die Wohnungspreise und die Mieten verdoppelten sich nach und nach.

5 Die spektakulären Formen, die die Proteste jenseits der Straßenkämpfe annehmen, verweisen auf die Revolution gegen das Schah-Regime, die nach dessen gewaltsamem Ende in die islamische Konterrevolution mündete, und wenden die Symbolik gegen die Machthaber um Khamenei und Ahmadinejad. So wird die „islamische" Farbe grün als Farbe der Unterstützer des unterlegenen Kandidaten Moussavi inszeniert, während die Machthaber um Ahmadinejad die schwarze als authentisches Symbol der „islamischen Republik" bevorzugen; allabendlich erschallen von den Dächern in den größeren Städte die Rufe „Allahu akbar" und „Nieder mit dem Diktator", die damals gegen den Schah gerichtet waren und nun ausdrücken, dass das derzeitige Regime keineswegs besser ist als das des Schah. Sie sind zugleich ein Indiz dafür, was der Protestbewegung zum offenen Bruch mit der Ideologie der „Islamischen Republik" noch fehlt.

6 Die Desorganisation in der „Islamischen Republik" schreitet voran. Für die Woche des 9. Juli – an diesem Tag wurden vor zehn Jahren Teheraner Studenten in ihren Wohnheimen überfallen, seither ist es der Gedenktag der Studentenbewegung – hatte die Oppositionsbewegung gegen die Wahlfarce zu einem einwöchigen Streik aufgerufen. Aber die Regierung nahm heiße Staubwolken, die aus dem Irak kamen und den Himmel verdunkelten, zum Anlass, die Behörden und Fabriken zu schließen, weil es gesundheitsschädlich sei, bei diesem Wetter im Freien zu sein, berichtet der iranische Dissident Ali Schirasi in seinem Beitrag „Patt im Iran", weswegen die Leute zuhause blieben. Schon warnen der unterlegene Präsidentschaftskandidat Mohsen Rezaie, der den „Konservativen" zugerechnet wird und ein ehemaliger Kommandeur der militärischen „Revolutionswächter" ist, als auch ein Berater des „Obersten Führers" vor einem „Kollaps" des Systems. Zu einer erneuten Eskalation kommt es Mitte Juli anlässlich des Freitagsgebets, das der „Pragmatiker" Rafsandjani, Power-broker hinter den Kulissen und Milliardär, in Teheran hält. Er spricht von einer „Krise" der „Islamischen Republik" und fordert die Freilassung der Gefangenen. Auf der Straße finden sich erneut Zehn-, wenn nicht Hunderttausende zu Auseinandersetzungen mit den Repressionskräften ein.

Wie die „Islamische Republik" sich aus ihrer tiefen Krise retten kann, ist unklar – konnte das Regime in früheren Auseinandersetzungen die Repression selektiv gegen Minderheiten, Arbeiter bestimmter Industriezweige und Studenten einsetzen, so trifft die Repression diesmal die Gesamtheit der Unzufriedenen, die sich schwerlich als isolierte Minderheit darstellen lässt. Die Frage, wie sich die Arbeiter weiter verhalten werden, ist die große Unbekannte in der Rechnung. Sie haben sich bislang eher als Individuen an den Straßenprotesten beteiligt, nicht als kollektives Subjekt mit einer autonomen Klassenposition. Zwar gab es einen Aufruf der Teheraner Busfahrergewerkschaft, die die Proteste begrüßte und Organisationsfreiheit für die Arbeiter forderte, und halbstündige „Solidaritätsstreiks" pro Schicht in der Automobilfabrik Iran-Khodro. Doch in den Fabriken sind die Bedingungen hart, insbesondere in der strategisch bedeutsam gewordenen Automobilindustrie ist die Überwachung erdrückend, auch wenn die als Kontrollinstrumente gegen die Arbeitermacht seit 1979 eingeführten „Islamischen Räte" durch die gewerkschaftlichen Organisierungsversuche der vergangenen Jahre geschwächt sind. Die Bastionen des Erdölproletariats, das durch seinen halbjährigen Generalstreik dem Schah-Regime den Todesstoß versetzte, wurden teilweise geschleift. Zudem wird die Renitenz der Arbeiter durch die hohe Arbeitslosigkeit in Schranken gehalten.

Drei Optionen stehen der „Islamischen Republik" zur Verfügung, die allesamt schwerwiegende Probleme aufwerfen. Ein Sieg der Fraktionen um Moussavi, auch wenn ein solcher angesichts der starken Gegenkräfte unrealistisch erscheint, würde die Begehrlichkeiten der Bewegung zweifellos anstacheln; ob die Moussavi-Fraktion genügend Intergrationskraft besitzt, müsste sie erst beweisen. Ein Kompromiss zwischen den sich derzeit unversöhnlich gegenüberstehenden Flügeln des Regimes ist schwer zu erreichen. Er könnte darin bestehen, dass Moussavi die Erlaubnis erhält, seine „Nationale Front" als politische Repräsentation der Unzufriedenheit zu gründen, während im Gegenzug Ahmadinejad als Präsident anerkannt wird. Eine offene Machtübernahme durch Khamenei, Ahmadinejad und die Pasdaran mit harter Repression würde jedenfalls die Gefahr eines Braindrain der Qualifizierten mit sich bringen und die Desorganisation in Staat und Ökonomie verschärfen. Im Übrigen

erinnert sich auch diese Fraktion des Establishments an das, was Talleyrand vor 200 Jahren warnend verkündete: „Sire, Sie können mit einem Bajonett alles machen, aber Sie können nicht darauf sitzen."

Die objektiven Möglichkeiten einer sozialen Emanzipation haben sich durch die fortschreitende Modernisierung von Technik und Verwaltung während des islamischen Regimes groteskerweise verbessert. Auf der subjektiven Seite kann eine solche Emanzipation nur durch die Auflösung der bizarren religiösen Ideologie, auf der die Theokratie fußt, erreicht werden. Die Arbeiter haben ,79 mit ihren Aktionen der später rekuperierten Revolution zum Durchbruch verholfen, heute würde es an ihnen liegen, sie zu einem richtigen Ende zu führen. Ob dies gelingt, steht in den Sternen. Ein glückliches Ende findet sich aber nur jenseits des Halbmondes.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft
am 19. Juli 2009

PLAYBOY
REPORT

Ayatollah Khomeini
Meine Worte

Weisheiten · Warnungen · Weisungen



THESEN ZUR KRISE

1 Sozialrevolutionäre Gegnerschaft zu den Verhältnissen ist nicht von der Entwicklung der Börsenkurse abhängig. Lebensumstände, wie sie im Zuge der Krise für breitere Massen in den kapitalistischen Zentren sich ankündigen, sind für die erdrückende Mehrheit des globalen Proletariats längst Alltag, und auch die metropolitane Angestellte, die ihre knapp bemessene Lebenszeit am Bankschalter absitzen muss, hat guten Grund zur Rebellion. Aber die Entwicklung der Börsenkurse kann eine Situation schaffen helfen, in der die Gegnerschaft zu den Verhältnissen nicht mehr folgenlose Angelegenheit weniger, sondern praktische Tätigkeit vieler ist. Sie vertieft die Kluft zwischen Wirklichem und Möglichem und lässt den Gegensatz von Wert und Gebrauchswert noch deutlicher hervortreten, etwa im Bild des amerikanischen Polizisten, der durch ein verlassenes Haus patrouilliert, um sicherzustellen, dass seine bankrotten Bewohner auch tatsächlich ausgezogen sind und nun unter einer Brücke oder in einer der vielen neuen Zeltstädte ihr Dasein fristen. Eine Gesellschaft, in der die bewaffnete Staatsmacht dafür sorgt, dass ein Haus seinen menschlichen Zweck nicht erfüllt, ist offenkundig verrückt, und sobald die Proletarisierten im Bild dieses Polizisten das Wesen der Gesellschaft erkennen, könnte die Geschichte eine unerwartete Wendung nehmen.
Es ist andererseits ein historisches Faktum, dass die letzte große Krise von 1929 der Konterrevolution in ihrer konzentriertesten Form zum Durchbruch verhalf und in Faschismus, Weltkrieg und Massenvernichtung mündete. Deshalb herrscht heute, während das Kapital unfreiwillig daran arbeitet, um den Preis des eigenen Untergangs die Aktualität des Kapital zu demonstrieren, unter seinen Gegnern eher Angst vor der Katastrophe als Hoffnung auf Revolution. Der Verlauf des 20. Jahrhunderts hat die Marxsche Krisentheorie als Revolutionstheorie zu dramatisch außer Kurs gesetzt, als dass man etwa Karl-Heinz Roth widersprechen wollte, wenn er davor warnt, auf die „Beschleunigung und Vertiefung der Krisendynamik" zu setzen, da die „Automatik von Krise und Revolution ... spätestens seit dem Ausgang der Großen Depression des vergangenen Jahrhunderts widerlegt" sei.
Die Schwierigkeiten beginnen dort, wo der Wunsch, das Schlimmste möge uns erspart bleiben, zum Vater des Gedankens wird und die Phantasie hervorbringt, mit einer „radikalen Zuspitzung der anlaufenden antizyklischen Reformprogramme" (Roth) sei der totalen Crash abzuwenden und damit zugleich

die Überwindung der Verhältnisse einleitbar. Die Feststellung, dass es keine *Automatik* von Krise und Revolution gibt, gerät zur Aufforderung, statt des Umsturzes die Reparatur der ramponierten Ökonomie ins Auge zu fassen, indem man sie bis zur Unkenntlichkeit reformiert und schließlich friedlich in den Sozialismus überführt; die Angst vor einem barbarischen Krisenausgang wird zur Quelle reformistischer Illusionen. Allen derzeit propagierten „linken Alternativen zur Krise" liegt die Annahme zugrunde, die Blamage des so genannten Neoliberalismus eröffne die Aussicht auf einen politischen Kurswechsel und das staatliche Krisenmanagement könne zugunsten der Lohnabhängigen über sich hinausgetrieben werden. Die Ironie dabei ist, dass gerade die erhoffte „Zuspitzung" der Staatsinterventionen nur in dem Staatsbankrott münden kann, den Roth und andere gerade abwenden wollen.
Es gibt keine „Alternativen zur Krise" und keine soziale Krisenlösung. Im Gegenteil setzt die Überwindung der Krise eine Verschärfung jener Konterreformen auf die Tagesordnung, mit denen bereits seit geraumer Zeit daran gearbeitet wird, die Interessen der Lohnabhängigen auf ihr akkumulationsverträgliches Maß zurechtzustutzen. Für deren Kämpfe gilt daher auch heute, was die revolutionären Syndikalisten der I.W.W. während der Großen Depression nach 1929 festhielten: „In der Niedergangsperiode des Kapitals hat der Streik [...] erst wirkliche revolutionäre Bedeutung. Jeder Erfolg der Arbeiter vertieft die Krise." (Programm der I.W.W., Chicago 1933).

2 Die viel zitierte Realwirtschaft wurde nicht von einer Finanzkrise überrumpelt, sondern stellt selbst den tieferen Krisengrund dar. Zwei Widersprüche des Kapitals schlingen sich auf fatale Weise ineinander: ihr Drang, über die Schranken des Marktes hinaus zu produzieren, und ihre Tendenz, lebendige Arbeit – die alleinige Quelle von Wert und Mehrwert – beständig durch Maschinerie zu ersetzen (vgl. ausführlich hierzu: „Eine Krise des Werts" in diesem Heft). Das Ergebnis ist eine massive Überakkumulation: Während die von den Arbeiterinnen in Bewegung gesetzten Maschinenparks immer gigantischer werden und die Masse der Gebrauchswerte in den Himmel wachsen lässt, wird die Verwertung zunehmend schwieriger, da immer größere Summen für die gegenständlichen Bedingungen der Ausbeutung aufgewendet werden müssen, die selbst keinen Wert schaffen.

„Der Bau der General Motors-Fabrik in Lordstown, Ohio, die seinerzeit die am weitesten automatisierte Automobilfabrik der Welt war, kostete 1966 100 Millionen Dollar; im Jahr 2002 gab GM 500 Millionen Dollar für die Modernisierung des Werks aus, die es erlaubte, die Belegschaft von 7.000 auf 2.500 Beschäftigte zu reduzieren. Nur sieben Jahre später bettelt GM um Regierungsgelder, um einen Bankrott abzuwenden." (Paul Mattick Jr. 2009) In Marx' Satz, die Profitrate falle nicht etwa, „weil die Arbeit unproduktiver, sondern weil sie produktiver wird" (MEW 25, S. 250), liegt die revolutionäre Pointe seiner Krisentheorie: Es ist gerade die historisch beispiellose Fähigkeit des Kapitals, die Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit zu entwickeln, die ihm ein ums andere Mal zum Verhängnis wird, und dieser zunehmende Widerspruch zwischen Reichtumsproduktion und Verwertung eröffnet die Aussicht auf die Commune.

Der falsche Schein, dass höhere Produktivität zwangsläufig höheren Profit bedeute, resultiert aus der Konkurrenz, in der sich tatsächlich das produktivere Einzelkapital durchsetzt: Es kann seine Waren billiger verkaufen und entsprechend Marktanteile erobern, oder zum üblichen Marktpreis verkaufen und einen entsprechenden Extraprofit einfahren. Doch in dem Maße, in dem sich die höhere Produktivität verallgemeinert, verdampft nicht nur der Extraprofit der zuvor produktiveren Einzelkapitale, sondern es schrumpft überhaupt der Anteil der lebendigen Arbeit im Verhältnis zum konstanten Kapital. Wenn alle Unternehmen handeln wie GM – und dazu sind sie bei Strafe des Untergangs gezwungen –, wenn in der gleichen Arbeitszeit doppelt so viele Autos wie vorher produziert werden können, hat sich nicht der Wert der Gesamtproduktion verdoppelt, sondern ist umgekehrt der neu zugesetzte Wert jedes einzelnen Autos um die Hälfte gefallen. Verteilt sich aber der Gesamtmehrwert auf eine immens gewachsene Masse von Waren, muss zu seiner Realisierung der Markt entsprechend stark ausgeweitet werden. Je mehr Arbeiterinnen jedoch durch Maschinerie verdrängt werden, je stärker das Kapital zudem seiner sinkenden Profitabilität durch einen immer schärferen Angriff auf die Reallöhne entgegenzusteuern sucht, desto dramatischer verschärft sich auch der „Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehrwert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird" (MEW 25, S. 255). Heere von Niedriglohnsklaven geben keine kauffreudigen Konsumenten ab, und wie der aktuelle

Crash offenbart hat, konnte etwa die Arbeiterklasse in den USA ihren Lebensstandard nur noch durch hemmungslose Verschuldung aufrechterhalten.
In der Autoindustrie, deren Produktionskapazität 2009 mit 90 Millionen Fahrzeugen ihren Absatz um das Doppelte überragen könnte, tritt die Überakkumulation vermutlich am drastischsten zutage, aber grundsätzlich zeigt sich überall dasselbe Bild: massiver Anstieg des Kapitaleinsatzes pro Arbeiterin, Überkapazitäten, verschärfter Konkurrenzkampf, Preisverfall, sinkende Profite. Die Chipfabriken, die heute nicht mehr wie in den siebziger Jahren ein paar Millionen, sondern mehrere Milliarden Dollar kosten, sind oftmals nur zur Hälfte ausgelastet; die Solarbranche ächzt ebenfalls unter Überkapazitäten; die gesamte Unterhaltungselektronikbranche steckt bereits in einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb; auch die Fluggesellschaften stehen vor einem Preiskrieg, weil zu viele Flieger für zu wenig Passagiere am Himmel sind. So gilt nicht nur für die Halbleiterindustrie, was ein Bracheninsider unlängst in der *New York Times* über diese klagte: „Es ist ein furchtbares, grauenvolles Geschäft... Für kurze Zeit kann man Profit machen, aber dann ziehen alle anderen nach und schon gibt es wieder ein Überangebot."
Worin die Überwindung dieses Zustands besteht, führt die Krise bereits in aller Deutlichkeit vor: in Kapitalvernichtung und einer Erhöhung der Ausbeutungsrate. Das Überleben des Kapitals als Produktionsverhältnis erfordert, dass einzelne Kapitalien über den Jordan gehen. Aufgeblähte Aktienkurse fallen in sich zusammen, Fabriken werden kurzerhand stillgelegt oder zu Schleuderpreisen von der Konkurrenz übernommen, die dergestalt ihre Profitrate sanieren können, die in die Höhe schnellende Arbeitslosigkeit begünstigt Lohnsenkungen und zusätzliche Mehrarbeit. So bereitet der Lauf der Krise einem neuen Aufschwung den Boden. Auch die schwere Krise von 1929 wurde nicht auf friedlichem Wege durch den *New Deal* unter Franklin D. Roosevelt gelöst, sondern durch die von Großer Depression und Zweitem Weltkrieg bewerkstelligte Kapitalvernichtung und -entwertung. Die sozialreformerische Politik im Amerika der dreißiger Jahre hatte Massen von Arbeitern zu glühenden Anhängern des US-Präsidenten gemacht und in Staat und Gewerkschaften integriert, ohne jedoch die Profitproduktion wieder anzukurbeln. Nach einer kurzlebigen Erholung lag die Industrieproduktion 1938 deutlich unter dem Niveau der Vorkrisenzeit und die Zahl



der Arbeitslosen bei zehn Millionen. Erst das gigantische Rüstungsprogramm des Zweiten Weltkrieges brachte die Ökonomie auf Hochtouren und senkte die chronische Arbeitslosigkeit spürbar – um den Preis einer aberwitzigen Staatsverschuldung, die im Zuge des durch die Kapitalvernichtung ermöglichten Nachkriegsbooms jedoch zunächst wieder abgebaut werden konnte.

3 Dieser Nachkriegsboom mit hohen Wachstumsraten, annähernder Vollbeschäftigung und steigenden Löhnen hielt bis Mitte der siebziger Jahre an und war tatsächlich von keinen größeren Krisen unterbrochen. Das falsche Versprechen des John Maynard Keynes, mittels weitsichtiger Staatsinterventionen könne eine Art „Daueraufschwung" erzeugt werden, schien sich zu erfüllen und viele der marginalisierten Revolutionäre brachen mit einer Tradition, die ihr Los an den unaufhaltsamen Zusammenbruch der Ökonomie gekettet hatte. Doch nicht erst 2008, sondern bereits 1974/75 wurde angesichts eines scharfen Kriseneinbruchs deutlich, dass es mit der Stabilität des staatlich regulierten Kapitalismus nicht so weit her war, wie auch und gerade manche seiner Gegner angenommen hatten. Die Profitraten befanden sich bereits seit Mitte der sechziger Jahre im Niedergang, die Akkumulation verlangsamte sich und die militanten Fabrikkämpfe, die in den meisten Ländern durch eine niedrige Arbeitslosigkeit begünstigt wurden, hatten das Lohnniveau spürbar in die Höhe getrieben. Vereinzelte Stimmen hatten schon während der Ära der Nachkriegsprosperität Zweifel angemeldet, ob ihr eine längere Dauer beschieden sein würde. So konnte Paul Mattick in *Marx und Keynes* (1969) schlüssig zeigen, dass Keynes 1936, inmitten der Großen Depression, mit der Formel von der „sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" das Phänomen der fallenden Profitrate zwar registriert, zugleich jedoch als ein Problem missverstanden hatte, das mittels antizyklischer Wirtschaftspolitik behoben werden könne; nämlich durch eine defizitfinanzierte staatliche Ankurbelung der Konjunktur, deren Anspringen es dann wiederum erlaube, die Schulden abzubauen. Wie Mattick darlegte, lief dieses Spiel nur darauf hinaus, mit der einen Hand zu geben, was mit der anderen genommen wird: Um seine Investitionen zu finanzieren, muss der Staat Mehrwert aus der Wirtschaft abzweigen oder eine Wette auf den Mehrwert von morgen eingehen, indem er

sich verschuldet; da die mangelnde Profitabilität kapitalistischer Produktion in deren ureigenster Akkumulationsdynamik wurzelt, können derartige staatliche Eingriffe das Problem nicht beheben, sondern nur überdecken und den Ausbruch der Krise verzögern. Bereits Mitte der siebziger Jahre mussten dieselben Großkopfeten der Nationalökonomie, die eben noch das krisenfreie „gemischte Wirtschaftssystem" gefeiert hatten, eingestehen, dass „die gleichzeitige Existenz von Arbeitslosigkeit und Inflation ein Rätsel und eine unbequeme Tatsache" sei (zit. n. Mattick, *Krisen und Krisentheorien*, 152). 1980 lag die Inflation in den USA bei 12,5 und in Großbritannien bei 20 Prozent. Angesichts dessen ist die linke Erzählung, einige marktradikale *Chicago Boys* hätten mittels allgemeiner Gehirnwäsche – auf akademisch: „diskursive Verschiebungen", „Erlangung diskursiver Hegemonie" usw. – einen blühenden sozialdemokratischen Kapitalismus zertrümmert, um die Ära des Neoliberalismus einzuläuten und aus reiner Habgier eine „Umverteilung von unten nach oben" in Gang zu bringen, nur Geschichtsklitterung. Nicht nur waren die „Goldenen Jahre" nach 1945 für das Proletariat doch ganz überwiegend grauer Arbeitsalltag; vor allem aber muss all das, was diese Erzählung zu einem reinen Willensakt neoliberaler Eliten stilisiert, als durchaus zwingende Krisenbewältigungsstrategie dechiffriert werden. Nicht die Umtriebe von McKinsey sind die Triebkraft hinter den Privatisierungen der letzten dreißig Jahre, sondern die wachsende Staatsverschuldung und vor allem die damit verbundenen Zinsen, die auf Kosten eines zukünftigen Mehrwerts bedient werden müssen: Die Privatisierungswelle verfolgt das doppelte Ziel, die Staatsausgaben so weit wie möglich ohne Steuererhöhungen und zusätzliche Verschuldung zu finanzieren und die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt durch stärkere Konkurrenz zugunsten der Unternehmer zu verschieben. Angesichts des Anlagenotstands eines überakkumulierten Kapitals, das sich neue Verwertungssphären erschließen muss, kam sie wie gerufen. Nicht Raffgier der Reichen treibt den Angriff auf die Löhne voran, sondern sinkende Profitraten, die durch verschärfte Ausbeutung saniert werden müssen – und die von der Überakkumulation bedingte Massenarbeitslosigkeit erleichtert es enorm, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken. Nicht die Ideologie des Marktradikalismus oder irgendwelche „Diskurse" über das „unternehmerische Selbst" machen die sozialstaatliche Abmilderung der Härten

des proletarischen Daseins mehr und mehr zu einer Sache von gestern, sondern die Belastung der schwächelnden Profitabilität durch den Sozialstaat und der Zwang, die Schlupflöcher der Nicht-Arbeit auszuräuchern, um die Proletarisierten zu immer mieseren Bedingungen an die Arbeit zu bringen. Kurz: Der so genannte Neoliberalismus, den der linke Reformismus – heute mehr denn je – zum Grund der Krise erklärt, ist bereits selbst eine Reaktion auf die Stagnationstendenzen seit den siebziger Jahren.

4 Diese Reaktion kam mitunter einer Kriegserklärung an die Arbeiterklasse gleich, am unverhohlensten wohl unter Gestalten wie Thatcher, Reagan und natürlich Pinochet. Sie entsprang einer Situation, in der „Arbeitermacht" vielerorts kein Hirngespinst von Sozialromantikern war, sondern sich in heftigen Streiks, starken Lohnsteigerungen und wachsenden Sozialausgaben niederschlug. Es war daher kein Zufall, dass die überlieferten marxistischen Krisentheorien, die die objektiven, inneren Widersprüche der Produktionsweise – den Fall der Profitrate und das Problem der Wertrealisierung – ins Zentrum gerückt hatten, in den siebziger Jahren durch stärker subjektiv gefärbte Theorien ergänzt oder verdrängt wurden: Nicht die objektiven Bewegungsgesetze, sondern die Kämpfe der Arbeiterinnen hatten demnach das Kapital in die Krise getrieben. Für manche dieser autonomen Theoretiker löste sich kurzerhand alles in Klassenkampf auf, andere blieben nüchtern und versuchten dessen Ineinandergreifen mit den objektiven Widersprüchen herauszuarbeiten. Den scharfen Kriseneinbruch in den siebziger Jahren darauf zurückzuführen, dass dem Fall der Profitrate nicht sogleich durch eine verschärfte Ausbeutungsrate entgegengewirkt werden konnte, sondern die Klassenkämpfe diese vielmehr weiter unter Druck setzten, war alles andere als weit hergeholt (vgl. Rothbart). Marx hatte die Entwicklung der Löhne als abhängige Variable der Akkumulation verstanden: in Aufschwungphasen mit niedriger Arbeitslosigkeit steigen sie, mit dem Umkippen in den Abschwung fallen sie. Die neue autonome Krisentheorie gründete sich darauf, dass dieser Anpassungsprozess länger dauerte und erbitterter umkämpft war als in früheren Perioden. Aber die Arbeiterautonomie konnte nicht von Dauer sein. Früher oder später mussten sich die Gesetze des Kapitals wieder durchsetzen. Vor dem Hintergrund von Massenentlassungen

und steigender Arbeitslosigkeit konnte die Lohnexpansion in den letzten Jahrzehnten nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden.
Heute läuft jeder Versuch, die Krise auf den Klassenkampf zurückzuführen, auf theoretische Verrenkungen hinaus; selbst das Platzen der *Subprime*-Blase muss als Existenzbeweis einer renitenten Arbeiterklasse herhalten.[1] Die gegenwärtige Krise nötigt tendenziell zu dem, was den Autonomen als „Objektivismus" galt: Sie verdankt sich keiner Offensive der Proletarierinnen, sondern wurzelt tatsächlich in den objektiven Widersprüchen des Kapitals. Mehr noch: Ihre Brisanz besteht nicht nur darin, dass sie alle Sektoren und die ganze Welt erfasst und diese Welt proletarisierter ist denn je; sie folgt überdies auf eine Serie von Niederlagen der Lohnabhängigen – so dass die anstehenden Verzichtsrunden nun wirklich ans Eingemachte gehen müssen, um der Krise entgegenzusteuern.

1 „In den USA hat eine (überwiegend schwarze) ArbeiterInnenklasse eine Krise ausgelöst, indem sie die für sie vorgesehen Rolle und die darin implizite Berechnung verweigert hat." David Harvie, Das Maß eines Monsters, in: Turbulence (2008).

5 Die Ausweitung der Finanzsphäre, die im öffentlichen Bewusstsein und großen Teilen der Linken als Krisengrund gilt, ist ihrerseits Folge der schwächeren Akkumulationsdynamik: Sie dient als Zufluchtsort für überschüssige Kapitalmassen, die nicht mehr produktiv investiert werden können. Für sie wird die Verwertung de facto vom lästigen Produktionsprozess befreit. Aber die Autonomie der Finanzsphäre von der Produktion erweist sich als nur relativ: Auch die Flucht in die Finanzialisierung vermag den offenen Krisenausbruch lediglich hinauszuzögern.
Ironischerweise war es eine alles andere als neoliberale Entwicklung, die die Saat für die Blüte der Finanzwelt bildete: Vielmehr war es die beständig wachsende Staatsverschuldung, die den Handel mit Staatsanleihen beflügelte. In den USA wuchs sie von 250 Milliarden Dollar 1948 auf 900 Milliarden 1980 und schließlich 9.000 Milliarden 2007, und in den meisten industrialisierten Ländern verlief die Entwicklung ähnlich. Gerade in der vermeintlich neoliberalen Ära ist die Staatsverschuldung in den entwickelten Ländern dramatisch gestiegen: Im Durchschnitt von rund 35 Prozent des Bruttosozialprodukts zu Beginn der achtziger Jahre auf etwa 65 Prozent im Jahr 2008.
Schulden kann der Staat machen, indem er sich Kredite bei den Banken besorgt oder Staatsanleihen herausgibt, die auf den Finanzmärkten verkauft werden. Was dem Staat Schulden sind, sind den Geldkapitalisten staatliche Schuldscheine. Aber an-

ders als beim Kauf einer Ware, wo Wert gegen Wert getauscht wird, existiert bei der Aufnahme eines Kredits und beim Verkauf eines Staatspapiers der Wert nur auf einer Seite, nämlich als Geld, und nicht ein zweites mal als Titel; dennoch kann der Titel selbst wieder gehandelt und an einen Dritten verkauft werden. Dasselbe geschieht bei der Ausgabe von Aktien: Das Geld fließt in das Unternehmen, welches es als Kapital investiert, während die Aktien ein unabhängiges Leben an der Börse führen. So entsteht zwangsläufig die Illusion, Wertpapiere seien reale Werte, und daher bezeichnet Marx den Teil des Bankkapitals, der aus solchen Papieren besteht, als fiktives Kapital. Während die Preise der im Produktionsprozess erzeugten Waren von der in ihnen geronnenen notwendigen Arbeitszeit abhängen, wird der Preis der Wertpapiere durch das zu erwartende Einkommen und den Zinsfuß bestimmt.[2]

Doch Wertpapiere sind merkwürdige Waren: Sie verderben nicht, der Besitzer kann sie ewig halten. Und so wird zum Beispiel der nominelle Preis einer Aktie durch die tatsächlich gehandelten Aktien bestimmt. Kommen zusätzliche Käufer auf den Markt, so steigt nicht nur der Preis der verkauften Aktien, sondern aller Aktien desselben Unternehmens. Nur so erklärt sich der ungeheure Anstieg des Dow-Jones-Index, der 1980 um die Marke von 1.000 lag und 2007 bereits bei 14.000. Obwohl der Preis einer Aktie letztlich durch den Zinsfuß und die zu erwartende Rendite bestimmt ist, wird sie nicht dieser Rendite wegen gekauft, sondern weil ihr Preis steigt und darauf spekuliert wird, dass er dies weiterhin tun wird. Die Massen überschüssigen Kapitals, die nach lukrativen Anlagemöglichkeiten suchen, treiben die Preise in die Höhe. Allein: Brechen aufgrund mangelnder Rentabilität des Unternehmens die Dividenden ein, bricht eine massive Verkaufswelle los und der frühere nominelle Wert erweist sich als Luftnummer. Fiktives Kapital wird entwertet und vernichtet.

Staatsanleihen und Aktien bilden den Grundstock, auf dem sich die Finanzmärkte in den letzten Jahren explosionsartig entwickelt haben: Aber nicht nur sie, sondern auch jeder öffentliche oder private Schuldschein kann verkauft werden, sogar eine Versicherung, die ein zukünftiges Einkommen zwar nicht garantiert, es aber immerhin verspricht, sofern der Versicherungsfall – zum Beispiel die Nicht-Einlösung einer Schuld – eintritt. Gewettet wird auf ein Ereignis. Eine Wette kann auch darauf

2 Beträgt das jährliche Einkommen 10 Euro und der Zinsfuß zehn Prozent, so ist der Preis des entsprechenden Titels 100 Euro, sinkt der Zinsfuß auf zwei Prozent, so steigt der Preis auf 500 Euro, denn ein Geldkapital von 500 Euro würde bei einem Zinsfuß von zwei Prozent 10 Euro abwerfen. Derselbe Preis wird auch erreicht beim gleichem Zinsfuß von zehn Prozent, wenn das erwartete Einkommen auf 50 Euro steigt. Vgl. MEW 25, Kap. 29, insbes. S. 485ff.



abgeschlossen werden, dass irgendeine andere Wette zwischen ganz anderen Partnern gewonnen oder verloren wird. Auf der Basis eines ursprünglichen Schuldscheins lassen sich so etliche neue Verträge abschließen, die ihrerseits als eigenständige Papiere verkauft werden können – die berühmt-berüchtigten Derivate. Das nennt man Finanzprodukte-Innovation. Je mehr in den letzten Jahrzehnten Zyklus um Zyklus die Profitrate gesunken ist, umso stärker die Neigung, überschüssiges Kapital durch gelungene Spekulationen mit diesen neuen „Produkten" zu verwerten. Der Siegesmarsch der Derivate wird deutlich, wenn man bedenkt, dass ihr nominaler Wert von 600 Milliarden Dollar im Jahr 1986 auf 17 Billionen Dollar im Jahr 1999 wuchs und schließlich 2007 die exorbitante Summe von 500 Billionen erreichte, was dem Achtzigfachen des Weltsozialprodukts entspricht. Dergestalt hat sich das Geschäft von der einfachen Kreditvergabe wegverlagert: Der Geldverleih ist nur noch der Mechanismus, um in den Besitz eines Schuldscheins zu kommen, der so schnell wie möglich weiterverkauft wird und auf dessen Basis neue Wertpapieren entstehen, die wiederum als Anlage dienen können.

Das ist der Grund dafür, dass eine Immobilienkrise in den USA das weltweite Finanzsystem mit dem Kollaps bedrohen konnte. Am Anfang steht ein Kredit, den irgendeine Bank einem Wohnungsbesitzer gewährt. Verkauft die Bank diese Hypothek weiter, kann es ihr egal sein, ob der Wohnungsbesitzer insolvent wird oder nicht. Schöner noch: Die Bank kann auch für den Fall der Insolvenz eine Versicherung abschließen und diese ebenfalls verkaufen – bei der Erfindung von Finanzpapieren sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Durch den Weiterverkauf erhält die Bank neues Geld, das sie wiederum als Kredit für eine neue Hypothek anbieten kann. Durch dieses Karussell steigen die Zahl der potentiellen Hausbesitzer, die Wohnungsnachfrage und die Immobilienpreise, so dass die alten Hypotheken durch neue abgelöst werden können. Das Ausmaß der Blase kann man sich vorstellen, wenn man weiß, dass drei Viertel der Hypotheken in den USA weiterverkauft worden sind. Aber so wie der Aktienkurs in letzter Instanz an die Unternehmensentwicklung, also die tatsächliche Mehrwertproduktion gebunden ist, gilt auch hier: Wird die Urschuld nicht beglichen, fällt das gesamte Gebäude irgendwann in sich zusammen. Die sichere Fluchtmöglichkeit des überschüssigen Kapitals in die

Finanzsphäre erweist sich als genau so fiktiv wie die Anlage, in die investiert wurde.
So bizarr diese Mechanismen anmuten, so schwindelerregend die Summen sind, die in derartige Geschäfte investiert wurden: Jeder Skandalisierung der Finanzwelt als Reich der unverantwortlichen „Zocker" ist entgegenzuhalten, dass sie organisch aus dem System der Kapitalverwertung erwächst. Ohne Kreditwesen kein Kapitalismus. Im Kredit wird die Fähigkeit des Geldes, als Kapital zu fungieren und einen Profit abzuwerfen, zur Ware; in den Derivaten wiederum wird der Kredit zur Ware. In diesen Formen vollzieht sich eine Verselbständigung von der wertbildenden Produktion, der Ausbeutung der Lohnarbeiterinnen, an die sie zugleich in letzter Instanz immer gebunden bleiben. Sie machen den Gesamtprozess elastischer, aber sie können dies nur um den Preis seiner zunehmenden Instabilität: Je mehr er auf Kredit beruht, umso anfälliger wird er. Die zunehmende Finanzialisierung des Kapitals in den letzten Jahrzehnten wurde daher von einer Kette von Krisen begleitet – die Petro-Dollars aus den Erdölexportierenden Ländern, die in den siebziger Jahren als Kredite nach Lateinamerika wanderten, wurden in der Schuldenkrise von 1982/83 verbrannt, weil die dortige kapitalistische Entwicklung weit hinter den Erwartungen zurückblieb; die riesigen Kapitalsummen, die in den neunziger Jahren in Aktien der bejubelten *New Economy* flossen, erwischte es im Dotcom-Crash 2001, weil die neuen Internetunternehmen kaum Profite machten; und nun zuletzt, mit ungeahnten Folgen, die Immobilienkrise in den USA. All diese Crashs gründen im Missverhältnis zwischen Geldmassen, die sich verwerten müssen, und rentablen Anlagemöglichkeiten, die diese Verwertung Realität werden lassen .
Die moralische Empörung über die Hasardeure der Finanzwelt und den so genannten Neoliberalismus, der ihnen ihr Treiben erleichtert habe, ist unbegründet. Dem jüngsten Absturz des Bankgewerbes ging eine alles andere als neoliberale Politik der US-Zentralbank voraus, welche nach dem Dotcom-Crash 2001 zwecks Konjunkturankurbelung die Leitzinsen senkte. Ohne die dadurch begünstige Kreditschwemme wäre die Weltökonomie schon Jahre vorher abgestürzt. Mit der Implosion des Kreditüberbaus tritt die harte Realität der Überakkumulation offen zutage: die mangelnde Profitabilität des Gesamtkapitals, das seine organische Zusammensetzung in historisch ungekann-

te Höhen geschraubt hat und immer wieder an die Schranken des Marktes stößt. Wie können die Qualen und Gefahren einer tiefen Wirtschaftskrise vermieden werden, die jederzeit in eine veritable soziale Krise umschlagen kann, ohne auf die dringend notwendige Restrukturierung der Ausbeutungsbedingungen zu verzichten? Das ist die brennende Frage, vor der die herrschende Klasse heute steht.

6 Der Staat, auf den sich alle Blicke richten, gerät jedoch seinerseits umso tiefer in den Sog der Krise, je mehr er ihr Herr zu werden versucht. Die exorbitanten Summen, die im vergangenen Herbst gleichsam über Nacht zur Stützung der Finanzwelt aufgebracht wurden, die Teilverstaatlichungen von Banken und Versicherungen gleich zu Beginn der Krise befestigen den Schein seiner Souveränität. Tatsächlich handelte es sich um alternativlose Verzweiflungstaten, die keineswegs zum Ziel hatten, die Reichen reicher zu machen oder auch nur ihren Reichtum zu bewahren, sondern den Kollaps des Systems abwenden sollten, jene „Kernschmelze des Finanzsystems", die ein leitender Angestellter des IWF mit Grund als drohende Gefahr ausmachte. Immerhin dies ist den Staaten – bislang – gelungen: Die Kernschmelze ist ausgeblieben, eine gewisse Stabilisierung des Bankenbereichs hat eingesetzt. Doch nicht nur droht sich diese Beruhigung als eine allenfalls vorübergehende zu erweisen, der Stillstand des Weltfinanzsystems konnte nur um den Preis einer regelrechten Explosion der Staatsschulden verhindert werden.
Nichts verdeutlicht das Ausmaß der Krise jedoch besser als die Tatsache, dass es mit einigen Feuerwehraktionen zur Rettung von Banken bei weitem nicht mehr getan ist. Sobald die Krise auch die produktiven Sektoren erfasste, legten die großen Staaten Konjunkturprogramme auf und gingen zur Rettung von Unternehmen über. Den Anfang machte China noch im Herbst 2008, gefolgt von den USA, Deutschland und anderen Staaten. Zu großen Teilen waren die Konjunkturprogramme als klassisches *deficit spending* keynesianischer Herkunft angelegt. Für sie gilt, was den Keynesianismus schon immer auszeichnete: Garantiert ist nur der steile Anstieg der Staatsschulden, möglicherweise gefolgt von einer heftigen Inflation. Kurzfristig vermag der Staat auf diese Weise zwar den rapiden Einbruch

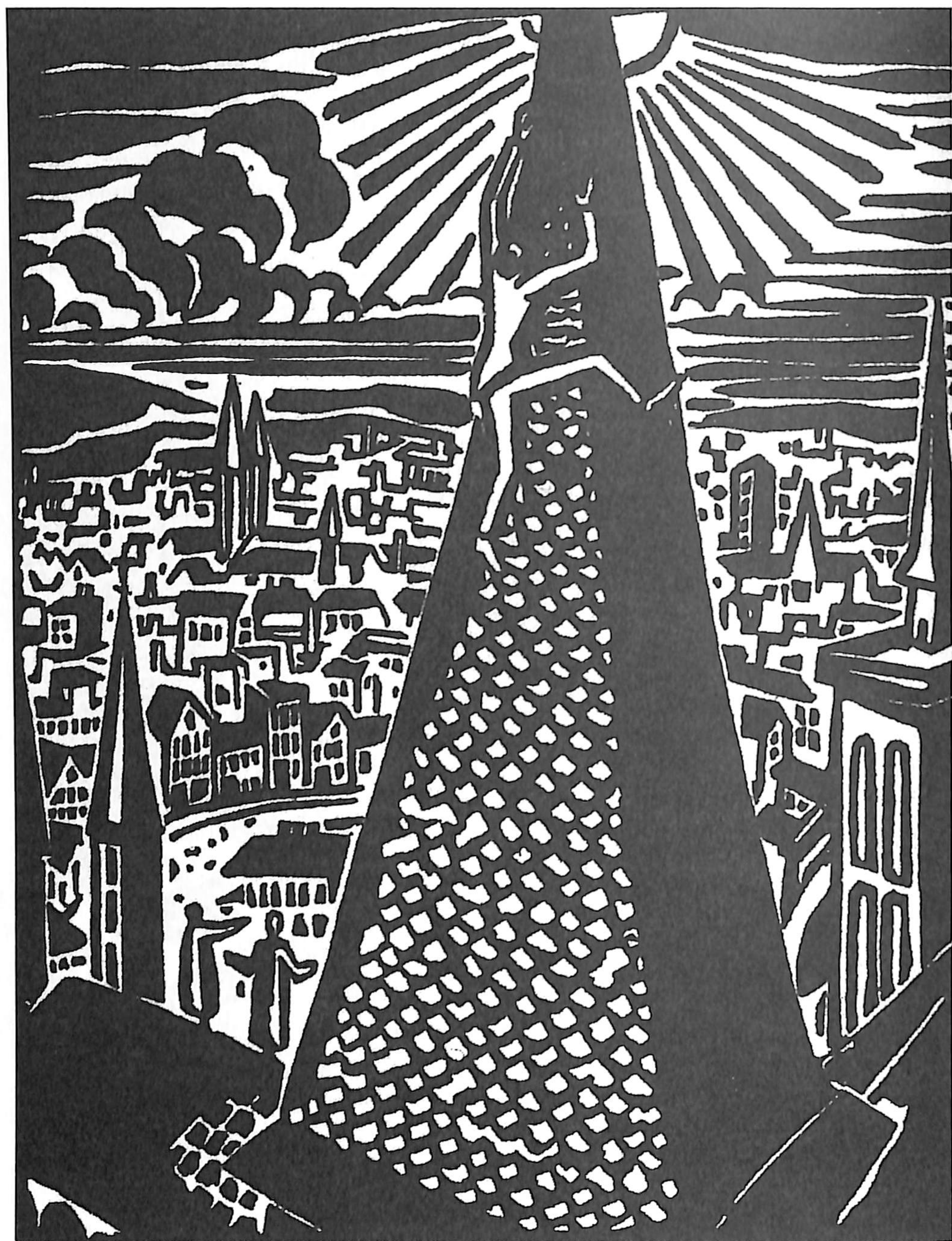
der Nachfrage abzumildern, die Wurzeln der Wirtschaftskrise jedoch bleiben davon unberührt.
Die Unternehmensrettungen zementieren die Überakkumulation sogar, indem sie die natürliche Krisenlösung durch Kapitalvernichtung blockieren. In den herrschenden Klassen ist folglich ein Streit zwischen den letzten Liberalen und den neuen Staatsinterventionisten entbrannt, der Licht auf das zentrale Dilemma des Staates wirft: Lässt er dem Entwertungscrash freien Lauf, dann stürzt die Ökonomie ab, schießen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe und drohen soziale Unruhen. Will er den Crash hingegen abfedern, muss er allenthalben marode Unternehmen alimentieren, über die der Markt nicht von ungefähr sein Urteil längst gefällt hat. Es besteht nur die Wahl, dem destruktiven Wirken des Wertgesetzes zuzusehen oder es durch die Willkürentscheidungen der Regierung auszuhebeln, die hier ein Unternehmen vor dem Untergang bewahrt und dort ein anderes seinem Schicksal überlässt. Das Gefeilsche und Gekeife zwischen Landesfürsten, Unternehmern, Betriebsräten und selbst Belegschaften, die, von nackter Existenzangst getrieben, ebenfalls auf rettende Staatsgelder hoffen, gibt einen Vorgeschmack darauf, welche zentrifugalen Energien im Falle einer Verschärfung der Krise entfesselt werden könnten. Einmal mehr demonstriert die bürgerliche Gesellschaft ihre Bereitschaft, sich in rivalisierende Rackets aufzulösen und zum großen Hauen und Stechen überzugehen. Die Appelle an den Gemeinsinn werden umso schriller, je deutlicher sich abzeichnet, dass der Fortbestand des falschen Ganzen auf Seiten der Lohnabhängigen erhebliche Opfer fordern und die verallgemeinerte Konkurrenz verschärfen wird. Ungarn führt vor, wohin die Reise gehen könnte: Der heftige Absturz der Ökonomie, der von der eben noch als Ausweis einer gelungenen postsozialistischen Transformation gefeierten Mittelschicht wenig mehr übrig gelassen hat als bis über beide Ohren verschuldete Besitzer halbfertiger Eigenheime, ruft dort eine Bewegung faschistischer Kleinbürger auf den Plan, die gegen Juden, Roma und die vermeintlich vom Staat begünstigten Überflüssigen mobil macht.
Ein ähnliches Bild zeigt sich auf internationaler Ebene: Keine Spur von einem geschmeidigen postnationalen „Empire“ oder dergleichen, stattdessen ordinäre Nationalstaaten mit konkurrierenden Interessen. Die vielen Wälzer über das Abdanken des Nationalstaats aufgrund der Globalisierung werden zu *Junk*

Bonds des Linksakademismus entwertet. Um die Gefahr von Staatsbankrotten abzuwenden, die längst nicht mehr nur in den Hungerzonen der Welt in der Luft liegt, rauft sich die viel zitierte internationale Staatengemeinschaft zwar zu Notfalleinsätzen zusammen: Einige Staaten der Europäischen Union gerieten bereits zu Beginn der Krise ins Wanken und wurden auf eine Weise gerettet, die man bislang nur aus Lateinamerika, Afrika und Asien kannte: mit IWF-Krediten und entsprechenden Auflagen. Die EU-Mitglieder Ungarn und Lettland konnten einen Staatsbankrott nur durch Milliardenhilfen des IWF und der EU abwenden, auch Rumänien musste mit Milliardenbeträgen gestützt werden, die an die Auflagen geknüpft waren, die Löhne im öffentlichen Dienst einzufrieren und die Neuverschuldung zu begrenzen.

Zugleich aber wird bereits eine „Zerreißprobe" der Eurozone konstatiert. Aufgrund der gemeinsamen Währung können die 16 Staaten der Euro-Zone der Krise nicht durch Abwertung der eigenen Währung entgegensteuern, wodurch sich die Konkurrenz auf die Staatsanleihen verlagert. Die Kurse griechischer, irischer, italienischer oder spanischer Staatsanleihen stürzen ab; um Abnehmer zu finden, muss der Staat die Zinsen für sie erhöhen. Daraus ergibt sich ein Teufelskreis: Je höher die Zinsen, die ein Staat zahlen muss, desto teurer wird die Finanzierung etwa von Konjunkturprogrammen, was wiederum die Krise verschärft, welche die erwähnten Staaten ohnehin am stärksten trifft. Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, haben die betroffenen Staaten eine gemeinsame europäische Staatsanleihe angeregt – und sind damit bei den Staaten, denen es noch besser ergeht, kurzerhand abgeblitzt.

Auch die ungemütliche Frage, welche Unternehmen ausradiert werden müssen, um die globale Verwertung wieder in Schwung zu bringen, verschärft die internationale Konkurrenz. Je eindringlicher die Staatsführer auf internationalen Konferenzen dem Protektionismus abschwören, umso mehr befördern sie ihn in der Praxis. Dass jeder Staat ein durchaus gespaltenes Verhältnis zum Freihandel einnimmt, die vermeintlich totale Entgrenzung des Weltmarktes daher in Wahrheit von zahllosen Klauseln, Zöllen und Subventionen konterkariert wird, ist der gewöhnliche Gang der Geschäfte. In der Krise gewinnt diese Konkurrenz allerdings erheblich an Dramatik, da es nicht mehr um ein Mehr oder Minder an Profit, sondern um das Überleben

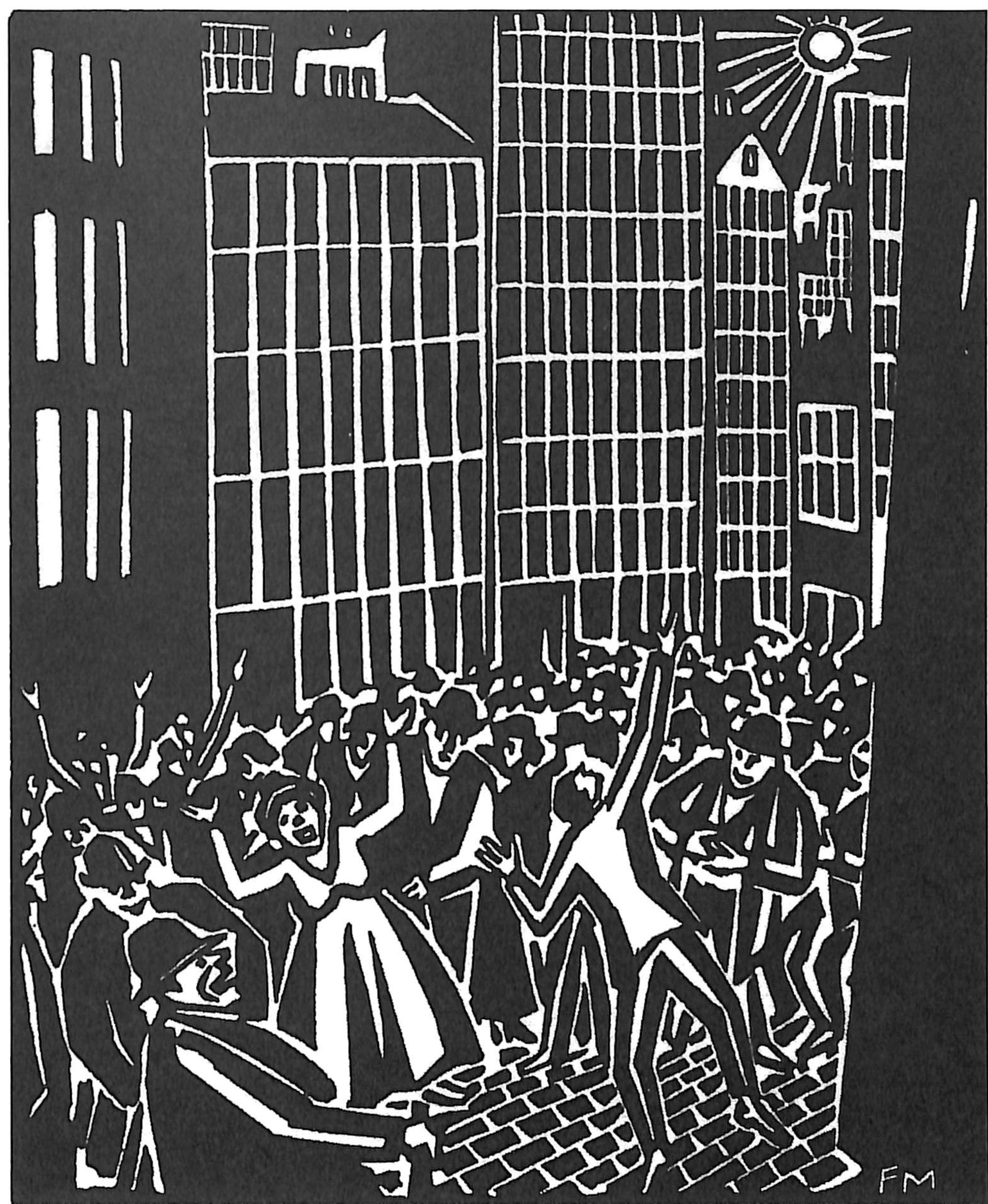


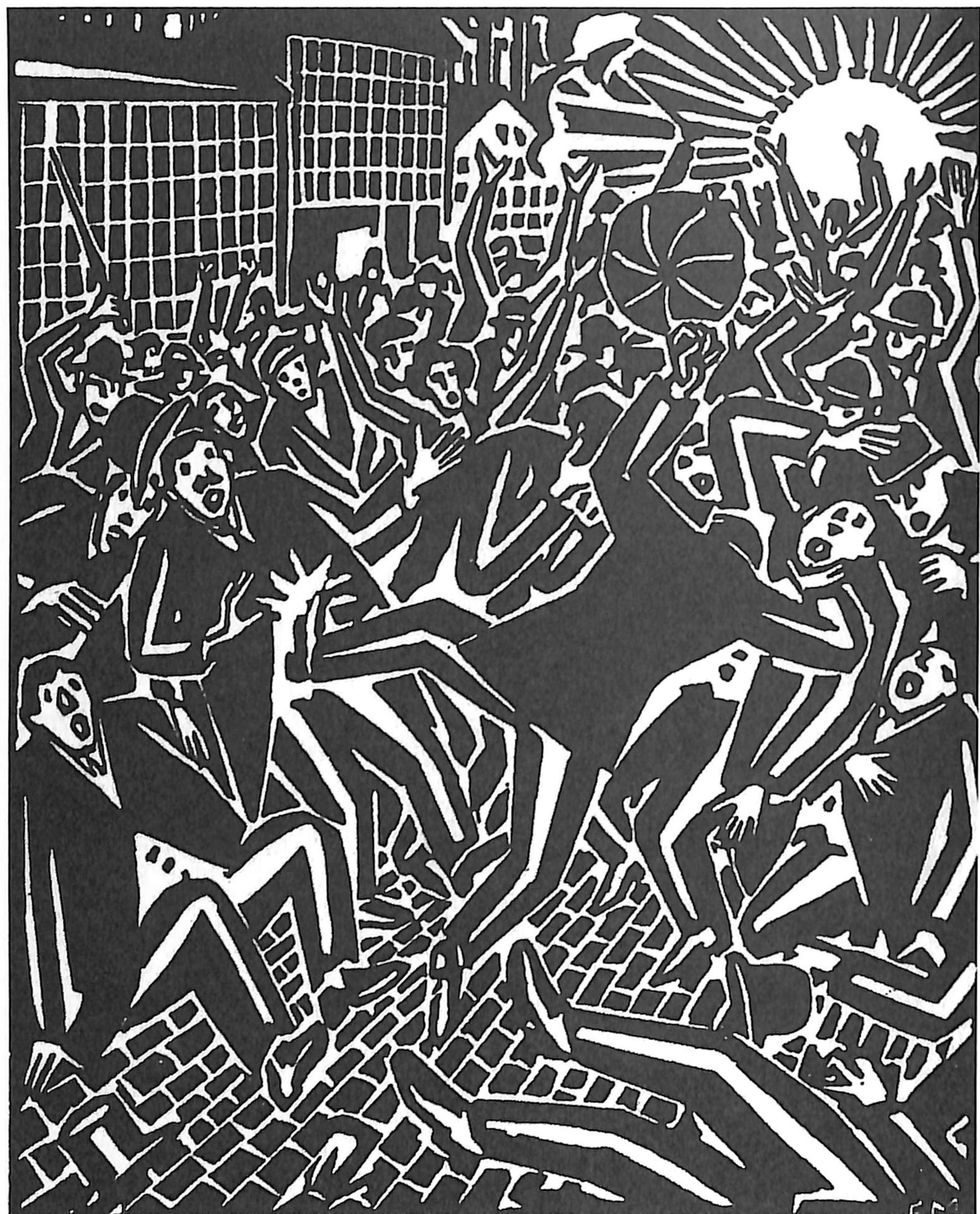


strategisch wichtiger Unternehmen und selbst ganzer Industriezweige auf den jeweiligen Staatsterritorien geht: Wird die europäische Halbleiterproduktion die Krise überleben oder machen die Asiaten das Rennen? Welche Autokonzerne müssen dran glauben, um die globale Autoindustrie zu sanieren? Der Fall Opel demonstriert die Gemengelage konkurrierender nationaler Interessen in bilderbuchreifer Weise: Zunächst ging es darum, das Unternehmen aus dem US-Mutterkonzern General Motors herauszulösen und eine „europäische Lösung" zu finden, wobei peinlichst darauf geachtet wurde, dass kein Cent deutscher Steuergelder nach Detroit fließt. Doch die „europäische Lösung" erwies sich bald als tückisch: Kaum lag ein Rettungsplan auf dem Tisch, machten Belgien und Großbritannien Bedenken geltend, dass sie gegenüber den deutschen Standorten ins Hintertreffen geraten könnten. Unterdessen wurde die Suche nach einem geeigneten Investor von der durchaus begründeten Sorge begleitet, dass der vermeintliche Retter in der Not dem Unternehmen erst Recht den Todesstoß versetzen könnte: Will Fiat vielleicht nur deutsche Staatsgelder einsacken, um die eigenen Werke auf Kosten der deutschen zu stärken? Könnte Magna nur die Absicht im Sinn haben, an fortgeschrittene Technologien zu gelangen und die Produktion an die Standorte seiner russischen Tochterfirmen zu verlagern?
Der neue Krisenkeynesianismus ist eine stramm nationale Unternehmung, deren Gefährlichkeit in ihrem Vermögen liegt, Lohnabhängige hinter den jeweiligen Staats- und Unternehmensinteressen zu sammeln. Die *Buy American*-Klauseln des amerikanischen Konjunkturpakets fanden prompt ein positives Echo unter US-Gewerkschaften, die die heimische Industrie auf Kosten der ausländischen Konkurrenz zu retten suchen, die von der britischen Staatsspitze lancierte Losung *British Jobs for British Workers* wurde – zum Glück nicht unwidersprochen – in spontanen Streiks britischer Arbeiter aufgegriffen und die traditionell staatsnahen deutschen Gewerkschaften geraten ohnehin stets in Stimmung, wenn die Regierung die deutsche „soziale Marktwirtschaft" gegen den angelsächsischem „Raubtierkapitalismus" in Stellung bringt.

7 Die nationale Mobilisierung ist umso notwendiger, als der neue Etatismus nur in der linken Phantasie den Massen mehr „soziale Gerechtigkeit" bescheren wird. Etwas anderes als die

fetischistische Vorstellung eines gerechten Interessenausgleichs zwischen Kapital und Arbeiterinnen verbarg sich hinter dieser Losung nie, doch in bestimmten historischen Phasen kam ihr die Erfahrung breiterer Schichten der Arbeiterklasse, an der Entwicklung des Kapitals teilzuhaben, entgegen: Der Arbeitstag wurde kürzer, die Löhne stiegen, die sozialstaatliche Absicherung gegen Existenzrisiken wurde ausgebaut. Wenn heute im amerikanischen Konjunkturpaket einige Milliarden Dollar für Gesundheitsversorgung, Qualifikationsmaßnahmen und Lebensmittelmarken vorgesehen sind oder in Deutschland erhebliche Summen für die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bereitgestellt werden, kündet dies nicht von einer Renaissance der klassisch-sozialdemokratischen Integration der Arbeiterinnen, sondern handelt es sich schlicht um präventive Aufstandsbekämpfung, die im Übrigen zeigt, wie mulmig den staatlichen Generalbevollmächtigten des Gesamtkapitals angesichts dessen ist, was ihnen noch ins Haus stehen könnte. Nicht auszuschließen, dass die europäische Sozialdemokratie zur Rückgewinnung proletarischer Wähler die Wohlhabenden wieder etwas stärker zur Kasse bitten wird und Attac doch noch die Verwirklichung der Tobin-Tax wird feiern können. Etwas anderes wird jedoch das Bild bestimmen: Werksschließungen von Shenzen bis Detroit, Millionen neuer Arbeitsloser, Rettung angeschlagener Unternehmen durch Lohnsenkungen und unbezahlte Mehrarbeit sowie früher oder später ein knallharter Sparkurs, um die frischen Staatsschulden zu begleichen.
Die Linke wird das gesellschaftliche Verhängnis in dem Maße befestigen, wie sie meint, den Zug zum Etatismus in ihre Richtung lenken zu können. Gerade jetzt, wo die allgemeine Verunsicherung umstürzlerischen Absichten nicht den schlechtesten Nährboden bietet, wird jener Keynes, der einen „antimarxistischen Sozialismus" begründen und im Falle eines Klassenkrieges „auf der Seite der gebildeten Bourgeoisie" stehen wollte, zum Geistesverwandten von Marx verklärt, erwärmen sich geläuterte Autonome für „sozial-ökologische Investitionsprogramme" und wird auf linken Demonstrationen die „Vergesellschaftung der Banken" gefordert.
Der linke Keynesianismus will das Absatzproblem durch die „Stärkung der Massenkaufkraft" beheben. Er übersieht, dass der Widerspruch zwischen Produktion und Realisierung des Werts logisch unlösbar ist und praktisch stets zugunsten des


FM



unmittelbaren Profits entschieden wird: „Jeder Kapitalist [...] wünscht sich natürlich die Arbeiter der *anderen Kapitalisten* als möglichst große Konsumenten *seiner* Ware. Aber das Verhältnis *jedes* Kapitalisten zu *seinen* Arbeitern ist das *Verhältnis überhaupt* von *Kapital und Arbeit*, das wesentliche Verhältnis." (Karl Marx, *Grundrisse*, 322) Da die zunehmenden Krisentendenzen der letzten Jahrzehnte mit Stagnation und Rückgang der Reallöhne zusammenfallen, verleiht die Geschichte dem linken Keynesianismus einen Anschein von Plausibilität. Doch für den Nachkriegsboom gilt: Nicht weil die Löhne stiegen, lief die Akkumulation, sondern weil die Akkumulation lief, konnten die Löhne steigen. Wäre die „Stärkung der Massenkaufkraft" das Rezept für einen krisenfreien Kapitalismus, hätte es 1974/75 nicht zu einem schroffen Kriseneinbruch kommen dürfen, denn der Aufschwung der Klassenkämpfe ab 1967/68 hatte sich in spürbaren Lohnerhöhungen niedergeschlagen. Der linkskeynesianische Versuch, den Bossen höhere Löhne als etwas aufzuschwatzen, das in ihrem eigenen Interesse liege, läuft auf die Albernheit hinaus, das System der Ausbeutung durch Lohnerhöhungen wieder flott zu machen, was unmittelbar die Profitabilität beschneiden, zur Einschränkung der Produktion und damit auch zur Schwächung der Nachfrage führen würde. Die Linkskeynesianer meinen, was gut sei für die Arbeiter, sei auch gut für das Kapital, und so predigen sie im Namen einer nur in ihren Köpfen existierenden „gesamtwirtschaftlichen Vernunft" die Klassenversöhnung.

Keinen Deut besser sieht es mit der Forderung nach Verstaatlichung oder Vergesellschaftung von Unternehmen aus. Nicht nur bietet sie keine Perspektive der Emanzipation aus der Lohnsklaverei, selbst das Versprechen, den Proletarisierten die Härten der Krisenlösung ersparen zu können, ist durch nichts gedeckt. Der Unterschied zwischen Staats- und Privatunternehmen stellt sich im Klassenkampf als eine rein taktische Frage dar: Wenn Lohnabhängige im Staatssektor gegen Privatisierungen kämpfen, die in aller Regel Entlassungen, Arbeitsverdichtung und mehr Unsicherheit bedeuten, ist das etwas durchaus anderes, als die Übernahme von Unternehmen durch den Staat zu einer Befreiungs- oder auch nur Übergangsperspektive zu erklären, denn „anstelle des privaten Fabrikherrn und neben ihn tritt kein jenseits kapitalistischer Ausbeutungs- und Befehlsstrukturen tätiges, gemeinwirtschaftliches ‚Wesen' sondern der staatliche

Fabrikherr. [...] Ebenso wenig kann der Staat sein eigenes Kapital, seine Wirtschaftsunternehmungen als Mittel der Krisensteuerung einsetzen. Die Krise trifft auch die verstaatlichen Sektoren der Produktion [...] Derart bestätigt sich gerade in den Sektoren, in denen der Staat selbständige ökonomische Tätigkeit entfaltet, nicht die Unabhängigkeit der Politik, sondern die Vorherrschaft (und die Totalität) des Kapitalverhältnisses. Dies kommt vor allem in den Industriezweigen deutlich ans Licht, die in handgreiflicher Weise in der Marktkonkurrenz stehen, zum Beispiel in der Automobilindustrie." (Johannes Agnoli, *Der Staat des Kapitals*, 77) Auch in Staatseigentum überführt, müsste sich beispielsweise Opel im gnadenlosen Verdrängungswettbewerb des Weltmarktes behaupten. An die Stelle konkurrierender Privatkapitale träten konkurrierende Staatskapitale, und früher oder später würde irgendwer den Kürzeren ziehen – von dem zusätzlichen Schub, den die gegenwärtige Tendenz zum Nationalismus dadurch erfahren würde, ganz zu schweigen.

Es ändert wenig und dient meist nur dem Zweck, den Stallgeruch des Staatssozialismus loszuwerden, wenn statt Verstaatlichung Vergesellschaftung gefordert wird. Entweder handelt es sich – die Reklameindustrie lässt grüßen – nur um einen anderen Namen für die gleiche Sache, ergänzt um vage Forderungen nach „demokratischer Kontrolle" und „Wirtschaftsdemokratie". Oder es sind Belegschaftsübernahmen gemeint, durch welche die Arbeiterinnen nur ihr eigener Kapitalist werden würden, der wie jeder andere auch in der Konkurrenz bestehen müsste. Tatsächlich liegt die Linke damit auf unheilvolle Weise im Trend der Zeit: In Amerika steigt die Automobilarbeitergewerkschaft UAW als Teilhaber bei Chrysler und GM ein, in Deutschland soll die Opel-Belegschaft künftig Unternehmensanteile halten. Die schwere Branchenkrise lässt es nicht zu, diesem neuen Arbeiterkapitalismus auch nur den Anschein von Verbesserungen für die Arbeiter zu geben: In allen drei Unternehmen sind Entlassungen und Verzichtsrunden geplant, die sich nun umso leichter durchsetzen lassen werden. Die Logik des Kapitals triumphiert unabhängig von diesen Eigentumsverhältnissen und macht dergestalt deutlich, dass Vergesellschaftung nur noch sinnvoll gedacht werden kann als Aufhebung der Warenproduktion. Umgekehrt verstärkt die Propagierung der linken Scheinalternativen nur den fetischistischen Schein der Naturhaftigkeit des Kapitalverhältnisses.

8 Die Losung *Wir zahlen nicht für eure Krise!* ist einerseits Ausdruck des Unwillens, weitere Opfer für die Sanierung des Kapitals zu bringen. Sie ist andererseits illusorisch, denn es gibt keine Krise des Kapitals, die nicht zugleich eine Krise der Lohnarbeit wäre. „Ihre" Krise ist immer „unsere", weil „sie" und „wir" nicht auf verschiedenen Planeten leben, sondern Pole eines gesellschaftlichen Verhältnisses bilden. Die Losung verharmlost die Lage, indem sie die Krise unter der Hand auf eine reine Finanzkrise reduziert und so tut, als gehe es nur um die Frage, wer am Ende die Zeche zahlt: die „Zocker" oder „wir".
Doch je länger die Krise andauert, umso offensichtlicher wird, dass es einen kapitalistischen Ausweg nur zulasten von Sozialleistungen und Löhnen geben kann, denn die Produktion für den Profit kann nur wieder in Gang gesetzt werden, wenn eine intensivere Auspressung von Mehrarbeit die Rentabilität des Gesamtkapitals wiederherstellt. Wollen die Ausgebeuteten die Krise „nicht bezahlen", dann geschieht dies zu Lasten des Kapitals und impliziert eine Verschärfung der Krise. In dieser drohen daher die auf Gebrauchswert basierenden Interessen der Proleten und die auf Tauschwert basierenden Interessen des Kapitals unmittelbar auseinander zu klaffen. Mehr noch, das reale Wunder der Ware, sowohl Gebrauchswert als auch Träger des Tauschwerts zu sein, worauf in krisenlosen Zeiten das Funktionieren der Märkte, die Akkumulation des Kapitals und die Reproduktion der Gesellschaft gründen, wird während der Krise zunehmend zum Albtraum: Aufgrund mangelnder Verwertungsmöglichkeiten lässt das Kapital Produktionsmittel sowie Arbeitskraft ungenutzt und der Mangel an Tauschwert in der Tasche der Proletarisierten erhebt sich als unüberwindbare Barriere zwischen ihren Bedürfnissen und den real existierenden Gebrauchswerten. Dass die Lebensbedingungen sich verschlechtern, nicht weil es gesellschaftlich zu wenig zu konsumieren gibt, sondern, umgekehrt, weil zu viel Reichtum in Warenform produziert wurde, um diesen Reichtum wieder als Kapital einsetzen zu können, ist eine reale Absurdität.
Nehmen wir zum Beispiel die Auswirkung der Krise auf den Immobiliensektor in den USA: Die massive Welle der Zwangsräumung von Häusern bedeutet, dass eine Wohnungsnot ohne Wohnungsmangel entsteht. Sowohl das Bedürfnis als auch die Mittel zur Befriedung dieses Bedürfnisses sind vorhanden. Die Lebensbedingungen für etliche Tausend Menschen haben sich

dramatisch verschlechtert, nicht weil die Häuser im Nirwana verschwunden wären, sondern weil Kredite nicht bedient werden konnten, d. h. aufgrund der Regeln eines auf Geld basierenden wirtschaftlichen Systems. Hier wird die menschliche Irrationalität des Systems für jedermann ersichtlich.
Nehmen wir die Pensionsfonds erheblicher Teile der nordamerikanischen Lohnarbeiter: Sie haben zur Folge, dass Lohnabhängige unmittelbarer denn je an das Los des Kapitals gekettet sind. Je weniger der Staat die Reproduktion der gesamten Arbeiterklasse garantiert, umso abhängiger wird diese von neuen Formen privater Finanzierung. 1992 verwalteten solche Pensionsfonds fünf Billionen Dollar, heute sollen es 30 Billionen sein, was immerhin der Hälfte des Weltbruttosozialprodukts entspricht. Die Finanzkrise bedeutet nun für zahllose Lohnabhängige, dass ihre Ersparnisse für die Zukunft futsch sind. Aber nur auf der Basis des Privateigentums machen Ersparnisse und Verschuldungen überhaupt „Sinn" für die Aufteilung des zukünftigen gesellschaftlichen Reichtums. Vom Standpunkt des gesamtgesellschaftlichen Reichtums aus betrachtet, entpuppen sich diese Begriffe als ziemlich belanglos, es sei denn, es werden zu viel Lebensmittel für heute auf Kosten der für die spätere Produktion notwendigen Produktionsmitteln erzeugt oder umgekehrt. Ob als Gold, Euro-Münze oder Schuldpapier: Geld hat kaum eine unmittelbare Nützlichkeit (allenfalls als Zahnfüllung, Chip für Automaten oder schlechtes Klopapier), außer es wird gegen Güter getauscht. Und diese bereits produzierten Güter kann die Gesellschaft gewöhnlich nicht „sparen", da sie meist verderblich sind. Werden sie heute nicht konsumiert, stehen sie auch in der Zukunft nicht mehr zum Konsum zur Verfügung, so dass sie nochmals produziert werden müssen. Eine Verschuldung kann es so gesamtgesellschaftlich betrachtet noch weniger geben, weil ein Produkt, das erst morgen produziert wird, nicht heute konsumiert werden kann. Mit anderen Worten: Es ist eine gesellschaftliche Perversität, wenn das Lebensniveau zukünftiger Pensionäre nicht vom in Zukunft produzierten Reichtum, sondern davon abhängt, was sie heute sparen und wie sie das Gesparte anlegen.
Nehmen wir Entlassungen und Kurzarbeit. Sie könnten für jeden und jede eine Gelegenheit sein, endlich über mehr freie Zeit zu verfügen, um seinen Bedürfnissen nachzugehen. Leider werden dabei auch, unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen,

die Einkommen der „Begünstigten" entsprechend reduziert. Sie müssen auf irgendwelche Lebensmittel, Leinwand oder Kornbranntwein verzichten, nicht weil es weniger Lebensmittel, Leinwand oder Kornbranntwein gibt, sondern weil weniger Pkws oder „Finanzprodukte" verkauft werden konnten. Es ist eine verrückte Welt, in der ein Zuviel an Produktion in einem Zweig die Verringerung des gesellschaftlichen Konsums der Produkte anderer Zweige verursacht. Statt die geringere notwendige Arbeitszeit innerhalb der Gesellschaft umzuverteilen, so dass jeder weniger malochen muss und dennoch keinen Konsumverzichten zu leisten gezwungen wird, wächst die Verarmung, weil ein Überfluss an materiellen Gütern produziert wurde. Nun werden auch eigentlich benötigte Güter (Lebensmittel, Leinwand oder Kornbranntwein) weniger produziert, weil sie unverkäuflich werden. Das Kriterium für das Zurückfahren der Produktion liegt nicht im Bedarf der Menschheit, sondern in der Rentabilitätsberechnung der einzelnen Unternehmen.
Diese Absurdität drückt sich auch in dem Widerspruch aus, dass einerseits allerorten zu hören ist, die Krise sei da, weil „wir alle" irgendwie „über unsere Verhältnisse" gelebt hätten, und andererseits überall der Ruf erschallt, nur die „Stärkung der Nachfrage" könne aus der Krise helfen. Je mehr sich diese Absurdität entfaltet und in die Köpfe der Leute dringt, desto größer wird die Möglichkeit, dass Verzweiflung und Misstrauen an den vorhandenen Zuständen in die Vorstellung einer Gesellschaft umschlagen, die nicht auf Tausch und Konkurrenz, sondern auf bewussten gemeinsamen Entscheidungen über Produktion und Verteilung basiert.

9 An immer mehr Orten lehnen sich Lohnabhängige bereits gegen das Schicksal auf, das ihnen angesichts des großen Schlamassels blüht: mit Protesten in Island und Lettland gegen dramatische Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, mit *Bossnapping* und angedrohten Werkssprengungen in Frankreich, Streiks in England, breiten Protesten in Bulgarien (die allerdings recht konfus waren und selbst die Polizisten einschlossen), erfolgreichen Kämpfen für Lohnsteigerungen und Preissenkungen auf Guadeloupe; in Südkorea wurden Fabriken besetzt, in der Textilindustrie in Bangladesh herrscht ein sozialer Krieg. Es gibt aber bislang keine Anzeichen dafür, dass sich aus diesen Auseinandersetzungen die Perspektive einer anderen

Gesellschaft herausschält, und meist stehen die Kämpfenden mit dem Rücken zur Wand: Betriebsschließungen sind ebenso unausweichlich wie die Kürzung von Sozialausgaben, so dass die Lohnabhängigen bestenfalls der Krisenlösung einige Steine in den Weg rollen können, indem sie die Abwicklungskosten überflüssiger Werke in die Höhe treiben und die Sanierung des Staatshaushalts durchkreuzen.
Linksradikale beschwören oft ein magisches „Zusammenkommen" der unverbundenen spontanen Kämpfe und hoffen darauf, dass sich, wenn die Bambule erst einmal begonnen hat, alles weitere irgendwie von selbst ergeben wird. Doch wenn hier und da Steine fliegen und es Ärger mit der Staatsmacht gibt, ändert das zunächst nichts an der erdrückenden Perspektivlosigkeit. Militante Auseinandersetzungen unterbrechen den Alltag; das Räderwerk des Kapitals kommt zum Halt und es eröffnet sich die Möglichkeit, etwas Neues zu beginnen. Dass diese Chance ungenutzt bleibt, ist der völligen Abstraktheit geschuldet, die der Vorstellung der klassenlosen Gesellschaft heute anhaftet.
Darin liegt ein Unterschied zu der Zeit der Großen Depression nach 1929, der weitaus gravierender sein dürfte als die Frage, welche der beiden Krisen am Ende die tiefere sein wird. Für die Hauptströmungen der alten Arbeiterbewegung lag die Antwort auf alle Probleme klar zutage: Der „Anarchie des Marktes" und den aus ihr resultierenden Krisen wurde die geplante Ordnung des Arbeiterstaates entgegengesetzt. Tatsächlich konnte der russische Staatskapitalismus gerade in den 1930er Jahren große Popularität bis in vormals liberale Kreise verzeichnen, da die Brutalität der Stalinschen Knute imposante Entwicklungsfortschritte zeitigte, während im freien Westen die Produktion einbrach und die Schlangen vor den Arbeitsämtern länger und länger wurden. Diese grauenvolle Scheinalternative sind wir heute immerhin los, wenngleich, wie oben ausgeführt, der linke Staatsglaube vor dem Hintergrund der Krise neuen Auftrieb erhält. Auch für die radikalen Strömungen der alten Arbeiterbewegung, die nach einer kurzen Blütezeit bis in die frühen 1920er Jahre bei Anbruch der Krise fatalerweise weitgehend marginalisiert waren, lag die Antwort auf der Hand: In ausdrücklicher Ablehnung der staatskapitalistischen Scheinalternative sollten die Arbeiterräte es richten. Anstatt die Staatsmacht zu erobern, galt es, die Macht der Produzenten von unten gegen die herrschende Ordnung zu wenden. In der eingangs zitierten

Schrift der I.W.W. von 1933 heißt es: „Die Betriebsorganisation, die Industrie-Union, die Klassenorganisation ist zugleich die Organisation der zukünftigen Gesellschaft. So bildet in der I.W.W. das Ziel und die Taktik eine Totalität. Ihr organisatorischer Aufbau ist bereits die Struktur der neuen Gesellschaft in der Schale der alten." In diesen Sätzen fand der klassische Rätekommunismus einen Nachhall, der die Rätebewegungen um 1917 gedanklich verlängerte: Die Macht der Klasse schien durch ihre Stellung im unmittelbaren Produktionsprozess verbürgt, die klassenlose Gesellschaft konnte als Verlängerung der den Tageskampf führenden Organe gedacht werden, die Produktion in ihrer existierenden Gestalt bedurfte offenbar nur der Übernahme und Verwaltung durch die Produzenten.
Es scheint, dass dieser Faden zwischen Produktionsmacht und Umwälzung der Gesellschaft heute zerrissen ist und man sich begründetem Spott aussetzen würde, wollte man zur Gründung von Arbeiterräten aufrufen. Die Gesamtarbeiterin ist immer weniger in Großbetrieben konzentriert, die Arbeitskraft zerstreuter denn je und in eine globale Arbeitsteilung von historisch ungekannter Verwobenheit eingebaut. Ein riesiger Teil des Weltproletariats bleibt unterdessen gänzlich von der Produktion ausgeschlossen, und breitere Bewegungen bilden sich immer häufiger außerhalb der Betriebe als in ihnen. Auch lädt die spätkapitalistische Schrottproduktion immer weniger dazu ein, sich mit dem eigenen Tun dergestalt zu identifizieren, dass man es unter anderen Verhältnissen fortsetzen wollte: „Eine erfolgreiche Revolution würde heute mehr Betriebe abschaffen als unter ‚Arbeiterkontrolle' stellen." (Loren Goldner) Es stellt sich die Frage, ob die Losung *„Alle Macht den Räten!"*, die für das Gros der Radikalen um 1968 noch verbindlich blieb, unter diesen Bedingungen am Ende nur hilflose Nostalgie ist, und die Räte 1956 in Ungarn oder 1979 im Iran vielleicht das letzte Aufblitzen einer Perspektive der Befreiung waren, deren Zeit inzwischen unwiderruflich abgelaufen ist.
Vermutlich lautet die Antwort: Ja und Nein. Ja, insofern die genannten historischen Veränderungen es tatsächlich fragwürdig erscheinen lassen, sich die Revolution als erfolgreiches Remake einer vor allem in den Produktionsstätten wurzelnden Rätebewegung vorzustellen, die sich nur der Bosse zu entledigen braucht und in den Fabriken bereits über die Grundlage der neuen Gesellschaft verfügt. Nein, insofern größere proletarische

Erhebungen immer wieder räteähnliche Formen ausbilden, wie zuletzt die Rebellierenden in Griechenland demonstrierten, die sich öffentliche Gebäude aneigneten, um mit autonomen Versammlungen die Souveränität des Staates herauszufordern. Als Ort der horizontalen Kommunikation zwischen den Ausgebeuteten, die die Trennung in wirtschaftlichen und politischen Kampf zu überwinden suchen und die „Rücknahme des Staates in die Gesellschaft" (Marx) praktizieren, sind Räte bislang alternativlos. Ihre Akteure werden aber nicht dem hammerschwingenden Arbeiter aus dem Petrograder Sowjet ähneln, der mit roher Muskelkraft seine Ketten zerschlägt, sofern er überhaupt je mehr war als eine Ausgeburt propagandistischen Kitsches. Die globale Klasse der Proletarisierten besteht heute aus winzigen Kernen von High-Tech-Produzentinnen, nach wie vor auch klassischen Fabrikarbeitern, Massen von Dienstleistungssklaven und einer gigantischen Überschussbevölkerung; ihre Gemeinsamkeit ist mit anderen Worten auf das dürre Kriterium der Lohnabhängigkeit zusammengeschrumpft, ja überhaupt so fraglich geworden, dass manche Theoretiker inzwischen von subalternen Klassen im Plural sprechen. Was Rätemacht unter den Bedingungen dieser Zersplitterung bedeuten könnte, ob sie überhaupt noch an die Produktion gebunden wäre, steht in den Sternen.

Klar scheint allein, dass es kaum weiterhelfen wird, die Frage der Aufhebung kurzerhand beiseite zu schieben, über die Revolution und die befreite Gesellschaft ein Bilderverbot zu verhängen und spontane Kämpfe zu vergöttern, deren Ziel vollkommen unbestimmt bleibt. Noch der zwingendste Nachweis, dass die herrschende Produktionsweise zum sicheren Schaden der Lohnabhängigen eingerichtet ist, bleibt bedeutungslos, solange diese Verhältnisse als die einzig denkbaren gelten, und noch die wildesten Streiks werden früher oder später wieder im Trott des Arbeitsalltags versanden, verbleibt die kommunistische Aneignung der Produktion im Reich der frommen Wünsche und Phrasen. Kurz: Auch die tiefste Krise wird dem Kapitalverhältnis nicht den Garaus machen, wenn seine Aufhebung nicht wieder in den Horizont des Möglichen rückt.

In den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die in den nächsten Jahren rauer werden dürften, wird sich ein sozialrevolutionärer Pol nur in Abgrenzung zu allen linkspopulistischen Krisendiagnosen und Forderungen bilden können: Kein Fuß-

breit dem Neoliberalismusgejammer, den Staatsillusionen, dem Kaufkraft-Mantra; Schluss mit moralisierendem Ereifern über raffgierige Manager und dem Ausspielen des produktiven Kapitals gegen das Finanzkapital; Nein zum linken Euro-Patriotismus und Antiamerikanismus. Diese Ideologiekritik kann durchaus praktisch werden: Die Eier, die den am Rednerpult fuchtelnden Oskar Lafontaine unlängst auf einer Krisendemonstration zu Frankfurt am Main trafen, waren ein bemerkenswerter Kontrast zu den Taktierereien einer Linken, die sich nur deshalb als außerparlamentarische bezeichnet, weil sie noch keinen Listenplatz bei der Linkspartei ergattern konnte. Doch nur wenn es einem solchen sozialrevolutionären Pol zugleich gelingt, die gegenwärtige Überakkumulationskrise als Ausdruck einer fundamentalen Verkehrung transparent zu machen – einer Produktionsweise, in der die wirkliche Reichtumsproduktion der Verwertung von Wert untergeordnet ist – und vor allem die Möglichkeit der Abschaffung dieses Zustands aus ihrer aktuellen Abstraktheit zu befreien, kann die Misere überwunden werden, die darin besteht, dass die Entwicklung des Kapitals den Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert immer greifbarer macht, während seine praktische Schlichtung durch die Lohnabhängigen als abseitiger Gedanke erscheint. Horkheimer schrieb 1940: „Die Modalitäten der neuen Gesellschaft finden sich erst im Lauf der Veränderung. Die theoretische Konzeption, die nach ihren Vorkämpfern der neuen Gesellschaft den Weg weisen soll, das Rätesystem, stammt aus der Praxis. Es geht auf 1871, 1905 und andere Ereignisse zurück. Die Umwälzung hat eine Tradition, auf deren Fortsetzung die Theorie verwiesen ist." (*Autoritärer Staat*, 64) Die klaffende Lücke der Aufhebungsperspektive kann nicht durch Blaupausen für die klassenlose Gesellschaft geschlossen werden, die eine Handvoll Radikale aus den Schubladen ziehen. Die neue Gesellschaft muss sich in der Praxis der Lohnabhängigen abzeichnen. Da die Sozialrevolutionäre meist selbst Lohnabhängige sind, wissen sie, wie verflucht schwer dies zu bewerkstelligen ist; gleichwohl wie bedeutungslos vor diesem Hintergrund die Aufforderung zur Abschaffung von Ware und Geld daherkommt – und welche Dringlichkeit daher die Zirkulation von Erfahrungen aus den Klassenauseinandersetzungen annimmt. Ihre Theorie ist andererseits mehr als passive Widerspiegelung der praktischen Bewegung, nämlich gedanklicher Vorgriff auf das noch nicht Existierende. In diesem Spannungs-

feld irren die Sozialrevolutionäre umher, und soweit sie sich dessen bewusst sind und sich nicht blindlings auf die eine oder andere Seite des Gegensatzes schlagen, können sie vielleicht dazu beitragen, dass die sozialen Konflikte zu Klassenkämpfen eskalieren und die *Commune* in ihnen Gestalt annimmt.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft

Literatur

Johannes Agnoli, Der Staat des Kapitals, in: Ders., *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*, Freiburg 1995

Loren Goldner, The Biggest „October Surprise" Of All: A World Capitalist Crash, 2008, im Netz unter http://sites.google.com/site/radicalperspectivesonthecrisis

Max Horkheimer, Autoritärer Staat, in: Helmut Dubiel / Alfons Söllner, *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942*, Frankfurt/M. 1981

Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1953

Karl Marx, *Das Kapital.* Dritter Band: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion (MEW 25), Berlin 1968

Paul Mattick, *Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems*, Frankfurt/M. 1971 [Orig.: 1969]

Paul Mattick, Krisen und Krisentheorien, in: Ders. / Christoph Deutschmann / Volkhard Brandes, *Krisen und Krisentheorien*, Frankfurt/M. 1974.

Paul Mattick Jr., Ups and Downs: The economic crisis, in: The Brooklyn Rail, Februar 2009, im Netz unter http://sites.google.com/site/radicalperspectivesonthecrisis/

Karl-Heinz Roth, Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven, im Netz unter www.wildcat-www.de

Ron Rothbart, Ökonomisches Gesetz und Klassenkampf, 1980, im Netz unter www.wildcat-www.de

Sander, Eine Krise des Werts, in diesem Heft

EINE KRISE DES WERTS

Man braucht nicht zu wiederholen, dass wir uns in der schwersten Krise des Kapitalismus seit den dreißiger Jahren befinden – selbst in den Massenmedien ist es zum Mantra geworden. Aber wie sind wir in diesen Schlamassel gelangt? Für welches Handeln (oder Nichthandeln) man eintritt, hängt von der Antwort auf diese Frage ab. Schon die Weise, in der die Krise dargestellt wird, enthält eine Antwort. Die Massenmedien haben uns überhäuft mit Geschichten von Gier, Missmanagement und Mangel an Regulation. Das „angelsächsische", „neoliberale" Modell eines ungezügelten freien Marktes hat sich gründlich diskreditiert, die ökonomischen Helden der Rechten sind von ihren Sockeln gestürzt und der gute alte Keynes ist wieder en vogue. Der neue Konsens bevorzugt mehr Regulation, mehr Staatsintervention und mehr Neuverschuldung, um dem Deflationssog entgegenzuwirken, der die Ökonomie schrumpfen lässt - diskutiert wird lediglich, in welchem Umfang. Ausgefochten wird diese Debatte, wie nicht anders zu erwarten, innerhalb der Linken des prokapitalistischen Spektrums – zwischen denjenigen, die glauben, dass eine Feinabstimmung der Symbiose zwischen Staat und privatem Kapital zur besten aller möglichen Welten führt, und denen, die herbeihalluzinieren, dass sie die kapitalistische Gesellschaft durch allmähliche Verstaatlichung der Ökonomie in den Sozialismus hinein abmildern werden. Nichtsdestoweniger sind sich beide Parteien darin einig, dass die Krise das Ergebnis von Gier, Missmanagement und Deregulierung ist. Beide gebärden sich in unterschiedlichem Maße kapitalismuskritisch, aber ihre Kritik ist eine positive: Sie verbindet der Glaube und das Programm, dass der Kapitalismus reformierbar sei. Das macht sie zu den wichtigsten Apologeten des zeitgenössischen Kapitalismus.

Es gibt noch eine andere Antwort auf die Frage nach der Ursache des Schlamassels. Eine Antwort, die implizit enthalten ist in den griechischen Riots, in der Weigerung von Arbeitern in Frankreich, Mitverantwortung für die Krise zu übernehmen, in der Weigerung von Arbeitern in China, die Gesetze zu befolgen, in der Entschlossenheit von arbeitslosen Bauarbeitern in den USA, die sich spontan organisierten, um den Obdachlosen leer stehende Immobilien zurückzugeben... Eine Antwort, die lautet: Der Kapitalismus ist überholt. Es ist Zeit für etwas Neues.

Falls die Zeit kommt, in der sich diese Antwort zu massenhaften Kämpfen ausweitet, wird es einer starken pro-revolutionären politischen Bewegung bedürfen, die deutlich ausspricht, was dann intuitiv gespürt werden wird, und die durch ihre Klarheit den Staub der Zeit und des Vergessens und alle ideologischen Spinnweben vom Spiegel fegen hilft, so dass der Gesamtarbeiter seiner selbst inne werden kann. Was diese Revolutionäre zu sagen haben, ist heutzutage nicht besonders populär. Immer wieder zerreden sie die Verbesserungsvorschläge der Linken (und Rechten). Auf ein vorwurfsvolles „Aber was schlagt ihr dann konkret vor?" können sie nur erwidern: kompromisslosen Widerstand gegen das Elend, das der Kapitalismus in der Krise der Arbeiterklasse aufbürdet. Sie haben nur die Hoffnung anzubieten, dass die Arbeiterklasse sich selbst durch diesen Widerstand in eine Klasse für sich verwandelt und damit die Menschheit befreit; dass in ihrer Selbstorganisation die nachkapitalistische Gesellschaft Gestalt annimmt. Deshalb sind Revolutionäre bei denen, die der Realität nicht ins Gesicht zu schauen wagen und sich stattdessen im Namen des „Realismus" an Illusionen klammern, als Utopisten verschrien.
Im Gegensatz zur üblichen linken Kritik ist die revolutionäre Kritik des Kapitalismus eine negative. Sie behauptet, dass sich die gegenwärtige Krise verschlimmern wird, welche Maßnahmen auch immer dagegen ergriffen werden. Bestenfalls werden diese Maßnahmen die Beschleunigung der Krise herabsetzen, aber jede Konjunkturbelebung belebt nur wieder die Blase, denn diese Blase betrifft nicht nur den Immobilienmarkt und den Finanzsektor. Die Weltwirtschaft als ganze ist eine Blase, die früher oder später mit schrecklichen Konsequenzen für den allergrößten Teil der Menschheit platzen wird – egal wie und von wem sie gemanagt wird. In seiner ersten Phase hat sich der Deflationsdruck, wie es nahe lag, als Vertrauenskrise im Bankensystem geäußert, was sich bis jetzt durch Staatsinterventionen eindämmen ließ. Die Heftigkeit des Deflationstrends und die Widerstandskraft der Staaten wird entscheiden, wie schnell diese Krise zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Staat, dem Dollar, dem Euro usw. führen wird. Wenn dieser Punkt erreicht ist, gibt es keine höhere Macht mehr, die dem System zur Hilfe kommen könnte. Der Kapitalismus wird dann am gefährlichsten, wenn die einzige verbliebene Alternative die Flucht nach vorne ist.

Die negative Kritik des Kapitalismus geht davon aus, dass er irreparabel ist, weil die Krise das direkte Resultat der historischen Überholtheit seiner Grundlage ist: der Wertform.

Der Doppelcharakter der Ware

Bevor die Produkte menschlicher Arbeit zu Waren wurden, hergestellt für einen Markt, besaßen sie natürlich auch Wert. Der Wert eines Brotes beispielsweise bestand darin, dass es nahrhaft war und gut schmeckte. Leute wollten es, es hatte einen Gebrauchswert.
Um einen Tauschwert zu besitzen, müssen Waren einen Gebrauchswert haben. Das muss nicht bedeuten, dass sie objektiv nützlich sind, sondern nur, dass sie für jemanden erstrebenswert sind, der das Geld hat, sie zu kaufen. Das verhindert, dass sich die Wertakkumulation vollständig von den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft löst. Die Akkumulation muss die Form der Vermehrung von Gebrauchswerten annehmen, auch wenn sie nur ein Mittel zur Vermehrung des abstrakten Tauschwertes ist - darin liegt der wirkliche Zweck und die Funktion des Kapitalisten.
Deshalb muss die Vermehrung von Gebrauchswerten und Tauschwerten Hand in Hand, in einem einheitlichen Prozess vor sich gehen. Dennoch unterscheiden sich beide durchaus. Als Gebrauchswert besitzt eine Ware spezifische Eigenschaften. Aber ihr Tauschwert ist keine ihr innewohnende Qualität. Vielmehr ist er der Wert des zu seiner Produktion eingesetzten Kapitals plus Mehrwert. Er ist ein gesellschaftliches Verhältnis, Kapital-Arbeit. Auf ihrem Eroberungszug über die Welt, bei dem sie alle anderen Produktionsweisen auslöscht oder verdrängt, reproduziert und verbreitet die kapitalistische Warenproduktion dieses gesellschaftliche Verhältnis immer weiter.
Ihr Erfolg erklärt sich aus dem Doppelcharakter der Ware, aus der Tatsache, dass sie Gebrauchswert und Tauschwert zugleich hat. Die Jagd nach dem Mehrwert warf ein beständig wachsendes Mehrprodukt ab, und diese überlegene Produktivität war „die schwere Artillerie, mit der sie [die Bourgeoisie] alle chinesischen Mauern in den Grund schießt" (*Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, S. 466). Wenn wir Geschichte als unablässige Anstrengung zur Überwindung der Knappheit betrachten, in die die Menschheit hineingeboren wurde, und damit

als ein Anwachsen der Arbeitsproduktivität, dann erscheint der Kapitalismus als eine notwendige und unumgängliche Phase. Dass er zugleich eine Übergangsphase ist, ist wiederum dem Doppelcharakter der Ware geschuldet.
Die Krise liegt in der Ware selbst, in ihrem Doppelcharakter. Heutzutage ist es ziemlich offensichtlich, dass Gebrauchswert und Tauschwert auseinander getreten sind. Niemals zuvor war die Produktivität und damit die Möglichkeit zur Vermehrung der Gebrauchswerte so groß. Zugleich hat sich niemals zuvor das wachsende Unvermögen, den Tauschwert zu vermehren, so deutlich gezeigt, wie in der heutigen Welt, die in ihrer Überproduktion ersäuft, während zugleich mehr und mehr menschliche Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. Die Vermehrung von Gebrauchswert und Tauschwert geht nicht mehr Hand in Hand. Der Profit bestimmt, wo und wann Arbeitskraft angewendet wird. Zwei Milliarden Menschen sind erwerbslos, weil das Kapital sie nicht brauchen kann, um den Tauschwert zu vermehren. Die Verwertung des Werts steckt in der Krise und es ist die Vervielfachung der Fähigkeit, Gebrauchswerte zu schaffen, die das Loch geschaufelt hat, aus dem der Kapitalismus nun nicht mehr herauskommt, ohne massive Zerstörung hervorzurufen. Tauschwert ist ein lächerlicher Maßstab geworden für eine Gesellschaft, deren realer Wohlstand nicht mehr auf Arbeitszeit gegründet ist.
Wie Marx schrieb: „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder - deren powerful effectiveness - selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie (...) Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozess eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozess selbst verhält. (...) Er tritt neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben

durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint" (*Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, MEW 42, S. 592f).

Über weite Strecken der Aufstiegsperiode des Kapitalismus kam der Widerspruch zwischen wirklichem Reichtum und kapitalistischem Reichtum noch nicht zum Tragen. Gebrauchswerte und Tauschwert vermehrten sich im Gleichtakt. Nach und nach übernahm der Kapitalismus alle Formen der Warenproduktion und dehnte sie auf Bereiche aus, wo sie zuvor nicht existiert hatte. Diese Reorganisation der Produktion bedeutete zugleich eine Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses. Indem die Arbeiter an einem Arbeitsplatz zusammengefasst wurden, man ihnen spezialisierte Arbeiten gab und ihre Arbeiten austauschbar machte, erzielte man eine gewaltige Verringerung der Kosten und zugleich einen Produktivitätsanstieg. Dieser führte zu einer immer größeren Differenz zwischen der von den Arbeitern geleisteten und der zur Herstellung ihrer Lebensmittel erforderlichen Arbeit, selbst wenn letztere aufgrund von Arbeiterkämpfen und gesellschaftlichen Veränderungen ebenfalls wuchs. Je mehr Arbeiter eingestellt wurden, je länger sie arbeiten mussten und je geringer die Kosten ihrer Reproduktion wurden, desto mehr unbezahlte Arbeitszeit wurde angehäuft und desto mehr Mehrwert wurde geschaffen. Beschäftigung, Produktivität und Profit wuchsen Hand in Hand. Je mehr Proletarier durch die Produktivkraftentwicklung geschaffen wurden, desto mehr steigerten sich Produktivität und Wertproduktion. Deshalb erschienen sie als geradezu synonym: Je mehr materieller Wohlstand, desto mehr Profit. Es gab also eine Balance zwischen dem Wachstum des Tauschwertes und der Vermehrung der Gebrauchswerte. Die Quelle von beidem war dieselbe: Mehrarbeit. Das Wertgesetz war in Harmonie mit den Produktivkräften der Epoche.

Der Übergang zur reellen Subsumtion

Es gibt zwei Arten, Mehrwert zu schaffen: Über Jahrhunderte bediente sich der Kapitalismus des offensichtlicheren, der Verlängerung des Arbeitstages. Er hatte noch nicht eine neue, untrennbar mit dem Kapitalismus verbundene Art der Produktion entwickelt. Der Weber stellte Stoffe her wie zuvor, aber er tat

es nun in einer Manufaktur und erhielt dafür Lohn. Je länger er für diesen Lohn arbeitete, desto mehr Mehrwert strich der Kapitalist ein.
Doch es gibt auch eine andere Art, Mehrwert zu schaffen. Anstatt den Arbeitstag als ganzen zu verlängern (was seine natürliche Grenze hat), kann auch der relative Teil des Arbeitstages verlängert werden, an dem der Arbeiter unbezahlte Mehrarbeit für den Kapitalisten leistet, indem der andere Teil verringert wird, der der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Produktion dessen entspricht, was der Arbeiter zu seiner eigenen Reproduktion braucht. Mit anderen Worten: Je mehr der Wert des Arbeitslohns fällt im Verhältnis zu dem, was der Arbeiter insgesamt produziert, desto mehr Mehrwert schafft er.
Aber über den Wert des Lohns hat der Kapitalist keine direkte Kontrolle im Unterschied zu seinen Versuchen, den Arbeitsprozess über die gesellschaftliche Norm hinaus zu intensivieren. Natürlich versucht er, den Lohn immer unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu drücken, und hat dabei auch, aufgrund des Überangebots an Arbeitskräften oder aufgrund von Gewalt oder Ideologie, häufig genug Erfolg; doch unter normalen Bedingungen beherrscht das Wertgesetz den Arbeitsmarkt so wie auch alle anderen Märkte, was heißt, dass die Ware Arbeitskraft ungefähr zu ihrem Wert gekauft wird. Im Allgemeinen resultiert der Fall des relativen Werts des Lohns nicht aus dem Handeln irgendeines bestimmten Kapitalisten, sondern ist das Ergebnis eines allgemeinen gesellschaftlichen Produktivitätsanstiegs, der die Waren, die der Arbeiter zu seiner Reproduktion benötigt, immer billiger werden lässt.
Was der Arbeiter zu seiner Reproduktion benötigt, ist eine begrenzte Menge von Gebrauchswerten, die ihm ermöglichen, eine Familie zu ernähren und gesund zu bleiben, mit einem Dach über dem Kopf zu wohnen – eine Menge von Gebrauchswerten, die sich im gesellschaftlichen Wandel vergrößert, aber eine Widerspiegelung dessen bleibt, was unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen für die Reproduktion der Arbeitskraft als notwendig erachtet wird. Je produktiver eine Gesellschaft ist, desto geringer ist der Anteil an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der erforderlich ist, um diese Gebrauchswerte zu produzieren, und desto höher ist damit auch der Mehrwert für den Kapitalisten.

Marx sah einen Wechsel der Hauptprofitquelle des Kapitalismus von absoluter zu relativer Mehrwertproduktion. Aber durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität erzielt der Kapitalist nicht direkt einen höheren Wert. „Der Arbeitstag von gegebner Größe stellt sich stets in demselben Wertprodukt dar, wie auch die Produktivität der Arbeit (...) wechsle" (*Das Kapital I*, MEW 23, S. 543). Die Steigerung der Produktivität bedeutet lediglich, dass dieser „Wert sich also über mehr (...) Waren verteilt" (ibid.). Steigert ein Kapitalist die Produktivität, dann reduziert er damit noch nicht den Wert des Arbeitslohns, außer er verkauft direkt an seine Arbeiter die Waren, die sie konsumieren. Worin besteht also seine Motivation, in Produktivitätssteigerung zu investieren?
Sein Anreiz liegt weniger in der Möglichkeit begründet, mehr Wert zu schaffen, als vielmehr darin, mehr Wert, der anderswo geschaffen wurde, abzugreifen, im Extraprofit also. Dieser entsteht, „sobald der individuelle Wert seines Produkts unter dessen gesellschaftlichem Wert steht, und daher über seinem individuellen Wert verkauft werden kann" (*Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, 50). Der gesellschaftliche Wert ist das Quantum an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, das unter gegebenen ökonomischen Bedingungen für die Produktion einer gegebenen Ware erforderlich ist und sich daher an den durchschnittlichen, überwiegend durchgesetzten Methoden der Produktion orientiert. Diejenigen, die mehr als das gesellschaftlich durchschnittliche Quantum an Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware benötigen, erzielen deshalb einen unterdurchschnittlichen Profit, während diejenigen, die weniger Zeit benötigen, einen Extraprofit erzielen. Es muss betont werden, dass dieser Extraprofit, der aus einer Steigerung der Arbeitsproduktivität resultiert, nicht unbedingt einen Extra-Profit für das Kapital als Ganzes bedeutet. Der Gesamtwert, und damit auch die gesamte Kaufkraft, wächst dadurch nicht an.
Angenommen, dass die Länge des Arbeitstages, der Wert der Ware Arbeitskraft und die Intensität des Arbeitsprozesses gleich bleiben, dann bleibt auch die Mehrwertrate die gleiche. Nach Marx entspricht unter Voraussetzung eines geschlossenen kapitalistischen Systems aller Mehrwert dem unbezahlten Teil der gesamten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit und der gesamte Profit dem gesamten Mehrwert. Wenn der Kapitalist mit der höheren Arbeitsproduktivität nicht mehr Mehrwert produziert, aber einen höheren Profit erzielt, was ist die Quelle dieses

Extraprofits? Für Marx gibt es per definitionem keinen Wert, der außerhalb des Produktionsprozesses geschaffen wird.[1] Kein Mehrwert entspringt der Zirkulationssphäre, in welcher die Waren, die aus dem Produktionsprozess hervorgegangen sind, gekauft und verkauft werden, um entweder verzehrt oder als neue Rohstoffe wieder in den Produktionsprozess eingebracht zu werden. Innerhalb der Zirkulationssphäre wird kein Wert geschaffen, er wird nur neu verteilt. Der Markt belohnt den Kapitalisten, der den Wert einer Ware unter den gesellschaftlichen Durchschnitt drückt. Aber er belohnt ihn mit Wert, der von woanders kommt: entweder von den Konkurrenten, die gezwungen sind, weniger als den Wert der Arbeitszeit, die in ihre Produkte geflossen ist, zu akzeptieren, oder von den Käufern, die weniger Wert im Austauschprozess erhalten.
Historisch war diese Belohnung so reich, dass die Jagd nach dem Extraprofit zum beherrschenden Antrieb für den kapitalistischen Akkumulationsprozess wurde. Als Folge daraus wurde der Kapitalismus zum fruchtbarsten Boden für technologische und wissenschaftliche Innovation, den es je gegeben hatte. Nicht nur hat jeder Kapitalist einen starken Anreiz für technologische Innovationen (den relativen Mehrwert), er ist auch gezwungen, sie einzusetzen. Diejenigen Kapitalisten, die nicht mitziehen, produzieren Waren mit einem Wertanteil, der höher ist als der gesellschaftlich durchschnittliche Marktwert. Deshalb machen sie einen unterdurchschnittlichen Profit und gehen pleite, wenn die Differenz weiter wächst. Der Extraprofit verschwindet, wenn die produktivitätssteigernde Innovation sich verbreitet und Bestandteil der gesellschaftlichen Norm wird. Aber die Jagd nach technischen Innovationen geht weiter. Kapitalisten, wie auch ganze Sektoren und Länder, denen es gelingt, überdurchschnittlich hohe Produktivitätszuwächse aufrechtzuerhalten, erzielen kontinuierlich Extraprofit, der woanders seinen Ursprung als Mehrwert hat.
Die Konzentration auf Extraprofit durch technologische Innovation und ihre Begleiterscheinungen – den Wertverlust der Ware Arbeitskraft und damit den Anstieg des relativen Mehrwerts – veränderte die Gesellschaft grundlegend. Ein neuer, spezifisch kapitalistischer Produktionsprozess begann, Gestalt anzunehmen. Marx nannte dies „den Übergang zur reellen Subsumtion der Arbeit“, weil die Technologie es dem Wertgesetz erlaubte, tief in den Arbeitsprozess einzudringen. Der Kapitalismus be-

herrschte nicht mehr nur formell die überlieferten Produktionsprozesse, sondern gestaltete sie vollständig um. Ermöglicht wurde das durch Wissenschaft und Technologie, deren eigene Entwicklung wiederum immer mehr vom Wertgesetz bestimmt wurde, von der Reduktion gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit zum Zweck der Extraprofitaneignung.

Nach und nach veränderte sich der Produktionsprozess vollständig. Zuvor hatte der Arbeiter im Zentrum gestanden, seine Werkzeuge waren die Verlängerung seiner Gliedmaßen. Aber nun wurde das Verhältnis umgekehrt, der Arbeiter wurde zum Anhängsel der Maschine, die ihm die Arbeitsgeschwindigkeit und alle Handlungen diktierte und jede Bewegung als ein Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit messbar machte.

Auf den ersten Blick hat diese Entwicklung nur Vorteile für den Kapitalismus. Sie entfesselt eine gewaltige Steigerung der Produktivität, des Vermögens zur Schaffung wirklichen Reichtums. Das wiederum ermöglicht es, den Teil des Arbeitstages, der für die notwendige Arbeit aufgewendet wird (notwendig für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft), zu verkleinern und damit den Teil, der mit Mehrarbeit ausgefüllt ist und in dem Mehrwert geschaffen wird, zu vergrößern. Weiterhin versetzt sie den Kapitalismus in die Lage, sein Reich auszudehnen, im Inneren wie auch nach außen, und die ganze Welt nach seinem Bilde umzugestalten.

Während der Übergang zur reellen Subsumtion ein langwieriger historischer Prozess ist, der bis heute andauert, kommt sein theoretischer Endpunkt – eine Welt, in der das Wertgesetz den gesamten Planeten und alle Aspekte der Gesellschaft durchdringt, jedes Ding und jede Handlung in eine Ware verwandelt und alles gesellschaftliche, politische oder kulturelle Leben nahtlos in die Struktur des Marktes einfügt – der Welt, in der wir heute leben, erschreckend nahe.

So vorteilhaft dieser Übergang für die Durchsetzung des Wertgesetzes auch war, hat er dennoch die Harmonie innerhalb der Wertproduktion erschüttert.

„Nach der einen Seite hin ruft es [das Kapital] also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur (...), um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind,

um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten." (*Grundrisse*, S. 593)
Gebrauchswert und Tauschwert, die beiden Seite der Ware, treten auseinander. Die Gebrauchswerte wachsen exponentiell durch die Technisierung, ein Prozess, in dem menschliche Arbeit abgezogen und durch Technologie ersetzt wird. Aber um Wert zu schaffen, bedarf es menschlicher Arbeitskraft. Die exponentiellen Wachstumsraten der Gebrauchswerte kollidierten auch mit der schmalen Basis, auf der die Konsumbedingungen im Kapitalismus aufruhen. Der Kapitalismus ist aus der Knappheit geboren und benötigt sie. Überfluss bekommt ihm nicht, denn im Kapitalismus kann Überfluss nur Überproduktion bedeuten. Ohne Knappheit kann er nicht „den schon geschaffnen Wert als Wert (...) erhalten".

Der unvermeidliche Fall der Profitrate

Der Keim für die periodisch auftretende Selbstzerstörung von Kapital liegt schon in der Wertform selbst, aufgegangen ist er aber erst mit dem Übergang zur reellen Subsumtion. Produktivität wird nun nicht mehr durch die Menge der verausgabten Arbeitskraft bestimmt, sondern durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik, die vom Gesamtarbeiter in Bewegung gesetzt wird. Durch die Produktivkraftentwicklung treten zwei widersprüchlichen Tendenzen auf: Einerseits verlängert die erhöhte Produktivität den unbezahlten Teil des Arbeitstages (relativer Mehrwert), andererseits verringert sie den Anteil lebendiger Arbeit, von der wiederum nur ein Teil Mehrwert schafft. Während manchmal die erste Tendenz stärker ist und die Profitrate steigt, dominiert auf längere Sicht die Tendenz zum Fall der Profitrate, weil es keine immanente Untergrenze für den Wert einer Ware gibt, so dass der Produktionsprozess auf Grundlage geronnener Arbeit [konstantes Kapital] mit immer weniger lebendiger Arbeit weiterlaufen kann.
Für den relativen Mehrwert dagegen gilt: Die Schranke des Kapitals bleibt „immer ... das Verhältnis zwischen dem Bruchteil des Tages, der die notwendige Arbeit ausdrückt, und dem ganzen Arbeitstag. Innerhalb dieser Grenzen kann es sich allein bewegen." (*Grundrisse*, S. 246).

Daher kann auf lange Sicht die Steigerung der Mehrwertrate den tendenziellen Fall der Profitrate nicht aufhalten. Was den Kapitalisten als Heilmittel erscheint, lässt den Kapitalismus nur stärker kranken. Angesichts einer fallenden Profitrate ist der Anreiz für den Kapitalisten, den Wert einer individuellen Ware unter ihren gesellschaftlichen Durchschnitt zu senken, umso größer. Indem er dies tut, reduziert er aber den Anteil lebendiger Arbeit, von der der Mehrwert ja wiederum nur ein Teil ist, weiter.
Die Verringerung des Anteils lebendiger Arbeit am Produktionsprozess bedeutet, dass immer weniger von ihr immer mehr geronnene Arbeit in Bewegung setzt. Die Ware enthält immer weniger Wertsubstanz, und der Teil der Wertsubstanz, in dem lediglich das Produkt vergangener Arbeit konsumiert wird, wird immer größer im Verhältnis zu neuer lebendiger Arbeit. Das bedeutet auch, dass immer mehr vergangene, geronnene Arbeit erforderlich ist, um lebende Arbeit, die Quelle des Werts, einzusetzen. Immer mehr Kapital wird benötigt, um die Produktivkräfte in Bewegung zu setzen; die Schwelle für die Kapitalbildung wird beständig angehoben. Wenn diese Schwelle überschritten wird, bleiben Produktivkräfte, die angewendet worden wären, als die Schwelle noch niedriger war, ungenutzt.
Aber während die Technisierung der Produktion (oder die „wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals", das Verhältnis von geronnener Arbeit und lebendiger Arbeit) die Wertschöpfung verlangsamt, verbilligt sie neben allen anderen Waren auch diejenigen, die für den nächsten Produktionszyklus gebraucht werden. Insofern erfordert diese nächste Runde relativ gesehen weniger Wert als die vorherige. Wie wir gesehen haben, verringert die Verbilligung von Konsumgütern den relativen Wert der Löhne (selbst wenn mehr Gebrauchswerte gekauft werden) und erhöht so den relativen Mehrwert. Die Verbilligung von Produktionsgütern (oder konstantem Kapital) hingegen schafft nicht automatisch mehr Wert für das Kapital, aber indem sie den Bedarf an Wert für den nächsten Produktionszyklus verringert, wirkt sie zugleich auch dem Druck der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals auf die Profitrate entgegen.
Dennoch muss der Wert wachsen, selbst wenn die Produktionskosten fallen. Kapitalismus ist Produktion um des Profits willen, und der Profit „drückt den Ueberschuß des Werths des Products

über den Werth der gesammten Produktionskosten aus, also in der That den Zuwachs von Werth, den das Gesammtcapital am Ende des Productions- und Circulationsprocesses über den Werth erhalten hat, den es vor diesem Productionsproceß, als es in ihn einging, besaß." (*Zur Kritik der politischen Ökonomie. Manuskript 1861-1863*, MEGA, 2. Abt, 3.5, S. 1620)
Der Wert des vorgeschossenen Kapitals muss sich erhöhen, das ist der Zweck des ganzen Unternehmens. Die Entwertung konstanten Kapitals spart den Kapitalisten, die es kaufen müssen, Geld, aber denjenigen, die es verkaufen, schmälert es ihre Einnahmequelle, da es die Tatsache ausdrückt, dass seine Produktion weniger lebendige Arbeit erfordert hat. Das für seine Produktion vorgeschossene Kapital verzeichnet einen Verlust, seine Profitrate fällt, und durch die Logik des Marktes verteilt die tendenzielle Angleichung der Profitraten den Verlust auf die gesamte Ökonomie.[2]
Reelle Subsumtion bedeutet Produktivitätssteigerung, die auf einer Reduktion der zur Produktion gesellschaftlich notwendigen Arbeit fußt, auf einer relativen Reduzierung der Wertschöpfung. Derselbe Prozess erklärt auch, warum zur Anwendung weiterer Arbeitskraft mehr geronnene Arbeit erforderlich ist; warum die Schwelle des Kapitals beständig angehoben wird. Im heutigen Kapitalismus beinhalten diese „Einstiegskosten" nicht nur die Produktionskosten – tatsächlich sind diese im Vergleich zu anderen Kosten eher gesunken. Für Autos sind sie auf weniger als 60 Prozent der Gesamtkosten gesunken (im Vergleich zu 85 Prozent im Jahr 1925), für Halbleiter auf 14 Prozent. Große Marketingausgaben sind heutzutage notwendig, um mit anderen Anbietern konkurrieren zu können. Ein Unternehmen wie Nike bezahlt den Prominenten, die in seinen Werbekampagnen auftreten, erheblich mehr als den Arbeitern, die die Schuhe herstellen. Diese unproduktiven Einstiegskosten beinhalten außerdem – über die Steuerausgaben - einen Teil der faux frais, die der Kapitalismus auf sich nehmen muss, um die Gesellschaft im Griff zu behalten. Die sich beständig erhöhende Schwelle schließt eine Tendenz zur wachsenden Konzentration des Kapitals mit ein.
Der Fall der Profitrate einerseits und die immer höhere Schwelle zur Kapitalbildung andererseits machen Krisen zu einer Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Akkumulation. Krisen führen zur Entwertung existierender Kapitale.

Auch wenn das für diese desaströs ist, bedeutet die Entwertung auch, dass der Wert der Produktivkräfte, insbesondere des konstanten Kapitals, im Verhältnis zum Wert, der durch ihre produktive Konsumtion geschaffen wird, fällt. Krisen erneuern deshalb die Profitrate und damit die Bedingungen für einen neuen Akkumulationszyklus.
Deshalb schreitet der tendenzielle Fall der Profitrate eher in Zyklen fort als in einem linearen Prozess, der den Kapitalismus eines Tages an den kritischen Punkt x führt, an dem Akkumulation unmöglich wird. Er erklärt deshalb auch nicht, warum eine Krise eines Tages zum globalen Zusammenbruch der Ökonomie führt, vor allem auch deshalb nicht, weil er nicht alle Kapitale im selben Maß beeinträchtigt. Die Konkurrenz auf den Märkten beeinflusst die Neuverteilung des Mehrwerts, was die stärkeren Konkurrenten, diejenigen, die besser als andere dazu in der Lage sind, ihre Produkte unter dem Marktwert auf den Markt zu bringen, mit Extraprofit belohnt. Krisen beeinträchtigen daher die schwächeren Konkurrenten zuerst, und ihr Zusammenbruch stärkt die ihnen überlegenen Kapitale, die sie zu einem Schnäppchenpreis aufkaufen und ihren Marktanteil übernehmen können.
Zudem ist die tendenzielle Verringerung des in der Produktion geschaffenen Mehrwertes nicht das einzige Akkumulationshindernis, das aus dem Widerspruch zwischen Tauschwert und Gebrauchswert innerhalb der Wertform erwächst.

Wie dieser Widerspruch die Realisierung des Werts beeinflusst

Die Akkumulation des Kapitals ist ein Prozess der Selbstausdehnung, in dem Mehrwert produziert und dann auf eine Art und Weise realisiert wird, die mehr Mehrwert produziert. Marx analysierte, hauptsächlich im zweiten Band des Kapital, wie dieser Zyklus der Selbstausdehnung funktioniert. Es kann kaum überraschen, dass dies der einzige Teil seiner Theorie ist, der ihm Lob seitens bürgerlicher Ökonomen einbrachte. Sie sahen in ihm einen Beweis für ihre Annahme, dass der Kapitalismus beständig wachsen kann. Aber nicht alle Marxisten stimmten Marx zu. Rosa Luxemburg behauptete, dass der Kapitalismus nur expandieren kann, wenn der für die Expansion bestimmte Mehrwert außerhalb des Kapitalismus, auf außerkapitalistischen

Märkten realisiert wird. Ihre grundsätzliche Verwirrung bestand darin, dass sie das Verwertungsproblem des einzelnen Kapitalisten auf das Kapital insgesamt verschob. Der Kapitalist kann, wenn er seinen Mehrwert benutzen will, um seine Produktion auszudehnen, nicht alles selber konsumieren. Er muss ihn verkaufen, um ihn in Geld zu verwandeln, mit welchem er neue Produktionsgüter und neue Arbeitskraft kaufen kann. Er braucht einen Käufer von außerhalb. Das wäre jedoch nicht der Fall, wenn er all die Produktions- und Konsumgüter selbst produziert hätte, die er zur Reproduktion seines Kapitals auf erweiterter Stufenleiter benötigt. Das gilt aber für das Gesamtkapital. Sein Mehrwert beinhaltet all die Elemente, die es braucht, um sich auszudehnen. Es benötigt deshalb an sich keinen außen stehenden Käufer. Was es allerdings braucht, ist reibungslose Zirkulation dieser Elemente innerhalb des Kapitalismus. Es braucht Geld, um in einer Geschwindigkeit zu wachsen, die es in Balance hält mit dem Wachstum der Werte, die es in Umlauf bringt.

Doch anstatt zu zeigen, dass der Kapitalismus unendlich wachsen kann, führt Marx' Analyse der Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter zu der Schlussfolgerung, dass diese Erweiterung auf verschiedene Arten von Gleichgewicht angewiesen ist, Proportionalitäten in der Produktion und Zirkulation, deren Zusammenbruch die Akkumulation behindert. Dieses Gleichgewicht wird durch den Gang des Wertgesetzes, durch die gegenseitige Bestimmung von Produktion und Markt erreicht. Ihr Zusammenbruch ist eine beständige Möglichkeit, aber die Tendenz hin zu einem Gleichgewicht ist ebenso beständig, solange die kapitalistische Entwicklung und das Wertgesetz sich in Harmonie befinden, solange die Schaffung von Tauschwerten und Gebrauchswerten Hand in Hand gehen. Je mehr die reelle Subsumtion voranschreitet, desto weniger ist das der Fall. Das exponentielle Wachstum der Gebrauchswerte macht die Realisierung der Tauschwerte, die sie beinhalten, zunehmend problematisch. „Die Selbstverwertung des Kapitals wird schwieriger in dem Maße, wie es schon verwertet ist." (*Grundrisse*, S. 246.)

Ich werde in aller Kürze die drei Arten von Gleichgewicht untersuchen, die für die Akkumulation des Kapitals wesentlich sind: zwischen den Sektoren der Produktion, zwischen produktiver und unproduktiver Konsumtion sowie zwischen Geld und allen anderen Waren.

1. Das Gleichgewicht zwischen den Sektoren der Produktion

Es muss zwischen jedem Sektor der Produktion und dem Rest der Ökonomie ein Gleichgewicht geben, aber die symbiotische Entwicklung kann am klarsten untersucht werden, wenn wir kapitalistische Produktion in Abteilung I (die Produktion von Produktionsgütern) und Abteilung II (die Produktion von Konsumgütern) unterteilen. Für das Wachstum des Gesamtkapitals ist ein Gleichgewicht zwischen den beiden Abteilungen notwendig, und zwar nicht nur hinsichtlich der Tauschwerte, sondern auch der Gebrauchswerte.

„Die Rückverwandlung eines Teils des Produktenwerts in Kapital, das Eingehn eines andern Teils in die individuelle Konsumtion der Kapitalisten- wie der Arbeiterklasse bildet eine Bewegung innerhalb des Produktenwerts selbst, worin das Gesamtkapital resultiert hat; und diese Bewegung ist nicht nur Wertersatz, sondern Stoffersatz, und ist daher ebenso sehr bedingt durch das gegenseitige Verhältnis der Wertbestandteile des gesellschaftlichen Produkts wie durch ihren Gebrauchswert, ihre stoffliche Gestalt." (MEW 24, S. 393)

Wenn Abteilung I mehr konstantes Kapitals produziert als sie selbst und Abteilung II für ihre Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter benötigen, sitzt sie auf einem unverkäuflichen Überschuss fest. Der Wert, der in die Produktion gewandert ist, ist sowohl für den Kapitalisten als auch für das Gesamtkapital verschwendet. Gleichermaßen ist die Reproduktion der Abteilung II gebunden an die Nachfrage der Abteilung I. Das bedeutet nicht, dass beide mit derselben Rate wachsen müssen. Angesichts der Technisierung (des Wachstums der organischen Zusammensetzung des Kapitals) im Zuge der reellen Subsumtion muss die Abteilung I schneller wachsen als die Abteilung II und der relative Teil seines Mehrwerts, welcher in derselben Abteilung realisiert wird, wächst daher gleichermaßen. Der Markt hält dieses dynamische Gleichgewicht aufrecht, indem er Überproduktion mit Entwertung bestraft und Investitionen in unterkapitalisierte Märkten belohnt. Indem er Kapital bewegt und Arbeitskraft zuteilt.

Aber im Zuge der reellen Subsumtion, deren treibende Kraft die Jagd nach Extraprofit ist, gerät das Verhältnis aus dem Gleichgewicht. Kapitalisten expandieren, als wäre ihr Markt unbegrenzt. Diese Tendenz „tritt zwar schon ein mit der formellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, sobald es überhaupt unmittelbarer Zweck der Produktion wird, möglichst großen und möglichst viel Mehrwert zu produzieren, sobald überhaupt der Tauschwert des Produkts der entscheidende Zweck wird. Indes realisiert sich diese dem Kapitalverhältnis immanente Tendenz erst in adäquater Weise – und wird selbst eine notwendige Bedingung, auch technologisch – sobald sich die spezifisch kapitalistische Produktionsweise und mit ihr die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital entwickelt hat." Von nun an gilt, „dass die Stufenleiter der Produktion nicht nach gegebenen Bedürfnissen, sondern umgekehrt die Masse des Produkts durch die durch die Produktionsweise selbst vorgeschriebene und stets wachsende Stufenleiter der Produktion bestimmt wird". (*Resultate*, S. 63)
Je mehr sich der Kapitalismus entwickelt, desto verschwenderischer wird er. Wie und warum ignorieren Kapitalisten, was der Markt ihnen verrät? Zwar können sie das nur in gewissen Grenzen, die ihnen durch die Größe ihrer Extraprofite gesetzt sind. Kapitalisten heben die organische Zusammensetzung ihres Kapitals und damit ihre produktiven Kapazitäten für den erzielten Extraprofit an, wenn sie den individuellen Wert ihres Produktes *unter* den Marktwert senken. Sie können ein bisschen Überproduktion verkraften und immer noch an der Spitze stehen. Und ihre Konkurrenz ist gezwungen, aus reiner Selbsterhaltung genauso zu handeln.
Wie beeinflusst dies das Gleichgewicht zwischen den Abteilungen? Extraprofite erhält man durch Technologisierung. Ihr größeres immanentes Vermögen zu technologischer Veränderung verschafft Abteilung I einen Vorsprung. Innovationen haben die Tendenz, sich von Abteilung I zu Abteilung II zu bewegen. Dieser Vorteil ist schon ein Quell von Extraprofit und daher eine Ursache für Überakkumulation in Abteilung I. Aber die Hauptursache, welche die Abteilung I im Zuge der reellen Subsumtion zur Überakkumulation treibt, ist die Konkurrenz, die den Kapitalisten dazu zwingt, neue Technologien zu kaufen, die seine Produktivität steigern, auch wenn die von ihm benutzten Maschinen bei weitem noch nicht abgenutzt sind. Diese Maschinen haben

nur einen Teil ihres Wertes an neue Waren abgegeben, doch verlieren sie allen verbleibenden Wert. Marx nannte dies „moralischen Verschleiß". Für das Kapital als Ganzes unterscheidet sich dies nicht wirklich von Überproduktion. Je mehr die Durchsetzung der reellen Subsumtion voranschritt, desto mehr wurde der „moralische Verschleiß" ein massives Problem, welches sich in Zeiten schnellen technologischen Wandels verstärkte. Zum Beispiel hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Leistungsfähigkeit von Computerchips ungefähr alle drei Jahre vervierfacht, was bedeutet, dass Firmen, um konkurrenzfähig zu bleiben, ihre Computersysteme regelmäßig und lange bevor sie tatsächlich abgenutzt sind, austauschen müssen. Das durch den Markt hergestellte Gleichgewicht zwischen den Abteilungen der Produktion beeinträchtigt in zunehmendem Maße das Gleichgewicht, das für ihre ausgeglichene symbiotische Entwicklung erforderlich ist.

2. Das Gleichgewicht zwischen produktiver und unproduktiver Konsumtion

Produktive Nachfrage ist begrenzt. Sie wächst nicht automatisch, nur weil die Produktivität wächst. Wenn zum Beispiel die Produktivität eines Messerherstellers wächst, während die aller anderen gleich bleibt, überproduziert der Messerhersteller entweder oder er gewinnt neue Kunden zu Lasten anderer Produzenten oder er findet neue Märkte, aber keine der letzten beiden Optionen hängt, wie Marx festhält, von seinem guten Willen ab und ebenso wenig vom bloßen Vorhandensein einer größeren Menge von Messern. Und wenn alle anderen Kapitale mit der gleichen Rate akkumulieren wie der Messerhersteller, würde daraus keineswegs folgen, dass sie auch nur ein Prozent mehr Messer benötigen, denn ihre Nachfrage nach diesen hat weder mit der Vermehrung ihres eigenen Produkts zu tun noch mit ihrer größeren Kaufkraft, die es ihnen erlauben würde, mehr Messer zu kaufen (vgl. MEW 26.3, S. 114).
Produktive Nachfrage ist Nachfrage nach Produktionsgütern (konstantem Kapital) und nach Konsumgütern, die Arbeiter brauchen, um ihre Arbeitskraft zu erhalten. Die Endlichkeit der Konsumgüter ist am deutlichsten. Die beständige Verminderung des Wertes der Waren, die den Wert der Arbeitskraft bestimmen, hat das Anwachsen dieser Warenmenge ermöglicht, und

es wurde sogar notwendig durch die Art und Weise, wie die reelle Subsumtion die Gesellschaft und damit auch die Bedürfnisse verändert hat. Aber trotzdem bleibt diese Warenmenge eine begrenzte, die nicht so sehr durch die Produktionsmöglichkeiten bestimmt ist als vielmehr durch das, was immer noch die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse sind: Unterkunft, Essen, Gesundheit etc. Es gibt keinen Grund für den Kapitalisten, dem Arbeiter mehr als das zu zahlen, nicht, wenn er einen anderen Arbeiter finden kann, der willens ist, für nicht mehr als den Wert der Ware Arbeitskraft zu arbeiten. Die Kapitalisten, die Konsumgüter herstellen, hätten es gerne, wenn die Nachfrage aller Arbeiter über den Wert ihrer Arbeitskraft stiege, aber keiner von ihnen ist gewillt, auf Kosten seines eigenen Profits ein gutes Beispiel zu geben. Ganz im Gegenteil: Sein Antrieb ist es, die Löhne unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu treiben. Sein Antrieb ist es, seine Produktivität zu steigern, mehr mit weniger lebendiger Arbeit herzustellen, und damit begrenzt er das Wachstum der Nachfrage nach Konsumgütern.

Gleichzeitig steigert dies das Wachstum der Nachfrage nach konstantem Kapital. Das impliziert auch einen wachsenden Handel innerhalb von Abteilung I, wodurch sie für die Realisierung ihres Mehrwertes weniger abhängig wird von der Nachfrage aus Abteilung II. Trotzdem bedeutet das nicht, dass es für das Wachstum der Nachfrage nach konstantem Kapital keine Schranken gibt. Der Tauschwert bleibt an den Gebrauchswert gebunden und dadurch an den Endkonsumenten, unabhängig davon, wie viele Schritte im immer komplexer werdenden Produktionssystem sie trennen. „Die Produktion von konstantem Kapital [findet] nie seiner selbst wegen statt, sondern nur, weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionssphären, deren Produkte in den individuellen Konsum eingehn“ (*Das Kapital III*, MEW 25, S. 316f.). Auf diese Weise wird trotz des moralischen Wertverschleißes das exponentielle Wachstum der Gebrauchswerte auch ein Hindernis für die Verwertung des in Abteilung I produzierten Werts. „Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.“ (MEW 25, S. 255)

Unbegrenzt aber ist die mögliche Nachfrage nach Waren, die unproduktiv konsumiert werden. Nur die Vorstellung setzt eine Grenze für das Zur-Ware-Werden der Bedürfnisse, und es gibt immer ein Bedürfnis nach mehr Waffen und Luxus und mehr Statussymbolen. Zudem generiert die kapitalistische Gesellschaft im Zuge ihrer fortschreitenden Entwicklung einen Bedarf an allen Arten unproduktiver Arbeit und dadurch auch einen wachsenden Markt für unproduktiven Konsum. Aber niemand würde bestreiten, dass das Kapital zur Produktion von Gütern für den Bedarf der Bürokraten, der Polizei und der Armen, die keine Chance haben, jemals wieder eingestellt zu werden, aber trotzdem überleben wollen, aus der Besteuerung der restlichen Ökonomie kommt. Aus der gesamten Mehrwertmasse. Man könnte deshalb schwerlich sagen, dass es zur Akkumulation des Gesamtkapitals beitrüge. Um den Tauschwert einer Ware zu bestimmen, ist die Frage nach ihrem spezifischen Nutzen und danach, von wem sie konsumiert wird, irrelevant. Aber wenn man sich die Akkumulation des Gesamtkapitals ansieht, wird sie relevant. „Um zu akkumulieren, muß man einen Teil des Mehrprodukts in Kapital verwandeln. Aber, ohne Wunder zu tun, kann man nur solche Dinge in Kapital verwandeln, die im Arbeitsprozeß verwendbar sind, d.h. Produktionsmittel, und des ferneren Dinge, von denen der Arbeiter sich erhalten kann, d.h. Lebensmittel. Folglich muß ein Teil der jährlichen Mehrarbeit verwandt worden sein zur Herstellung zusätzlicher Produktions- und Lebensmittel, im Überschuß über das Quantum, das zum Ersatz des vorgeschossenen Kapitals erforderlich war. Mit einem Wort: der Mehrwert ist nur deshalb in Kapital verwandelbar, weil das Mehrprodukt, dessen Wert er ist, bereits die sachlichen Bestandteile eines neuen Kapitals enthält." (*Das Kapital I*, MEW 23, S. 606f.)
Dennoch ist unproduktive Konsumtion „eine absolute Notwendigkeit für eine Produktionsweise, die den Reichtum für die Nicht-Produzenten produziert, also ihm notwendige Formen geben muss, worin er von dem bloss geniessenden Reichtum aneigenbar" (*Resultate*, S. 71). Aufgrund der Begrenztheit der produktiven Nachfrage kann nicht aller Wert in Neuinvestitionen fließen. Akkumulation erfordert, dass ein Teil des geschaffenen Wertes die Form von Gebrauchswerten annimmt, die speziell auf den Genuss der Reichen ausgerichtet sind. Mit stetig steigender Produktivität wächst das Mehrprodukt kontinuierlich, und der

Teil des Mehrproduktes, der unproduktiv konsumiert wird, kann ebenso wachsen. Und das muss er, damit der in seiner Produktion geschaffene Mehrwert verwertet wird und wieder in den Zirkulationsprozess des Kapitals eintreten kann. Aber es ist wiederum eine Balance zwischen Tausch- und Gebrauchswerten notwendig, da das Wachstum des unproduktiven Konsums begrenzt ist durch das Wachstum der Mehrwertproduktion. Daher kann es eine Verringerung des letzteren nicht kompensieren. Weniger produktive Konsumtion bedeutet weniger Mehrwertproduktion und damit auch weniger für die unproduktive Konsumtion verfügbarer Mehrwert.

Theoretisch ist ein ideales Gleichgewicht zwischen produktiver und unproduktiver Konsumtion möglich, so wie auch zwischen Abteilung I und Abteilung II. Tendenziell wird es durch Marktzwänge hergestellt, aber die reelle Subsumtion führt in beiden Fällen zu einem wachsenden Ungleichgewicht. Wir haben zuvor gesehen, wie die Jagd nach Extraprofit eine strukturelle Überakkumulation von Produktionsgütern und eine wachsende Vernichtung von Wert hervorbrachte. Heutzutage zeigen die uns umgebenden Industrieleichen die Realität moralischen Wertverschleißes, die Instabilität des Wertes.

Die Überausweitung der unproduktiven Konsumtion ist auch ein Kennzeichen reeller Subsumtion. Seit dem Übergang zu ihr gab es eine konstante Ausweitung des öffentlichen Sektors (nicht nur in seiner absoluten Größe, sondern auch als Teil der Nationalökonomie), der nicht vollständig, aber zum größten Teil unproduktiv ist. Er konsumiert einen immer größeren Teil der gesamten Wertmasse, schafft aber größtenteils keine. Kapitalisten geben einen immer größer werdenden Teil ihres Budgets für Posten aus, die den Waren keinen Wert hinzufügen (Marketing, Versicherung etc.), aber in ihren Preis einberechnet werden müssen. Reelle Subsumtion erfordert immer mehr unproduktive Kosten, um die von ihr selbst hervorgebrachten Hindernisse zu bewältigen.

Der Übergang zu reeller Subsumtion ist nicht nur ein Expansionsprozess, der das Reich des Wertes ausdehnt und ihm die ganze Welt einverleibt, es ist auch ein Prozess, der lebendige Arbeitskraft aus der Produktion ausschließt. Er schließt ein, wie er ausschließt. Gegenwärtig hat er mehr als zwei Milliarden potentieller Arbeiter vom Arbeitsmarkt geworfen. Durch das Management von sozialen Unruhen und Pandemien etc.

der Überflüssigen entstehen unproduktive Kosten, die ständig steigen. Und dies ist nur ein kleiner Teil der unproduktiven Kosten, die der Kapitalismus für das Überwachen und Strafen, die Isolierung, das Einschläfern, Einsperren und Täuschen, für die Erschießung und Zerstörung von Überflüssigen aufbringen muss. Je weiter sich der Widerspruch zwischen Tauschwert und Gebrauchswert verschärft, desto klarer treten der tendenzielle Fall der Profitrate und die Endlichkeit produktiver Konsumtion hervor, und umso mehr unproduktive Kosten muss der Kapitalismus auf sich nehmen, um seinen Zugriff auf die Gesellschaft zu erhalten.

3. Das Gleichgewicht zwischen Geld und allen anderen Waren

„Die Ware hüllt den Gegensatz von Gebrauchswert und Tauschwert ein. Dieser Gegensatz entwickelt sich weiter, stellt sich dar, realisiert sich als die Verdopplung der Ware in Ware und Geld." (*Theorien über den Mehrwert*, MEW 26.3, 84)
Diese Verdoppelung begann, als das Geld zum Mittelglied in der Zirkulation von Gütern wurde, als der Austausch von Waren W-W zu W-G-W wurde. Der gesamte Wert der Produktion nahm nun die Form von Waren und Geld an, die allgemeine, universelle Ware wurde zum Ausdruck des Tauschwertes gegenüber allen anderen Waren. Diese Verdoppelung bedeutet nicht eine Verdoppelung des Wertes. Geld ist keine Quelle des Wertes, sondern sein Ausdruck. Der Wert des zirkulierenden Geldes in der Zirkulation ist identisch mit dem Wert der zirkulierenden Waren, was sich daran zeigt, dass Geld an Wert verliert und Inflation eintritt, wenn die zirkulierende Geldmenge schneller wächst als der zirkulierende Warenwert.
Die Gesellschaft reproduziert sich durch den Zyklus W-G-W, welcher von einem anderen Anfangspunkt aus betrachtet gleichbedeutend ist mit G-W-G. Das ist des Pudels Kern der Akkumulation: Geld wird in produktive Waren umgewandelt, nur um wieder (mehr) Geld zu werden. Im Kreislauf W-G-W dient Geld nur als Tauschmittel und verbleibt beständig in der Zirkulation, während Waren durch Konsum diesem Kreislauf entzogen werden. Aber im Kreislauf G-W-G ist Geld nicht mehr ein Mittel des Tausches, sondern Selbstzweck. Es zeigt sich, dass Geld mehr ist als bloßes Zirkulationsmittel, es kann aus diesem Pro-

zess heraustreten und eine anscheinend unabhängige Existenz als Wertträger führen. Es zeigt sich, dass Geld nicht nur eine allgemeine Ware ist, die den Tausch vermittelt, sondern auch eine besondere Ware, die der Zirkulation entzogen werden kann wie jede andere auch.

Aber warum verliert das Geld nicht seinen Wert, wenn es von der Zirkulation entkoppelt wird, wo es doch als bloßes Papier, oder als ganz immaterielle Existenz, gar keinen eigenen Wert hat? Die Antwort lautet, dass die Wertmasse der kapitalistischen Ökonomie nicht nur aus Werten in der Zirkulation besteht, sondern auch aus Finanzkapital, welches im Wesentlichen latent produktives Kapital ist, das sich zu einem späteren Zeitpunkt in Produktionsgüter zurückverwandelt. Weil es, über einen längeren Zeitraum betrachtet, neuen Wert hervorbringt, drückt es weiterhin realen Wert aus, auch wenn es vorübergehend der Zirkulation des Werts den Rücken kehrt. Dieses latent produktive Kapital ist für die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter absolut notwendig – man stelle sich einen Kapitalismus ohne Rücklagen und Kredit vor! -, und sein Umfang wird sogar größer angesichts der anwachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, des Umfangs der Produktion und der Schwelle der Kapitalbildung in der Phase der reellen Subsumtion.

Wiederum ist in der Theorie ein ideales Gleichgewicht zwischen Geld einerseits und dem zirkulierenden Wert plus dem Wert des latent produktiven Kapitals andererseits möglich. In Wirklichkeit wird es jedoch kaum erreicht. Die ursprüngliche Form des Geldes, Edelmetall, setzte einem unausgeglichenen Wachstum Grenzen, machte seinen Umfang jedoch abhängig vom Ertrag der Gold- und Silberminen statt von den Anforderungen der Wertzirkulation. Papiergeld, dessen „Wert" durch den Staat gesetzt wurde, beseitigte diese der Geldbildung von außen aufgezwungene Schranke, machte aber sein unausgeglichenes Wachstum quasi unausweichlich, weil der Staat versuchte, seine Probleme zu lösen, indem er sie mit Geld bewarf. Aber der Markt bestraft diese Praxis durch Entwertung des Geldes. Die Erfahrung, dass die Inflation die Ökonomie zu Schanden reiten kann, ist so allgemein, dass es kaum einer detaillierten Erklärung bedarf.

Aber das Ungleichgewicht entsteht nicht nur durch das exzessive Anwachsen der zirkulierenden Geldmenge. Der Geldschatz kann auch weit über die latenten Produktionskapazitäten der Ökonomie hinaus wachsen. Das geschieht, wenn der Fall der Profitrate, die strukturelle Überproduktion der Technologie, die Erschöpfung produktiver Nachfrage und das zunehmende Gewicht unproduktiver Konsumtion die Bedingungen für einen „perfekten Sturm" schaffen.

Die erste Phase des Sturms ist die massive Schaffung von fiktivem Kapital. Im Zirkulationsprozess des Kapitals muss die Phase W-G, die Umwandlung von Waren in Geld, immer weiterlaufen. Der Besitzer einer Ware, sei es Technologie, Konsumgüter oder Arbeitskraft, kann nicht wählen, dieses Jahr nichts zu verkaufen. Aber die Phase G-W im selben Zirkulationsprozess, die Umwandlung von Geld in Waren, muss nicht notwendig ablaufen. Geld kann Geld bleiben. Es kann seinen Wert als Schatz parken. Es erscheint als die „unvergängliche Ware", und je mehr den anderen Waren ihre Vergänglichkeit anhaftet, desto begehrenswerter wird das Geld.

Als besondere Ware, die mit allen anderen um die Gesamtnachfrage konkurriert, hat Geld von zweiter Natur aus einen Vorteil, denn es "befriedigt (...) jedes Bedürfnis, insofern es gegen das Objekt jedes Bedürfnisses ausgetauscht werden kann, ganz gleichgültig gegen jede Besonderheit. Die Ware besitzt diese Eigenschaft [der Austauschbarkeit] nur vermittels des Geldes. Das Geld besitzt sie direkt gegenüber allen Waren, daher gegenüber der ganzen Welt des Reichtums, dem Reichtum als solchen" (*Grundrisse*, S. 132).

Je mehr sich der Fall der allgemeinen Profitrate mit der Erschöpfung produktiver Nachfrage verbindet, desto geringer werden die Chancen, durch Verwandlung von Geld in Waren mehr Geld herauszubekommen. So sinkt der Anreiz, G-W zu vollziehen. Mehr Geld bleibt Geld. Der Anreiz, Waren in reine Tauschwerte zu verwandeln, ist stärker als der Anreiz, Tauschwert in Gebrauchswerte zurückzuverwandeln, was die produktive Nachfrage zusätzlich drückt. Die steigende Nachfrage nach Geldanlagen treibt deren Preise in die Höhe, was nicht nur zu bestätigen scheint, dass Geld eine unvergängliche Ware ist, sondern auch, dass sein Wert von selbst wachsen kann, was die Nachfrage zusätzlich verstärkt.

Diese Dynamik trifft als erstes die schwächsten Konkurrenten: Das Geld fließt von ihnen ab und ins Zentrum des ökonomischen Systems. Dessen globaler Charakter verschärft den Trend. Stephen Roach, Chefökonom bei Morgan Stanley, schätzte im Jahr 2004, dass 80 Prozent der weltweiten Nettospareinlagen in die USA geflossen sind.[3] Dort waren sie mehr als willkommen. Wie insbesondere der amerikanische und der britische Finanzsektor neue „Finanzprodukte" erfanden, deren Preise aufblähten und dergestalt dem Bedürfnis nach einem sicheren Hafen für das globale Kapital entgegenkamen, wurde bereits an anderer Stelle ausführlich dokumentiert.[4] Für sie ist das ziemlich profitabel gewesen. Aber man muss kein Marxist sein, um zu begreifen, dass das Schwindel erregende Wachstum des „Werts" des Finanzkapitals, das sehr viel größer war als das Wachstum der Realökonomie, reif war für einen Reality-Check.
So beginnt die zweite Phase des Sturms, das Platzen der Blase. Der als Schatz angehäufte Wert erweist sich am Ende als doch nicht so unvergänglich. Das Ausbleiben der Produktion und Realisierung neuer Werte enthüllt seine Disfunktionalität als latent produktives Kapital. Je weiter sich dieser Widerspruch entwickelt, desto mehr muss er an Wert verlieren. Der existierende Wert, der als Schatz zwischengelagert wurde, kann sich nicht selbst als Wert erhalten. Die Kapitalistenklasse schlägt sich heute mit denselben Diskussionen herum, die sie schon 1930 führte: „Wir müssen gegen die Deflationsflut anschwimmen und die Nachfrage ankurbeln, so dass Wachstum in der Realwirtschaft Vertrauen in den Schatz wiederherstellt! Aber das geht nur durch Schulden, die uns erdrücken werden!" Es ist etwas Wahres an beiden Argumenten. Aber es gibt keine Lösung für dieses Problem, weil das Interesse, G-W zu vollziehen, nicht erzwungen werden kann. Staatsausgaben können nicht die Profitrate erhöhen, sie können keine produktive Nachfrage erfinden. Dem Interesse, sich vor produktiven Investitionen in die Schatzbildung zu flüchten, kann nichts entgegengestellt werden. Jede Konjunkturbelebung belebt im gleichen Maße, wie sie erfolgreich ist, die Blase.

Dies führt zur dritten Phase des Sturms.

Der Stoffwechsel zwischen dem entwickelten Kapitalismus und seiner Umwelt

Der Kapitalismus ist nicht in einem Reagenzglas entstanden. Man kann kein klares Bild seiner Entwicklung und gegenwärtigen Verfasstheit zeichnen, ohne den Stoffwechsel zwischen dem Kapitalismus und der nicht-kapitalistischen Welt, in die er geboren wurde, sowie zwischen dem entwickelten Kapitalismus und den unterentwickelten Teilen der Welt zu berücksichtigen. Das ursprüngliche Verhältnis lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Enteignung. Um Mehrwert zu produzieren, benötigte das Kapital Ressourcen. Um freien Zugang zu ihnen zu haben, mussten sie Warenform annehmen, zu konstantem und variablem Kapital werden. Der feudale Schoß, aus dem der Kapitalismus gekrochen war, musste vernichtet werden. Dieser Prozess war äußerst brutal: Rohstoffe wurden geplündert und unabhängige Produzenten ihrer Produktionsmittel beraubt, um sie dazu zu zwingen, Proletarier zu werden. Die Geschichte dieses Prozesses, bemerkte Marx, „ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer". (MEW 23, S. 743). Er bezeichnete ihn als „ursprüngliche Akkumulation", weil er der auf Mehrwertproduktion basierenden wirklichen kapitalistischen Akkumulation logisch und – in groben Zügen – historisch vorausging und sie möglich machte. Er sah ihn als eine Krücke, die der Kapitalismus brauchte, um auf die Beine zu kommen. Danach brauchte er sie nicht mehr.

Gleichwohl ist die ursprüngliche Akkumulation, verstanden als Zufuhr von Wert aus anderen Quellen als der des Mehrwerts, nie an ein Ende gelangt. Da Plünderung ein hervorragendes Gegenmittel gegen den tendenziellen Fall der Profitrate darstellt, ist sie trotz Selbstausdehnung des Kapitalismus nicht aus der Mode gekommen. An den Sitten des Kapitalismus hat sich nichts geändert. Man schätzt, dass die Plünderung von Kautschuk und menschlichen Ressourcen im Kongo, die der belgische König Leopold II. Ende des 19. Jahrhunderts organisierte, zehn Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Heute wird im Kongo zwar kein Kautschuk mehr ausgebeutet, aber es gibt dort wichtige Mineralien, deren Plünderung zu Kriegen führt und wiederum Millionen von Menschenleben fordert.

Das Verhältnis des Kapitalismus zur nichtkapitalistischen Welt bestand nicht nur in Enteignung, sondern auch in Austausch. Aufgrund seiner überlegenen Produktivität war dieser Austausch stets zu seinem Vorteil. Dasselbe gilt für den Austausch zwischen dem entwickelten Kapitalismus und seinen unterentwickelten Teilen, zwischen Kapital mit hoher organischer Zusammensetzung und hohem Produktivitätswachstum und Kapital mit niedriger organischer Zusammensetzung und niedrigem Produktivitätswachstum. Er beschert ersterem einen Surplus-Profit, „weil hier ... mit Waren konkurriert wird, die von andern Ländern mit mindren Produktionsleichtigkeiten produziert werden, so daß das fortgeschrittnere Land seine Waren über ihrem Wert verkauft (...) Ganz wie der Fabrikant, der eine neue Erfindung vor ihrer Verallgemeinerung benutzt, wohlfeiler verkauft als seine Konkurrenten und dennoch über dem individuellen Wert seiner Ware verkauft (...) Er realisiert so einen Surplusprofit." (MEW 25, S. 247f.)
Doch die reelle Subsumtion und die mit ihr einhergehende Technologisierung der Gesellschaft erzeugt zwangsläufig eine Tendenz zu verstärktem Handel zwischen den entwickelten Kapitalen. Je technologisierter die Gesellschaft wird, umso mehr werden auch ihre Gebrauchswerte technologische Produkte eines komplexen Produktionsprozesses, so dass die Produkte zunächst der nichtkapitalistischen Produzenten und später auch der kapitalistischen Produktion mit niedrigerer organischer Zusammensetzung immer weniger Platz auf dem Markt finden. Mit der reellen Subsumtion nimmt der Stoffwechsel zwischen dem entwickelten Kapitalismus und nichtkapitalistischer oder auf niedriger organischer Zusammensetzung basierender Produktion folglich tendenziell ab; der Stoffwechsel kann dem Fall der Profitrate immer weniger entgegenwirken und verliert auch als Nachfragequelle an Bedeutung.
Die reelle Subsumtion erzeugt indes eine weitere zwangsläufige Tendenz, die den gegenteiligen Effekt hat: Sie impliziert eine stets höhere Stufenleiter der Produktion, die die Reichweite des Wertgesetzes vergrößert. Es durchdringt das Innere der Gesellschaft, indem es alles in eine Ware verwandelt und in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Praktiken eine Quelle der Wertproduktion findet, und es richtet sich nach außen und dringt bis in die hintersten Winkel der Welt vor. Diese Ausdehnungsbewegung wirkt als solche den Widersprüchen des Kapitalismus

entgegen, da sie den Stoffwechsel zwischen dem entwickelten Kapitalismus und seiner Umwelt verstärkt.
Doch obwohl es sich um eine zwangsläufige Tendenz handelt, stieß die Erweiterung der Stufenleiter kapitalistischer Produktion auf mehrere Hindernisse. An erster Stelle stand logisch wie historisch die mangelnde Entwicklung der kapitalistischen Produktion selbst, insbesondere der Transport- und Kommunikationsmittel. Deren Entwicklung war – von den Eisenbahnen bis zum Internet – stets ein entscheidender Faktor in Phasen beschleunigter Erweiterung der Stufenleiter und folglich eines erhöhten Stoffwechsels. Zweitens wurde das Wertgesetz durch die Intervention des Staates behindert. Solange die Produktion ganz überwiegend für den Binnenmarkt bestimmt war, hatte Protektionismus für Länder, in denen die Bedingungen für eine industrielle Entwicklung gegeben waren, durchaus Sinn. Er hatte zweifellos seinen Anteil daran, dass die USA und Deutschland bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zu den führenden Industrieländern wurden. Doch sobald die Erweiterung der Stufenleiter der Produktion an den Punkt gelangte, an dem der Binnenmarkt für das nationale Kapital nicht mehr ausreichte, da die Unternehmen ab einer bestimmten Größe und Produktivität ihren Mehrwert nur noch auf großen internationalen Märkten realisierten konnten, wurde der Protektionismus kontraproduktiv. (Dennoch, trotz aller negativen Erfahrungen, ist der Kapitalismus nicht vor dessen schleichender Wiederkehr gefeit. Wenn diese tatsächlich eintritt, wird sie eine Flucht nach vorn, einen Schritt zum Krieg bedeuten.) Drittens muss das Geld mit der Erweiterung der Stufenleiter Schritt halten und auf internationaler Ebene funktionieren: in Form einer internationalen Währung. An mehreren Punkten in der Geschichte des Kapitalismus verhinderten die enge Basis des Geldes (Edelmetalle) oder sein ungezügeltes Wachstum und die damit einhergehende Instabilität (ungedecktes Papiergeld), dass das technologische Potenzial für eine Erweiterung der Stufenleiter ausgenutzt werden konnte. Viertens schließlich gibt es die physischen Grenzen des Planeten. Diese Grenzen sind nicht gänzlich unverrückbar: Der technologische Fortschritt erlaubt eine effizientere Nutzung der begrenzten Ressourcen. Doch je weiter die Grenzen verschoben werden, umso schwieriger wird es, sie noch weiter hinauszuschieben, und umso weniger vermag dies noch den Erfordernissen des Systems Genüge zu tun. Wenn die gesamte

Welt bereits auf der Basis des Wertgesetzes operiert, gibt es keine unberührten Gebiete mehr, die vom Kapital geplündert und vom Wertgesetz durchdrungen werden könnten, um jenen Stoffwechsel in Gang zu setzen, der den Widersprüchen des Kapitalismus entgegenwirkt.
Gegen dieses vierte Hindernis kann der Kapitalismus letztlich nichts ausrichten. Bei der Überwindung der ersten drei hingegen machte er immer wieder beachtliche Fortschritte, insbesondere während der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Dollar als ausdehnungsfähige, aber stabile internationale Währung, der deutliche Rückgang des Protektionismus innerhalb der riesigen Dollar-Ökonomie und die steil sinkenden Kosten für Transport und Kommunikation – ermöglicht durch neue Technologien, die während des Kriegs entwickelt worden waren und nun in der Wirtschaft auf breiter Front zum Einsatz kamen – bewirkten eine erhebliche Erweiterung der Stufenleiter der Produktion. Dadurch wurden jene Faktoren aktiviert, die den Widersprüchen des Kapitalismus entgegenwirken, und für mehr als ein Vierteljahrhundert die größten Wachstumsraten in seiner Geschichte erzeugt.
Ein solches Zusammenwirken politischer und technologischer Faktoren, welches das Terrain des entwickelten Kapitalismus erweitert und dergestalt seine Widersprüche mildert, stellt auch jener Prozess dar, der als „Globalisierung" bezeichnet wird. Der Zusammenbruch des russischen Machtblocks und die Überwindung weiterer Handelsschranken einerseits, die Verbreitung von Informationstechnologien und das durch sie begünstigte Sinken der Kommunikations- und Transportkosten andererseits führten zu einer Wiederbelebung des Stoffwechsels. Ausschlaggebend war dabei, dass ein bis dahin ungekanntes Potenzial entstanden war, die Technologien und Produktionsmethoden des entwickelten Kapitalismus mit einer Arbeitskraft zu kombinieren, deren Wert durch die Lebensbedingungen in den unterentwickelten Ländern bestimmt ist. Dies erhöhte die Mehrwertrate sowohl direkt als auch für andere Kapitale indirekt, da der Wert der von ihren Arbeitern benötigten Waren gesenkt und der relative Mehrwert folglich gesteigert wurde; insgesamt wirkte dies dem Fall der Profitrate entgegen. So wurde ein großer Teil der fordistischen Produktion (Fließbandarbeit) in vormals unterentwickelte Teile der Welt verlagert, während sich die in den entwickelten Ländern verbliebene Industrie in Richtung „Post-

fordismus" entwickelte (in dem eher die Automatisierung als mechanische Technologien im Zentrum der Produktion steht). Aufgrund der chronischen Überkapazitäten der Weltwirtschaft, die seit dem Ende des Nachkriegsbooms auf die Profitrate drückten, erfolgte die Jagd nach Extraprofiten weniger nach Art des Fordismus durch die Ausweitung des Produktionsvolumens als durch den Versuch, mit der Produktion neuer Waren (Produktionsmittel wie Konsumgüter) eine relative Knappheit zu erzeugen, die dem jeweiligen Kapital eine monopolistische oder semi-monopolistische Marktposition und somit einen Extraprofit sichert. Das entwickelte Kapital wurde in zunehmendem Maße von dieser Art der Mehrwertgewinnung abhängig. Solche Marktpositionen sind zwar nur von begrenzter Dauer, ein hohes Tempo technologischer Innovation oder auch Werbekampagnen, die einen gewöhnlichen Schuh in einen „Air Jordan" verwandeln, gewährleisten jedoch die Aufrechterhaltung des Wettbewerbsvorteils.
Schon zu früheren Zeitpunkten waren solche Versuche zur Eroberung semi-monopolistischer Marktstellungen ein auffälliges Phänomen, insbesondere um die Jahrhundertwende und in den 1920er Jahren – zwei Phasen, in denen die Widersprüche des Kapitals ebenfalls zur Reife gelangten. Wie in der zurückliegenden Dekade wurden diese Versuche notwendig durch drohende Überkapazitäten und Profitratenfall und möglich durch ein hohes Tempo technologischer Innovation und Kapitalkonzentration.
Ebenso gab es Zeiten, in denen technologische Veränderungen den Anstoß zur Erweiterung der Stufenleiter gaben. Eine solche Periode durchläuft stets zwei Phasen: Zunächst führt die Ausbreitung neuer Produktionsmethoden zu einer Wiederbelebung des Stoffwechsels und schafft reichlich Gelegenheit für Extraprofite, deren Quelle in dem dadurch ermöglichten Wachstum des Mehrwerts liegt; in der zweiten Phase verallgemeinert sich der Einsatz der neuen Produktionsmethoden, wodurch der Stoffwechsel eingeschränkt wird. So war es beispielsweise die Verallgemeinerung des fordistischen Produktionsprozesses im entwickelten Kapitalismus, der den Nachkriegsboom zum Halt brachte und erneut zu Überkapazitäten und einem Fall der Profitrate führte.

Derselbe technologische Wandel, der in der Ära der „Globalisierung" Möglichkeiten des Extraprofits schuf, verschärfte die Widersprüche des Kapitalismus. In der automatisierten Fabrik wird die lebendige Arbeit, die Quelle des Mehrwerts, erheblich reduziert. Das hohe Innovationstempo beschleunigt den moralischen Verschleiß, die verdeckte Überproduktion konstanten Kapitals. Nirgends treten diese Tendenzen deutlicher zutage als in jenem Sektor, der geradezu das Sinnbild postfordistischer Produktion darstellt: bei den digitalen Waren. Es steht außer Zweifel, dass Software und andere Informationsgüter heute eine entscheidende und weiter zunehmende Bedeutung für die Erzeugung von Gebrauchswerten haben. Doch obgleich sie den Kapitalen, die sie herstellen, hohe Profite bescheren mögen, schaffen sie nur einen sehr geringen Tauschwert für das Gesamtkapital. Für sie gilt, was Marx über die Maschine schrieb: Es „ist ihr Wert, so jung und lebenskräftig sie sonst noch sein mag, nicht mehr bestimmt durch die tatsächlich in ihr selbst vergegenständlichte, sondern durch die zu ihrer eignen Reproduktion oder zur Reproduktion der bessren Maschine notwendige Arbeitszeit" (MEW 23, S. 427). Da die zu ihrer Reproduktion (zum Kopieren) gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit gegen Null geht, tendieren sie zu einer schnellen Entwertung und enthalten folglich wenig Mehrwert. Die durch ihren Verkauf erzielten Profite sind Extraprofite, die aus einer durch Patente und Urheberrechte geschützten Monopolstellung resultieren. Diese haben in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zugenommen – Microsoft meldet jährlich rund 3000 Patente an – und werden dem Markt durch die Macht des Staates aufgezwungen.

Die Software zeigt daher deutlich, wie absurd das Fortbestehen der Wertform ist. Einerseits steigert die Software die Produktivität und Vielseitigkeit der Produktion und somit den wirklichen Reichtum potenziell in ungeahnte Höhen, während sie andererseits den Tauschwert, den kapitalistischen Reichtum, sinken lässt. Einerseits ist sie ein Mittel zur Gewinnung von Extraprofiten, das vom Staat und weniger vom Markt durchgesetzt wird, und andererseits widersetzt sie sich aufgrund ihres gesellschaftlichen Charakters und ihrer beinahe kostenlosen Reproduzierbarkeit der Warenform und lädt zur gemeinsamen Nutzung ein – zu einer Verbreitung, die nicht mehr auf der Wertform gründet.

In den vergangenen Jahren hat sich der vielfältige Einsatz von Informationstechnologien entlang der globalisierten Produktionsketten allgemein durchgesetzt. Somit ist auch diese Periode der Ausweitung – möglicherweise die letzte bedeutende in der Geschichte des Kapitalismus – in die Phase ihrer Verallgemeinerung eingetreten, so dass der Kapitalismus einmal mehr mit seinen unlösbaren Widersprüchen konfrontiert ist.

Krise, Krieg und Revolution

Kein Kapitalist will sein Kapital an Wert verlieren sehen. Doch da er dieses Schicksal abzuwenden versucht, indem er den individuellen Wert seines Produkts unter seinen gesellschaftlichen Wert senkt, bringt er sich diesem Schicksal näher. Wie wir gesehen haben, kann das Gesamtkapital seinen Wert nur durch Verwertung erhalten. Es kann nie aufhören zu akkumulieren. Es muss sich reproduzieren und in diesem Prozess wachsen... oder es wird entwertet. Die nach oben weisende Kurve des Wachstums des existierenden Kapitals muss zwangsläufig die nach unten weisende Kurve der Schaffung und produktiven Realisierung neuen Werts schneiden. Dann wird eine Krise notwendig, um die Bedingungen der Akkumulation wiederherzustellen. Je größer das existierende Kapital im Verhältnis zur neuen Wertschöpfung, umso mehr Entwertung ist erforderlich und umso tiefer muss folglich die Krise sein. Die reelle Subsumtion führt unausweichlich an einen Punkt, an dem das existierende Kapital so groß ist, dass eine Krise allein nicht die erforderliche Entwertung bewerkstelligen kann.
Theoretisch kann die Krise dies zwar immer, da es in der Theorie keine positive Untergrenze gibt, unter die der Wert des konstanten und variablen Kapitals nicht fallen könnte. Er muss also auf einen Punkt sinken, an dem die erweiterte Reproduktion wieder profitabel wird. Aber in der Wirklichkeit kann die Krise dies nicht. Ein Minimum an Bedürfnissen der Arbeiterklasse, das zu ihrer Erhaltung als variables Kapital notwendig ist, und ein Minimum an Bedürfnissen der Gesellschaft, das ihre Funktionsfähigkeit sicherstellt, bilden eine Untergrenze, die der weiteren Entwertung entgegensteht. Je tiefer die Krise, umso mehr leiden die Kapitalisten, umso mehr leidet die Arbeiterklasse, und umso mehr nehmen die sozialen Spannungen zu. Die Instabilität des Werts übersetzt sich in die Instabilität der Gesellschaft. Der

Drang, das Ausbluten zu stoppen, die Spirale zu durchbrechen und die Dynamik umzukehren, wird unabweisbar. Soweit er dazu noch in der Lage ist, versucht der Staat, der Deflationstendenz entgegenzuwirken, indem er Geld in die Gesellschaft pumpt, um die Nachfrage zu stimulieren und die Profitraten zu stützen.

In dem Maße, wie ihm dies gelingt, sabotiert er den Krisenmechanismus, den der Akkumulationsprozess zu seiner Heilung benötigt. Genauer gesagt, er zieht ihn in die Länge, verschiebt ihn in die Zukunft. Um die Entwertung einzudämmen, wird fiktives Kapital eingesetzt, aber dieses neue fiktive Kapital stellt seinerseits einen Anspruch auf zukünftige Profite dar. Kann die Wirtschaft diese Profite nicht liefern, wächst die Neigung zum Einsatz industrieller Macht für militärische Ziele, um sich den fehlenden Mehrwert andernorts mit Gewalt zu nehmen, die Ansprüche des eigenen Kapitals zu befriedigen und dergestalt seinen Zusammenbruch abzuwenden. Dies trifft sich hervorragend mit dem Erfordernis, die Unruhe in der Gesellschaft durch Nationalismus und Lenkung sozialer Wut auf einen gemeinsamen Feind unter Kontrolle zu bringen.

Die Entwicklung der reellen Subsumtion führt daher an einem gewissen Punkt auf „natürliche" Weise zum Krieg, sofern der Kapitalismus in der Lage ist, ihn gesellschaftlich durchzusetzen. Der Krieg wird in erster Linie zwecks Plünderung geführt, aber er wird zugleich zu einem funktionellen Erfordernis, um die auf dem Wert basierende Ökonomie fortzuführen. Er muss zu Ende bringen, was die Krise begonnen hat. So wird er zu einem integralen Bestandteil des Akkumulationszyklus. Das bedeutet nicht, dass der Krieg eine mechanische Antwort auf die Notwendigkeit der Entwertung darstellt und diese allein darüber entscheidet, wann und wo ein Krieg ausbricht, wie lange er dauert oder wie zerstörerisch er ausfällt. Die Geschichte ist kein Uhrwerk. Kriege lassen sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen, aber der vorliegende Beitrag ist nicht der Ort, um ihre Vielschichtigkeit zu untersuchen. Gleichwohl entspricht die theoretische Schlussfolgerung, dass die Entwicklung der reellen Subsumtion an einen Punkt führt, an dem die Krise alleine nicht mehr die Bedingungen der Akkumulation wiederherstellen kann, durchaus der Realität der Weltkriege im 20. Jahrhundert.

Selbstverständlich war der Krieg nichts Neues. Der Kapitalismus hat revolutionäre Kriege und Eroberungskriege geführt – manchmal beides zur gleichen Zeit. Doch niemals hatte es sich um solche Orgien der Selbstzerstörung gehandelt. Niemals war der Kapitalismus zu einer derartigen Kannibalisierung übergegangen, global und mit industrieller Schlagkraft. Niemals wurde so viel Wert vernichtet. Ungeachtet der Intentionen und Pathologien der Kriegstreiber bestand eben darin die Funktion des Krieges für den Akkumulationsprozess. Hunderte Millionen starben, damit der Wert überleben konnte.

Der Erste Weltkrieg kann daher als Manifestation eines neuen historischen Rahmens der Reproduktion der Gesellschaft gesehen werden, eines Rahmens, in dem in unregelmäßigen Abständen eine Kombination von Krise und Krieg erforderlich ist, um das System zu bereinigen. Diese neue Phase wurde als „Dekadenz" bezeichnet.[5] Für die Arbeiterklasse bedeutet sie, dass jede Entscheidung für den Kapitalismus (ihm zu vertrauen, sich mit ihm zu verbünden, sich in ihn zu integrieren) am Ende eine Entscheidung zum Selbstmord ist. Mit dem Anbruch der Dekadenz wird die Kluft zwischen der positiven und der negativen Kritik des Kapitalismus unüberbrückbar.

Kriege sind per definitionem ein enormer Verlust an Wert für das Gesamtkapital. Aber genau dies müssen sie für den Akkumulationsprozess auch sein. Das bedeutet nicht, dass jeder Krieg notwendigerweise die Bedingungen für die Akkumulation wiederherstellt. Er tut dies nur insoweit, als er dieselben Auswirkungen – aber in größerem Ausmaß – wie die Krise hat. Der Krieg entwertet Kapital, indem er es vernichtet; so beseitigt er dessen Ansprüche auf zukünftige Profite und stellt wieder ein Gleichgewicht zwischen dem existierenden Kapital und der tatsächlichen Wertproduktion her. In dieser Hinsicht war der Zweite Weltkrieg weitaus effektiver als der Erste Weltkrieg, und darin liegt einer der Gründe, warum der Nachkriegsboom so lange anhielt. Dass dessen Ende nicht sogleich einen globalen Zusammenbruch der Wirtschaft auslöste, kann nicht allein durch staatskapitalistische Interventionen und die massive Erzeugung fiktiven Kapitals erklärt werden, wenngleich beides den Tag der Abrechnung hinauszögerte. Der wichtigste Grund dafür, dass dieser hinausgeschoben werden konnte, waren die „Globalisierung" und ihre positiven Auswirkungen auf die Profitrate und das Wachstum der produktiven Nachfrage. Allerdings war dies nicht

ausreichend, um die weltweite Wachstumsrate wiederherzustellen, die in den 1970er Jahren in den Keller ging und sich seitdem nicht mehr erholt hat.[6] Unterdessen hat sich das Wachstum des fiktiven Kapitals unablässig beschleunigt. Das Ungleichgewicht zwischen Geld als allgemeiner Ware, die andere Waren zirkulieren lässt, und Geld als besonderer Ware, die als Anspruch auf zukünftigen Wert gehortet wird, hat in diesem Jahrzehnt groteske Ausmaße angenommen. Ersteres macht Schätzungen zufolge nur zwei Prozent aller täglich getätigten Geldtransaktionen aus.[7] Der Rest ist Geld, das als Selbstzweck gehortet wird, also in der Erwartung, dass es an Wert gewinnt, indem es seinen Anspruch auf einen Teil des erst noch zu produzierenden Mehrwerts geltend macht. Die mehrere Billionen Dollar, Euro usw., die verdampft sind, seit das Platzen der amerikanischen Immobilienblase die Rückkehr der Krise ausgelöst hat, stellen daher nur einen Bruchteil des kapitalistischen Reichtums dar, der noch verschwinden muss, um wieder Akkumulationsbedingungen herzustellen.
So befindet sich der Kapitalismus einmal mehr auf dem Weg zum Zusammenbruch und/oder Krieg. Aber die Zukunft wird keine Neuaufführung der Vergangenheit sein. Ich sage nicht den Dritten Weltkrieg voraus. Sehr wohl aber sage ich voraus, dass die Entwertung anhalten und sich verschlimmern wird. Wie die Kapitalistenklasse und, wichtiger noch, die Arbeiterklasse darauf reagieren wird, ist offen. Aber die Kapitalistenklasse hat kaum eine Wahl, abgesehen von den Mitteln und Wegen, mit denen sie die Gesellschaft im Griff zu halten versucht. Die Arbeiterklasse hingegen hat durchaus eine Wahl. Sie kann nichts tun und sich an die irrationale Hoffnung klammern, dass am Ende alles irgendwie von selbst wieder in Ordnung kommt. Oder sie kann ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen und der Herrschaft der Wertform über die Gesellschaft ein Ende bereiten.

Es ist Zeit, die Revolution auf die Tagesordnung zu setzen.

Sander, Juni 2009

Sander ist Mitglied der Gruppe Internationalist Perspective: http://www.internationalist-perspective.org/ Eine leicht erweiterte Fassung dieses Textes wird in Kürze auf unserer Homepage verfügbar sein.

Anmerkungen

1 Marx sah die erforderliche Arbeitskraft, um eine Ware in Reichweite der Konsumenten zu bringen, als eine Verlängerung der Produktion in die Zirkulationssphäre an, die wertschaffend ist und deshalb Mehrwert fürs Kapital produziert.

2 Oder, mit anderen Worten, Extraprofit. Mehr über den Prozess der Angleichung der Profitrate unter: http://www.internationalist-perspective.org/IP/ip-archive/ip_32-33_cap-crisis-3.html. Der tendenzielle Fall der Profitrate ist eine der umstrittensten Analysen von Marx. Er erscheint alles andere als plausibel. Die Erhöhung der Produktivität durch technologische Innovation bedeutet mehr Profit für den Kapitalisten, warum heißt es das dann nicht auch für den Kapitalismus insgesamt? Die Antwort liegt darin, dass das individuelle Interesse des Kapitalisten und das des Kapitals als Ganzem oft im Widerspruch zueinander stehen. Der Irrationalismus des Kapitalismus ist die Summe unzähliger rationaler Entscheidungen einzelner Kapitalisten. Der „Beweis", dass der tendenzielle Fall der Profitrate eine Finte wäre, wurde angeblich vom Okishio-Theorem angetreten, das zur gegenteiligen Schlussfolgerung wie Marx gelangte. Ich kenne mich nur wenig mit Mathematik aus, aber ich weiß, dass jedes Modell nur so gut sein kann, wie die ihm zugrunde liegenden Annahmen. Okishio ging davon aus, dass dieselben Waren denselben Preis vor und nach der Produktion haben. Er betrachtete die Stabilität ihres Wertes als gegeben, während die Pointe der Marxschen Überlegungen ja gerade darin besteht, dass ihr Preis fällt. Deshalb waren Okishios Schlussfolgerung und Ausgangspunkt identisch. Mehr dazu in: Andrew Kliman, *Reclaiming Marx's Capital*, Lanham 2007.

3 Siehe http://www.bostonherald.com/business/general/view.bg?articleid=553562. n37 crisis3

4 So etwa: Peter Gowan, „Crisis in the Heartland", in *New Left Review* 55.

5 Eine keineswegs ideale Bezeichnung, da sie gewöhnlich mit Amoralität und im Marxismus zudem mit der Position assoziiert wird, dass der Kapitalismus einen Punkt erreicht habe, an dem

er seine Produktivkräfte nicht weiter entfalten kann. Dagegen sind wir der Auffassung, dass sie sich während der Dekadenz des Kapitalismus beträchtlich weiterentwickelt haben, da ihre Triebkraft – die Jagd nach Extraprofit – nur noch stärker geworden ist. Andere bevorzugen die Begriffe „Ära der Regression" oder „permanente Krise" zur Bezeichnung des neuen gesellschaftlichen Rahmens. Letzteres ist meines Erachtens keine gute Wahl, da es im Wesen der Krise liegt, dass sie nicht permanent ist. Wichtiger als die Bezeichnung ist jedoch die Erkenntnis, dass eine neue Phase begonnen hat, die die Welt und insbesondere die Arbeiterklasse vor drastische Entscheidungen stellt.

6 Die durchschnittliche weltweite Wachstumsrate pro Kopf betrug 2,9% von 1951 bis 1973 und 1,6% von 1974 bis 2003 (Jahresbericht von Angus Maddison).

7 Vgl. Bernard Lietaer, *The Future of Money*, London 2002.

DAS ENDE DER LÄHMUNG

DER AUFSTAND IN GRIECHENLAND

Der Dezemberaufstand, dieser einschneidende proletarische Aufbruch, der die Möglichkeit eines totalen Bruchs mit der Klassengesellschaft und ihren Institutionen wieder in den Vordergrund gerückt hat, dieses Aufscheinen neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen wir unsere destruktive Kreativität ausgedrückt und gemeinschaftlich einen Schritt zur Überwindung hergebrachter Trennungen vollbracht haben, kam völlig unerwartet. Es ereignete sich in einer Periode, in der das Kapital und sein Staat einen immer intensiveren Krieg gegen unsere Klasse führt, einen Krieg, der heute, im Ausbruch der Krise, einen neuen Höhepunkt erfährt. Es ist daher erforderlich, zunächst kurz auf die besonderen Formen einzugehen, welche dieser Angriff des Kapitals und des Staates in den letzten Jahren in Griechenland angenommen hat. Wir hoffen dabei nicht allzu langweilig zu werden.

Im Herbst 2007 ist es der konservativen Partei Nea Dimokratia trotz massiven sozialen Widerstandes gegen ihre Politik[1] gelungen, erneut die Wahlen zu gewinnen, wenn auch mit knapper Mehrheit.

Die erste wichtige Front, die nach der Wiederwahl eröffnet wurde, war die Rentenreform. Anfang 2008 wurde ein neues Gesetz zur sozialen Rentenversicherung verabschiedet. Das Gesetz sieht unter anderem die Erhöhung des Rentenalters, die Abschaffung günstiger Regelungen für Frauen mit minderjährigen Kindern und die Senkung der Renten vor.

Die Rentenreform war die letzte Etappe in einer Reihe von Maßnahmen zur Restrukturierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeiterklasse in Griechenland. Zentrales Anliegen ist die Senkung der Reproduktionskosten und die Steigerung der Ausbeutungsrate einerseits sowie die Disziplinierung und Spaltung der Arbeiterklasse andererseits. Schon seit Anfang der neunziger Jahre wurden Gesetze zur Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse auf dem öffentlichen Sektor durchgesetzt. Zur gleichen Zeit wurde die Privatisierung der DEKO (Öffentliche Unternehmen Gemeinschaftlichen Nutzens – Telekom, Stadtwerke usw.), bis dahin eine Hochburg fordistischer Arbeitsverhältnisse, vor allem durch ihren Börsengang vorangetrieben. Gleichzeitig gebrauchten die DEKO und der ganze öffentliche Sektor Outsourcing zur Kostensenkung und zum Brechen des fordistischen Regimes im erweiterten öffentlichen Sektor. So hat der griechische Staat seit 1990 die ständige Flexibilisie-

1 Im Herbst 2006 hat ein sechs Wochen langer Streik der Grundschullehrer dem seit 2004 herrschenden Arbeitsfrieden ein Ende bereitet. Der Streik folgte der Studentenbewegung vom Mai/Juni 2006 gegen die Regierungspläne zur Bildungsreform und entfachte sich aus ihrer Dynamik. Anfang 2007 waren die Studenten wieder auf der Straße und es brach eine neue Besetzungswelle in den Universitäten des ganzen Landes aus. Für mehr Informationen siehe unseren Artikel „The Permanent Crisis in Education: On Some Recent Struggles" http://libcom.org/news/the-permanent-crisis-education-on-some-recent-struggles-greece-28102008.

rung der Arbeitsverhältnisse vorangetrieben, ebenso wie die Ausdehnung der Schwarzarbeit in Sektoren, wo das Modell der unbefristeten Vollbeschäftigung geherrscht hatte, als auch die Kürzung von Zuschüssen und jeglicher Art von Leistungsbezügen, das Einfrieren oder auch die direkte Senkung der Löhne (der heutige gesetzliche Mindestlohn liegt bei 96 Prozent des Niveaus von 1984) und die ständigen Reformen des Sozialversicherungswesens etc. durchgesetzt.

Nach dem Zerfall des Ostblocks ergaben sich neue Möglichkeiten für das griechische Kapital. Vor allem die arbeitsintensiven Industrien Nordgriechenlands (z.B. der Textilsektor) verlagerten die Produktion in die nördlichen Nachbarländer, an erster Stelle nach Mazedonien und Bulgarien. Die vielen Wanderarbeiter aus den Balkanländern, vor allem aus Albanien, veränderten gleichzeitig in bedeutender Weise die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Griechenland. Die Politik des griechischen Staates gegenüber den Migranten hat eine Generation geschaffen, die in Griechenland aufgewachsen und zur Schule gegangen ist und dort dennoch weiterhin ohne politische Rechte lebt. Die Migrationspolitik läuft auf einen sehr zähen und langsamen Legalisierungsprozess hinaus, da für Kapital und Staat die Migranten nur als frei verfügbare und billige Arbeitskraft willkommen sind. Die so genannte Legalisierung ist in Wahrheit nichts weiter als die für Staat und Kapital notwendige Strategie einer Registrierung der Migranten, um sie zu kontrollieren und bezüglich des Arbeitslebens zu disziplinieren sowie um den Migrationsströmen insgesamt Herr zu werden.

Gleichzeitig wurde seit den Neunzigern eine massenhafte Ausweitung des Konsumkredits betrieben, eine Politik, die von manchen als privatisierter Keynesianismus bezeichnet worden ist. So haben viele Arbeiter in den vergangenen Jahren versucht, den Kaufkraftschwund durch direkte Bankkredite oder Kreditkarten zu kompensieren. Diese Politik zielte auf die Erhöhung des Arbeitszwangs durch den Druck der wachsenden Schulden und muss auch als Teil des Versuchs zur Überwindung der Ausbeutungs- und Disziplinierungskrise angesehen werden. Die seit einem Jahr andauernde so genannte Finanzkrise zeigt, dass diese internationale – und nicht bloß griechische – Strategie des privatisierten Keynesianismus gescheitert ist. Da die Kapitalisten infolge der Krise Massenentlassungen vornehmen, wird die Arbeitslosigkeit in Griechenland von 7,2 Prozent in 2008 auf


GRANDPRIX
Classic
METAXA
THE GREEK SPIRIT
PRODUCT OF GREECE
ΓΝΗΣΙΟΝ ΜΕΤΑΞΑ

9,2 Prozent im Jahr 2009 steigen. Die Europäische Kommission schätzt, dass das Wachstum von 3,6 Prozent in 2008 auf 0,2 Prozent in 2009 sinken wird.
Wenn der privatisierte Keynesianismus die eine Seite der Strategie des Kapitals darstellt, so können die Überwachungs- und Polizeimaßnahmen des Sicherheitsstaates als die andere angesehen werden. Der Mord an Alexandros durch die Bullen war nur die Spitze des Eisbergs, was den Sicherheitsstaat angeht, der sich, nach den Olympischen Spielen von 2004 gestärkt, nicht scheut, hart zur Sache zu gehen und kaltblütig zu schießen. Die sozialen Schichten, die am aktivsten an der Revolte teilgenommen haben - Schülerinnen, Studierende, Junkies, Migranten, Prekarisierte etc. - sind die, welche diese Gewalt und Überwachung am stärksten erlebten und immer noch erleben. Darüberhinaus gab es auch Teile der Arbeiterklasse, die schon direkter von der Finanzkrise betroffen waren, und die mit den Angriffen auf die Banken während der Revolte sympathisierten.
In Griechenland hat diese Situation zu einer Legitimationskrise des kapitalistischen Staates geführt, und die ständig auftretenden Korruptionsskandale wirkten hierbei verschärfend: Anfang 2008 erschütterte einer der bislang größten Skandale die Öffentlichkeit, weil die Krankenkassen die Beiträge in „strukturierten" Anleihen anlegten und dies zu großen Verlusten ihrer Reservefonds führte.

Der Aufstand

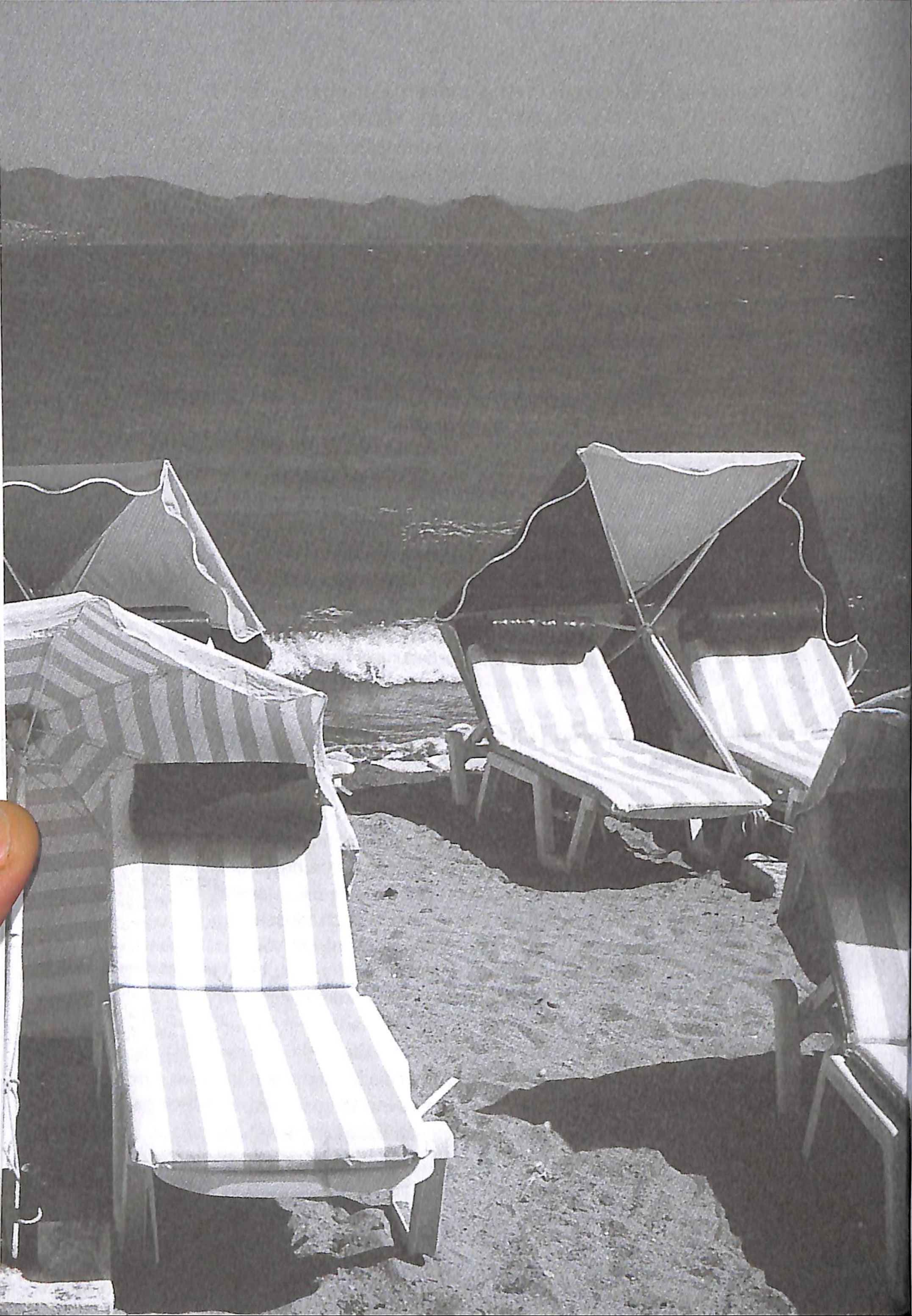
Die Revolte war also ein deutlicher Ausdruck der Legitimationskrise des kapitalistischen Staates, der proletarischen Wut über ein immer mehr entwertetes, überwachtes und entfremdetes Leben. Die Aufständischen haben sich auf den Straßen und in den Besetzungen durch Überwindung der getrennten Identitäten und Rollen getroffen, welche die kapitalistische Gesellschaft ihnen aufzwingt. Sie haben sich nicht als Arbeiterinnen, Studierende oder Migrantinnen zusammengefunden, sondern als Aufständische. Sie mögen nicht alle eine proletarische Sprache benutzt haben, aber sie haben in Wirklichkeit proletarische Kampfgemeinschaften gegen Staat und Kapital gebildet. Indem sie Bullen, Banken, Staatsgebäude und große Warenhäuser angriffen, haben sie sich in Wahrheit gegen das gewendet, was die Herrschaft des Geldes und des Staates symbolisiert, gegen

die kapitalistischen Formen, welche die Ausbeutung und die Entfremdung der Arbeit, die Überwachung und die Spaltung der Proletarier durchsetzen. Wie man aus den während der Revolte zirkulierenden Parolen und Texten ersehen kann, haben alle über das Bedürfnis gesprochen, die Isolierung zu durchbrechen, das Bedürfnis nach einem wahren Leben gegen die Vorschriften des Kapitals, das Bedürfnis, die wirkliche menschliche Gemeinschaft aufzubauen. Der spontane und unkontrollierbare Charakter des Aufstandes manifestiert sich genau im Ausbleiben jeder Art politischer oder ökonomischer Forderungen, d.h. in der ausdrücklichen Negation von Politik und Syndikalismus. Das war auch die größte Stärke der Revolte: die Tatsache, dass das Auftauchen von Elementen der Repräsentation, Integration und Manipulation, das Auftreten von „Repräsentanten" der Aufständischen zur Verhandlung mit dem Staat, praktisch unmöglich war.
Die Organisationen der außerparlamentarischen Linken haben bei der Besetzung der juristischen Fakultät versucht, diese Rolle zu übernehmen, was sich jedoch als erfolglos erwies. Ihr Geschwätz über die Entwaffnung der Polizei, den Rücktritt der Regierung, zinsfreie Baukredite und andere Absurditäten zielte darauf ab, der Bewegung politische Forderungen aufzuzwingen.

Formen der Mobilisierung und die Organisation des Aufstandes

Die Dezembertage haben gezeigt, dass das Détournement der kapitalistischen Technologie zugunsten der Aufständischen möglich ist. Sofort nach dem Mord an Alexandros wurde hauptsächlich durch sms, Telefonanrufe und Indymedia eine massive Mobilisierung erreicht. In wenigen Stunden haben sich tausende, vorwiegend schon politisierte Menschen im Zentrum von Athen, rund um Exarcheia, versammelt. Handys und Indymedia waren auch während der folgenden Tage das Hauptkommunikationsmittel der Aufständischen.[2] Einen wichtigen Beitrag für die Dynamik des Kampfes leisteten auch die vielen Blogs der Besetzungen. Natürlich bestanden daneben auch die traditionellen Arten der Kommunikation fort, mit hunderten von Flugblättern und dutzenden von Plakaten in tausenden von Exemplaren auf den Straßen. Außerdem waren die konfrontativen Demos der

2 Es ist interessant, dass am Höhepunkt der Revolte Indymedia überfordert und praktisch dysfunktional war. In dieser Hinsicht war das dezentralisiertere Modell der Besetzungsblogs auch eine Antwort auf diese sich in der Praxis ergebende Schwierigkeit.



Revolte durch viele neue und originelle Parolen gekennzeichnet.
Was die Straßenkämpfe betrifft, bildeten einfache Freundeskreise die Hauptform der Organisation. Sowohl die Leute aus der anarchistischen/antiautoritären Szene als auch die Schüler, Migrantinnen und andere Proletarier gingen in Gruppen von Freunden auf die Straße und bewegten sich zur gegenseitigen Deckung möglichst kollektiv. Auf jeden Fall verschmolzen die Gruppen während der Riots und bildeten eine Masse, die angriff und zerstörte oder diejenigen unterstützte, die angriffen und zerstörten. Nach den Krawallen restituierten sich die Freundeskreise, um sich in die besetzten Orte, die Kieze oder an einen ruhigen Ort zurückzuziehen. Über die Schülerinnen, die von den Schulen losgingen, um Polizeistationen zu attackieren, haben wir kein klares Bild. Sicher ist, dass sie die Schulgebäude zur Organisation der Aktionen nutzten, was die Regierung offenbar schnell begriff. Am Montag den 8. Dezember, gleich nach den ersten Angriffen gegen Polizeistationen, wurde von der Regierung beschlossen, die Schulen ab dem nächsten Tag zu schließen. Für den Dienstag (9. Dezember) hatten die Lehrergewerkschaften zu einem Proteststreik gegen die „Barbarei der Polizei" aufgerufen (was mit den Regierungsplänen nichts zu tun hatte). Die Schüler haben auf die Regierungsmaßnahme mit Schulbesetzungen geantwortet. Die Tatsache, dass schon am ersten Tag der Revolte drei Universitäten im Zentrum von Athen besetzt wurden – Polytechnikum, die juristische Fakultät und die Wirtschaftshochschule – hat die Wichtigkeit des Universitätsasyls[3] als Waffe und Organisationsfeld im Kampf gezeigt. Die offene Versammlung war die wichtigste Form der Organisation und der Entscheidungsfindung in den Besetzungen. Sie hat sich aber nicht immer als offen und effektiv erwiesen. Das Plenum in der besetzten Wirtschaftshochschule hat diverse Kommuniqués und Plakate produziert, einige wichtige Entscheidungen getroffen, wie die Einrichtung einer Druckerei für den Kampf, und als Treffpunkt für die Planung von gewalttätigen Aktionen oder anderen Interventionen gedient. Die meisten Aktionen wurden jedoch durch spontane Initiativen organisiert, ohne Entschluss der Versammlung. In diesem Fall hat die Dynamik des Aufstandes gewisse traditionelle fixe Einstellungen der autonomen Szene überwunden, wie z.B. das Festhalten am Prinzip der Einstimmigkeit, das in Wirklichkeit der Vorherrschaft der organisierten

3 Aufgrund der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. November 1973 in der Athener Polytechnikum, bei dem ein Panzer der Militärdiktatur das Eingangstor niederwalzte und mehrere Menschen getötet wurden, gibt es das so genannte Universitätsasyl. Dieses untersagt der Polizei, das Universitätsgelände ohne ausdrücklichen und einstimmig gefassten Beschlusses eines von der Universitätshierachie gebildeten Komitees zu betreten.

Gruppen der Szene dient. Dies werden wir im Folgenden zeigen, wenn wir auf die Strukturen zu sprechen kommen, die der Aufstand „hinterlassen" hat.
Im Polytechnikum stellte sich die Situation aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung der Besetzer ganz anders dar. In der Besetzung der ASOEE (Wirtschaftsuniversität) beteiligten sich hauptsächlich (aber nicht nur) Autonome und Studenten, im Polytechnikum waren es mehr Migranten und andere „ausgegrenzte" Proletarier. Da viele Migranten kein Griechisch sprachen, war die dort durchgeführten Versammlungen de facto nicht für alle zugänglich. Dafür ging ein großer Teil der Besetzer des Polytechnikums, über die Ausschreitungen mit der Polizei und die Zerstörung von Waren und Geschäften hinaus, auch zur Plünderung der Geschäfte über. Die Ideologen und Moralisten unter den Anarchisten waren demgegenüber negativ eingestellt, da sie diese Praxis als eine Ausnutzung der Situation für Eigeninteressen betrachteten. Sie erkannten in den Plünderungen nicht eine Form proletarischer Wiederaneignung des sozialen Reichtums durch die von ihm ausgeschlossenen Produzenten. In diesem Fall war das Plenum ein Instrument der Hegemonie des politischen Diskurses und der Praktiken der anarchistischen Gruppen, die sich an der Besetzung beteiligten. Es wurde sogar ein Beschluss gegen Plünderungen rund ums Polytechnikum gefasst, und einige gingen sogar soweit, diesen mit Gewalt durchzusetzen.
Bei den Besetzungen außerhalb des Athener Stadtzentrums, zunächst jene in den Stadtteilen Ag. Dimitrios und Chalandri, ergab sich eine andere Sachlage. Da die Initiative meistens von Gruppen ergriffen wurde, die auf lokaler Ebene schon aktiv gewesen waren, drehte sich die zentrale Auseinandersetzung um die Frage des eigentlichen Charakters dieser Versammlungen; handelte es sich um lokale Anwohner-Versammlungen oder proletarische Kampfgemeinschaften? In der Besetzung von Ag. Dimitrios wurde diese Fragestellung schnell durch die Praxis überwunden, in Chalandri jedoch gab es Besetzer, die auch während des Aufstandes aus der Sicht der „lokalen Gemeinde" sprachen, was natürlich auch die „lokalen Unternehmer" mit einschließt. Trotzdem haben beide Versammlungen im Endeffekt als Organisationsfeld einer Kampfgemeinschaft gewirkt. Wichtig war, dass einem Großteil der Aktionen die Tendenz gemeinsam war, auch



Gebäude zu besetzen, die nicht durch das universitäre Asylrecht geschützt waren.
Bei allen Besetzungen, auch der des Polytechnikums, ist tatsächlich eine Kampfgemeinschaft entstanden, da die Besetzer über die Organisation von Riots, Aktionen und Interventionen hinaus kollektiv ihren aufständischen Alltag organisiert haben. Volksküchen (ASOEE, Polytechnikum) und Cafés (in allen Besetzungen) wurden durch Enteignungen aus Supermärkten oder den Beständen der Universität unterhalten. Zusätzlich wurden zwei Konzerte organisiert, eins in der besetzten juristischen Fakultät und eins im Polytechnikum sowie ein Volksfest in Ag. Dimitrios. Aus den Lautsprechern war, außer den Ankündigen und Texten, während des ganzen Tages auch Musik zu hören. Einige Genossen erinnern sich nostalgisch an die Riots um das Polytechnikum unter den Klängen des Bolero von Ravel.
Die Menschen diskutierten in den Versammlungen über die Organisation von Aktionen, den Verlauf des Aufstandes und die sich in der Praxis der Revolte ergebenden Probleme. Als aufschlussreich ist vielleicht das Phänomen zu erwähnen, dass in bestimmten Gruppen schon sehr früh die allgemeine Bereitschaft zum Fortbestehen der Besetzungen in Frage gestellt wurde. Die Gruppen, die einen wesentlichen Teil des permanenten Kerns der Besetzer bildeten, leiteten daraus das Recht ab, die weitere Richtung der Aktionen zu bestimmen. In einer ersten Einschätzung könnte man dieses Verhalten als Eigentumsmentalität charakterisieren. In einigen Fällen führten diese Positionen zum Abbruch der Besetzung (GSEE – Gewerkschaftsdachverband), in anderen aber nicht (ASOEE).
Die wichtigste „Struktur", die während des Aufstandes entstanden ist und danach weiter existierte, war die „offene Versammlung der Aufständischen zur Solidarität mit den Verfolgten der Revolte". Sie entstand während der letzten Veranstaltung in der besetzten GSEE und setzte sich zum Ziel, den Kampf gemeinsam fortzuführen, alle Inhaftierten freizubekommen und vor Anklagen zu bewahren. Dieser Ansatz eines weiterführenden Klassenkampfes befindet sich im Gegensatz zur üblichen Taktik der Linken, Ausschüsse von Solidaritätsprofis für „Dritte" zu bilden. Die Versammlung organisierte – neben anderen Aktionen und Interventionen – in der Silvesternacht eine Demonstration vor dem Gefängnis von Korydallos, darüber hinaus fand am 24. Januar eine zweite Demonstration im Zentrum von Athen statt, die

von den Mördern in Uniform (Polizei) angegriffen wurde. Interessanterweise hat sich diese Versammlung zu einem Treffpunkt für fast alle proletarischen Elemente des Aufstandes entwickelt, mit hunderten von aktiven Teilnehmerinnen. Bedauernswerterweise ist aber Anfang Januar eine spezielle anarchistische Fraktion – nicht zufällig dieselbe, die bei der Besetzung des Polytechnikums hegemonial agierte – mit Forderungen nach der Aufteilung der Inhaftierten nach ihrer politischen Ideologie aufgetreten. Diese Fraktion verschuldete unglaubliche Blockaden des Versuchs der Verallgemeinerung und Ausweitung politischer Ausdrucksformen, behielt für die Anarchisten die Rolle der politischen Avantgarde des Aufstandes vor und setzte das Prinzip der Einstimmigkeit und ein strikt zentralisiertes Organisationsmodell durch, um politisch zu herrschen. Leider war diese Gruppe in ihren Bestrebungen erfolgreich. Sie erreichte, dass in der darauf folgenden Zeit die Versammlung von der großen Mehrheit verlassen wurde. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Höhepunkt der Revolte nahmen immer weniger Menschen an den Aktionen teil, die alte politische Normalität stellte sich wieder her. Die Versammlung wurde immer mehr zu einer Sache der autonomen Szene, und diese hat die politische Logik der genannten Fraktion vollkommen akzeptiert. Die Solidaritätsversammlung verkam letztendlich zu einer normalen Veranstaltung dieser Szene mit den bekannten bestimmten Charakteristiken: keine gemeinsame Gestaltung politischer Ausdrucksformen jenseits der gesetzten minimalen Prinzipien, die nicht zur Diskussion stehen, ein spezifisches zentralisiertes Organisationsmodel auf der Basis des Einstimmigkeitsprinzips, das auch nicht diskutiert werden darf, und Einheit in der Aktion.
Ebenso wichtig war die Versammlung, die zur Solidarität mit Konstantina Kuneva aufrief, einer außerordentlich kämpferischen Migrantin, die im Reinigungssektor gewerkschaftlich organisiert war. Sie wurde wegen ihres Kampfes gegen die prekären Arbeitsverhältnisse in der Branche von Schlägern der Bosse mit Schwefelsäure angegriffen. Kuneva war auch bei der Besetzung der GSEE dabei gewesen, da ihr Kampf sie in Konflikt zur gewerkschaftlichen Bürokratie gebracht hatte. Sie wurde nur einige Tage nach Beendung der GSEE-Besetzung attackiert, und die Mobilisierung zur Solidarität war dementsprechend einzigartig. So entstand die „Versammlung zur Solitarität mit Konstantina Kuneva" mit ungefähr 100 aktiv Beteiligten, die auf den

Anschlag sofort mit einer zweitägigen Besetzung des zentralen Verwaltungsgebäudes der ISAP (Athener Verkehrsgesellschaft) am Omomoiaplatz antwortete, wo Konstantina für eine Leiharbeitsfirma namens OIKOMET gearbeitet hatte. Unmittelbar nach dem Anschlag organisierte sie auch eine Demonstration in Piräus, wo die von Spezialeinheiten der Polizei überwachte Niederlassung von OIKOMET angegriffen wurde. Seitdem hat die Versammlung noch eine Menge von Aktionen organisiert (eine zweite Demo in Piräus, Interventionen in Stationen von ISAP und U-Bahn), Blockierungen der Entwertungsmaschinen u.a.). Sie beschränkt sich nicht auf Aktivismus, sondern hat auch Flugblätter und Plakate produziert und plant die Veröffentlichung einer Broschüre über die prekären Arbeitsverhältnisse in der Reinigungsbranche. Innerhalb der Versammlung haben sich, wie dies auch bei der GSEE-Besetzung der Fall war, zwei Tendenzen herauskristallisiert: eine arbeitertümelnde und syndikalismusfreundliche, die über „mittelalterliche Arbeitsverhältnisse" und „Sklavenhandel" spricht und indirekt der Forderung der Putzfrauen nach fester Anstellung das Wort redet, und eine proletarische, die die Frage der Kritik der Lohnarbeit allgemeiner stellt und das Thema der prekären Arbeitsverhältnisse als Spitze des kapitalistischen Angriffes auf die Gesamtheit des Proletariats begreift.
Die Kiezversammlungen laufen weiter, obwohl die Beteiligung natürlich nicht mehr so massiv ist wie in den Tagen des Aufstandes. In einigen Fällen hat sich das Hauptinteresse auf lokale Themen verschoben. Es finden aber auch Versuche einer horizontalen Vernetzung der Versammlungen statt, die schon Früchte für die Bewegung im Allgemeinen getragen haben. Es sind z.B. Besetzungen von Arbeitsämtern und Interventionen in ISAP und U-Bahn für Kuneva (in Zusammenarbeit mit der Solidaritätsversammlung) organisiert worden. Gegenwärtig läuft auch eine einmonatige Solidaritäts-Kampagne für die Inhaftierten. Außerdem haben sich Kollektive zur Durchführung neuer Besetzungen gebildet. Eine dieser neuen Besetzungen ist in der Patissionstraße entstanden, sehr nah an GSEE, ASOEE und Polytechnikum. An ihr beteiligen sich Menschen und Gruppen, die aktiv an der Besetzung der ASOEE mitgewirkt hatten. Interessant an ihrer Struktur ist, dass sie eine offene Haltung gegenüber anderen Tendenzen, die sich während des Aufstandes entwickelt haben, einzunehmen scheint und so auch

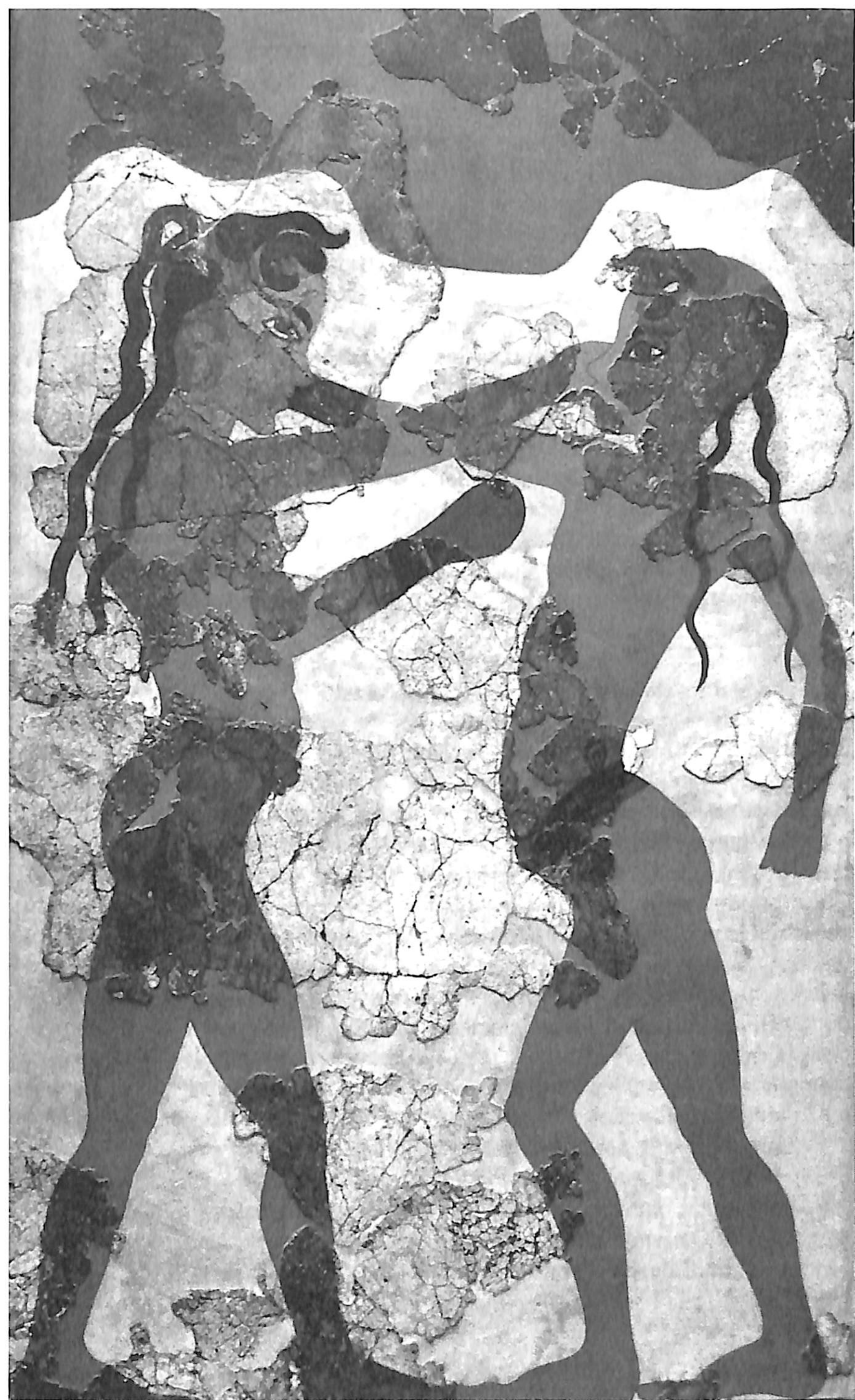
auf eine Überwindung der ideologischen Fixierungen hindeutet, die die Besetzergruppen in der Vergangenheit gekennzeichnet haben. Außerdem sind viele Menschen involviert, die über keine politische Vergangenheit verfügen. Das Themenspektrum der ersten Veranstaltungen dieser Besetzung ist bezeichnend: die Frage nach der Solidarität mit den Inhaftierten, die neuen Repressionsgesetze (Vermummungsverbot, „Obrigkeitsbeleidigung" etc.), Solidarität mit Kuneva, die Praxis der Besetzungen im Rahmen der von der Revolte freigesetzten sozialen Dynamik etc.
Ein anderer Aspekt des Kampfes für die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes ist die Gestaltung von Parks im Zentrum von Athen, in Räumen, die als Parkplätze benutzt werden oder zu solchen umgebaut werden sollen. Im Rahmen einer dieser Interventionen kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und Attacken gegen Polizeistationen. Diese Aktionen sind Kritik an der Stadtplanung und Ausdruck des Kampfes gegen die neuen Einhegungen (enclosures), die durch die Revolte wieder belebt wurden.
Abschließend ist die Tatsache anzumerken, dass sich nach dem Aufstand neue Gruppen von Aktivisten gebildet haben, die Anschläge gegen staatliche Gebäude, Banken usw. organisieren. Sie sind nicht als Teil des getrennten bewaffneten Kampfes zu betrachten, da sie auf dem Markt verfügbare Mittel benutzen, ohne immer die Lorbeeren der Avantgarde für sich zu beanspruchen (obwohl sie meistens nicht frei von einer gewissen voluntaristischen Arroganz sind).

Der abgegrenzte „bewaffnete Kampf"

Der Dezemberaufstand wurde von den Aufständischen selbst, aber auch von den globalen Bossen zu Recht als das Präludium eines angesichts der Fortsetzung und Verschärfung der Krise bevorstehenden proletarischen Aufbruchs wahrgenommen. Dennoch ist das Bedürfnis nach einer politischen Repräsentation der proletarischen Wut, auch das nach einer bewaffneten Repräsentation, keineswegs etwas, was aus der Notwendigkeit des Kampfes selbst entsteht. Vielmehr wird es dem Kampf erst von außen und nachträglich aufgesetzt.

Der erste Anschlag erfolgte am frühen Vormittag des 23. Dezember. Im Athener Stadtteil Goudi wurde auf einen Bus der Bereitschaftspolizei (MAT) vor deren Zentralgebäude Schüsse abgefeuert. Der Angriff erfolgte aus dem benachbarten Campus des Polytechnikums und zwar vom Dach eines von Anarchisten und Antiautoritären besetzten kleinen Gebäudes aus. Mehrere Tage später, am frühen Vormittag des 5. Januar, fielen Schüsse auf drei Bullen der MAT, die in Exarcheia vor dem Gebäude des Kulturministeriums Wache standen. Einer von ihnen wurde „am Oberschenkel und an der Brust schwer verletzt" ins Krankenhaus eingeliefert. Die Verantwortung für beide Anschläge übernahm die Gruppe „Revolutionärer Kampf" am 15. Januar mit einer schriftlichen Erklärung. Zum ersten Mal war diese Gruppe im Jahr 2003 in Erscheinung getreten, ein Jahr nach den zahlreichen Verhaftungen von Mitgliedern der Gruppe „17. November", die im Hinblick auf die politischen Inhalte der Sozialistischen Partei (PASOK) eigentlich recht nahe stand. Seitdem nimmt die Gruppe „Revolutionärer Kampf" den ersten Rang unter den bewaffneten Gruppen für sich in Anspruch, da sie die gewalttätigsten Anschläge verübt. Zur Rechtfertigung der Aktionen wurden von Seiten der Gruppe hauptsächlich drei Argumente bemüht: Erstens, „die Kugeln sind mit Kugeln zu erwidern"; zweitens, der bewaffnete Kampf stelle den Gipfel des Dezemberaufstandes dar; drittens, hinsichtlich eines breiteren sozialen Aufbruchs sei der bewaffnete Kampf notwendig, weshalb auch weitere Genossen dazu aufgefordert werden, denselben Weg zu gehen.

Vom proletarischen Standpunkt her lässt sich über den Aufstand Folgendes sagen: Selbst wenn der bewaffnete Angriff auf die gerüsteten Wächter der Ware am 5. Januar vor dem Kulturministerium nicht von den Organen des Spektakels (d.h. von Staatsbeamten) geplant und durchgeführt worden sein sollte, so war die Tatsache, dass wir alle, einen Monat nach dem Ausbruch des Aufstandes und dem Zustandekommen einer Vielzahl kollektiver Verneinungen, gezwungen wurden, angeblich „vorbildlichen Aktionen" zuzuschauen, schon für sich eine Niederlage. Es bedeutete, dass wir nicht mehr in der Lage waren, die Mittel unseres Handelns selbst zu bestimmen und dass wir gezwungen wurden Stellung zu beziehen zu einer Aktion, die unserer Praxis fremd war. Wenn die „bewaffnete Avantgarde" nun die Polizei zum Angriffsziel erklärt, dann will sie nicht zugeben, dass sie in



Wahrheit der Bewegung nachhinkt: niemals und nirgendwo hat es eine bewaffnete Avantgarde je geschafft, sei es auch nur für einige Tage, die Ausfahrt der Polizeiwagen aus den Kasernen zu blockieren oder die Polizeiführung dazu zu zwingen den Bullen anzuordnen, ihre Polizeiausweise in der Stadt nicht bei sich zu tragen, aus Angst, sie könnten eventuell identifiziert werden. Das eigentliche Angriffsziel der „bewaffneten Avantgarde" und ihres scheinbaren Bedürfnisses nach „höherstufigen" Aktionen sind die proletarischen Praktiken selbst. Es sind diese Praktiken einer soziale und territoriale Grenzen überschreitenden Gewalt sowie einer kollektiven Illegalität während des Aufstandes, die nun automatisch als „minderwertig" und „ungenügend" erscheinen. Die „bewaffnete Avantgarde" weiß genau, dass diese Praktiken ihre eigentlichen Gegner innerhalb der Bewegung sind und dass, solange diese darin präsent und stark sind, kein Mann und keine Frau das Verlangen spüren wird, irgendwelche bewaffneten Vorkämpfer zu unterstützen. Denn es werden ganz einfach die Leute selbst für ihre Sache handeln und nicht die bewaffneten Spezialisten der Gewaltvermittlung. Auf dieser Grundlage findet der bewaffnete Kampf im Staat seinen naturgemäßen Kombattanten gegen das Proletariat: beide werden von der proletarischen Praxis bedroht, deren Weiterführung ihre eigene Existenz in Gefahr bringt.
Wir behaupten, dass eine der vorläufigen Errungenschaften des Dezemberaufstandes die verallgemeinerte Insubordination war. Diese hat im Kern der Gesellschaft nachhaltige Spuren hinterlassen, denn sie bewirkte eine Verschiebung im Gleichgewicht der Kräfte und einen Riss im Sicherheitsstaat. Dies war nur möglich, weil sich die Aufständischen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse gewendet haben, denen sie tagtäglich unterworfen sind; keine bewaffnete Avantgarde kann so etwas schaffen. Auch am Zeitpunkt ist das eigentliche Interesse der „Avantgardisten" zu erkennen, den sie für die „Eskalation" gewählt haben: das relative Nachlassen des aufständischen Dranges während der Feiertage war ein günstiger Moment um die Lücke durch den „bewaffneten Kampf" zu füllen. Ein Kampf, der sich zum „Gegenpol" stilisieren wollte, nämlich zum gleichwertigen Gesprächspartner des Staates. Der Anschlag des 5. Januar ist somit ein Ausdruck des Abflauens der Bewegung, das als willkommene Gelegenheit zur Wiederherstellung der verlorenen Ehre des bewaffneten Kampfes ergriffen und von

den mannigfaltigen Anhängern als Höhepunkt des Aufstandes dargestellt wurde. Leider ist diese Strategie bei nicht wenigen Aufständischen auf Zustimmung gestoßen, insbesondere bei den Leuten, die die Gewalt als wichtigste Dimension des Aufstandes angesehen und das Nachlassen der gewaltsamen Aktionen registrierten.
Im Vergleich zu Ausmaß und Intensität all der explosiven Ereignisse des Dezembers war die Reaktion des Staates eher schwach. Im Grunde genommen waren die krampfhaften Gegenangriffe des Staates eher ein Ausdruck der Angst der Bosse vor dem Proletariat, und die berühmte Nulltoleranz war für lange Zeit und gemessen am Ausmaß des Aufstandes zur bloßen Toleranz gegenüber unseren Aktionen heruntergekommen. Der Gegenangriff des Staates, der Angriff der alten Welt, der gleichzeitig mit dem Aufstand und gegen diesen angesetzt hatte, spitzte sich in der Folge jedoch zu und produzierte nach dem Attentat vor dem Kulturministerium die ersten greifbaren Resultate wie z.B. Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Polizeiterror, das brutale Niederschlagen der Solidaritätsdemo für die Inhaftierten vom 24. Januar u.a. Die Logik, die der Staat durchzusetzen versuchte, folgt einem alten Rezept: der „Terrorismus" *muss* die Endstation eines Zustands des verallgemeinerten Aufruhrs sein. Der Staat versuchte die Verletzung des bewaffneten Polizisten als Kompensation des Mordes am jungen Alexandros (sowie der versuchten Mordanschläge am Schüler im Athener Stadtteil Peristeri am 17. Dezember und an Kuneva am 23. Dezember) darzustellen und sich zunächst dadurch auf der ideologischen Ebene zu revanchieren. Bis zu einem gewissen Grad hat er dies erreicht. Er hat das Blut eines seiner Angestellten dazu benutzt, nicht nur um die Legitimation der Polizei wiederherzustellen und ihre „menschliche" Seite in den Vordergrund zu rücken, sondern darüber hinaus den Sicherheitsstaat als Ganzes wieder neu in Kraft zu setzen. Die Zeit nach den Weihnachtsferien barg die Möglichkeit eines Wiederentfachens der Bewegung, doch der Anschlag vor dem Kulturministerium hat diese Chance deutlich unterminiert: Er bot dem Staat die Gelegenheit, den Aufstand als eine Angelegenheit, die nur das „Ghetto" von Exarcheia etwas angehe, darzustellen – eine spektakuläre Vendetta zwischen Bullen und „Anarchisten", ein groteskes und tausendmal gespieltes Theaterstück für zwei Akteure. Im Nachhinein stellen wir fest, dass die Praxis der „revolutionären Avantgarde" die

Möglichkeit des Neuentfachens deutlich untergraben hat und uns allen zu verstehen gab, welche Rolle sie wirklich spielen wird, falls die Ereignisse vom Dezember in der Zukunft wiederholt oder sogar noch weiter verallgemeinert werden sollten.
Als fast einen Monat später, am frühen Vormittag des 3. Februar, die zum ersten Mal in Erscheinung tretende Gruppe „Revolutionäre Sekte" gegen die Polizeistation des Athener Stadtteils Korydallos eine Handgranate (die schließlich nicht explodierte) warf und mehrere Schüsse abfeuerte, war das ein weiterer Rückschlag für die Revolte, und das Unvermögen der Bewegung sich wiederzubeleben kam noch bedrückender zum Vorschein. Der Satz „diejenigen, die sich nicht bewaffnen, sterben", mit dem die nicht mehr als eine Seite lange Erklärung der „Sekte" anfängt und der einem älteren Manifest der RAF entnommen ist, symbolisiert nicht nur die arrogante Abgrenzung der „Bewaffneten" von den Aufständischen, sondern auch die infame Abgrenzung der Aufständischen vom Rest der Gesellschaft.

Der Aufstand, die Arbeiter und die „Basisgewerkschaften"

Soweit wir wissen waren die Arbeiter, die sich am Aufstand beteiligt haben, in ihrer Mehrheit jungen Alters und in Bereichen tätig, wo prekäre und „flexible" Arbeitsverhältnisse herrschen. Eine Ausnahme bilden hier jedoch die Lehrer. In dieser spezifischen „Klassenzusammensetzung" ist vielleicht der Grund dafür zu suchen, dass es während des Aufstandes zu keinen Besetzungen von Betrieben und Streiks gekommen ist. In Griechenland werden die Streiks von den Gewerkschaften ausgerufen und bleiben in der großen Mehrzahl der Fälle unter ihrer Kontrolle. In den letzten 20 Jahren wurde hauptsächlich im öffentlichen Sektor gestreikt (Bildungswesen, öffentliche Unternehmen, z.B. DEKO, Kulturministerium usw.). In den Kämpfen der letzten Zeit wurde deutlich, dass es sehr schwierig ist, autonome Organisationsformen hervorzubringen und einen Diskurs jenseits von gewerkschaftlichen Forderungen zu führen. In den letzten Jahren ist es hauptsächlich dort zu Besetzungen von Arbeitsstätten gekommen, wo Fabriken der Textilindustrie dichtgemacht haben oder verlagert wurden. Es handelte sich also eher um Formen der „defensiven" Organisierung. Sowohl für die Streiks als auch für die Fabrikbesetzungen der letzten Jahre gilt,

dass sie auch in dieser Hinsicht als Niederlagen zu betrachten sind, denn sie konnten die Bosse und den Staat zu keinen Zugeständnissen zwingen. Es muss andererseits berücksichtigt werden, dass der griechische Kapitalismus durch eine niedrige Kapitalkonzentration gekennzeichnet ist: es gibt viele kleine Unternehmen, in denen weniger als zehn Personen arbeiten. Aus diesen Gründen wurden die Betriebe von den Arbeiterinnen, die sich am Aufstand beteiligten, nicht als Orte proletarischer Durchsetzungskraft mit einem gewissen Mobilisierungspotential wahrgenommen (denn sie waren es tatsächlich nicht). Es war vermutlich sogar gerade dieser Mangel, der viele junge Proletarier auf die Straße trieb.
Dennoch wurde vielen aufständischen Proletariern klar, dass der Aufstand notwendigerweise bald nachlassen würde, wenn er es nicht schaffen sollte, sich auf die Arbeitsstätten auszuweiten. Aus diesem Bedürfnis resultierte die Besetzung des Gebäudes der Arbeiterunion (GSEE) sowie das Verlangen, der Propaganda der Medien, die Arbeiter nähmen nicht am Aufstand teil und würden durch ihn sogar geschädigt, entgegenzutreten. Zudem war die Besetzung auch eine hervorragende Möglichkeit, Kritik an dem GSEE zu artikulieren, der vergangene Kämpfe stets untergraben hat, was auch während dieses Aufstandes deutlich wurde. Die Initiative zur Besetzung ergriffen Leute aus der Basisgewerkschaft der Kurierfahrer, hauptsächlich Aktivisten der antiautoritären Szene. Dennoch wurde bei der Besetzung des GSEE deutlich, dass das Konzept des Syndikalismus, sei es auch das der Basisgewerkschaften, dem Aufstand gegenüber fremd war. Schon in der vorbereitenden Versammlung hoben sich zwei Linien klar voneinander ab: eine gewerkschaftlich-arbeitertümelnde auf der einen, eine proletarische auf der anderen Seite. Für die Wortführer der ersten Richtung sollte die Besetzung einen „Arbeiter"-Charakter annehmen, welchen sie gegenüber dem angeblich Jugendbewegungs- oder „metropolitischen" Charakter (in ihrer Terminologie) in Stellung brachten, den der Aufstand angeblich bislang hatte. Im Gegensatz dazu hat die proletarische Strömung darauf bestanden, dass die Besetzung des GSEE ein weiteres wesentliches Moment des Aufstandes sei: ein Ort, an dem Schülerinnen, Studierende, Arbeitslose, Arbeiterinnen und Migrantinnen als aufständische Proletarier in Aufhebung ihrer Identitätsspaltung aufeinander treffen. In der Tat verfolgte die gewerkschaftlich-arbeitertümelnde Fraktion

einen sehr konkreten Plan für die Besetzung: dieser zielte nicht auf die Verbreitung des Aufstandes ab, sondern auf die propagandistische Verwertung der Besetzung zur Stärkung ihrer eigenen Gewerkschaft. Aus diesem Grund hatten sie auch kein Interesse daran, die Besetzung als Ausgangspunkt für wirklich proletarische Aktionen zu nutzen. Vielmehr wollten sie schon am zweiten Tag die Besetzung beenden, nachdem sie sie zum Anlass hatten nehmen wollen, um in der Bildungsaktionsdemo des 18. Dezember einen „selbstbewachten Arbeiterblock unter Aufstandsbedingungen" zu bilden. Diese Fraktion, die nur einen Teil der Gewerkschaftsbasis hinter sich hatte, versuchte mit anderen Worten, den Aufstand in den Dienst ihres Verbandes zu stellen. Ihr einziges Ziel war dessen Stärkung, während sie die am Aufstand beteiligten Arbeiter als einen abgegrenzten, abzuhebenden Teil verstanden. Aus diesem Grund zogen sie sich am zweiten Abend von der Besetzung zurück, nachdem sie aber schon großen Schaden angerichtet hatten: Die nun herrschende Stimmung verhinderte schließlich, dass das bestehende Potential der Bewegung im Hinblick auf mögliche Interventionen an den Arbeitsplätzen und die proletarische Selbstorganisation tatsächlich zur Geltung kommen konnte. Durch die Nutzung der Besetzung als eines Treffpunkts und eines Ortes der freien proletarischen Gestaltung und Tätigkeit hätte diese Selbstorganisation vorangetrieben werden können.
Was die übrigen „unabhängigen" linken Gewerkschaften angeht, sieht es jedoch noch schlimmer aus. In der einzigen Versammlung, welche die linken Bürokraten am Mittwoch den 10. Dezember im Gebäude der juristischen Fakultät organisiert hatten, sprachen sie vom Bedürfnis, dem Aufstand eine „politische Perspektive" geben zu wollen, d.h. ihn somit in die Bahnen der politischen und gewerkschaftlichen Repräsentation zu lenken und sein radikales Potential abzutöten. Damit wandten sie sich gegen das wesentlichste Merkmal des Aufstandes, nämlich die Abwesenheit von Forderungen, und stellten eine Liste von ebenso grotesken wie gefährlichen Appellen auf: die „Mörderregierung" solle zurücktreten, zinsfreie Wohnungskredite seien für einkommensschwache Familien zur Verfügung zu stellen, die Polizei solle entwaffnet werden, usw. Der linke Flügel der Gewerkschaftsbürokratie schlug alle Vorschläge von unabhängigen Aktivisten zu militanten Aktionen, wie z.B. der Besetzung eines Fernsehsenders, aus und beschränkte sich dagegen auf

große Worte und leere Deklarationen: Vorgeschlagen wurden außerplanmäßige Generalversammlungen und die Mobilisierung in den Betrieben zur Vorbereitung eines Generalstreiks für in zwei Wochen! Natürlich wurde nichts davon realisiert.
Dagegen haben am 10. Januar einige im Medienbereich arbeitende Aufständische das Gebäude der geschlossenen Berufsgenossenschaft der Journalisten (ESIEA) besetzt. Im Rahmen dieser Besetzung wurden zwei praktische Aspekte in den Vordergrund gestellt: zum einen die Frage nach den Arbeitsverhältnissen und der Selbstorganisation der Beschäftigten im Medienbereich und zum anderen die Frage nach der Kontrolle der Berichterstattung bzw. der subversiven Anti-Berichterstattung. Es hat sich im Folgenden eine Arbeiterinnenversammlung herausgebildet, die seitdem sehr aktiv ist. Sie agiert in Medienunternehmen, in denen in der letzten Zeit Entlassungen stattfanden, während sie gleichzeitig über Demonstrationen und andere subversive Ereignisse in Opposition zur Propaganda der bürgerlichen Medien berichtet. Ein Teil dieser in der Arbeiterinnenversammlung aktiven Leute hatte sich im Zuge der Studentenbewegung von 2007 gegen die Reform des Hochschulgesetzes zusammengefunden, während andere in der Vergangenheit die Gründung einer einheitlichen Gewerkschaft in der Medienbranche angestrebt hatten, da die im Medienbereich tätigen Leute heute in 15 Berufsverbände (Photoreporter, Journalisten, Kameraleute, Logistiker usw.) zersplittert sind. Unter den Journalisten ist die ESIEA der größte Verband. Ihr gehören die Journalisten der großen Athener Zeitungen an, von denen viele gleichzeitig auch Arbeitgeber sind, da sie Unternehmen für die Produktion von Fernsehsendungen besitzen oder Zeitungen und Druckschriften verlegen. Hinzu kommt noch, dass ein großer Teil der Leute im Medienbereich mit befristeten Verträgen oder als Freelancer arbeitet und gewerkschaftlich nicht vertreten wird. Die Idee eines Gewerkschaftsverbandes in der Medienbranche, dem alle Lohnabhängigen in der Branche unabhängig von Fachrichtung und Arbeitsstatus angehören sollen, ist weiterhin unter vielen der an der Versammlung Beteiligten verbreitet. Bis heute hatte dieses Vorhaben jedoch keine Priorität.

Was kommt nun nach dem Dezember?

Nach dem Mord an einem Bullen während eines Banküberfalls im Athener Stadtteil Nikaia wurden in der bürgerlichen Presse Funktionäre der griechischen Polizei (ELAS) zitiert, welche die drastische Steigerung der Banküberfälle in den Monaten Januar und Februar (ungefähr 40 pro Monat) sowie ihren voraussichtlichen weiteren Anstieg auf folgende Ursachen zurückführen: zum einen habe „die Freilassung einer großen Anzahl von Inhaftierten zur Entlastung der Gefängnisse" (eine Folge des Aufruhrs in den Gefängnissen einen Monat vor dem Dezemberaufstand) kriminelle Elemente freigesetzt, zum anderen habe der „Tumult des Dezembers sowie die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Banken" die Aggression geschürt.[4] Für den Staat ist der Dezemberaufstand konkreter Ausdruck der Bedrohung der Warenverhältnisse und hängt direkt mit einer allgemeineren gesellschaftlichen Destabilisierung im Zuge der Krise zusammen.

Seit jenen Tagen hat nun die Erneuerung des juristischen Arsenals des Staates begonnen; den Anfang macht die Revision des gesetzlichen Rahmens, der die Sicherheitsmaßnahmen der Banken regelt. Diese Neuregelung ist laut Angabe eines hochgestellten Funktionärs des Justizministeriums „hauptsächlich zur Bekämpfung der Vermummten (Kapuzenträger) und weniger der Bankräuber" gedacht. Erstes Resultat der Revision, die unter dem Vorwand, „das Ansehen der Polizei (...) beschützen" eingebracht wurde, ist die Wiedereinführung des Strafdelikts der „Beleidigung der Obrigkeit". Es handelt sich dabei um eine gesetzliche Anordnung, die zur Zeit der Diktatur von Metaxas (1936-1941) eingeführt wurde und alle „Obrigkeiten" ohne Ausnahme umfasst: wer diese öffentlich „beleidigt, wird amtlich verfolgt und hat mit einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren zu rechnen". Dieses Gesetz wurde 1993 von der Regierung der PASOK abgeschafft. Auf der Ebene der Gesetzgebung stehen derzeit die Wiedereinführung des Delikts der Obrigkeitsbeleidigung sowie das bevorstehende Verbot der „Verfälschung der Gesichtsmerkmale" während Demonstrationen an der Spitze des repressiven Gegenangriffs des Staates. Beide Gesetzesentwürfe sind von vielen zu Recht als ein Angriff gegen die anarchistische/antiautoritäre Szene und ihre Praktiken begriffen worden. Es wäre aber ein Fehler anzunehmen, die „Anarchisten"

4 K. Onisenko, „Steile Steigerung der Überfälle seit Anfang 2009", Kathimerini, 6. März 2009.

seien das ausschließliche Angriffsziel, wo doch Tausende von Vermummten die Straßen Griechenlands überschwemmt hatten. Es wäre noch fataler anzunehmen, wie es bereits verbreitet ist, die Anarchisten gerieten nun in die Schusslinie, „da ohne sie gar nichts passiert wäre". In Fortführung der neoliberalen Krisenverwaltung versucht der Staat die Aufständischen durch die Verurteilung der Vermummung zu dämonisieren und sie nicht nur vom Rest der Arbeiterklasse abzugrenzen, sondern auch untereinander in „Vermummte" und „Nichtvermummte" zu spalten. Gleichzeitig hat die Obrigkeit spezielle Polizeieinheiten als schnelle Eingreiftruppen geschaffen, die Patrouillen in den Straßen vervielfacht und exemplarisch große Polizeieinsätze in den Vierteln durchgeführt, wo viele der ausgegrenzten und am Aufstand beteiligten Migrantinnen leben.

Der Dezemberaufstand hat die breite Einführung der „Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise" vorläufig verzögert: Massenentlassungen, Aussetzung von Arbeitsverträgen, Zwangsurlaub, die Einführung der drei- oder viertägigen Arbeitswoche mit entsprechender Lohnsenkung etc. stehen aus Angst vor den Reaktionen noch aus. Von November 2008 bis Ende Februar 2009 wurden 12.000 Entlassungen registriert, während Funktionäre der Gewerkschaften einschätzen, dass die Gesamtzahl der Entlassungen im Jahr 2009 bis auf 100.000 steigen könnte. Obwohl die Entlassungswelle noch andauert, wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Fall bekannt, in dem sich die Entlassenen an andere Entlassene oder Teile der übrigen Arbeiterklasse gewendet hätten, um die Frage des Umgangs mit der Krise gemeinsam anzugehen. Im Gegensatz dazu stehen vielmehr Direktverhandlungen vereinzelter betroffener Belegschaften mit dem Arbeitsministerium auf der Tagesordnung. Außerdem scheint sich keine der im Dezember so verbreiteten Formen militanter Auseinandersetzung durchsetzen zu können, abgesehen von der Besetzung öffentlicher Gebäude. Nur die Art und Weise wie sich jüngst die Hilfsarbeiter der Feuerwehr gegen die Bullen stellten, deutet vielleicht auf etwas anderes hin. Offensichtlich war die gedrückte Stimmung und das Fehlen jeglichen Schwungs bei der Streikdemonstration des 2. April (der erste Generalstreik nach Dezember, an dem die Beteiligung allerdings hoch war) ein Anzeichen dafür, dass die Gewerkschaftsbürokratie es zumindest in diesem Fall geschafft hat, die Arbeiterklasse vom Geist der Revolte fernzuhalten. Es

haben dennoch während der Demo zwei kämpferische Aktionen stattgefunden, die von den Streikenden mitgetragen wurden: zum einen griff eine Gruppe von Demonstranten die Büroräume des Arbeitgeberverbandes der Reinigungs-Unternehmen an; zum anderen hielten die Vereinigung der Putzfrauen und Aktivistinnen, die sich an der Solidaritätsbewegung für Konstantina Kuneva beteiligen, eine Protestkundgebung vor den Büros der Athener S-Bahn (ISAP) ab.

TPTG
April 2009



KOMMUNIQUES AUS DER GRIECHISCHEN SOZIALREVOLTE

Dokumente der griechischen Revolte

Entweder werden wir unsere Geschichte selbst bestimmen oder sie wird ohne uns bestimmt

Erklärung der Besetzer der Gewerkschaftszentrale

Wir – Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Zeitarbeiter, einheimische wie migrantische – wir sind keine passiven Fernsehzuschauer. Seit dem Mord an Alexandros Grigoropoulos Samstagnacht nehmen wir an den Demonstrationen, den Auseinandersetzungen mit der Polizei, den Besetzungen im Stadtzentrum und den anderen Vierteln teil. Immer wieder mussten wir die Arbeit und unsere anderen Verpflichtungen stehen lassen, um mit den Schülern, Studenten und den anderen kämpfenden Proletariern auf die Straße zu gehen.

Wir haben beschlossen, das GSEE-Gebäude zu besetzen ...

- um es in einen Raum für freie Diskussion und in einen Treffpunkt für Arbeiter zu verwandeln.

- um neben anderen Märchen den von den Medien verbreiteten Mythos aufzulösen, die Arbeiter hätten sich bis jetzt aus den Zusammenstößen stets herausgehalten und die Wut dieser Tage sei bloß die Angelegenheit einiger 500 „Vermummter" und „Hooligans" gewesen. Und während einem auf den Fernsehbildschirmen die Arbeiter als Opfer dieses Kampfes präsentiert werden, führt die kapitalistische Krise in Griechenland und weltweit zu zahllosen Entlassungen, die von Medien wie Managern als ein „Naturphänomen" behandelt werden.

- um die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie zu entlarven, die neben anderen „Wohltaten" – den Aufstand untergräbt. Der GSEE und der gesamte ihn unterstützende Apparat unterminieren seit Jahrzehnten die Kämpfe, verschachern unsere Arbeitskraft für Brosamen und verewigen das System der Ausbeutung und der Lohnsklaverei. Die Haltung des GSEE letzten Mittwoch sagt alles: er blies die Streik-Demonstration ab und veranstaltete stattdessen eine kurze Versammlung auf dem Syntagmaplatz. Dabei stellte er sicher, dass die Menge sich eiligst auflöste, da er befürchtete, dass sie vom Virus des Aufstandes angesteckt werden könnte.

- um erstmalig diesen Ort zu öffnen, der durch unsere Beiträge zwar gebaut wurde, von dem wir aber bislang ausgeschlossen waren. Dies in Fortsetzung der vom Aufstand geschaffenen sozialen Öffnung. All die Jahre vertrauten wir unser Schicksal Rettern aller Art an, um schließlich unsere Würde zu verlieren. Als Arbeiter müssen wir anfangen die Verantwortung für uns selbst zu übernehmen, statt unsere Hoffnungen auf weise Führer oder „fähige" Repräsentanten zu richten. Wir müssen unsere eigene Stimme erlangen, uns treffen, reden, entscheiden und handeln. Dem generalisierten Angriff werden wir standhalten. Die Schaffung kollektiven Widerstands „von unten" ist der einzige Weg.

- um die Idee der Selbstorganisation und der Solidarität am Arbeitsplatz, der Kampfkomitees und der kollektiven Basis-Arbeit zu verbreiten und um die Gewerkschaftsbürokraten zu entmachten.

All diese Jahre haben wir das Elend, die Denunziation, die Gewalt in den Arbeitsräumen geschluckt. Wir haben uns daran gewöhnt, unsere Verkrüppelten und Toten – die so genannten „Arbeitsunfälle" – zu zählen. Wir haben uns gewöhnt zu ignorieren, dass Migranten – unsere Klassenbrüder und -schwestern ermordet werden. Wir sind es müde, mit der Angst um Lohn, Sozialversicherung und Rente, die sich jetzt wie eine träumerische Illusion ausmacht, zu leben.

So wie wir darum kämpfen, unser Leben nicht in den Händen der Bosse und der Gewerkschaftsvertreter zu belassen, so werden wir auch keinen der inhaftierten Aufständischen den Händen des Staates und der Justizmaschine überlassen.

Sofortige Freilassung der Inhaftierten!
Keine Anklage gegen die Festgenommenen!
Selbstorganisation der Arbeiter!
Generalstreik!

Generalversammlung der aufständischen Arbeiter
17. Dezember 2008

Die ArbeiterInnen werden das letzte Wort haben – nicht die Medienbosse

Erklärung der MedienarbeiterInnen

Die Tausenden von Protestierenden, die am 9. Januar die Straßen in Griechenland füllten, beweisen, dass weder Schüsse und Säureangriffe auf AktivistInnen, noch der ideologische Terrorismus, den die Medien in den letzten Tagen verbreitet haben, das Feuer vom Dezember löschen werden. Die einzige Antwort des Staates auf die Jugendlichen und die ArbeiterInnen bestand folglich einmal mehr in roher Unterdrückung. Von den Forderungen der Medien nach null Toleranz sowie den Befehlen ihrer Bosse ermuntert, hatte die Polizei freie Hand, jeden, der ihr in die Quere kam, mit Chemikalien, Gewalt und Verhaftungen zu attackieren.

Als sich die staatliche Repression am 9. Januar auch gegen die Arbeiter, Journalisten, Fotografen und Rechtsanwälte richtete, die auf der Straße standen, ohne Partei für die Mörder zu ergreifen, wurde noch klarer, dass der Aufstand des vergangenen Monats eine Frage der Würde für all diejenigen ist, deren Überleben von der Lohnarbeit abhängt. So stehen nun einige von uns Medienarbeitern aktiv an der Seite der Rebellen. Wir beteiligen uns an ihrem Kampf als ArbeiterInnen, wir schließen uns ihrem Kampf mit unseren eigenen alltäglichen Kämpfen am Arbeitsplatz an. Insbesondere geht es uns dabei heute auch darum zu verhindern, dass die Medienbosse ihre Sicht der Ereignisse durchsetzen können. Ein Beispiel dafür ist die Tageszeitung Eleftheros Typos (Freie Presse), die den Fotografen Kostas Tsironis gefeuert hat, weil er nur einen Tag nach der Ermordung des 15jährigen Alexandros Grigoropoulos Bullen mit gezückter Waffe fotografiert hatte.

Wir haben keine Illusionen, wir wissen dass die Medien – ein zentraler ideologischer Apparat des Staates – die Leute dazu drängen werden, die Straßen zu verlassen und nach Hause zu gehen; sie werden alles dafür tun. Wir wissen es natürlich nur zu gut, weil wir selbst in den Medien arbeiten, Wir sind uns ebenso darüber bewusst, dass die „großen Namen" des Journalismus die Forderung nach Abschaffung des Universitätsasyls und das

Bild von zweierlei Arten von Demonstranten (den gewalttätigen „vermummten" und den „friedlichen") nur solange verbreiten können, wie wir schweigen.
Unser Platz ist an der Seite der Rebellen, weil wir selbst jeden Tag am Arbeitsplatz die Erfahrung der Ausbeutung machen. Wie in allen anderen Bereichen sind wir auch in der Medienindustrie mit den Folgen prekärer, unbezahlter oder nicht sozialversicherter Arbeit, mit Stücklohn, Überstunden und all den anderen Launen der Bosse konfrontiert. In letzter Zeit stellen wir zudem fest, dass unter dem Vorwand der Wirtschaftskrise die Entlassungen und der dazugehörige Terror zunehmen.

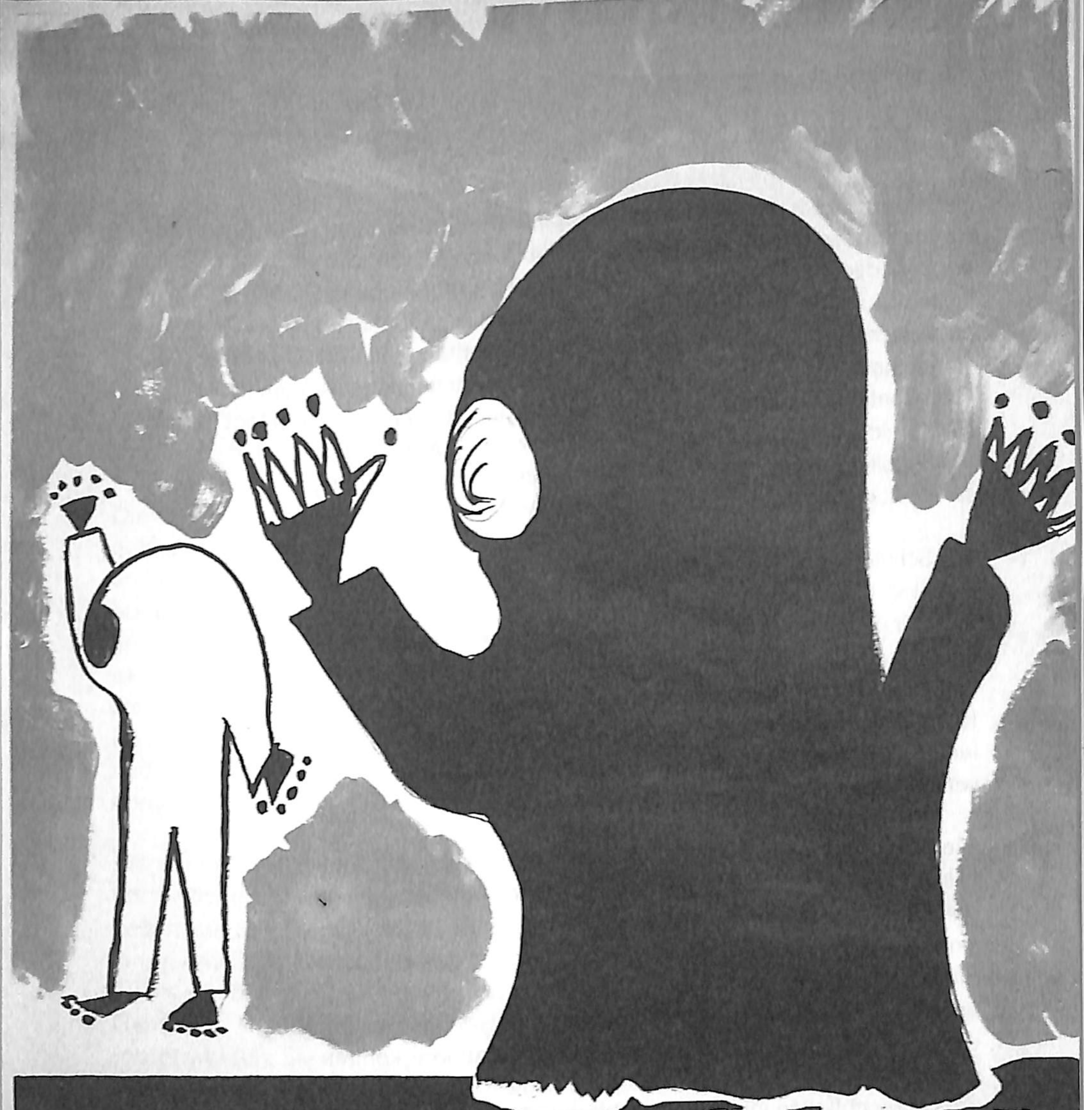
Wie alle Arbeiter erleben auch wir die Heuchelei und den Verrat der Gewerkschaften. Die Journalistengewerkschaft Athens (ESIEA) ist eine Institution gegen den Arbeitskampf in all seinen Formen, ob es um Widerstand gegen die Bosse geht oder um das dringende Bedürfnis nach Überwindung der inneren Spaltung und Fragmentierung der Arbeiter durch eine vereinigte Gewerkschaft im Mediensektor. Die Zunftorganisation der ESIEA ist in Wirklichkeit eine Gewerkschaft der Bosse, ein Mechanismus, der sie in ihrem Bemühen unterstützt, uns von allen anderen Arbeitern zu trennen. Ihre Nichtbeteiligung am Generalstreik vom 10. Dezember 2008 ist ein erneutes Beispiel dafür.

Aus all diesen Gründen haben wir, eine Initiative von LohnarbeiterInnen, unbezahlten und kürzlich gefeuerten Arbeiter/innen sowie Studenten des Medienbereichs, uns zur Besetzung des ESIEA-Gebäudes entschlossen, um all das in den Vordergrund zu stellen, was uns mit der kämpfenden Gesellschaft vereint:

Freie Information, gegen die ideologische Propaganda unserer Bosse in den Medien!
Direkte selbstorganisierte und demokratische Aktionen aller MedienarbeiterInnen gegen die Angriffe, die sich gegen uns alle richten!
Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterin Konstantina Kuneva!
Sofortige Freilassung aller Inhaftierten des Aufstands!
Wir haben keine Angst davor, gefeuert zu werden; die Bosse werden Angst vor unseren wilden Streiks bekommen!

Aus dem besetzten ESIEA-Gebäude, 10. Januar 2009

Text auf dem Plakat:
Ende der Disziplin.
Ein fabelhaftes Leben!



ΠΕΙΘΑΡΧΙΑ
ΤΕΛΟΣ.
ΖΩΗ ΜΑΓΊΚΗ

das sind auch unsere Tage ...

Erklärung albanischer Migranten

Nach dem Mord an Alexis Gregoropoulos erleben wir einen zuvor nie gesehenen Zustand des Aufruhrs, ein Überfließen der Wut, das nicht aufhören will. An vorderster Front stehen in diesem Aufstand die Schüler selbst, die mit unerschöpflicher Leidenschaft und absoluter Spontaneität alle vorhandenen Zustände umgeworfen haben. Du kannst nichts aufhalten, was du nicht kontrollierst, was sich spontan organisiert aus Gründen, die du nicht verstehst. Das ist die Schönheit des Aufstandes. Die Schüler machen die Geschichte und überlassen es anderen, sie ideologisch einzuordnen und zu schreiben.

Die Schülerproteste sind der Motor einer größeren Bewegung, an der sich auch die zweite Generation der Migranten und viele Flüchtlinge massiv beteiligen. Die Flüchtlinge mobilisieren sich unter keiner besonderen Organisation, mit einer Spontaneität und einem Drang, der charakteristisch für ihre Bewegungen ist. In diesem Moment sind sie der kämpferischste Teil der Ausländer in Griechenland. Es ist sowieso sehr wenig, was sie zu verlieren haben.

Die Kinder der Migranten mobilisieren sich massiv und dynamisch vor allem in den Schüler- und Studentenaktionen oder in den Organisationen der Linken und der extremen Linken. Sie sind auch der integrierteste Teil der Migranten, der mutigste. Sie sind nicht wie ihre Eltern, die mit gesenktem Haupt herüberkamen, als ob sie um ein Stück Brot bettelten. Sie sind Teil der griechischen Gesellschaft, weil sie keine andere kennen gelernt haben. Sie betteln um nichts, sie fordern dynamisch ihre Gleichberechtigung mit ihren griechischen Mitschülern. Gleichberechtigung in den Rechten, auf der Straße, in den Träumen.

Für uns organisierte Migranten ist es ein zweiter französischer November 2005. Wir hatten niemals Illusionen, die einmal überbordende Wut der Menschen steuern zu können. Trotz unserer Kämpfe in all diesen Jahre haben wir nie derart massive Reaktionen erreicht. Jetzt ist es Zeit, dass die Straße ihre Stimme erhebt. Dieser klar vernehmbare Schrei ist eine Antwort auf die

18 Jahre der Gewalt, der Unterdrückung, der Ausbeutung, der Demütigung. Das sind auch unsere Tage.

Diese Tage gehören uns, hunderten von Migranten und Flüchtlingen, ermordet an den Grenzen, in den Polizeistationen, in den Arbeitsstätten. Den von Bullen oder aufgebrachten Bürgern Ermordeten. Den Ermordeten, weil sie die Grenzen übertreten haben, weil sie wie die Hunde arbeiteten, weil sie sich nicht beugen wollten. Den für nichts Ermordeten. Für Gramoz Palushi, Luan Berdelima, Edison Jahai, Toni Onoiha, Abdurakim Indriz, Montaser Mohamed Asraf und so viele Andere, die wir nicht vergessen haben.

Diese Tage sind gegen die tägliche Polizeigewalt, die unbeantwortet, ungestraft geblieben ist. Gegen die Erniedrigung an den Grenzen und Migrantenstationen, die immer noch nicht aufgehört hat. Gegen die ungeheuren Urteile der griechischen Gerichte, für die Migranten und Flüchtlinge, die unschuldig in den Knästen sitzen, die Gerechtigkeit, die uns verweigert wurde. Jetzt noch, in den Tagen und Nächten der Revolte, zahlen die Migranten den schweren Preis der Brutalität der Faschisten und der Bullen, der Abschiebungen und Haftstrafen durch die christliche Nächstenliebe der Gerichte für uns Ungläubige.

Diese Tage sind gegen die Ausbeutung, die 18 Jahre ungemindert andauert. Sie sind für die Kämpfe, die wir nicht vergessen haben, auf den Feldern in Volos, auf den olympischen Baustellen, in Amaliada. Sie sind für den Schweiß und das Blut unserer Eltern, die Schwarzarbeit, die unendlichen Arbeitsstunden, die Gebühren, Bußgelder und Beiträge, die uns nie bekannt gemacht werden. Sie sind gegen die Papiere, die wir ein ganzes Leben lang als großen Lottogewinn jagen werden.

Diese Tage sind für den Preis, den wir zahlen, einfach um zu existieren, um zu atmen. Sie sind für das Zähne Zusammenbeißen, für die Beleidigungen, die wir einstecken mussten, die Niederlagen, die wir zu verantworten haben. Sie sind für all die Zeiten, wo wir reagiert haben und alleine standen, weil unser Tod und unsre Wut in kein Schema passten, keine Wähler bringen konnten, sich in den Abendnachrichten nicht gut verkauften.

Diese Tage gehören allen Ausgegrenzten, den Menschen mit den schwierigen Namen und den unbekannten Geschichten. Für alle, die täglich sterben, in der Ägäis und im Ebros, für alle, die ermordet werden an den Grenzen oder in der Petrou Ralli, für die Zigeuner in Zefyri, für die Drogensüchtigen in Exarcheia. Diese Tage gehören den Kindern von Messologiou, den ungezähmten Schülern. Dank an Alexis, diese Tage gehören uns allen.

18 Jahre stummer Wut sind genug
Alle auf die Straßen, für Solidarität und Würde
Wir haben nicht vergessen, wir vergessen nicht, diese Nächte sind auch eure
Für Luan, Toni, Mohamed, Alexis ...

Treff albanischer Migranten
www.steki-am.blogspot.com



Graffiti:
Wir sind das Bild der Zukunft!

Barrikaden
Der Aufstand von Oaxaca (Mexiko)

Vorbemerkung der Redaktion

Die Losung, man müsse die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, schien ein paar Jahre lang gute Aussichten zu besitzen, zur Leitmaxime einer neuen Linken zu werden; einer Linken, die aus bitteren Erfahrungen offenbar gelernt hatte, dass Emanzipation nicht von den Kommandohebeln des Staates aus zu bewerkstelligen ist und die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt meist eher aufstrebende nationale Eliten von imperialer Bevormundung befreit haben als die „Verdammten dieser Erde" von Elend und Unterdrückung. Doch der kurze Sommer der Staatskritik scheint schon wieder vorüber; umtriebige Ex-Autonome schätzen sich glücklich, dem venezolanischen Präsidenten Chávez die Hand zu schütteln, so wie es überhaupt die imposante Riege neuer Linksregierungen in Lateinamerika ist, an der sich der ramponierte linke Etatismus wieder aufrichtet. Und so bekennt man heute freimütig: „John Holloway, der davon spricht, die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen, scheint in Venezuela gründlich widerlegt. Erst die Übernahme des Staatsapparates und die Verfügung über die Öleinnahmen hat dort nämlich die Ausbreitung der Basisnetzwerke ermöglicht und Perspektiven jenseits der politischen und sozialen Marginalität eröffnet." (Raul Zelik)

Diesem Mythos vom Staat als Freund und Helfer der Basisautonomie, mit dem sich bereits die erste Ausgabe von *Kosmoprolet* befasste, wollen wir keineswegs einen Mythos der reinen Revolte entgegenhalten, wenn wir im Folgenden eine Analyse des Aufstands veröffentlichen, der 2006 im südmexikanischen Oaxaca ausbrach. Jede Beschwörung einer reinen Revolte würde sich daran vorbeimogeln, dass der linke Etatismus noch nie etwas war, das sich allein in den luftigen Höhen des Staates abgespielt hätte, und es in Bolivien wie in Ecuador, in Argentinien wie in Venezuela gerade Massenaufstände und Basisbewegungen waren, die die Linke an die Macht gespült und dergestalt den Staat erneuert haben. *Barrikaden* schien uns vielmehr einer erneuten Veröffentlichung wert, weil die Autoren gerade die miteinander ringenden Tendenzen *innerhalb* der Rebellion auszuleuchten bemüht sind – halbprofessioneller Politiker einerseits, die auf den plattgewalzten *Barrikaden* neue Partei- und Wahlprojekte begründen wollen, und antiautoritärer Linker andererseits, die, teils unter Rückgriff auf den in Oaxaca geborenen Anarchokommunisten Flores Magón (1873-1922),

die Selbstorganisation und radikale Ablehnung des Staates aufrechtzuerhalten versuchen, die Oaxaca für einige Monate in ein Experimentierfeld der menschlichen Beziehungen verwandelten.

Klassenanalyse ist gewiss keine Stärke des Textes. Zu Recht sprechen sich die Autoren gegen einen verknöcherten Linkskommunismus aus, der aus bestimmten geschichtlichen Konstellationen scheinbar zeitlose Maßstäbe destilliert, um die Kämpfe der Gegenwart an ihnen zu messen und dann verächtlich beiseite zu wischen. Tatsächlich kündet die Rebellion in Oaxaca so wenig wie die Revolte, die im Herbst 2005 die französischen Banlieues erschütterte, von der Wiederkehr einer Arbeiterklasse, die wie ehedem ihre Macht und Einheit am Ort der Produktion gewinnt und gegen die Herrschaft des Kapitals zu richten vermag. Doch das kann kein Grund sein, es wie in *Barrikaden* bei der Floskel zu belassen, dass „die Klassenfrage [...] in einer Zeit, in der so viele feste soziale Kategorien aufgelöst und neu zusammengesetzt werden, ohnehin neu gestellt werden" müsse, und darüber zu witzeln, dass „das viel gepriesene ‚moderne Proletariat', das den Situationisten und anderen so am Herzen gelegen ist, seine Verabredung mit der Geschichte noch vor sich hat." Vielmehr wäre dem Paradoxon nachzugehen, dass das moderne Proletariat sich vielerorts – nämlich abseits der voll entwickelten Zentren des Weltkapitalismus – gerade durch das Weiterbestehen vormoderner Züge auszeichnet, oder anders gesagt: dass hier der Proletarisierung, anders als in den kapitalistischen Zentren, nicht als zweiter Schritt die Vergesellschaftung der Proletarisierten als Arbeiterklasse folgt.
In einer Analyse der zapatistischen Bewegung in Chiapas schreibt die britische Gruppe *Aufheben* über die Klassenlage der dortigen Indigenen, was auch für große Teile der Landbevölkerung im benachbarten Oaxaca gilt: „Die Erfahrungen mit Lohnarbeit, die die Indigenen gemacht haben, umfassen unter anderem: Arbeit auf Farmen, Saisonarbeit auf einer *Finca* [...], voll integrierte Lohnarbeit beim Bau von Staudämmen oder auf den Ölfeldern im Nordosten. Alle diese Arbeiten sind saisonal oder nur zeitweilig – wenn sie vorbei sind, muss der *campesino* in sein Dorf zurück und notdürftig von der Bearbeitung des Bodens leben. [...] Insgesamt wurden die indigenen Frauen *nie* in das System der Lohnarbeit integriert, wenngleich sie mit der

Warenökonomie in Berührung gekommen sein mögen, während die Männer nur *teilweise und temporär* integriert wurden. Sie stellen ein Segment der Bevölkerung dar, welches das Kapital nicht vollständig proletarisiert hat, weil es ihre Arbeitskraft nicht braucht."[1] Die Lehrerinnen und Lehrer Oaxacas, deren Streik für höhere Löhne und eine bessere Essensversorgung der Schulkinder im Frühjahr 2006 schließlich zum Massenaufstand eskalieren sollte, scheinen noch am ehesten dem Begriff der Arbeiterklasse zu entsprechen: Sie leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft und erfahren als „Produzenten" eine gewisse Vergesellschaftung, die sich direkt in Kämpfe ummünzen lässt. Beim Gros der Aufständischen hingegen handelt es sich um Leute, die nur zeitweilig Lohnarbeit verrichten, der unterbeschäftigten Elendsbevölkerung angehören und oftmals noch Bindungen an das Land haben – für den Reformismus der Gewerkschaften so wenig ein Nährboden wie für den Radikalismus der Arbeiterräte. Die teils vollständig, teils nur partiell Proletarisierten in Oaxaca und anderswo sind weder im Geiste der Randgruppentheorie zu romantisieren und der vermeintlich „integrierten" oder gar „privilegierten" Arbeiterklasse entgegenzustellen, noch können sie umgekehrt als ohnmächtige „Lumpen" abgetan werden. Die radikal demokratische Form der Versammlung, die sich die Aufständischen von Oaxaca mit der *Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca* (APPO) gegeben haben, hat es ermöglicht, die verschiedenen Segmente der Revolte zusammenzufassen und den Aufstand und die Selbstorganisation auf immer weitere Aspekte des alltäglichen Überlebens und größere Bereiche des Territoriums auszudehnen. Im Namen der Versammlung selbst, als Versammlung „der Völker Oaxacas", spiegelt sich die gesellschaftliche Realität in dem mexikanischen Bundesstaat. Die Homogenisierung der Bevölkerung durch Staat und Warenproduktion ist noch so wenig vorangeschritten, dass nicht einmal ein vereinheitlichtes *pueblo*, das Staatsvolk als bürgerlicher Souverän, von dem alle Macht ausginge und das aus dieser Souveränität den lokalen Tyrannen stürzen will, als Subjekt der Versammlung gilt – vielmehr sollen es die Völker im Plural sein, was die Anerkennung der Zersplittertheit der Produktion in den indigenen Gemeinschaften und zugleich ihrer Traditionen in sich birgt. Was aber soll das „Volk" der Lehrer mit ihrer kampfstarken, jedoch von stalinistischen Leadern durchsetzten Gewerkschaft, das „Volk" der proletarisierten städtischen Jugendlichen, das

1 A Commune in Chiapas?, in: Aufheben Nr. 9, Herbst 2000, vgl. http://libcom.org/library/commune-chiapas-zapatista-mexico

„Volk" der gegen die drückenden Verhältnisse rebellierenden Frauen sein? Sollen die urbanen, also modernen Komponenten der aufständischen Bewegung als „Völker" begriffen werden? Und das, wo doch gerade die Stadt das Zentrum und der Ausgangspunkt der Rebellion war?

Was viele – nicht nur im Süden Mexikos – vor dem Schicksal einer vollständigen Proletarisierung bewahrt, ist die fortdauernde Bindung ans Land. Die Hoffnung aber, auf dem Land ein nichtentfremdetes Gemeinwesen, eine Art ursprünglichen Kommunismus der Indigenen zu entdecken, ist vollständig unbegründet. Bereits der erwähnte Magón, der die Losung *Land und Freiheit* in die mexikanische Revolution trug, spekulierte zwar auf die revolutionäre Sprengkraft bestimmter indigener Traditionen gemeinschaftlichen Lebens, aber der Kommunismus galt ihm als etwas erst noch Herzustellendes und nicht als etwas, das bereits – oder noch – auf dem Land existieren würde. Dem kargen Landleben, das metropolitane Linke aus der Ferne oft zur Idylle verklären, hielt er einen luxuriösen Kommunismus entgegen – „Alle verfügen über Heiß- und Kaltwasserhähne, elektrisches Licht, Bäder, Toiletten, bequeme Möbel, Vorhänge, Klavier und gut gefüllte Speisekammern [...] Keiner arbeitet mehr für Lohn. Alle sind Besitzer von allem." – und dem ebenfalls von metropolitanen Linken verkitschten Kleinbauerntum erteilte er eine radikale Absage: „Da das Streben jeden menschlichen Wesens darauf ausgerichtet ist, so viele Befriedigungen wie möglich mit dem kleinsten Aufwand zu erlangen, wäre die am besten geeignete Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen, die gemeinsame Arbeit auf den Feldern und in den Fabriken. Wenn das Land aufgeteilt wird, und jede Familie ein Stück erhält, laufen wir die große Gefahr, wieder in das kapitalistische System zu verfallen [...] Außer dieser großen Gefahr ist es eine Tatsache, dass eine Familie, die ein Stück Land bearbeitet, dann genau so viel oder sogar mehr als heute unter dem System des Privateigentums arbeitet, um das gleiche jämmerliche Ergebnis wie heute zu erhalten. Doch wenn das Land zusammengefasst wird und die Bauern es gemeinsam bestellen, werden sie weniger arbeiten und mehr produzieren."[2] Die Stärke von *Barrikaden* liegt insbesondere darin, den Mythos der guten Indigena-Gemeinschaft zu zerpflücken. In der Revolte selbst wurde dieser Mythos *praktisch* kritisiert: von den zigtausend Frauen vor allem, die gegen ihre

2 Manifest vom 23. September 1911, zit. nach Ricardo Flores Magón, Tierra y Libertad, Münster 2005, S. 105 f.

untergeordnete Rolle in der traditionellen Dorfgemeinschaft rebelliert haben und dies auch ausdrücklich so verstanden wissen wollten. Bedauerlich ist hingegen, dass die Autoren sich offenbar gegen den populären Vorwurf des „Eurozentrismus" abzusichern suchen, indem sie unter der Hand selbst den Universalismus aufweichen und postmoderner Identitätspolitik Vorschub leisten. Wenn sie etwa „eine gewisse Unfähigkeit des außenstehenden Betrachters [anerkennen], die Wirklichkeit der indigenen Gesellschaften zu begreifen, die Welt auf dieselbe Weise zu sehen, wie jemand, der sie mit autochthonen Augen sieht", dann ist dies zugleich banal und leichtfertig: Jeder sieht die Welt auf eine Weise, die bestimmten kulturellen Prägungen entspringt, doch der Wahrheitsanspruch der kritischen Vernunft gründet sich gerade auf ihre Fähigkeit, ihre eigenen Voraussetzungen zu reflektieren und über derartige Partikularitäten hinauszugehen. Vollkommen treffend heißt es, dass „die Forderung nach indigener ‚Autonomie' eher der Ruf nach einer Art radikalen Autarkie zu sein [scheint] als nach einer irgendwie gearteten allgemeinen revolutionären Transformation der Gesellschaft." Doch die Autoren geraten selbst gefährlich nahe an die Beschwörung einer solchen Autarkie, wenn sie schreiben: „Wer sonst als die Indigenen kann für eingeborene Kulturen eintreten, statt bloß in ihrem Namen zu sprechen?" – als würde es darum gehen, für irgendwelche „Kulturen" zu sprechen. So schwankt der Text unentschieden zwischen einer postmodernen Absage an den Universalismus und einer kritischen Auseinandersetzung mit den Geschehnissen, die ohne diesen Universalismus ein Ding der Unmöglichkeit wäre.

Die gesellschaftliche Entwicklung jedenfalls stellt die als statisch vorgestellte „einheimische Kultur" in Frage, weil auch in Oaxaca immer mehr *cash crops* für den Weltmarkt produziert werden: Marihuana beispielsweise. Keine mythisierte indigene Gemeinschaft wird diese neue Form der Produktion unbeschadet überstehen. Und die Schockwellen des Drogenkrieges, der Mexiko nach der Revolte von Oaxaca erfasst hat und sich – mit Tausenden von Toten – zwischen den verschiedenen Rackets der Drogenindustrie und des Staats abspielt, treffen auch auf die vermeintlich stabilen „traditionellen Bauernstrukturen" und krempeln sie um.

Die Rebellion von Oaxaca konnte in ihrer Isolation unterdrückt werden. Wie der folgende Text beschreibt, haben die inneren Auseinandersetzungen um selbsternannte Leader zu ihrer Niederlage beigetragen. Die Kräfte der Tradition und ihrer Mythisierung haben ebenfalls dazu beigetragen, weil sie wie ein Alp auf den Gehirnen der Revoltierenden lasten.

BARRIKADEN
DER AUFSTAND VON OAXACA (MEXICO)

Sein Sieg, seine Niederlage und darüber hinaus

Von Collective Reinventions

Nach alldem werden wir auf keinen Fall mehr dieselben sein wie zuvor; wir können es nicht und wollen es nicht.
Ein Einwohner von Oaxaca, *La batalla por Oaxaca*

Die gesamte zweite Hälfte des Jahres 2006 hindurch und bis weit in das Jahr 2007 hinein ist die mexikanische Stadt Oaxaca das Epizentrum eines Aufstandes gewesen, der sowohl dem mexikanischen Staat wie auch dessen lokaler Verkörperung, Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz, die Stirn geboten hat. Indem die soziale Bewegung, die in Oaxaca entstand, beiden trotzte, hat sie andere Zusammenhänge der Macht, des Kapitals und der Klassenherrschaft in Mexiko herausgefordert und einen ausgeprägt anti-hierarchischen und allmählich gegen das System gerichteten Zug angenommen. Indem der Aufstand in Oaxaca seinen anfänglichen Brennpunkt ausdehnte und seine ursprünglichen Forderungen erweiterte, hat er auch mit herkömmlichen Vorstellungen aufgeräumt, die quantitative Kriterien, wie zentrale Lage und Bedeutung, in Betracht ziehen: eine Provinzhauptstadt im (nach Chiapas) zweitärmsten Bundesstaat Mexikos, eine als Touristenziel über ihre Grenzen hinaus bekannte Stadt wurde eine Zeit lang zu einem Brennpunkt, dem ein nicht unbeträchtlicher Teil der radikalen Öffentlichkeit weltweit Aufmerksamkeit geschenkt hat.
Obwohl die Bewegung in Oaxaca bestimmte Merkmale mit der Zapatisten-Bewegung im benachbarten Chiapas gemein hatte – insbesondere ihre starke Ausrichtung an den Belangen der indigenen Völker wie die Verteidigung des gemeinschaftlichen Landes und der Tradition – unterschied sie sich doch in anderer Hinsicht erheblich von dem EZLN (Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung). Die Bewegung in Oaxaca entstand in einem städtischen Umfeld, obgleich sie auch Unterstützung aus den ländlichen und vorwiegend indianischen Gemeinden im Hinterland von Oaxaca bekam (deren Belange sie vertrat). Anders als die Zapatisten verfügte sie über kein Heer, sondern nur über eine Masse entschlossener Männer und Frauen, die in brenzligen Situationen von Trupps Jugendlicher unterstützt wurden, die bereit waren, in den Straßen der Stadt gegen die Polizei zu kämpfen.

Entscheidend ist, dass es in Oaxaca keinen charismatischen Führer in Gestalt des redseligen Subcomandante Marcos gab. Dagegen trug man – wie immer wieder in den Verlautbarungen der Bewegung betont wurde – dem Umstand Rechnung, dass es sich um eine Bewegung der „von unten", *los de abajo*, handelte, d.h. zum einen, dass die Beteiligten hauptsächlich aus der Basis der mexikanischen Gesellschaftspyramide kamen, zum anderen aber auch, dass die Bewegung von ihrer Basis kontrolliert wurde und nicht von denen, die danach trachteten, ihre „Führer" zu werden. Die Rebellion fand ihren organisierten Ausdruck in einer Versammlung und zwar nicht nur in einer einzigen, sondern in mehreren Versammlungen. Sie bezeichnete sich nicht nur als Volksversammlung der Völker Oaxacas (APPO), sie war, zumindest in ihrer ersten Phase, auch eine Bewegung, die sich in einem fast unentwegten Versammlungszustand befand.
Über die Frage nach der Form der Bewegung hinaus – die an eine Tradition der direkten Demokratie erinnert, die der antiautoritären Linken so wichtig ist –, stellt sich natürlich die Frage nach dem Inhalt. Dabei muss behutsam vorgegangen werden. Viele Berichte über die Rebellion von Oaxaca haben zwar ihre Radikalität und innovative Kraft betont, ihren Status als „erster Aufstand des 21. Jahrhunderts", diese Behauptungen wurden aber meist in dem simplen, überschwenglichen Ton vorgebracht, der ein Merkmal des linken Triumphalismus ist. [1] Derlei Berichte über die Bewegung lesen sich oft wie ein allegorisches Drama, in dem das edle Volk – das im naiven Liedgut der lateinamerikanischen Militanten „niemals besiegt wird" – beherzt gegen die Verkörperung des Bösen (Ulises Ruiz Ortiz, der mexikanische Staat, der Yankee-Imperialismus) kämpft. Bei der in Oaxaca herrschenden Realität, geprägt durch bittere Armut und brutale, korrupte Behörden, kommt diese Schilderung der Wahrheit recht nahe. Aber sie wird kaum der Komplexität der Rebellion gerecht und bietet nur eine karge Grundlage zur Erörterung ihrer Auswirkungen.
Kritischere aber ebenso grobe Stimmen haben auf die Schwäche, die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der Rebellion hingewiesen. Die trockenen Marxisten der Internationalen Kommunistischen Strömung verhängten ihr übliches Verdikt gegen derlei Aufstände: nicht „proletarisch" genug. Anarchistische Aufständische aus Mexiko-Stadt prangerten einen Aufstand an, der nicht über Nacht den Staat und den Kapitalismus abgeschafft

hatte. In solchen Analysen steckt wiederum ein Körnchen Wahrheit: Die Rebellion von Oaxaca konnte als eine Art radikaler Populismus gesehen werden, von Anfang an waren Bürokraten in der APPO zugange. Doch die gesamte Rebellion auf diese Weise abzutun, zeigt nur, wohin Dogmatismus führen kann: Man sägt den Zweig ab (oder demontiert den Sockel), auf dem man sitzt. Zwar braucht man die Bewegung in Oaxaca nicht unkritisch zu billigen und damit zu einem weiteren linken cheerleader werden, aber eine Einstellung, die sich in überlegener Geringschätzung oder maximalistischer Anprangerung ergeht, ist ebensowenig hilfreich. Es sei denn, man will die ganze Bedeutung der Rebellion verkennen.[2]
Dies vorweg, muss dennoch zugestanden werden, dass so manchem Journalisten auf dem Höhepunkt des Aufstandes, als der Schein der Brände in Oaxaca auf der ganzen Welt als Leuchtfeuer der Hoffnung wahrgenommen wurden, bestimmte Ungereimtheiten aufgefallen sind. Denn die Bewegung hat zwar international bei allen, die sich gegen den Status Quo sträuben, Anklang gefunden, doch innerhalb Mexikos selbst kein großes Echo und kein Nachspiel in Form von Massenaktionen oder vergleichbaren Rebellionen. Obgleich die Vorgänge in Oaxaca in den mexikanischen Medien ausführlich dargestellt worden sind, ist es dennoch zu keinem landesweiten Generalstreik zur Unterstützung derer gekommen, die im November 2006 von der repressiven Staatsmacht zermalmt wurden. Der Ausbruch von ein, zwei, vielen Oaxacas ist in Mexiko ausgeblieben.
Wo der Situationist Raoul Vaneigem eine „Kommune von Oaxaca" gesehen hat (siehe Heft 213 der AKTION) – und damit hat er nur eine Redewendung bestätigt, die andere vor ihm gebraucht haben –, sah eine große Anzahl von Mexikanern etwas anderes. Zu Recht oder Unrecht haben sie in Oaxaca ein oder gleich mehrere andere Dinge gesehen: nämlich einen berufsständischen, selbstbezogenen Streik von Lehrern, eine die indigenen Völker von Oaxaca und nicht das restliche Mexiko angehende Rebellion und somit eine ausschließlich lokale Angelegenheit, über die die Bewohner von Oaxaca selbst zu befinden hatten. Wenngleich der verzerrende Einfluss der Medien nicht in Abrede gestellt werden kann, so erklärt er doch nicht alles. Klar ist, dass sich irgendetwas an der Bewegung in Oaxaca oder in der gegenwärtigen mexikanischen Realität dagegen gesperrt hat, dass weitere derartige Bewegungen

hervorgerufen wurden. Das zu verstehen, ist wahrscheinlich die größte analytische Herausforderung, die sich allen stellt, die sich mit der Bewegung identifizieren.

II

Um so weit zu kommen, dass die obigen Fragen beantwortet werden können, sollte man allerdings von der Idee Abstand nehmen, jemand könne Oaxaca „erklären", als würde es eine einzige Erklärung (oder eine Reihe von Erklärungen) geben, die angeführt werden kann, oder als würden die Leute auf den Straßen von Oaxaca (oder auch sonst wo) auf irgendeinen gönnerhaften Akt kritischer Interpretation warten, der dem Bedeutung verleiht, was sie bereits selbst bedeutend gemacht haben.

Es ist also angebracht, sich etwas zurückzunehmen und zu akzeptieren, erneut darüber erstaunt zu sein, was sich in Oaxaca zugetragen hat – und noch zuträgt. Wenn soviel Aufhebens um die Rebellion in Oaxaca gemacht wurde, dann in erster Linie wegen all des Aufhebens in Oaxaca selbst. Ab dem Juni 2006 und praktisch ununterbrochen die nächsten sechs Monate hindurch haben die so genannten gewöhnlichen Leute von Oaxaca ungewöhnliche Dinge vollbracht.

In einer Zeit, in der Umweltprobleme scheinbar alle anderen verdrängen (ihre fundamentale Bedeutung soll gar nicht bestritten werden), lohnt es, daran zu erinnern, dass es auch eine menschliche Umwelt und eine soziale Welt gibt. Was in Oaxaca stattfand, war ein Wandel der Umwelt, und zwar einer, der mit einem Minimum an Mitteln und einem Maximum an Initiative und Kreativität bewerkstelligt wurde. Er ging sogar so weit, beim Bau der Barrikaden von Oaxaca einen völlig neuen Recycling-Plan anzuwenden: jede Menge Schrott, auch komplette Autos wurden einem neuen Gebrauch zugeführt. An den frisch mit Graffiti bemalten Wänden und Mauern der Stadt prangten kritische Slogans und mit Schablonen gefertigte Bilder. Nicht alles davon hatte den Rang der Poesie – tatsächlich blieb das meiste auf der Ebene bloßer Schlagworte, erzielte aber die Wirkung, einer Welt, die Oaxaca bislang nur als idyllischen und malerischen Marktflecken wahrgenommen hat, in Erinnerung zu rufen, dass an diesem Ort tatsächlich etwas geschah, dass die Identität der Stadt auf ihrem eigenen Boden kämpfend in Frage gestellt und ihr Aussehen neu gestaltet wurde.

Viele hat dieser Ausbruch des Wunderbaren in Oaxaca überrascht. Da es an einer ernsthaften Untersuchung vor Ort oder einem umfassenden Versuch, die Rebellen von Oaxaca ihre Geschichte selbst erzählen zu lassen, mangelte, ist auf verschiedene Fertiganalysen zurückgegriffen worden, ohne sich groß darum zu kümmern, ob sie mit der Situation, die sie zu beschreiben vorgaben, im Einklang standen. Nicht nur die kommerzielle Presse (corporate media) ergeht sich in oberflächlicher Berichterstattung: mancher Beitrag bei indymedia, obwohl durchaus nicht von kommerziellen Erwägungen geleitet, stieß ins selbe Horn. Ungeachtet des so genannten „Informationszeitalters" existieren noch kulturelle und Sprachbarrieren, die verhindern, dass ein Ereignis wie in Oaxaca in seiner vollen Bedeutung in Worte gefasst werden kann, nicht einmal in Worte der spanischen Sprache.

Viele linke Anhänger der Bewegung von Oaxaca haben eine eilfertige und leichte Lösung für das Rätsel ihrer Entstehung parat: demnach liegt alles an den verheerenden Auswirkungen des „Neoliberalismus". Der Aufstand von Oaxaca wird zudem – wie in einem Paradebeispiel für die stark vereinfachte Verkettung von „Ursache" und Wirkung – als Antwort auf und Revolte gegen den Einfluss von NAFTA und die Vereinbarung von Washington charakterisiert: die Kette aufgezwungener Handelsverträge und finanzpolitischer Maßnahmen, die das Arsenal des Neoliberalismus bilden, der nichts weiter ist als nur ein aktueller Name für laissez-faire und monetaristische Wirtschaftspolitik (der Chicagoer Schule, die beispielsweise in Chile und Argentinien Verwüstungen angerichtet hat).

Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass ein Argument, nur weil es stark vereinfacht – wie dasjenige, das die Notwendigkeit für die USA, die Öllieferung zu kontrollieren, als den Hauptgrund ihrer Invasion im Irak ansieht – ganz falsch ist. Die Frage ist, ob der Neoliberalismus überhaupt den *casus belli* für den sozialen Krieg in Oaxaca darstellt oder das vorrangige Angriffsziel derer gewesen ist, die ihren Protest dort auf die Straße getragen haben.

Bestimmt können die durch den Neoliberalismus angerichteten Schäden beziffert werden, und das wurde auch getan. In den vergangenen zwanzig Jahren geriet Mexiko in den Sog eines globalisierenden Hyperkapitalismus mit umwälzender und zerstörerischer Macht; NAFTA ist davon nur ein relativ beschei-

dener Ausdruck gewesen.[3] Bevor NAFTA in Kraft trat, hatte der texanische Milliardär und Populist Ross Perot vor dem „gewaltigen Sauggeräusch" gewarnt, das man vernehmen werde, wenn die nordamerikanische Fabrikarbeit über die Grenze nach Süden abwandern würde. Es hat ihn nicht gekümmert, und er wusste es auch nicht besser, dass sich die auf NAFTA folgende Horrorshow, mit der er amerikanische Wähler schrecken wollte, sich hinsichtlich Mexikos viel komplizierter gestalten sollte.
Die Wirtschaft der USA ist zwar von einem Sog unterminiert worden, der aber – abgesehen von der maquiladora-Zone (Montagezone in Mexiko für den Rückexport in die USA, in der vorwiegend Einzelteile, die nicht aus Mexiko stammen, verarbeitet werden) entlang der Grenze zwischen den USA und Mexiko – keine wesentliche Zahl von Industrie- oder Postindustrie-Jobs nach Mexiko gespült hat. Und da es dabei tatsächlich um die Belange eines Weltmarktes gegangen ist und das Bestreben, den billigsten Preis für Lohnarbeit zu finden, ist Mexiko für das transnationale Kapital von nur vorübergehendem Interesse gewesen. Als sein Exportsektor durch Produkte aus Gegenden unterboten wurde, in denen die Kosten für die Arbeitskraft noch niedriger waren, verlor Mexiko bald Arbeitsplätze an China und sonst wohin. Investitionen in den schmalen mexikanischen Elektroniksektor haben eine vergleichsweise geringe Zahl von Arbeitsplätzen in der Montage und Fertigung von Hochtechnologie nach sich gezogen, und diese ballten sich rund um Jalisco und Mexiko-Stadt und in der besagten maquiladora-Zone. Was die Informationstechnologie anbelangt, so hat sich eine „Wirtschaftsenklave" gebildet und kein wie auch immer gearteter Gesamtaufschwung der mexikanischen Wirtschaft ergeben. (Zur Vertiefung des Themas s. Kevin P. Gallagher und Lyuba Zarsky; *The Enclave Economy: Foreign Investment and Sustainable Development in Mexiko's Silicon Valley*, Cambridge, Mass., 2007)
Ferner ist mit der Verwirklichung des NAFTA-Vertrags keineswegs die magnetische Anziehungskraft der Vereinigten Staaten geschwunden, die seit Jahrzehnten inoffiziell billige Arbeitskraft für ihren Landwirtschafts- und Dienstleistungssektor importieren. Eine erkleckliche Anzahl von Arbeitern aus Oaxaca ist weiterhin nach Norden ausgewandert, und ihre Überweisungen sind zu einer Haupteinnahmequelle für die Wirtschaft in Oaxaca geworden.

Allerdings betrifft diese allgemeine Thematik *nur zum Teil* die Entwicklung in Oaxaca. Falls NAFTA und die durch die neoliberale Politik verursachten Veränderungen oppositionelle Strömungen in ganz Mexiko, einschließlich Oaxacas, geformt und deren Kritik des fremden Kapitals und der Globalisierung generell verschärft haben (eine Kritik des einheimischen mexikanischen Kapitals steht auf einem anderen Blatt[4], so haben sie dennoch die soziale Krise, die in Oaxaca zum Aufstand geführt hat, nicht allein bewirkt.
Diese soziale Krise ist, was Oaxaca betrifft, NAFTA vorausgegangen, und selbst in der Gegenwart sind andere Faktoren am Werk. Der Plan Puebla-Panama beispielsweise, der Infrastrukturmaßnahmen zur leichteren Beförderung von Waren und Rohstoffen vorsieht, ist von den Protestierenden in Oaxaca attackiert worden, die ihn als Instrument zur weiteren Integration ihrer Region in ein vom nordamerikanischen Kapitalismus beherrschtes Gebiet sehen. Das kann zwar am Ende tatsächlich dabei herauskommen, der Plan Puebla-Panama geht jedoch größtenteils auf eine Initiative des mexikanischen Staates zurück, der damit in Übereinstimmung mit anderen Ländern in der Region gehandelt hat. Der Plan mag letztlich den Interessen des ausländischen Kapitals dienen, hat aber auch eine südmexikanische und mittelamerikanische Dimension.
Obwohl der Aufstand von Oaxaca selbstverständlich in einem größeren Zusammenhang steht, wurde sein unmittelbares Ausmaß weniger durch den Neoliberalismus im allgemeinen, als durch einzelne regionale Merkmale sozialer Schichtung, Kultur und Geschichte bestimmt, einschließlich der Tradition des organisierten Protests im Staat Oaxaca. Das bedeutet auch, dass die Bewegung eben wegen ihrer lokalen Färbung und ihrer Einmaligkeit ein tief verankertes Phänomen gewesen ist, das nicht leicht unterdrückt, beseitigt oder tatsächlich irgendwo anders nachgeahmt werden konnte.
Ferner ist der Aufstand durch die Machtstruktur bestimmt worden, der er sich widersetzt hat, die wiederum spezifische Merkmale aufwies, die nicht unbedingt im sonstigen Mexiko vorkommen. Im Bundesstaat Oaxaca waren die Saurier des PRI (der Partido Revolucionario Institucional ist die politische Partei, die ihre Herrschaft auf nationaler Ebene mittels Klientelismus, Repression und Schaffung eines großen öffentlichen Sektors verewigt hat) noch an der Macht und pflegten durch ihre lo-

kalen Stellvertreter, die *caciques* (politische Bosse), weiterhin ihre jahrzehntelange Tradition der Korruption und Brutalität. Lange Zeit ist die Macht in Oaxaca mit blanker Waffengewalt, die an eine Art institutionalisierte Bestechung gekoppelt war, durchgesetzt worden: Es sind Subventionen an verschiedene Organisationen geflossen, darunter auch an solche, die eine potentielle Bedrohung für die soziale Ordnung dargestellt haben. Unter dem Vorgänger von Ulises Ruiz Ortiz, José Murat, gingen diese Subventionen auch an indigene Gruppen; darunter an einige Organisationen, die lauthals ihre magonistische Radikalität verkündeten, so die CIPO-RFM (Indigener Volksrat von Oaxaca – Ricardo Flores Magon).[5] Die Rücknahme solcher Subventionen durch Ulises Ruiz Ortiz kann durchaus der erste von vielen Fehltritten gewesen sein, die er sich im Umgang mit der Opposition gegen seine Herrschaft geleistet hat. Seine Entscheidung, die Polizei auf ein Zeltlager von Lehrern zu hetzen, die sich wie jedes Jahr in ihrem gewohnten Streik für bessere Bezahlung und Verbesserungen im Schulsystem befanden, war der Funke, der die Rebellion entfacht und in Oaxaca eine breitere und mutigere soziale Bewegung auf die Straße gebracht hat. Was im Juni 2006, nachdem sich die Tränengasschwaden verzogen hatten, daraus hervorging, war die APPO, die Volksversammlung der Völker Oaxacas. Ihr Entstehen – ein klassisches Beispiel kollektiver Schöpfung ohne individuelle Urheber oder Rädelsführer – war Zeichen und direkter Ausdruck eines Kampfes, der weiter und tiefer ging. Das Wort „Versammlung" in ihrem Namen bezieht sich auf die vermeintliche Souveränität ihrer Basis und bedeutete theoretisch, dass die Bewegung nicht mehr von der Lehrergewerkschaft und deren Bürokratie beaufsichtigt wurde.

III

Rückblickend gleicht der Verlauf der Rebellion in Oaxaca der Flugbahn jener Feuerwerkskörper, die von der Bewegung als improvisierte Waffen eingesetzt wurden. Anfangs schwelte es, dann kam ein rascher Aufstieg und eine Explosion, die am Boden verstreut brennende und glimmende Teile hinterließ. Beim Versuch herauszufinden, wo die hellsten Funken sprühten, ist es erforderlich, die Schlüsselmomente der Bewegung zu rekapitulieren. Die Interpretation des Aufstiegs und Niedergangs

der Bewegung erfordert ferner eine eingehende Prüfung ihrer verschiedenen Bestandteile.
Von Anfang an ist die APPO eine problematische Vereinigung gewesen. Indem sie den kleinsten gemeinsamen Nenner betont hat, stellte sich bald heraus, dass die APPO für jedermann alles Mögliche bedeuten konnte, von der bürokratischen Hausmacht bis zur sozialen Bewegung. Für die Antiautoritären war sie ein Beispiel direkter Demokratie. Für die Stalinisten von der FPR (Revolutionäre Volksfront), einer von der Kommunistischen Partei Mexikos (Marxisten-Leninisten) kontrollierten Organisation, deren Beauftragte aggressiv vorgingen, um sich in Führungspositionen festzusetzen und sich selbst dazu ermächtigten, im Namen der APPO zu sprechen, stellte sie eine günstige Gelegenheit dar, ihren Einfluss auszuweiten. Andere politische Gruppen, wie die NIOAX (die Neue Linke von Oaxaca, worin der *político* Flavio Sosa – der erste politische Gefangene der Bewegung in Oaxaca – seinen vorerst letzten Platz gefunden hat), sahen in ihr einen Raum, der es ihnen ermöglichte, auf eine konventionellere Weise politisch voranzukommen. Laut denen, die später solch opportunistische Manipulationen kritisierten, wurde die APPO als „Trampolin" angesehen: ihre Kraft konnte als Hebel benutzt werden, um andere Ziele zu erreichen, beispielsweise um sich einen Wahlposten zu verschaffen oder das Programm einer marxistisch-leninistischen Partei zu fördern oder beides zugleich. Tatsächlich ist die viel gerühmte „Autonomie" der APPO-Basis öfter verletzt als tatsächlich befolgt worden, zumindest innerhalb der Versammlung selbst.
Wie bereits erwähnt, ist die Rebellion in Oaxaca nicht *ex nihilo* ausgebrochen oder einfach nur als spontane Antwort auf wirtschaftliche und politische Umstände. Im Bundesstaat Oaxaca gibt es eine lange Geschichte des Widerstands gegen den Status Quo, wobei die Taktik des *plantón* (Protestmahnwache) wiederholt zur Anwendung kam; tatsächlich ist sie Teil des allgemeinen Repertoires sozialen Protestes in Mexiko. Zwei Jahrzehnte lang hat die Sektion 22 der Lehrergewerkschaft ihre Kampfkraft unter Beweis gestellt, und ihre Forderungen sind oftmals über rein wirtschaftliche Kategorien hinausgegangen: unter anderem hat die Forderung nach einer besseren Ausbildung für indigene Menschen einen herausragenden Platz in ihrem Katalog eingenommen. Dem Kampf der Lehrer war jedoch eine deutliche Grenze gesetzt. Obwohl sie oftmals als selbstlose

Fürsprecher der indigenen Bevölkerung von Oaxaca dargestellt wurden – und an diesem idealisierten Bild ist durchaus etwas Wahres dran –, haben sie mit ihrem Kampf doch auch ihr ungeschminktes Eigeninteresse vertreten.
Es kam beispielsweise nicht von ungefähr, dass die Führung der Lehrergewerkschaft unmittelbar vor dem Eingreifen der Bundespolizei im Oktober 2006 bereit war, einen Handel abzuschließen und den Rest der APPO im Stich zu lassen. Dieser Verrat wurde zwar von der restlichen Bewegung in Oaxaca angeprangert, darunter von der Basis der Lehrergewerkschaft selbst, aber man darf sich das nicht so eindeutig vorstellen, als hätte es eine klare Trennung zwischen den Gewerkschaftsbürokraten auf der einen und der radikalen Basis auf der anderen Seite gegeben. Innerhalb der Lehrergewerkschaft und im Gegensatz zu ihrer eher am mainstream orientierten Führung verfügten die Stalinisten von der FPR über eine beträchtliche Gefolgschaft. Sie war der organisatorische Ansatz, der es ihnen ermöglicht hat, einen großen Teil der APPO zu unterwerfen, ihre Aktivisten in Schlüsselpositionen zu bringen und den Versuch zu unternehmen, die antiautoritäre Strömung innerhalb der Gesamtbewegung einzuschränken und abzuwürgen. Es überrascht vielleicht nicht, dass sich radikale Lehrer in Oaxaca, genauso wie ihre Kollegen in vielen anderen Ländern, selbst als Überbringer sehen, die den unaufgeklärten Massen zum Bewusstsein verhelfen, und dass sie sich dabei als ehrgeizige Marxisten entpuppen.
Doch bevor dieses Drama ein trauriges Ende nahm, ist noch eine Menge in Oaxaca geschehen, was den Initiativen der Basis zu verdanken war und der strikten Kontrolle ihrer bürokratischen „Vertreter“ großteils entgangen ist. Das Geschehen ließ nämlich eine neue Struktur der sozialen Macht in Oaxaca hervortreten, aber nicht in dem klassischen Sinne der „Doppelmacht“, die von revolutionären Theoretikern des 20. Jahrhunderts so oft diskutiert worden ist. In Oaxaca ist diese Umgestaltung eher implizit als explizit gewesen, eher „nomadisch“ und beweglich als verdinglicht. Linke Kritiker weisen zwar auf dieses relative Versäumnis hin, übersehen aber dabei das Faktum, dass in den Augen von Marx die Pariser Kommune deshalb Wert hatte, weil ihre „große soziale Maßregel“ „ihr eigenes arbeitendes Dasein“ war.

Bislang ist immer noch unklar, was innerhalb der APPO ablief und wie sich ihre Sitzungen gestalteten. Wir wissen, dass es zahlreiche Tagungen gab und verschiedene Kommissionen gewählt wurden, die bestimmte Aufgaben erfüllen sollten. In dieser Hinsicht scheint es ein innerhalb der APPO wirksames Mandatsprinzip gegeben zu haben. Doch die Tatsache, dass verschiedene Sprecher (und es ist zum wiederholten Mal erwähnenswert, dass diese zumeist Stalinisten waren) weiterhin, ohne sich nur irgendwie gegenüber der Basis zu verantworten, im Namen der Bewegung sprachen, stellt das in Frage. Die Tatsache, dass die Versammlung, zumindest in den ersten paar Monaten, darauf bestand, auf der Basis des Konsensprinzips zu funktionieren, ist zwar ebenfalls interessant, aber nicht minder problematisch. Striktes Festhalten am Konsens schien ipso facto eher gegen das Vermögen einer radikalen Minderheit, ihre Standpunkte in der Versammlung zu vertreten, zu sprechen. Antiautoritäre innerhalb der Bewegung sollten später die Schranken eines solchen Prinzips und eines illusorischen Konsenses entdecken, der die skrupellosen Führer der FPR keineswegs bekümmert hat. Gegenwärtig verfügen wir über keine Abschriften, um zu sehen, ob die Beratungen der in der Versammlung tagenden APPO-Basis tatsächlich den Debatten des Petrograder Sowjets oder den Versammlungen revolutionärer Arbeiter in Barcelona 1936-1937 geglichen haben. Was die Verwendung des Begriffes „Kommune von Oaxaca" betrifft, so kann diese derzeit bestenfalls als Ziel verstanden werden, nach dem die Bewegung gestrebt hat, und schlimmstenfalls als bloßer Wunschgedanke.
Klar ist jedoch, dass im Zeitraum von Oktober bis November 2006 der Höchststand der Rebellion von Oaxaca erreicht war sowie das im strategischen Sinn entscheidende Stadium. Mit dem am 29. Oktober 2006 erfolgten Eindringen der Bundespolizei in die Stadt war die Bewegung mit der Streitmacht des mexikanischen Staates konfrontiert und nicht mehr nur mit der Polizei und den angeheuerten Schlägern (*porros*) des Gouverneurs. Nach diesem Eingriff hat sich die Rebellion zum ersten Mal in der Defensive befunden, da sie von ihrer zentralen Stellung auf und rings um den *zócalo* (der Hauptplatz der Stadt) herum vertrieben wurde und unter dem Druck der Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei und dem aus Hubschraubern

und am Boden abgefeuerten Tränengas in Richtung Universität zurückweichen musste.
Als am 2. November 2006 die Polizei dann in Richtung Universität vorrückte, um die noch verbliebene Radiostation der Bewegung zum Schweigen zu bringen, die unverzichtbare Dienste für die Koordination des Widerstandes gegen die Polizei geleistet hatte, verteidigten sich die Aufständischen, indem sie sich der bereits in der Stadt errichteten Barrikaden bedienten. Entschlossene Straßenkämpfer vereitelten erfolgreich den Vormarsch der Polizei zur Universität, und eine Zeit lang sah es danach aus, als hätte die Bewegung die Initiative zurückgewonnen. Doch nach dem auf der Straße errungenen Sieg versuchten die Protestierenden, am 25. November 2006 den *zócalo* zurückzuerobern, und sind dabei den Behörden, die ihre eigene gewalttätige Gegenoffensive starteten, in eine meisterlich aufgestellte Falle gegangen. Das Resultat war eine Menge verletzter Demonstranten, Morde, die von den *porros* begangen wurden, die Verhaftung von Aktivisten und eine allgemeine strategische Lage, in der die Bewegung gezwungen war, in den Untergrund zu gehen und buchstäblich die Flucht ergreifen musste.
Als im Frühjahr 2007 die Rebellion von Oaxaca wieder ihr Haupt erhob, war die Bewegung nicht mehr dieselbe wie zuvor. Die Bewegung sah sich einer Art Polizeistaat auf lokaler Ebene gegenüber, während sich ihre eigenen Widersprüche verschärft und zum Bruch geführt hatten. Schon am 25. November 2006, einem kritischen Punkt der Auseinandersetzungen mit der Polizei, hatte die selbsternannte Führung der APPO vergeblich versucht, die Cinco-Señores-Barrikade zu räumen, wobei sie von deren Verteidigern nieder gebrüllt wurde, die sich geweigert haben, sie zu verlassen. Eine allgemeine Spaltung zwischen den Stalinisten, dem offiziellen Gesicht der APPO, und den antiautoritären Strömungen an ihrer Basis vertiefte sich und trat im Frühjahr 2007 offen zu Tage.

IV

Anfang September 2006, als überall in der Stadt Oaxaca Barrikaden entstanden sind, war offensichtlich, dass sich etwas noch nie Dagewesenes ereignete: Die Stadt war in ein Laboratorium verwandelt worden. Niemals zuvor sind in der gegenwärtigen Geschichte des Landes und seiner Städte

Barrikaden in einem derartigen Umfang errichtet worden (und ebenso wenig hat es jemals zuvor in einem städtischen Umfeld in Mexiko eine solche Fülle spontanen Schaffens gegeben), was auch stillschweigend beinhaltet, dass niemals zuvor die Bevölkerung einer Stadt die Kontrolle über ein dermaßen ausgedehntes Stadtgebiet übernommen hat.
Hector Ballesteros Einführung zu *Puntos B: Cartografias de una ciudad en crisis: Oaxaca 2006*, interaktive DVD, 2007

Politische Ereignisse können sowohl auf einer Makro- als auch auf einer Mikroebene beschrieben werden; ebenso kann auch der Aufstand von Oaxaca als die Schaffung eines alternativen sozialen Raums innerhalb der Stadt Oaxaca verstanden werden. Dieser Raum ist durch Besetzungen und den Bau von Barrikaden geschaffen worden sowie auf riesigen Straßenprotesten, den meist zu Recht, aber nicht immer zutreffend so genannten „Megamärschen", die von der Bewegung über den Zeitraum etlicher Monate durchgeführt worden sind. Darin hat sich die Bewegung ebenso Ausdruck verschafft wie auf irgendeiner Tagung der APPO, und wie dies bei so vielen vergleichbaren Bewegungen der Fall gewesen ist, war die freie und kreative Äußerung eines ihrer Hauptmerkmale. Die Bewegung selbst war eine Art strömender Fluss aus Worten, Bildern und Taten. Diese haben ihre Spuren auf den Wänden der Stadt hinterlassen, an den Straßenkreuzungen und in den Köpfen der Einwohner. Als die Polizei das Zentrum von Oaxaca wieder in Besitz nahm, bestand die erste Maßnahme der Behörden darin, das Übermalen aller Graffitis anzuordnen, was dazu geführt hat, dass farblich unterschiedlich abgesetzte Muster die Parolen und Schablonenbilder der Bewegung ersetzten. Diese abstrakte Polizei„kunst" war zwar gedacht, alle Spuren der Bewegung zu tilgen, stellte aber den Sprayern nur eine frische Malfläche zur Verfügung.
Wie Hector Ballesteros in seiner Bemerkung über das „Laboratorium" angedeutet hat, machte sich die Rebellion die Anordnung der Stadt in einer experimentellen Weise zunutze. Bei allen Unzulänglichkeiten hinsichtlich politischer Klarheit oder der Fähigkeit, den Kampf zu generalisieren, haben die Aufständischen von Oaxaca eine bemerkenswerte Ausdauer und zugleich ein beträchtliches Talent zu Improvisation und Innovation bewiesen.

Einer der Mythen, die sich um die Bewegung gebildet haben und der unbedingt aufgelöst werden muss, selbst auf die Gefahr hin, viele ihrer Anhänger zu verärgern, besagt, dass die Rebellion völlig oder zumindest dem Wesen nach gewaltfrei gewesen sei. Wenngleich es danach aussieht, als habe die Bewegung kollektiv die Entscheidung getroffen, die eigene Gewalt nicht zu eskalieren und die besetzten Orte in Selbstverteidigung zu halten, ist der Kampf dennoch im pazifistischen Sinne kein friedlicher gewesen. Sein Charakter war hybrid: etwas mehr als eine Bewegung, die zivilen Ungehorsam praktiziert, und etwas weniger als ein städtischer Guerillakrieg, hatte er von beidem etwas.
Unter Militärtheoretikern ist der Begriff „asymmetrische Kriegsführung" ein Modewort, ein Euphemismus für einen Kampf, in dem beide Seiten ungleich sind oder über unterschiedliche Kampffertigkeiten verfügen. Solchen Analytikern mag schließlich die Bewegung in Oaxaca als ein Paradebeispiel dienen. Bemerkenswert für die Kreativität der Rebellion ist, wie die an ihr Beteiligten der Wortverbindung „Rauch und Spiegel" (im Englischen gebräuchliche Metapher für Zaubertricks oder Verschleierungstaktik u. dgl.) eine neue und positive Bedeutung verliehen haben. In kritischen Momenten des Kampfes mit der Polizei feuerten Trupps von *bazuqueros* (benannt nach den Plastikhülsen, die sie benutzten, um daraus Feuerwerkskörper abzuschießen) Raketen auf die Polizeiketten ab und glichen damit die Wirkung von Tränengassalven, die sich gegen die Protestierenden richteten, teilweise aus. Es wurden auch Busse in Brand gesteckt und auf die Polizeiketten zugeschoben: Man bezeichnete sie als *kamikazes* (immerhin hat die Rebellion dem Lexikon des sozialen Protests ein paar neue Worte hinzugefügt).
Spiegel werden benutzt, um Licht zu reflektieren, und auch, um Dinge in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. Als ein Polizeihubschrauber am 1. November 2006 über einer Demonstrantenmenge kreiste, wurden von den Menschen am Boden hunderte von Taschenspiegeln benutzt, um den Piloten zu verwirren und ihm die Orientierung zu erschweren. Immerhin zeigte das den mexikanischen Streitkräften, dass sie es mit einer Bewegung zu tun hatten, die sich nicht so leicht einschüchtern ließ. Nachdem Berichte von Vergewaltigungen und anderen Formen der Polizeigewalt gegenüber verhafteten Frauen bekannt wurden, haben Protestierende der Bundespolizei große Spiegel entgegengehalten, worin die Polizisten ihre Gesichter

mit dem eingeblendeten Satz sehen konnten: „Ich bin ein Vergewaltiger."
Einer der bemerkenswertesten Aspekte der Rebellion von Oaxaca, wodurch sie sich vielleicht im Nachhinein von anderen abheben wird, lag in dem Ausmaß, in dem Frauen beteiligt gewesen sind, ihren eigenen Raum innerhalb der Bewegung geschaffen und wichtige Eigeninitiativen gestartet haben. Damit haben sie den in der mexikanischen Gesellschaft herrschenden *machismo* im Allgemeinen sowie die patriarchalischen Traditionen der indigenen Kultur im Bundesstaat Oaxaca im Besonderen herausgefordert. Auf den gut ausgestatteten Universitäten Nordamerikas und Europas ist die radikale Neudefinition der Geschlechterrolle ein viel diskutiertes Thema. In Oaxaca hat ein solcher Wandel hingegen eine wirklichkeitsnähere und grundlegendere Bedeutung: Über die Beziehungen zwischen Männern und Frauen und generell zwischen verschiedenen Kategorien von Menschen wird im Alltag und im Zusammenhang einer radikalen sozialen Bewegung jeweils neu verhandelt.
Es sind Frauen gewesen, die in einer der bemerkenswertesten Episoden des Aufstandes die Führung übernommen haben: nämlich bei der Übernahme eines lokalen Fernsehsenders, der seine Ausstrahlungen als Sender der Bewegung fortsetzte, wobei die Besetzerinnen neue Programme gestaltet, Interviews geführt und innerhalb der Stadt die Gewichtung der Medienmacht radikal verändert haben. Zwar sind diese Sendungen nicht alle frei von Dogmatismus und Wiederholungen gewesen, aber zumindest in einigen davon war mitunter ein rebellischer, alternativer Geist zu spüren.
Auch Jugendliche haben in sämtlichen Phasen des Aufstandes eine größere Rolle gespielt, indem sie Schwung in den Straßenkampf brachten und auch bei der Schaffung alternativer Medien die Initiative ergriffen, die als taktische Nachrichtenquelle (etwa über Polizeibewegungen) und für die Übermittlung der Vorstellungen der Bewegung an die umgebende Bevölkerung eine lebenswichtige Rolle gespielt haben. Diese Medien umfassten die von der Bewegung benutzten Radiostationen, Publikationen wie *Barrikada* und verschiedene workshops, die dem sozialen Protest in Oaxaca Perspektiven und Redewendungen beschert haben. Dabei haben sich die jüngeren Aktivisten niemals als Protagonisten einer bloßen „Jugendrevolte" verstanden.

Im Verhalten der Rebellion zu ihren allerjüngsten Teilnehmern hat es allerdings einen weit weniger progressiv anmutenden Aspekt gegeben, nämlich den eigenartigen und vielleicht kulturell eigentümlichen Gebrauch der Kinder als Maskottchen, die Erwachsene nachahmten, bühnenreife Auftritte als Redner vor viel älterem Publikum absolvierten und dabei Worte in den Mund nahmen, die sie sicherlich nicht selbst geschrieben, geschweige denn ganz verstanden haben konnten. Vergleichbare Auftritte von in dieser Weise abgerichteten Kindern wurden auch in den Programmen besetzter Fernsehanstalten und Radiosender ausgestrahlt. Was einem Publikum in Oaxaca niedlich vorkommen mag, ist einem Außenstehenden bloß als gestellt und abgeschmackt aufgestoßen, wie gut gemeint die Absichten auch gewesen sein mögen. Dokumentarfilme, die von USA und mexikanischen independent media-Aktivisten gemacht worden sind, haben solche Szenen kommentarlos übernommen und damit eine paternalistische Nachsicht gezeigt, die auf ironische Weise und zweifellos unbeabsichtigt, verflossene Klischeevorstellungen über indigene Menschen als „Naturkinder" bedient.
Hinsichtlich der in der Bewegung vertretenen sozioökonomischen Schichten ist der Rolle der Lehrer selbstverständlich große Aufmerksamkeit zuteil geworden, zumindest anfangs, sowie der Rolle, die ganz allgemein die arbeitende Bevölkerung in Oaxaca zusammen mit den Bewohnern der Armenviertel gespielt hat. In der Vielschichtigkeit der Bewegung haben Marxisten ihre Achillesferse gesehen: Im *engen Sinn* ist sie kein Phänomen einer „echten Arbeiterklasse" gewesen. Das mag tatsächlich der Grund dafür sein, dass die Bewegung keine spürbare Unterstützung im übrigen Mexiko erfahren hat, während auf die jüngsten Streiks aktiv von anderen Arbeitern reagiert worden ist. Aber die Klassenfrage muss in einer Zeit, in der so viele feste soziale Kategorien aufgelöst und neu zusammengesetzt werden, ohnehin neu gestellt werden, besonders da das viel gepriesene „moderne Proletariat", das den Situationisten und anderen so am Herzen gelegen ist, seine Verabredung mit der Geschichte noch vor sich hat. Es besteht allerdings kein Zweifel daran, dass eine soziologische Bestandsaufnahme der Bewegung von Oaxaca bestimmte Merkmale enthüllen wird, die woanders, weder im übrigen Mexiko noch in anderen Ländern, nicht vorhanden sind.

Wo kommt denn dieser Klang her?
Das ist der Klang der Barrikade ...
„Der Klang der Barrikade", Rebellionslied aus Oaxaca

Eine Sorte Mitwirkender, die zwar von mexikanischen Beobachtern, aber von wenigen Außenstehenden diskutiert wurde, ist die *chavos banda*, ein schwer zu übersetzender Begriff, der in etwa „Straßenrüpel" oder Strolche bedeutet (ein französisches Äquivalent wäre vielleicht *blousons noirs*, ein deutsches Rocker). Diese Gruppe hat beim Aufstand eine aktive Rolle gespielt, namentlich auf den Barrikaden und beim Kampf mit der Polizei, und sich so auffallend hervorgetan, dass sie in der Polemik anderer aufgetaucht ist. Das ist nicht überraschend, denn da sie Angehörige des „Lumpen-Proletariats" sind (man sollte bedenken, wie abfällig und subjektiv dieser Begriff ist, noch ein weiterer aus dem ziemlich fragwürdigen theoretischen Vermächtnis von Marx), wurden sie von den Stalinisten der FPR, den Lehrern und den Kleinbürgern mit einem im allgemeinen ziemlich abgesicherten sozialen Status, die auch ein Teil der Bewegung waren, verachtet. Dabei ist die Geschichte nicht eindeutig. Viele dieser politisierten Straßenkämpfer sind zwar von anarchistischen Ideen beeinflusst gewesen (ein weiterer Grund, warum sie von den Marxisten-Leninisten so wenig geschätzt wurden), aber das heißt nicht, dass ihre autonomen Aktionen im Aufstand von Oaxaca nach Ansicht der organisierten Anarchisten im strategischen Sinn vernünftig gewesen wären. Es wäre jedoch von erheblichem Belang, mehr darüber zu erfahren, welchen Ausgang solche Spannungen ab Ende November 2006 genommen haben und was nach dem Abflauen der Rebellion als Bewegung auf der Straße aus der *chavos banda* geworden ist.
Neben den Barrikadenkämpfern bestanden die radikalen Kerne des Aufstandes in Oaxaca noch aus Gruppen oder Einzelnen innerhalb der APPO, die die Hegemonie der FPR-Stalinisten über die formalen Strukturen der Bewegung in Frage gestellt haben. Diese Antiautoritären, die in lockerer Form den magonistischen/antibürokratischen Flügel der Bewegung bildeten, hatten eine bewusste politische Perspektive, die der freien Debatte und der autonomen Macht der Basis der APPO verpflichtet war. Da sie in der Frühphase der APPO von der FPR ausmanövriert worden sind, waren diese Elemente – darunter die Gruppen, aus denen sich die Alianza Magonista Zapatista zusammensetzt, und die

erst unlängst gebildete VOCAL (Voces Oaxaquenas Construyendo Autonomia y Libertad oder Stimmen Oaxacas zur Schaffung von Autonomie und Freiheit) – gegenüber den Stalinisten in einer schwachen Position, besonders da die Basis der APPO nach der schweren Repression, die in den Wochen und Monaten nach dem November 2006 erfolgt war, nicht mehr unbehindert oder offen tagen konnte. Diese Gruppen trugen ihre vehemente Kritik an den politischen Manipulationen der FPR und ihren Rufmordkampagnen gegenüber allen, die sich ihrem festen Griff um die APPO widersetzt haben, an die Öffentlichkeit (englische Übersetzungen von Material, das sich eingehend mit den Positionen der antiautoritären Linken in Oaxaca befasst, gibt es unter www.collectivereinventions.org).
Kurz nachdem diese Spaltungen innerhalb der APPO offen ausgebrochen waren, ist David Venegas, der führende Aktivist von VOCAL, verhaftet worden, und mit ihm hatten die Antiautoritären in Oaxaca nun eine Figur und einen Anlass (nämlich die politischen Gefangenen), um Kundgebungen zu veranstalten, wobei sie zugleich ihre antistalinistischen Ansichten über die Zukunft der Bewegung verbreiten konnten. Die Verhaftung von Venegas hat sie jedoch eines eloquenten und scharfzüngigen Redners beraubt, der nicht vor der Auseinandersetzung mit der FPR zurückgeschreckt ist (Venegas wurde zwar Anfang März 2008 einstweilen aus dem Gefängnis entlassen, hat aber noch wegen einer Reihe von Anklagen mit der Justiz zu tun). Ende 2007 veranstaltete der antibürokratische Flügel der APPO eine öffentliche Tagung, die sich Dritte (Bundes-)Staatsversammlung der APPO nannte und im offenen Gegensatz zur FPR oder zum „offiziellen" Flügel der APPO einberufen wurde. Sie führte eine Reihe von Gruppen sowie Vertreter der Stadtviertel und der (ehemaligen) Barrikaden zusammen, darunter auch eine beträchtliche Anzahl junger Antiautoritärer.
Wenngleich diese Entwicklung scheinbar ein Anzeichen dafür gewesen ist, dass sich dem antistalinistischen Sektor ein Raum öffnete, der es ihm erlaubt hat, zu seinen eigenen Bedingungen als autonome Bewegung zu wachsen und sich zu festigen (mit oder ohne Verwendung des Namens der APPO, den schon manche aus der VOCAL durch die Aktionen der FPR als schlimmstes kompromittiert sahen), führen derzeit die Antiautoritären von Oaxaca, zumindest einstweilen, einen tapferen, aber

einsamen Kampf, müssen mit beschränkten Mitteln auskommen und begeistern nur wenige Menschen für ihre Sache.
Die staatliche Repression sowie die bürokratische Politik der FPR und ihrer Mitglieder unter den Lehrern haben in Oaxaca ihre Spuren hinterlassen. Die Bewegung ist nicht mehr das, was sie einmal war, und mobilisiert die Massen nicht mehr so wie zu ihren Glanzzeiten. In die Defensive geraten, ist das, was vom Aufstand übrig blieb, fast ausschließlich auf eine einzige Forderung reduziert – das eine, vorrangige Thema, das von Anfang an vorhanden war –, nämlich die Entfernung des übel beleumundeten Ulises Ruiz Ortiz aus seinem Amt. Damit ist die Bewegung selbstbezogen geworden: sie verkörpert in der Öffentlichkeit nicht mehr die Vision einer anderen Gesellschaft, was unter den gegenwärtigen Umständen zugegebenermaßen sehr schwer zu schaffen ist. Es finden immer noch Versammlungen statt, und gerade junge Anarchisten sind besonders aktiv und bewahren die Flamme der Rebellion vor dem endgültigen Erlöschen. Die Lehrergewerkschaft ist inzwischen wieder ihren eigenen Weg gegangen: Obwohl sie noch einen Aufruf zur Entlassung der politischen Gefangenen verfasste, hat sie sich im Wesentlichen wieder dem Gebiet berufsspezifischer, wirtschaftlicher Forderungen zugewandt.
Die letzten Seiten der Revolte von Oaxaca sind sicher noch nicht geschrieben. Sollte die Rebellion aber jemals wieder zu einem Massenphänomen und ihre Botschaft anderswo in Mexiko wahrgenommen werden, wird sie, ein wenig paradox, sowohl erneut Anschluss an die breite Gesellschaft in Oaxaca finden als auch aus der engen Festlegung auf eine rein auf Oaxaca beschränkte Bewegung ausbrechen müssen. Das ist eine gewaltige Aufgabe, und es wirkt vielleicht arrogant, wenn Außenstehende die Unzulänglichkeiten einer Rebellion kritisieren, die so weit gegangen ist, wie es die von Oaxaca getan hat. Die Schwächen der Bewegung und ihre Dilemmas zu übersehen, nützt aber niemandem.

V

... mit geringfügigem Aufwand könnten schätzungsweise über 10.000 Männer bereit stehen, um sich von den umliegenden Bergen herab in diese Gemeinde zu begeben, verwegen und hart wie das Klima des Landes, wie bezeugt wird durch die

grässlichen Geschehnisse, die sich zugetragen haben, vermehrt in dieser einen Provinz noch als in den anderen des Königreichs; und diese Männer sind so umsichtig, dass ich Dinge über sie gehört und in Erfahrung gebracht habe, die man keinem der in diesem Geschäft erfahrensten Hauptmänner nachsagen kann.
Fr. Alonso de Cuevas Dávalos, Bischof von Oaxaca in seinem Brief aus Tehuantepec an den Vizekönig, April 1660[6]

Beim Versuch, die Konturen des größeren Zusammenhanges ausfindig zu machen, aus dem die Rebellion von Oaxaca hervorgegangen ist, kommen einem die Entdecker der Nilquellen in den Sinn: Alles hängt davon ab, wie weit man zurückgehen will. Wie das obige Zitat andeutet, wurde das Gebiet von Oaxaca ein ganzes Jahrhundert nach der spanischen Eroberung Mexikos noch als rebellisches Land gesehen; es ist der Schauplatz mehrerer größerer Revolten gegen die koloniale Obrigkeit gewesen. In der Beschreibung der nämlichen Revolte des Jahres 1660, die den braven Bischof von Oaxaca so alarmiert hat, weist ein anderer Landsmann des Würdenträgers nachdrücklich daraufhin, dass in der Gegend „aufrührerische Zustände und böser Geist“ weit verbreitet sind.
Anhänger der gegenwärtigen Rebellion sind geneigt, eine direkte Linie von der Revolte in Tehuantepec im Jahr 1660, die sich im Süden des heutigen Bundesstaates Oaxaca zugetragen hat, bis zu den heutigen Ereignissen zu ziehen, indem sie die jetzige Bewegung nur für eine einstweilen letzte Episode in einer ungebrochenen Tradition eingeborenen Widerstandes gegen sämtliche Maskierungen der westlichen Gesellschaft halten, sei es in der Gestalt spanischer Konquistadoren, des mexikanischen Staates, des U.S.-Imperialismus oder der globalisierten Konsumgesellschaft. In den Diskursen des indigenen Radikalismus ist das Thema, die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, anlässlich der Feiern von „500 Jahren Widerstand“ der eingeborenen Völker gegen die „Fremdherrschaft“, d.h. gegen die nicht-indigene Herrschaft, mehrfach angesprochen worden.
Selbst wenn man mit der Stoßrichtung dieser Argumentation liebäugelt, gibt es doch Probleme mit jeder Art Verklärung eingeborener Traditionen und dem Konstrukt einer nicht ganz verstandenen Gemeinschaft, die gegen das absolute Böse der

Moderne gestellt wird. Damit sollen die eigenen Vorstellungen der Indigenen von ihrem Leben, ihren Kämpfen und ihre grundlegenden Einsprüche gegen herrschende Ordnung, sei sie lokal oder global, weder bestritten noch als „falsches Bewusstsein" bezeichnet werden. Im Gegenteil wird damit diesen Vorstellungen die Autonomie zuteil, die ihnen gebührt (wer sonst als die Indigenen kann für eingeborene Kulturen eintreten, statt bloß in ihrem Namen zu sprechen?), und eine gewisse Unfähigkeit des außenstehenden Betrachters anerkannt, die Wirklichkeit der indigenen Gesellschaften zu begreifen, die Welt auf dieselbe Weise zu sehen, wie jemand, der sie mit autochthonen Augen sieht.

Um eine solche Grenze des Verstehens zu erkennen, ist jedoch kein Ausverkauf des Kritikvermögens zugunsten leerer Allgemeinplätze nötig, wie sie für den Sprachgebrauch vieler Anhänger des Radikalismus der Vierten Welt typisch sind, die aus der Ersten Welt kommen. Deren Rhetorik ist nämlich eher emotional, denn analytisch und schmeichelt der indigenen Wirklichkeit mehr, als dass sie ihr tatsächlich entgegenkommt. Beim Lesen mancher Berichte könnte man denken, es habe einst ein vorkolumbianisches Zeitalter gegeben, in dem in den Ländern, die (um ihren europäischen Kolonisatoren Reverenz zu erweisen) als die beiden Amerikas bekannt werden sollten, Frieden, Gleichheit und Kooperation geherrscht hätten. Diese Legende erlaubt einfach keiner Tatsache, dem Garn ihrer utopischen Geschichte nahe zu kommen. Sie ignoriert oder verharmlost die Existenz einer erblichen und absolutistischen Obrigkeit, von Kasten, Sklaverei und Stammeskriegen in der indigenen Welt vor ihrer Eroberung durch die Spanier.

Doch zurück zur Realität der Situation in Oaxaca: eine reizvolle und wichtige Aufgabe für Außenstehende (und der Status eines *extranjero* braucht nicht unbedingt überwunden werden, sondern kann eine Perspektive bieten, die eben deshalb wertvoll ist, weil ihr Fokus weiter vom Gegenstand entfernt ist) besteht gerade darin, sich an das Verhältnis zwischen der Rebellion und der indigenen Kultur heranzutasten. An der Revolte Beteiligte haben betont, dass die Bewegung stark vom Beispiel der traditionellen „Sitten und Gebräuche" geprägt war (*usos y costumbres* kann auch mit Gewohnheitsrecht oder Traditionen übersetzt werden), die in vielen Dörfern des Bundesstaates Oaxaca beobachtet werden können. Dieser Einfluss wird un-

terstrichen von der zentralen Bedeutung des Versammlungsgedankens und der Versammlungspraxis innerhalb der Bewegung, von der Versammlungsform, wie sie von den Beteiligten 2006 in der Ausübung direkter Demokratie als integrales Werkzeug des Aufstandsexperimentes geschaffen wurde.

Neben der Dorfversammlung als einer souveränen Körperschaft, die im Konsens ihre Entscheidungen fällt, gehören zu den *usos y costumbres* folgende Bestandteile, die von Beobachtern und Indigenen selbst oft aufgeführt werden: 1) das System von *cargos* oder Ämtern, von einem Dorfbewohner wird erwartet, dass er diese Ämter auch übernimmt; 2) eine Art obligatorischer und unbezahlter Arbeit zugunsten der Gemeinde, als *tequio* bekannt; 3) die Praxis des gegenseitigen Austausches von Geschenken und Diensten, die in der Sprache der Zapoteken als guelaguetza bekannt ist; 4) eine tiefe Verpflichtung gegenüber den Werten der Kooperation; 5) der auch in der Gegenwart weiter bestehende kommunale Landbesitz.

Bemerkenswert ist, dass sich fast alle diese „Sitten und Gebräuche" mit der Zeit gewandelt und grundlegende Veränderungen erfahren haben, wie selbstverständlich auch die Struktur der indigenen Gesellschaft in Mexiko, angefangen mit dem Verschwinden ihres Erbadels. Überdies sind die heutigen *usos y costumbres* keine insgesamt unversehrten Praktiken aus einer anderen Zeit, die sich in irgendeiner Art Bernstein erhalten haben, sie sind auch nicht einheitlich und variieren innerhalb des Bundesstaates Oaxaca beträchtlich.

Als Beispiel dafür, inwiefern sich die als „zeitlos" vorgestellten Traditionen im Verlauf der Geschichte verändert haben, lässt sich der *tequio* anführen: die im Allgemeinen als unbezahlt und obligatorisch beschriebene Arbeit zugunsten der Gemeinde. Zusammen mit der Wichtigkeit der Kooperation in indigenen Dörfern wird diese Praxis oft als lebendiges Beispiel für gegenseitige Hilfe in einer Gemeindegesellschaft angeführt, was sie zweifellos in Oaxaca auch vielfach ist. Es ist jedoch interessant, der Etymologie des Wortes nachzugehen und die unterschiedlichen Bedeutungen zu sehen, die es in verschiedenen Zusammenhängen angenommen hat. *Tequio* leitet sich von dem Nahuatl- oder Aztec-Wort *tequitl* ab und meinte ursprünglich „Tribut" in Form von Arbeit oder Boden, der dem traditionellen Adel (der vorkolumbianischen, indigenen Herrscherkaste) oder anderen Oberherrschern (darunter den aztekischen Eroberern

anderer Stämme) zukam. Er ist später in das Tributsystem der spanischen Kolonialisten integriert und gesetzlich festgelegt worden; diese haben geschickt die Stammes- und Kastentrennungen innerhalb der indigenen Gesellschaft ausgenutzt, Risse, die bereits eine größere Rolle bei der Eroberung gespielt und sie erleichtert hatten.
Wenngleich der *tequio*, wie er im heutigen Oaxaca praktiziert wird, in nordamerikanischen oder europäischen Köpfen eine Vision freiwilliger Zusammenarbeit heraufbeschwören mag – vergleichbar den Gemeinschaftsgärten im People's Park von Berkeley 1969 oder früheren kooperativen Unternehmungen im Amsterdam der Provos –, sind dessen positive Bedeutungen wiederum etwas, das mit der Zeit entstanden und modifiziert worden ist. Aber das ist nicht überall so gewesen: In Teilen Mittelamerikas ist die negative Bedeutung nämlich nicht verloren gegangen. Im Spanischen, das in Nicaragua gesprochen wird, heißt tequioso „anmaßend", „lästig" oder „belästigend" und lässt deutlich erkennen, dass es einem Wort entlehnt ist, das ursprünglich mit Zwangsarbeit, Pflicht und Dienst verbunden war.
Das System der *cargos* ist ebenfalls problematisch und verdient kaum die Begeisterung von Antiautoritären, die Versammlungen und abrufbare Delegierte befürworten. In ungefähr 15% der Dörfer in Oaxaca sind Frauen formal von der Teilnahme an der Dorfversammlung ausgeschlossen und dürfen kein Amt (cargo) ausüben. Diesen Umstand haben unlängst die mexikanischen Medien beleuchtet, als sie den Fall von Eufrosina Cruz Mendoza aufgriffen, die in ihrem Heimatdorf Santa Maria Quiegolani (im Bundesstaat Oaxaca) aus dem einfachen Grund nicht zur Ortsvorsteherin gewählt werden durfte, weil sie eine Frau ist. Ein solches Beispiel für eine geschlechtsbezogene Apartheid sollte jeden ernsthaft innehalten lassen, der versucht ist, in den Dörfern Oaxacas zeitgenössische Entsprechungen zu den Landkollektiven in der Spanischen Revolution auszumachen. Es unterstreicht auch das Ausmaß, in dem die heutige Bewegung in Oaxaca gegenüber der traditionellen indigenen Kultur Neuland betreten hat, namentlich (aber nicht nur) hinsichtlich der Geschlechterrolle. In vieler Hinsicht ist die Rebellion in Oaxaca kein atavistisches oder „traditionelles" Phänomen gewesen. Innerhalb der städtischen Rebellion war die Versammlung etwas ganz anderes als die Vollversammlung der Bewohner eines in-

digenen Dorfes, denn sie funktionierte als Versammlung von einfachen Mitgliedern der Basis, die Delegierte mit einem Mandat auf Widerruf gewählt hat. Sie mag wohl eine Verbindung zur kommunalen Versammlungspraxis im Bundesstaat Oaxaca gehabt haben, war aber, verglichen mit diesen Traditionen, eine Neuerung, die mehr mit autonomen Kampfformen gemein hatte, die in den letzten Jahrzehnten in anderen lateinamerikanischen Ländern aufgekommen sind, von den *cordones industriales* in Chile 1973 bis zur jüngsten *piquetero*-Bewegung in Argentinien.
Sinn und Zweck indigener Sitten und Gebräuche sind teilweise ebenfalls zu hinterfragen. In vielen traditionellen Dörfern Oaxacas besteht der Zwang, „sozial nützliche Arbeit" zu verrichten und in einer Reihe bestimmter Ämter, den zuvor erwähnten cargos, Aufgaben wahrzunehmen. Wenn jemand solche Verpflichtungen ablehnt oder ihnen ausweicht, wird ihm das Recht abgesprochen, am Leben der Dorfgemeinschaft teilzuhaben, und er wird effektiv geächtet. Menschen aus Oaxaca, die ihr Dorf verlassen und zu Arbeitsimmigranten in den USA oder Kanada werden, müssen solche Verpflichtungen, um ihren Status als Dorfangehöriger zu behalten, trotzdem erfüllen. Die wichtige Rolle, die einer solchen Identität zukommt, wird dadurch belegt, dass viele dieser Immigranten in ihre Dörfer zurückkehren, um ihren dortigen Verpflichtungen nachzukommen. Für ihre Zweideutigkeit ist bezeichnend, dass diese Gemeinschaft einen gewissen Zwang beinhaltet, und die Vorstellung, dass etwas unbezahlt oder freiwillig entrichtet wird, heutzutage zudem durch den Umstand untergraben wird, dass die Dorfmitglieder andere dafür bezahlen können, die *tequio*-Pflichten als ihre Stellvertreter abzuleisten. Nicht nur hierbei wird die Landgemeinschaft mit dem Geflecht der Geldwirtschaft konfrontiert. Überweisungen von Menschen aus Oaxaca, die in den USA oder in Kanada arbeiten, geben nicht nur der Staatswirtschaft Auftrieb, sondern haben auch Aspekte des Dorflebens im ländlichen Oaxaca verändert; durch sie kommen Satellitenschüsseln und andere von den Anhängern der indigenen Kulturen aus der Ersten Welt so verschmähte Accessoires der Konsumgesellschaft aufs Land.

Zudem kann das System der *usos y costumbres* – dem in der Rechtsprechung des Staates ein gültiger gesetzlicher Status zukommt – im gegenwärtigen Gefüge der sozialen Macht in

Oaxaca als eine Form der Rekuperation begriffen werden, als ein Mittel zur Integration einer traditionellen indigenen Gesellschaft in die bestehenden Strukturen der politischen und sozialen Macht. Die offizielle Einverleibung der *usos y costumbres* fand 1995 während der Amtsdauer des PRI-Gouverneurs José Murat statt, gerade als sich die herrschende Elite in Oaxaca von Autonomieforderungen indigener Bewegungen im Bundesstaat bedrängt fühlte. Eine sorgfältige Studie von Alejandro Anaya Munoz belegt, dass die Strategie der Elite angesichts dieser Bedrohung in der Kooptierung und Integration der indigenen Anliegen bestanden hat, verbunden mit dem gewohnten Rückgriff, lokale *caciques* zu bestechen und die Dörfler zu Wahlzeiten mit Geldgeschenken zu belohnen.[7]

Was kann nun schließlich über das Verhältnis von Tradition und sozialer Bewegung in Oaxaca ausgesagt werden? Offensichtlich gibt es zwar ein solches Verhältnis, aber es ist, wie eben erklärt wurde, nicht eindeutig. Das heißt nicht, dass es belanglos ist oder die indigene Sichtweise irgendwie zweitrangig. Ein endgültiger theoretischer Standpunkt gegenüber diesen Fragen ist jedoch wohl eine Schimäre. Statt zu versuchen, eine Antwort zu geben, die jedenfalls niemals eine endgültige, sondern nur eine annähernde sein kann, sollte man eher Fragen stellen und Nachdruck auf die Verwerfungen in einer Landschaft legen, die anderen flach oder gefällig erscheinen mag.

Für die bedingungslosen – und unkritischen – Anhänger indigener Kämpfe gibt es keine derartigen begrifflichen Probleme. Sie billigen die Traditionen schlicht als von Haus aus egalitär und gemeinschaftlich; manche gehen sogar so weit, ausgefallene Behauptungen über die *cosmovisíon* (Weltanschauung) eingeborener Völker aufzustellen und heben die Ungleichheit traditioneller und moderner Mentalität in den Rang einer ontologischen Differenz.[8] Ein klassisches Beispiel für eine derartige Argumentation behauptet das Vorhandensein eines echten „indianischen Wesens", das ahistorisch, unveränderlich und organisch sei. Aus einem solchen Denken geht eine Art identitärer Politik hervor, die auf einem indigenistischen Fundamentalismus beruht.

Im Gegensatz dazu sind traditionelle Marxisten geneigt, jedes Argument zugunsten einer radikalen Bauernschaft und ihrer Gemeindetraditionen von vornherein zu verwerfen. Man vernimmt dabei die Stimme des Herrn, die Stimme Marxens nämlich, der im ersten Abschnitt des *Kommunistischen Manifestes* bekannt-

lich vom „Idiotismus des Landlebens“ spricht. Die marxistische Argumentation umfasst selbstverständlich mehr als bloße Herablassung, die Schwärmerei des jungen Marx in *Die deutsche Ideologie* von einer kommunistischen Gesellschaft inbegriffen, in der er am selben Tag jagen, fischen und philosophieren kann, ohne dabei von irgendeiner dieser Tätigkeiten festgelegt zu werden.[9] Für fast alle Marxisten jedoch, deren Ansichten auf der Theorie notwendiger, unvermeidlicher Stufen im Geschichtsverlauf beruhen, gibt es nur einen möglichen Übergang in eine Zukunft nach dem Kapitalismus, und die Pforte dazu wird von der Industriearbeiterklasse aufgestoßen. Jede andere Hilfe seitens anderer subalterner Gesellschaftselemente ist nicht gefragt; bestenfalls können sie eine den Aktionen der Arbeiterklasse beigeordnete Rolle spielen, während die Arbeiterklasse die Rolle der Avantgarde einnimmt.

In den letzten Jahren sind marxistische Zwecklehren allerdings zunehmend aus dem Konzept gekommen, und marxistische Dissidenten haben das erkannt. Autonome Marxisten sind viel aufgeschlossener bei der Berücksichtigung nicht-herkömmlicher sozialer Bewegungen, z. B. in Argentinien, Bolivien und Mexiko, und ziehen in Betracht, dass sie radikale, antikapitalistische Möglichkeiten transportieren. Leider haben ihre Schriften darüber meist einen Hang zur postmodernen Selbstparodie, wenn darin etwa Begriffe wie „Inwertsetzung“ (als positiver Begriff für autonome Aktionen radikaler Protagonisten) und „Biopolitik“ auftauchen.

Im Gegensatz dazu ist die anarchistische Tradition bei der Berücksichtigung radikaler bäuerlicher Initiativen schon immer viel aufgeschlossener gewesen und weiter als der Marxismus gegangen, indem sie eine kritische Betrachtung der Naturbeherrschung (ein Projekt, das im Mittelpunkt der auf Produktion hin angelegten leninistischen Staaten steht) mit einschließt, eine Kritik, die einen Teil ihrer Ablehnung von sozialer Hierarchie, Staat und Kapital ausmacht. Gerade aus diesem Grund haben die Arbeiten von Pjotr Kropotkin, Elisée Réclus und Gustav Landauer sowie das Beharren auf der Wichtigkeit von Kooperation und Gemeinschaft sogar für manche Marxisten eine neue Relevanz erlangt. Im Fall lateinamerikanischer Denker gibt es eine noch unmittelbarere Verbindung zu den in Oaxaca vorhandenen Themen. Peruanische Anarchisten waren in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nicht nur bestrebt, indigene

Perspektiven in ihre Theorie, wie ein libertärer Kommunismus in den Anden zustande kommen kann, zu integrieren, sondern hatten auch Andinos in ihren Reihen. Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass die Geschichten und Bewegungen, die den lateinamerikanischen Marxisten des 20. Jahrhunderts (mit einigen Ausnahmen, darunter José Carlos Mariátegui) so überholt oder veraltet vorkamen, jetzt die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdienen. Die Historiker des lateinamerikanischen Anarchismus entdecken immer noch eine Vergangenheit, die bis in die Gegenwart hinein wirkt, und haben den Gegenstand noch lange nicht ausgeschöpft.[10]

Was Oaxaca anbelangt, so braucht nicht erst lange Ausschau gehalten werden: Ricardo Flores Magón ist sein berühmter anarchistischer Sohn, und sein Einfluss auf die aktuelle soziale Bewegung ist so groß, dass (wie bereits weiter oben erwähnt) ein ganzer Strang der Bewegung „magonista" ist. Obwohl, und auch das wurde schon zuvor erwähnt, immer die Möglichkeit besteht, dass eine radikale Tendenz vom Staat neutralisiert oder bestochen werden kann (anscheinend gibt es unter den verschiedenen politischen Strömungen in Oaxaca eine Art rekuperierten Magonismus), gibt es im Kern von Magons eigentlichem Gedankengut ein kompromissloses Beharren auf revolutionärer Transformation und dem Zusammenhang von Zielen und Mitteln im Kampf für eine freie Gesellschaft. Sein Anarchismus beinhaltet mehr als nur ein bloßes Gespür für indigene Fragen: Diese Anliegen befanden sich in einem sehr realen Sinn im Kern seiner radikalen Vision.

Bekanntlich behauptete Magon 1911, dass sich „das mexikanische Volk für den Kommunismus eignen" würde, womit er ausdrücklich den *libertären* Kommunismus meinte, eine egalitäre Gesellschaft jenseits von Staat und Kapital und jenseits der Tyrannei von Parteibossen jedweder Färbung. Und das war keine bloße Behauptung, die nur auf seinem Glauben beruhte: sie beruhte vielmehr auf Beobachtungen in Oaxaca und anderen Orten in Mexiko, von denen er wusste, dass die Tradition von Gemeindebesitz und Kooperation bis ins 20. Jahrhundert hinein überlebt hatte:

Das mexikanische Volk hasst instinktiv die Obrigkeit und die Bourgeoisie. Jeder, der in Mexiko gelebt hat, kann uns bestätigen, dass es niemanden gibt, der inbrünstiger gehasst wird als

der Polizist, und dass der Soldat, der anderswo Bewunderung und Beifall findet, hier mit Abneigung und Verachtung angesehen wird; jeder wird gehasst, der seinen Lebensunterhalt nicht mit eigenen Händen verdient.

Das allein reichte aus für eine soziale Revolution, deren Charakter wirtschaftlich und antiautoritär ist, aber da ist noch mehr. In Mexiko leben vier Millionen Indianer, die bis vor zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren in Gemeinden lebten, die das Wasser, das Land und die Wälder in ihrem Gemeinbesitz hatten. Gegenseitige Hilfe war in diesen Gemeinden die Regel, in denen die Obrigkeit nur dann wahrgenommen wurde, wenn alle Zeiten einmal der Steuereintreiber kam oder „Rekrutierer" auf der Suche nach Männern auftauchten, die sie in die Armee pressen wollten. In diesen Gemeinden gab es keine Richter, Bürgermeister, Gefängniswärter, tatsächlich keine lästigen Menschen von dieser Sorte.

(*Regeneracíon*, 12. September 1901)

Die Frage des Gemeindelandes hat eine Reihe radikaler Analytiker der Situation in Oaxaca fasziniert. Obwohl man gern glauben will, dass in Oaxaca und Chiapas eine Art Entsprechung des russischen *mir* als Pforte überlebt hat, durch die – auf der Grundlage des Kollektivbesitzes und kooperativer Praxis – die Gesellschaft einen radikalen Sprung in den libertären Kommunismus machen kann, ist dieser Glaube mangels eines besseren Beweises nur utopische Spekulation. Derzeit sind die „Landkommunen" von Oaxaca meist durch Streitigkeiten um ihren kollektiven Landbesitz blockiert, und die Forderung nach indigener „Autonomie" scheint eher der Ruf nach einer Art radikalen Autarkie zu sein als nach einer irgendwie gearteten allgemeinen revolutionären Transformation der Gesellschaft.
Für den Kapitalismus, der auf Modernisierung, und den Marxismus, der auf Produktion ausgerichtet ist, müssen soziale Differenzen im Namen der Homogenisierung eingeebnet werden, ein Prozess, worin für Traditionen kein Platz ist, es sei denn, sie finden als Folklore oder kulturelle Dekoration Verwendung. Doch auch wenn sich traditionsgebundene Gesellschaften gerade durch solche Eigenschaften auszeichnen, die sie von der herrschenden Gesellschaft absetzen, gibt es noch eine andere Art von Differenz, die in einer durch Konsens und Kollektivität

geprägten Gesellschaft auf Dorfebene nicht aufkommen kann. Was es nämlich dort nicht gibt, sind eine gewisse Vielfalt und Abwechslung und auch das Unvorhersehbare, Qualitäten, die gewöhnlich mit einem eher städtischen Leben verbunden sind. In solchen Gemeinden haben eine Subkultur und letztlich auch Politik kaum eine Chance. Nicht zufällig war der Ort, an dem die Rebellion von Oaxaca ihren Ausgang genommen hat, die Stadt und nicht das Land Oaxaca, was auch der Grund dafür ist, dass sie eine etwas andere Färbung angenommen hat als die Bewegung der Zapatisten in Chiapas.

Zudem besteht die Gefahr, traditionelle Gesellschaften oder ein paar radikale Bauern mit einer vergleichbaren Erlöser- oder Heilsbringermission zu befrachten, wie sie früher dem Industrieproletariat zugeschrieben wurde. Die heutigen Antiautoritären laufen Gefahr, mit ihrer unkritischen Unterstützung der Zapatisten und der Bewegung in Oaxaca eine Art zeitgenössische „Drittewelttümlerei" zu befördern, und einige Schattierungen dieser Tümlerei riechen manchmal nach einer Ersatzlust, nach einer Freude an radikaler Gewalt, die aus einer Entfernung genossen wird, die sowohl geographischer wie sozialer Natur ist. Es sollte einen sinnvolleren und kreativeren Weg geben, sich mit der Rebellion in Oaxaca zu beschäftigen als einen, der sich im Grunde darin erschöpft, die Straßenkämpfe anderer zu beobachten (und die Umstände zu beklagen, die es einem nicht erlauben, einer vergleichbaren Beschäftigung nachzugehen).

Wie löblich das Konzept auch sein mag, bloße Nachahmung ist nur ein weiterer Rohrkrepierer. Zunächst – und das gilt besonders für alle, die in entwickelten Gesellschaften leben – ist die ganze Welt eben nicht wie dieser Ort namens Oaxaca, wie sehr man sich das auch wünschen mag. Gewiss, Bullen und eine korrupte, willkürliche Obrigkeit gibt es überall, und insofern kann, will man sich mit leeren Posen abgeben, gesagt werden, „We All Live In Oaxaca". Aber der besondere Mix, der die Rebellion in Oaxaca hervorgebracht hat, die besondere sozioökonomische Struktur und die Geschichte der Stadt und ihres Umlandes, stellt sich nicht in den „Metropolen" des Nordens ein und, was das anbelangt, nicht einmal in denen des Südens.

Es wäre allerdings ein Fehler, die Rebellion in Oaxaca *ausschließlich* als lokale oder lokal beschränkte Erscheinung wahrzunehmen. Tatsächlich ist Oaxaca wohl oder übel ein Teil der Welt, besonders im Zusammenhang der globalisierten Wirt-

schaft. Arbeiter aus Oaxaca sind in die USA und nach Kanada ausgewandert und haben ihre Politik dorthin mitgebracht. Die Zirkulation der Menschen innerhalb und außerhalb Mexikos wird von Kräften angetrieben, die sich auch in anderen Ländern und Regionen auswirken, und insofern haben andere ihren Anteil daran, was bei einem Aufstand wie dem in Oaxaca herauskommt. Dieser Anteil geht über die Abstraktionen der politischen Ökonomie hinaus und sogar über die konkreten Begegnungen mit manchen Aspekten Oaxacas, die sich im Alltag ereignen mögen (wenn du zum Beispiel in Kalifornien lebst, kann die Person, die im Restaurant dein Geschirr abwäscht oder das Obst und Gemüse erntet, das auf deinen Tisch kommt, durchaus aus Oaxaca sein).

VI

Geographie ist keine unveränderliche Sache. Sie wird gemacht und jeden Tag neu gemacht; in jedem Augenblick wird sie durch die Handlungen der Menschen verändert.
Elisée Reclus, L'Homme et la terre

Für jemanden außerhalb Mexikos, besonders für jemanden in den Vereinigten Staaten und in Kanada, ist eine Untersuchung der verschiedenen Vorgänge, die diese Länder mit Mexiko und speziell mit Oaxaca in einen Zusammenhang bringen, vielleicht angebrachter als die vergebliche Mühe, die Sache mit den *usos y costumbres* völlig zu begreifen. Das Phänomen einer großen Anzahl von Menschen aus Oaxaca, die Arbeit im Norden suchen, ist im allgemeinen zwar gut bekannt, aber es birgt noch mehr Aspekte als das schlichte Problem der Überweisungen oder etwa den Status illegaler Einwanderer in einem feindseligen gesellschaftspolitischen Umfeld, das zunehmend rassistischer und „heimatverbundener" wird.
Auf ihren Reisen in den Norden haben Arbeiter aus Oaxaca ihre Kultur und Politik mitgenommen. Sie haben ihre eigenen Arbeiterorganisationen mit ihren eigenen Publikationen gegründet und in diese Aktivitäten meist eine ausgesprochen indigene Perspektive einfließen lassen; sie können daher nicht einfach als „hispanisch" oder „mexikanisch-amerikanisch" vereinnahmt werden. Für die Anhänger der Rebellion von Oaxaca wäre es

vorrangig, mehr über die Menschen aus Oaxaca, die beispielsweise in Kalifornien, Oregon oder die im Jahr 2006 auch Demonstrationen in Los Angeles gegen die Polizeirepression im heimischen Oaxaca beinhaltet haben.[11]
Es gibt auch Mittel und Wege, Verbindungen nach Oaxaca *herzustellen* und in einer bewusst getroffenen Entscheidung den radikalsten Flügel der dortigen Bewegung zu unterstützen. Den Organisationen kann materielle Hilfe geleistet werden; vor mexikanischen Konsulaten können Proteste zur Unterstützung politischer Gefangener organisiert werden (und sind auch organisiert worden) und in den Vereinigten Staaten generell gegen die Hysterie, die sich gegen die Immigranten richtet. Es gibt auch, was nicht nebensächlich ist, Worte: Worte, die über nur vorgefasste Meinungen selbst der „alternativen" Art hinausgehen. Der beste Tribut an die Rebellion ist, an ihrem Geist teilzuhaben, indem man etwas wagt und den Kopf riskiert, sogar auf einem beschriebenen Blatt Papier.
In einer Zeit, die in vielen Teilen des Globus durch Krieg, Elend und Umweltzerstörung geprägt ist, und angesichts dessen durch massenhafte Gleichgültigkeit, Resignation und Ablenkung – besonders in den fälschlicherweise „fortschrittlich" genannten Gesellschaften – noch trister wird, sind Ereignisse wie die Rebellion in Oaxaca so inspirierend wie sie eben sind. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass künftig weitere radikale soziale Bewegungen, zumindest in Lateinamerika, entstehen und dass in ihnen ebenfalls antiautoritäre, emanzipatorische Strömungen vorhanden sein werden. Aber solange sich diese nicht selbst konsolidieren und ihrer Ziele und Feinde bewusst werden (die neben den Generälen und Schlägern der Rechten auch die Bürokraten und caudillos der Linken umfassen), sind sie dazu verurteilt, interessante Fußnoten der Geschichte zu bleiben, statt Pforten, die sich in eine vielversprechendere Zukunft öffnen.
Palo Alto, *März 2008*

Nachdruck aus: Die Aktion Heft 214 / Zweite Lieferung 2008.
Aus dem Englischen von Egon Günther.

1 Das Experiment von Oaxaca hat teilnehmende Beobachter angezogen, die über die Ereignisse detaillierte Berichte verfasst haben. Es ist auch ein Magnet für die Sorte „Revolutionstouristen" gewesen, die Hans Magnus Enzensberger vor langer Zeit angeprangert hat („Revolutionstourismus", Kursbuch 30, Berlin 1972, S.155-181), und ihre atemlosen Frontbulletins sind nicht unbedingt zutreffend und informativ gewesen. In der ersten Kategorie muss George Lapierre erwähnt werden, dessen Chronik der ersten sechs Monate der Rebellion aufschlussreich ist. Viele davon sind in einer Sonderausgabe der französischen Zeitschrift CQFD zusammengestellt, „La libre commune d'Oaxaca", Januar-Februar 2007 (www.cequilfautdetruire.org).

2 Was das Urteil der IKS (Internationale Kommunistische Strömung) über Oaxaca betrifft, siehe http://www. internationalism. org. Was die Kritik der aufständischen Anarchisten an der APPO betrifft, die in ihrer Aufzählung der verschiedenen politischen Manöver innerhalb der APPO sehr hellsichtig und genau ist, siehe den Text der Coordinadora Insurrecional Anarquista (http:// espora.org/okupache//b21 hart_imp.php?p=1249more=1). Eine bemerkenswert frühe Analyse der Rebellion in Oaxaca, die auch noch die Fallen sowohl abstrakter Denunziation wie unkritischer Unterstützung vermieden hat, ist „This Is What Recuperation Looks Like" von Kellen Kass, veröffentlicht in A Murder of Crows, no. 2, März 2007 (online in der library section von wwww.libcom.org).

3 Um die Ausmaße der Krise, die in den letzten Jahrzehnten die mexikanische Wirtschaft getroffen hat, vollständig zu begreifen, muss man wenigstens bis zur Schuldenkrise von 1982 zurückgehen, als der mexikanische Staat – in der paradoxen Lage, sowohl Öleinnahmen zu produzieren als auch eine Schuldnernation zu sein, die wiederverwertete Petrodollars in Form von Anleihen internationaler Banken erhielt – seinen Schuldverpflichtungen nicht nachkam. Durch eine Austeritäts- und Privatisierungspolitik qualifizierte sich Mexiko 1987 für eine „Rettung" durch internationale Finanzinstitute, deren Bedingungen von keinem anderen als dem Berater der Familie Bush, James F. Baker, ausgehandelt wurden. Später sind von der Regierung

Clinton weitere Zugeständnisse Mexikos als Teil eines weiteren „Ausstieg"-Programms verlangt worden. Das alles bildete das Vorspiel zur Umsetzung der Bedingungen des NAFTA-Abkommens und war zugleich als Antwort auf NAFTA der Beginn des zapatistischen Aufstandes in Chiapas.

4 Siehe die interessanten, vom Grupo Socialista Libertario in seiner Kritik an der „Anderen Kampagne" des EZLN aufgeworfenen Fragen (in englischer Übersetzung auf www.collectivereinventions.org).

5 Siehe den Artikel von David Recondo, „Oaxaca el ocaso de un régimen", Letras Libres (Mexiko), Februar 2007.

6 Zitiert in Judith Francis Zeitlin, *Cultural Politics in Colonial Tehuantepec*, Stanford: 2005, S. 168.

7 Alejandro Anaya Munoz, *Autonomia indigena, gobernabilidad y legitimidad en México: la legalización de usos y costumbres en Oaxaca*, Mexiko City: 2006.

8 Als Beispiel dafür siehe Brenda Aguilar, „Autonomías Latinoamericanos: Algunas reflexiones sobre Utopías Posibles", 2008 (http://anarkismo.net/newswire).php?story_id=7625).

9 Zur marxistischen Kritik eines Radikalismus, der von der „Andersheit" der Bauern ausgeht, siehe Tom Brass, „Neoliberalism and the Rise of (Peasant) Nations within the Nation: Chiapas in Comparative and Theoretical Perspective" *The Journal of Peasant Studies*, Vol. 32, Ns. 3&4, Juli/Oktober 2005.

10 Siehe z.B. Wilfredo Kapsoli, *Ayllus del sol: anarquismo y utopía andina*, Lima (1984) sowie die Bücher von Osvaldo Bayer (über den Generalsteik von 1921 in Patagonien) und Sergio Grez Toso (über die Geschichte des chilenischen Anarchismus).

11 Mehr zu den Arbeitern aus Oaxaca in den Vereinigten Staaten und Kanada siehe bei Lynn Stephen, *Transborder Lives: Indigenous Oaxacans in Mexiko*, California and Oregon, Duke University Press (2007).

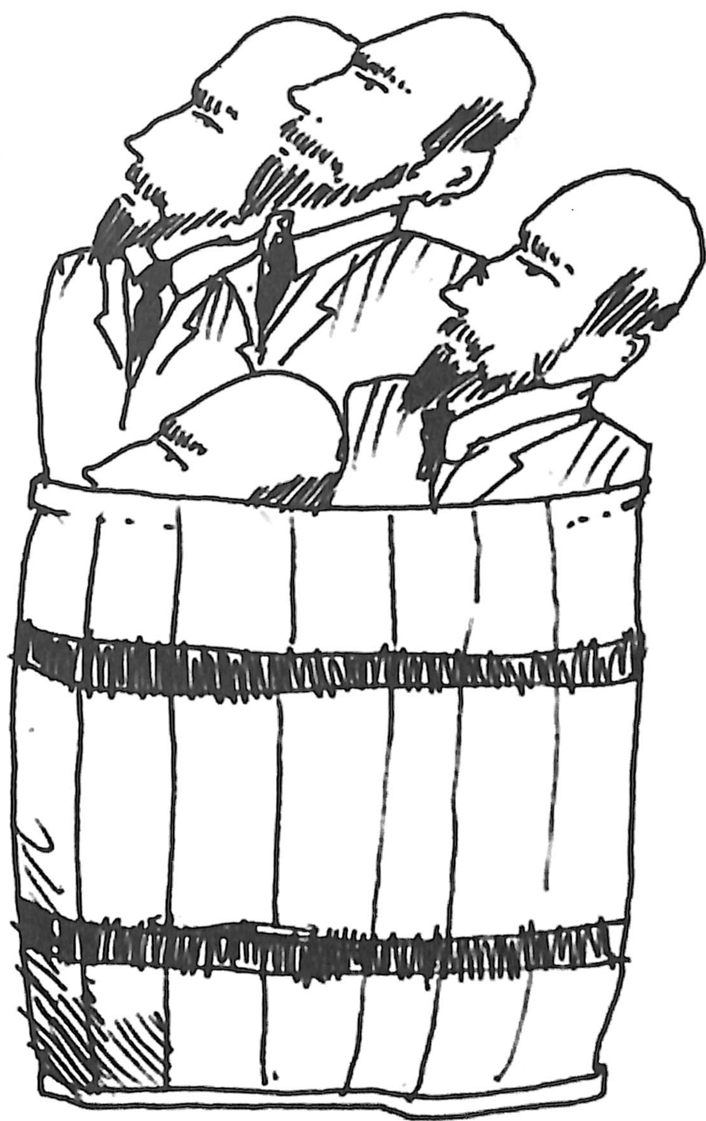
EIN SCHRITT IN DIE FALSCHE RICHTUNG

EINE KRITIK AN LENIN UND DER SYSTEMATISIERUNG SEINER IDEEN

Der organisierte Leninismus ist eine Erscheinung, welche seit den Revolten der Achtundsechziger immer dann Auftrieb erhält, wenn gesellschaftliche Auseinandersetzungen oder politische Bewegungen abflauen und die Teilnehmenden betroffen feststellen, dass ihr – bloß im besten Falle revolutionärer – Vorwärtsdrang auf dem Boden der Realität angelangt ist. Der Reiz einer Organisierung in einer im weitesten Sinne leninistischen Gruppe oder Partei liegt auf der Hand: Ohne das theoretische Rüstzeug und die Aneignung der historischen Erfahrung revolutionärer Bewegung scheint die stark voluntaristisch geprägte Organisierungs- und Praxisform der diversen leninistischen Gruppen das aussichtsreichste Unterfangen. Die Herangehensweise an politische Fragen durch Gruppen der revolutionären Linken sind, genauer betrachtet, oft den Ideen des Leninismus verwandt, häufig allerdings ohne sich explizit auf diese zu beziehen. Die Vorstellung, die Massen durch eine Minderheit aufzuklären, sie in einer Partei zu organisieren oder die Art und Weise des „Politikmachens" weisen auf eine Verwandtschaft hin. Um dies genauer zu fassen, müsste man allerdings bis zur Aufklärung zurückgehen und die bürgerliche Vorstellungen von Politik kritisieren. Hier soll erst mal ein Verweis darauf genügen, dass der Leninismus so etwas wie die Verbürgerlichung der Praxis des Klassenkampfes darstellt. Statt also die Revolution als einen Akt der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse zu betrachten – und darunter ist der Kommunismus nicht zu haben –, wird in Kategorien der Politik, des Kampfes der Ideologien oder der Massenaufklärung gedacht.

Die Kritik dieser Vorstellungen durch dissidente kommunistische Strömungen ist heute immer noch marginal und kann hier leider auch nicht aufgerollt werden. Allerdings sollen einige der zentralen Fehler des Leninismus betrachtet und kritisiert werden: Ausgehend vom Verhältnis zum Staat sollen die damit zusammenhängenden Fehlschlüsse des leninistischen Partei- und Revolutionsverständnisses aufgezeigt werden. Zwar finden sich bei Lenin, dem Praktiker der Revolution, unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Stellen, doch sollen in diesem Text jene Gedanken behandelt werden, welche schließlich die Basis des Leninismus und seiner Derivate bildeten und heute noch bilden. Es ist eine Sache, Lenin aufgrund seiner konkreten Schriften zu kritisieren. Lenin selbst hat seine Gedanken nie zu einem kohärenten Theoriegebäude ausgearbeitet, im Gegenteil

war es sein eigener Anspruch, den Marxismus möglichst orthodox anzuwenden. Der „Leninismus" als allumfassende Theorie erblickte erst nach seinem Tod das Licht der Welt. Wie Lenins Körper in seinem Mausoleum mumifiziert der Nachwelt erhalten werden sollte, so verwandelten Stalin und Konsorten auch seine Schriften zu einem ewig gültigen Stein der Weisen. Lenin konnte wenigstens noch an seinem Anspruch gemessen werden, einen Beitrag zur Weltrevolution zu leisten. Der sich auf ihn beziehende „Marxismus-Leninismus" war von Anfang an auf die Realisierung des Sozialismus in einem Land angelegt.
Die Entstehungsbedingungen von Lenins Theorie sowie seine Intention können teilweise erklären, warum seine Schriften aus der Perspektive einer proletarischen Revolution frappante Mängel aufweisen. Lenin war in erster Linie praktischer Revolutionär, das heisst dass die meisten seiner Schriften dem direkten Impuls des unmittelbaren Kampfes folgten. So muss eine Auseinandersetzung mit Lenin immer die Bedingungen der russischen Revolution mitdenken. Diese Bedingungen sind gekennzeichnet durch eine wirtschaftliche Unterentwicklung im Vergleich zu Westeuropa und den USA und durch die Herrschaft des zaristischen Absolutismus. Die Betonung der Zentralisation, der eisernen Disziplin und die Geringschätzung der Spontaneität ist nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Die Leninsche Theorie mag als eine Theorie der Machtübernahme unter feudalen Bedingungen durchaus folgerichtig sein. Davon ausgehend darf man jedoch nicht meinen, sie sei eine taugliche Gebrauchsanweisung zur Durchführung einer kommunistischen Revolution. Ohne der russischen Revolution ihre kommunistische Potenz absprechen zu wollen, muss man vom Ergebnis her betrachtet feststellen, dass sie nichts anderes war als eine Variante nachholender Modernisierung. Es macht gerade die Ambivalenz der Oktoberrevolution aus, dass sich die Bolschewiki auf der einen Seite vor die Aufgabe gestellt sahen, die rückständigen politischen Strukturen des Zarismus zu zerschlagen und durch neuere, dem aktuellen Stand der Entwicklung besser angepasste zu ersetzen. Auf der anderen Seite aber gab es in einigen industriellen Zentren durchaus eine Arbeiterklasse, die sich ihre eigenen Organe – die Arbeiterräte – schaffte und so ihrem Willen nach Emanzipation praktischen Ausdruck verlieh. Einhergehend mit dem allgemeinen Niedergang der weltrevolutionären Welle, verschob sich der Schwerpunkt der russischen Entwick-



BARREL OF LENINS

lung mehr und mehr zugunsten der politischen Machtübernahme, der Errichtung eines neuen Staates. Der von Stalin später propagierte Leninismus schöpfte daraus seine Kraft und setzte sich schließlich gegen die gesamte Linksopposition durch. Die Parole vom „Sozialismus in einem Land" oder der Verteidigung der „Errungenschaften der Oktoberrevolution" waren dabei die legitimatorischen Parolen, welche diesen Prozess begleiteten. In Bezug auf die Selbstaufhebung und Emanzipation der Arbeiterklasse ist der Leninismus aber gerade heute fatal. Die bereits beschriebene problematische Situation in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde schon von Lenin – und wird heute erst recht von leninistischen Gruppen – theoretisch verdoppelt, indem man die daraus folgenden politischen Schlüsse zum Dogma erhebt. Rosa Luxemburg schrieb in ihrer Kritik an der Russischen Revolution: „[Die Bolschewiki] haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft, und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig genug geleistet, was unter so verteufelt schwierigen Umständen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not eine Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster sozialistischer Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen." Rosa Luxemburg geht in ihrer Kritik allerdings nicht weit genug. Wie in diesem Text zu zeigen sein wird, ist ein Grossteil der politischen Fehler der Bolschewiki bereits in der Theorie Lenins angelegt.

I. Zum Staat

Marx und Engels hatten zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Auffassungen von der Natur des bürgerlichen Staates und vom Umgang revolutionärer Bewegung mit seiner Apparatur. Im „Manifest der Kommunistischen Partei" lassen sich beispielsweise Stellen finden, die die Erkämpfung der Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft zum ersten Schritt der Arbeiterrevolution verklären – eine Annahme, welche die Geschichte längst als Fehler entlarvt hat. Engels erklärt in einem Brief an Phillip van Patten, dass das Proletariat den Staat übernehmen müsse und träumte noch 1891 davon, dass der französische Staat friedlich in den Sozialismus hinüberwachsen könne. Ebenso gibt es allerdings Aussagen von Marx und von Engels, in denen sie die

sofortige Zerschlagung der Staatsapparatur fordern. Will man sich nicht dem eigenartigen Wettstreit um die reinste marxsche Orthodoxie anschliessen, wie er unter vielen Intellektuellen der traditionellen Arbeiterbewegung vorherrschte, so spielt es auch keine grosse Rolle, was die beiden im 19. Jahrhundert nun zu welchem Zeitpunkt dazu genau geschrieben haben. Allerdings ist das Wissen um diese widersprüchlichen Aussagen interessant, weil Lenin in seinem Bemühen um die Bewahrung der Orthodoxie im Kampf gegen die „Renegaten" Bebel und Kautsky eine Marx-Engels-Exegese anstrengte, in welcher er freilich nur auf die zu seiner politischen Position passenden Stellen bei Marx und Engels zurückgreift. Wenn auch manch ein Leninist mit stolz geschwellter Brust in Bezug auf Lenins „Staat und Revolution" von einer Systematisierung der marxschen Staatstheorie spricht, kann davon bei weitem keine Rede sein. Das Hauptwerk Lenins zum Staat stellt im Wesentlichen nichts anderes dar als eine kommentierte Sammlung von Marx- und insbesondere Engels-Zitaten – er unterscheidet in seinem Buch nur ungenau – zur Frage des Staates.

Erst sei, nach Lenin, der bürgerliche Staat zu zerschlagen, dann sterbe in Folge der Aufhebung der Klassengesellschaft der an seine Stelle getretene „proletarische" Staat ab. Er unterscheidet zwischen dem bürgerlichen Staat, welcher zerschlagen werden müsse und dem „Staat überhaupt", welcher nur absterben könne. Was aber soll der Staat überhaupt sein? Der Staat hat immer einen spezifischen historischen Inhalt, er ist der Staat der Sklavenhalter, der Staat des Kapitals oder der Staat der kommunistischen Partei. Immer ist er die politische Form einer Gesellschaft der Klassengegensätze. Ein proletarischer Staat ist ein Unding: Das Proletariat kann nicht an der Staatsmacht, also herrschende Klasse, sein, weil es als solche nicht mehr ausgebeutete Klasse, ergo nicht mehr Proletariat wäre. Das Proletariat hebt mit seiner eigenen Aufhebung die Klassengesellschaft als solche auf. Was man als proletarischen Staat bezeichnete, war eben nur ein Staat, der von einer Partei „im Namen des Proletariats" geführt wurde. Diese Verdoppelung der Gesellschaft in eine Repräsentations- bzw. Herrschaftssphäre musste in eine neue Klassengesellschaft führen. Soll das aber nicht geschehen, muss die Aufspaltung von Staat und Gesellschaft mit der Revolution verschwinden. Die Vermittlungsorgane der neuen Gesellschaft waren historisch die Räte: Sie waren Ausdruck der

proletarischen Klassenmacht gegen die alte Welt und hätten zugleich zu Instrumenten der Selbstorganisation der neuen Gesellschaft werden können.
Wenn Lenin den nachrevolutionären Staat völlig unscharf einmal als die „vollkommste Demokratie", dann gar als „bürgerlichen Staat ohne Bourgeoisie" bezeichnet, so zeigt sich darin seine Unklarheit in Hinblick auf die politische Form. Statt erst mal eine inhaltliche Bestimmung des bürgerlichen Staates vorzunehmen, die über die banale Feststellung, dass der Staat „das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze" sei, hinausgeht, geht Lenin direkt weiter zu den politischen Fragen von Revolution und Staat. Daraus resultiert die völlig verkürzte Vorstellung, dass der Staat ein „Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere" sei. Die Vorstellung eines zwangsläufigen Absterbens des „proletarischen" Staates hängt mit dieser falschen Vorstellung zusammen, dass der Staat nicht etwa die Organisation der Gesellschaft als solche zum Inhalt hat, sondern aus Schlägern für das Kapital besteht. Diese Schläger müssten nun bloß durch solche proletarischer Natur ersetzt werden, die „besondere Formation bewaffneter Männer" durch die „besondere Repressionsgewalt des Proletariats gegen die Bourgeoisie". Was genau Lenin mit dieser „besonderen Repressionsgewalt des Proletariats" meint, wird nicht ersichtlich, es ist hier aber von einer gesondert organisierten Repressionsgewalt die Rede. Es gibt in „Staat und Revolution" zwar auch Äußerungen, die erklären, dass das „Volk (...) durch die einfache Organisation der bewaffneten Massen" die Ausbeuter niederhalten könne. Diese Ansicht ist im Leninismus aber nicht stimmig, da sie weder mit der Vorstellung des „proletarischen Staates" noch mit der Rolle der Partei innerhalb des Staates korrespondiert, sondern im glatten Widerspruch dazu steht.

II. Zur Partei

Lenin fügte der marxschen Theorie eine systematische Theorie der Partei hinzu. Diese taucht in „Staat und Revolution" zwar nur am Rande auf, ist aber das wesentliche Moment zum Verständnis des Umgangs mit dem Staat im Leninismus. Wenn man sich mit der Rolle der Partei bei Lenin auseinandersetzt, stößt man zwangsläufig auf eine zentrale Frage der kommunistischen Bewegung: den Widerspruch von Spontaneität und

Organisation. Was die Rätekommunisten zu Determinismus und „revolutionärem Attentismus“ geführt hat, musste im Leninismus notwendig zu einer Theorie der Machtübernahme durch die Partei gerinnen. Was bei Rosa Luxemburg die Funktion der Spontaneität war, muss bei Lenin eine revolutionäre Pädagogik der Partei leisten: Über ein tradeunionistisches Bewusstsein hinaus würde die arbeitende Klasse von sich aus nicht gelangen können. Das revolutionäre Bewusstsein müsse daher von Außen an die Massen herangetragen werden. Einer von linken Kommunisten oftmals mechanisch verstandene Dynamik der Selbstaufklärung und der Spontaneität stellt der Leninismus eine Partei gegenüber, die eine Materialisierung der kapitalistischen Krise und des Klassenkampfes darstellt. Damit verlagert Lenin die Spontaneität quasi in die Partei hinein, welche dadurch notwendig zu einem Ausdruck der Klasse wird und – weitestgehend von ihr entkoppelt – die empirische Klasse zu führen habe. Und zwar nicht, weil die Klasse die Partei oder die Partei die Klasse anerkennt, sondern weil die Partei die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und damit auch die historische Aufgabe des Proletariats kennt. Unter diesem Aspekt ist das reale Bewusstsein der Arbeiterklasse nicht Quelle der Inspiration oder Korrektiv, sondern immer bloß Hindernis und Ausdruck der unreifen Verhältnisse. In „Staat und Revolution“ schreibt Lenin: „Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie.“ Vor diesem Hintergrund darf das Schicksal der Räte in der Sowjetunion nicht weiter erstaunen, auch wenn die Parole „Alle Macht den Räten“ aus taktischen Gründen bei den Bolschewiki beizeiten hoch im Kurs stand. Denn der Sieg der Revolution, in welcher die Räte notwendige Organe seien, „schafft unausweichlich andere Organe“ (Lenin, *Werke* Bd. 12, S. 328)

In seiner bekannten Broschüre über die Kinderkrankheit des Kommunismus schreibt Lenin: „Schon allein die Fragestellung „Diktatur der Partei oder Diktatur der Massen“ (...) zeugt von einer unglaublichen Begriffsverwirrung (...) jedermann weiß, dass die Massen sich in Klassen teilen; dass die Klassen gewöhn-

lich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von den politischen Parteien geführt werden; dass die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflussreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. [so dass], das ganze Gerede ob „von oben" oder „von unten" ob Diktatur der Führer oder Diktatur der Massen usw. als lächerlicher, kindischer Unsinn erscheinen muss" (Lenin, *Der „Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus*). Hier zeigt sich ein weiterer Fehler Lenins: Die beständige Personalisierung gesellschaftlicher Prozesse und das damit verbundene ständige Wittern von Verrat und Verrätern. Schwerer wiegt in diesem Zusammenhang allerdings, dass Lenin das Problem des Verhältnisses zwischen Partei und Masse, welches auch die politische Funktion der Partei einschließt, einfach dadurch löst, dass er es für nichtig erklärt. In dieser Formulierung wird bereits augenscheinlich, dass die Partei als der „bewussteste Teil" der Arbeiterklasse, zur Machtübernahme legitimiert ist, dass also die „Diktatur des Proletariats" eine Diktatur der Partei sein muss. So schreibt Lenin dann auch, dass die „Diktatur des Proletariats" sich nicht verwirklichen lasse durch eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit umfasse; im Gegenteil könne „die Diktatur [...] nur durch die Avantgarde verwirklicht werden, die die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen" habe (*Über die Gewerkschaftsfrage, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis*, S.3).

III. Kritik der Ideologie

Die Arbeiter, schreibt Lenin, seien in der Auseinandersetzung mit den einzelnen Fabrikanten zwar fähig, ihre individuelle Ausbeutung zu verstehen und gegen sie zu kämpfen. Die theoretische Verallgemeinerung dieser Interessen sei ihnen aber nicht möglich und damit der Blick auf den Klassenkampf als eine über die direkten ökonomischen Interessen hinausweisende Konfrontation der Arbeiterklasse mit Kapital und Staat verstellt. Deshalb gehe das Bewusstsein der Arbeiter nicht über ein gewerkschaftliches hinaus. Dieser spontanen Arbeiterbewegung stellt nun Lenin den wissenschaftlichen Sozialismus als eigenständige Bewegung gegenüber, als „unvermeidliches Er-

gebnis der Ideenentwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz" (Lenin, *Ausgewählte Werke* Bd. 1, S. 199). Diese beiden voneinander relativ unabhängigen Bewegungen seien durch die Partei zusammenzuführen: die „spontane Volksbewegung in der Arbeiterklasse, und eine andere: die Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens zur Theorie von Marx und Engels, zur Lehre der Sozialdemokratie". Weil Lenin die marxsche Theorie zwar nicht als vollkommen vom ökonomischen Prozess entkoppelt, aber doch als vornehmlich der geistigen Tradition entstammend versteht, ist sie nicht mehr theoretischer Ausdruck der materiellen Entwicklungen und der proletarischen Bewegung, sondern das Produkt eines genialen Denkers. Unter diesen Voraussetzungen kann Lenin dann auch von einer „sozialistischen Ideologie" sprechen, welche der bürgerlichen Ideologie gegenüberstehe, statt von dem Gegensatz zwischen der Einsicht in die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Erscheinungsformen an der Oberfläche.
Bei Lenin ist die Vermittlung der „sozialistischen Ideologie" das wesentliche Moment, um welches man sich in der Partei den Kopf zu zerbrechen habe. Man müsse das Bewusstsein der Massen von oben sorgfältig mit sozialistischer Ideologie füllen, indem man taktvoll, aber zielgerichtet Propaganda betreibe. Der Erfolg dieser Politik ist laut Lenin weitgehend von der Fähigkeit der Parteifunktionäre abhängig, vor allem von ihrer Fähigkeit, die Massen nicht zu erschrecken, sondern taktisch klug auf sie einzuwirken. Darum kennzeichnet auch den Leninismus ein ambivalentes Verhältnis zu den Intellektuellen. Auf der einen Seite sollen sie fähig sein, den Massen richtiges Bewusstsein beizubringen – schließlich ist nach Lenin ja auch der Marxismus eine intellektuelle Entwicklung; auf der anderen Seite aber seien sie aufgrund ihrer Klassenlage ständig vom opportunistischen Einknicken bedroht. Auch hier zeigt sich eine stark voluntaristische und personalisierende Tendenz mit einer Fokussierung auf Taktik und Führung.
Für Lenin ist der Kampf der Ideologien eine zentrale Kategorie. Ein gerne zitierte Passage lautet: „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu finden." (Lenin, *Ausgewählte Werke*

Bd. 1, S. 67) Es ist nun nicht von der Hand zu weisen, dass die Interessen konkreter Kapitalfraktionen tatsächlich für allerlei ideologisches Ungemach verantwortlich sind. Aber den Selbstbetrug, das falsche Bewusstsein als mutwillig in die Welt gebracht zu betrachten, zielt meilenweit an der Realität vorbei. Es ist gerade ein wesentliches Moment der bürgerlichen Gesellschaft, dass an ihrer Oberfläche die tatsächlichen Verhältnisse mystifiziert erscheinen. Marx hat dies im Kapital – insbesondere im Fetischkapitel - grundlegend dargestellt. Darin ist die Wirkungsmacht bürgerlicher Ideologie erklärt. Kommunistische Theorie und Praxis ist keine Gegenideologie und auch keine reine Kritik der Gedanken, sondern der Versuch, nach Ansätzen zu suchen, um die praktische Selbstaufklärung und schließlich Selbstaufhebung der Klasse zu befördern.
So wie Lenin die mystifizierten Erscheinungsformen des Kapitalismus als wichtiges Problem des Klassenkampfs verkennt, so verkennt er sie auch in Hinblick auf die Rolle des Einzelnen im Produktionsprozess. Aufgrund der komplizierten Struktur und der Verästelungen der Wirtschaft, in welchen der Einzelne leben müsse, sei ihm der Einblick in den gesellschaftlichen Produktionsprozess versperrt. Dies sei auch in der sozialistischen Gesellschaft so, wo die gesellschaftliche Konsequenz der einzelnen Tätigkeit dem Produzenten durch Gesellschaftswissenschaftler bewusst gemacht werden müsse. Lenin versteht nicht die spezifische kapitalistische Form des Warenfetischismus und verallgemeinert die gesellschaftliche Trennung und die Versachlichung menschlicher Beziehungen überhistorisch. Das führt dazu, dass Lenin seine revolutionspädagogischen Vorstellungen in die sozialistische Gesellschaft hinein verlängert.

IV. Zum Begriff der Revolution

Da der Revolutionsbegriff des Leninismus von der politischen Machtübernahme durch die Partei ausgeht, hinken die Massen, welche in dieser Vorstellung erst noch erzogen werden müssen, mit ihrem Bewusstsein immer hinterher. Lenin schreibt in „Staat und Revolution": „Wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, wie sie gegenwärtig sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne ‚Aufseher und Buchhalter' nicht auskommen werden." Wie also den Massen vor der Revolution revolutionäres Bewusstsein eingetrichtert werden

muss, müssen sie nach der Revolution überwacht und erzogen werden. Aber durch wen? Lenin macht dies gleich selbst klar: „Unterzuordnen hat man sich der bewaffneten Avantgarde aller Ausgebeuteten und Werktätigen – dem Proletariat." (Lenin, *Ausgewählte Werke* Bd. 2, S. 195) Davon abgesehen, dass der Begriff des Proletariats hier vollkommen hanebüchen benutzt wird, muss man sich schon fragen, wie sich denn das Proletariat selbst erziehen soll, wenn es selbst doch der Überwachung und Disziplinierung bedarf. Die Antwort wurde bereits gegeben – bei Lenin sind Partei und Proletariat an dieser Stelle eine Art metaphysische Einheit: Erstere ist immer politischer Ausdruck des zweiten und das zweite als Subjekt bloß existent, wenn erstere handelt.

Nimmt man den Begriff der Revolution ernst als einen Akt der radikalen gesellschaftlichen Umwälzung, dann muss man auch die notwendigen sozio-ökonomischen Veränderungen mitdenken, mit denen die sachliche Vermittlung der Verhältnisse wegfällt und damit das entscheidende Hindernis für die Einsicht der Produzenten in den gesellschaftlichen Charakter ihrer Tätigkeit. Bei Lenin muss nun diese Erkenntnis über die Avantgarde vermittelt werden, wie diese auch die gesellschaftlichen Organisation als „Lehrer, Leiter, Führer" (Lenin, *Ausgewählte Werke* Bd. 2, S. 176) übernehmen muss, bis in einer höheren Stufe der Entwicklung die Massen sich die theoretischen Ansichten über den Aufbau der neuen gesellschaftlichen Probleme pädagogisch angeeignet haben. Hier zeigt sich ein utopisches Moment bei Lenin, der bei der „höheren Stufe" des Kommunismus davon ausgeht, dass „Arbeit das erste Lebensbedürfnis" werde, nachdem die Massen dies durch die revolutionären Lehrer gelernt hätten.

Das Bild des zu erziehenden Menschen ist, wie alle Schlüsse Lenins, auf die materiellen Bedingungen zurückzuführen, unter denen er seine theoretischen Bemühungen anstellte. In Russland muss, wie bereits beschrieben, davon ausgegangen werden, dass eine nachholende Akkumulation für die Zwecke der Bolschewiki schlicht notwendig war, dass also die Bolschewiki erledigten, was anderswo von der aufstrebenden Bourgeoisie bewerkstelligt wurde. Lenin war sich dieser Notwendigkeit bewusst, er spricht auch an mehreren Stellen davon. Allerdings gründet seine ganze Theorie der Revolution auf diesen Bedingungen. Auf den Punkt bringt dies ein neben dem Ausspruch

von der „Elektrifizierung plus Räte" eher unbekannt gebliebenes Diktum Lenins auf einer Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, wonach das Wesentliche des sozialistischen Staates „Rechnungsführung und Kontrolle" sei. (Lenin, *Ausgewählte Werke* Bd. 2, S. 372) Dass er sich den Sozialismus als „eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn" vorstellt und in „Staat und Revolution" das biblische Motto „Wer nicht arbeitet, soll auch nichts essen" zitiert wird, spricht in dieser Beziehung Bände.

V. Was bleibt?

Die Russische Revolution blieb wegen des Zwangs zur Industrialisierung und der fatalen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen sowie der politischen Fehlschlüsse der Bolschewiki um eine wesentliche Dimension betrogen: Die radikale Veränderung der Beziehungen zwischen den Menschen und der Art und Weise der Produktion. Diese Momente fielen dem Zwang zur Steigerung der Produktivität zum Opfer und wurden durch eine zwangsmässige Lenkung der Arbeitermassen ersetzt. In den heutigen hochindustrialisierten Ländern ist aber die Voraussetzung eine komplett andere und das von Marx vorausgesetzte Produktionsniveau für den Aufbau des Kommunismus längst gegeben. So muss sich das Augenmerk revolutionärer Kräfte auf die tatsächliche soziale Revolution richten, auf die Veränderung der Produktionsweise und auf einen solidarischen Gesellschaftsverkehr. Es versteht sich von selbst, dass eine Revolution nicht ohne die Bewaffnung der Arbeitermassen, die sich historisch in den Räten organisierten, auskommen kann. Aber eine Kaderpartei nach leninschem Modell reproduziert unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen längst überflüssige Hierachien. Statt die Individuen zur freien und selbsttätigen Aktion zu befähigen, steht sie diesen im Weg.
Der Leninismus steht der selbständigen Praxis und Organisation der Arbeiterklasse in den Kämpfen argwöhnisch gegenüber. Die Leninistische Propaganda behandelt die kapitalistischen Erscheinungen als Indizien, welche die herrschende Klasse auf frischer Tat zu ertappen vorgibt: „Eine der Grundbedingungen für die notwendige Erweiterung der politischen Agitation ist aber die Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen. Anders als durch diese Enthüllungen kann das politische Bewusstsein



und die revolutionäre Aktivität der Massen nicht herangebildet werden." (Lenin, *Ausgewählte Werke* Bd. 1, S. 231) Abstrakte ökonomische Zwangsprozesse werden auf konkrete Personen zurückgeführt und die kapitalistischen Charaktermasken als deren Ursache verklärt. Damit wird das Kapital repersonalisiert und die moralische Empörung der Massen über böse Firmenbosse mit dem politischen Widerstand zusammengeworfen. Das mag unter dem zaristischen Zwangsapparat noch sinnvoll gewesen sein, hat aber in einer derart abstrakten Zwängen unterworfenen Gesellschaft wie der heutigen tatsächlich mehr mit Manipulation zu tun denn mit der Aufhellung reeller Umstände. Genauso verfährt der Leninismus mit der Geschichte von Gewerkschaft und Sozialdemokratie: Er reduziert sie im Wesentlichen auf eine Geschichte des individuellen Verrates und der Korruption, statt nach den tatsächlichen materiellen Bedingungen und Klasseninteressen des Reformismus zu fragen.
Die kommunistische Antwort auf den Reformismus kann nicht in einer strengeren Auswahl nicht korrumpierbarer Führer liegen. Der Demokratieapologetik der Reformisten eine Diktatur überzeugter Berufsrevolutionäre entgegenzustellen, ist bloß die andere Seite der Medaille: Beides sind Formen der Politik und der Stellvertretung. Diese politische Stellvertretung hat ihren Ursprung in der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und dem damit verbundenen Auseinanderfallen von Politik und Ökonomie. Kommunismus ist unter der Selbstaufhebung des Proletariats und damit auch der Aufhebung der Politik als gesonderter Sphäre mit bestimmtem Personal nicht zu haben. So muss sich kommunistische Aktivität nicht bloß an den reellen Bruchstellen der Gesellschaft, sondern auch an den bisher noch marginal vorhandenen Tendenzen zur praktischen Selbstaufklärung der Klasse orientieren. Es geht dabei nicht um die Frage „Demokratie oder Diktatur", sondern darum, ob die Arbeiterklasse im Kampf gegen ihre Existenz als ausgebeutete, arbeitende Klasse es schafft, die Trennung von Politik und Alltagspraxis in Organen der Klassenautonomie aufzuheben.

Eiszeit

REAKTIONEN AUF DIE 28 THESEN ZUR KLASSENGESELLSCHAFT

Gibt man eine politische Zeitschrift heraus, so hofft man auf Reaktionen und Debatten. Obwohl die erste Nummer des *Kosmoprolet* schnell ausverkauft war, kann man deren Wirkung aber kaum richtig einschätzen. Dass der Herausgeberkreis sich über die „Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft" hinaus auf jetzt ingesamt vier Gruppen erweitert hat, zeigt das Interesse an einer Zusammenarbeit und ist sicher eine wichtige Entwicklung. Erfreulich ist auch ein im internationalen Rahmen beginnender Austausch von Informationen und Texten. Von der griechischen TPTG stammen die entsprechenden Texte über die Revolte in Griechenland in dieser Nummer. Von „Internationalist Perspectives" (http://www.internationalist-perspective.org) haben wir den Beitrag „Eine Krise des Werts" bekommen, während sie die Artikel über Venezuela (aus der Nummer 1 und aus der aktuellen Ausgabe) in einer englischen und einer französischen Version übernehmen wollen. Des Weiteren und völlig unabhängig von uns haben sich US-amerikanische und französische Genossen daran gemacht, die „28 Thesen zur Klassengesellschaft" zu übersetzen und ins Internet zu stellen (demnächst unter www.kosmoprolet.tk zu finden).
Uns interessieren vor allem Reaktionen, die sowohl unsere Aussagen als auch unsere Argumentationen ernst nehmen und mit uns die Perspektive einer revolutionären Umwälzung der Gesellschaft durch den Klassenkampf teilen. Exemplarisch ist in diesem Sinn die ergiebige Kritik von R. Schlosser, auf die wir hier nur auf einige Kernpunkte beschränkt eingehen.
Zu allererst gibt es einige Missverständnisse, die keinen wirklichen Dissens darstellen, sondern teilweise aus unklaren Formulierungen bzw. historischen Kontextualisierungen (z. B. Anfang des 20. Jahrhunderts / heute) oder aus unterschiedlichen „Besorgnissen" herrühren, wenn wir z.B. „die gelbe Gefahr" (Verlagerung der Produktion, globaler Wettbewerb) als eine von den Lohnarbeitern erstmals „real" erlebte Konkurrenz bewerten, wobei Schlosser auf die Gefahr eines politisch formulierten nationalistischen Protektionismus hinweist). Dann weist Schlosser zu Recht auf die krisentheoretische Lücke in den Thesen hin. Aufgrund dessen und des Krisenausbruchs versuchen wir diese Lücke in der aktuellen Ausgabe zu schließen. Ebenso treffsicher berührt er einen wunden Punkt, wenn er unsere Schwäche, die uns durchaus bewusst ist, bei der Bestimmung der praktischen Aufgaben kommunistischer Gruppen

bloßlegt. Allerdings halten wir nicht die von ihm vorgeschlagene Lösung, nämlich die Formulierung strategischer Forderungen als Vermittlungsinstanz zwischen Reform und Revolution, für einen wirklichen Ausweg aus der gewissen Ratlosigkeit, in der wir diesbezüglich stecken.
Der wesentliche Dissens zwischen Schlosser und uns besteht eben in der Bewertung von Forderungen, die an den Staat gerichtet sind, und in der Frage, ob es Aufgabe von Kommunisten sei, Forderungen zu formulieren. Auch wir erwarten nicht, dass Kämpfe von vorneherein kommunistisch sind und halten es für verfehlt, jeden begrenzten Tageskampf gleich durch den Verweis auf seinen Reformismus abzutun. Der Staat ist nun mal der Adressat, wenn man z.B. mehr Sozialkohle haben will; insofern ist auch nicht jede Forderung an den Staat als konterrevolutionär zu brandmarken. Im Rahmen unserer Möglichkeiten gehen wir auch selbst für begrenzte Forderungen auf die Straße, wenn wir darin ein Potential zur Radikalisierung sehen. Dennoch ist die geistige Loslösung vom Staat eine der Voraussetzungen dafür, dass die gründliche Umkremplung der Gesellschaft als unmittelbare Aufgabe der handelnden Proletarier von ihnen selbst verstanden wird. Schlosser ist kein Staatssozialist, er behauptet nicht, die soziale Emanzipation sei eine Aufgabe des Staates. Aber er sieht in ihm eine potentielle Aufhebung des Marktes und scheint die traditionelle Vorstellung einer Übergangsphase, in der der Staat eine entscheidende Rolle hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Eigentum spielen soll, zu teilen. Im Einklang damit steht seine Suche nach Forderungen, die den Übergang vom reformistischen (auf der Ebene der Warenform) zum revolutionären (jenseits vom Markt- und Lohnverhältnis) Bewusstsein bewerkstelligen könnten. Dagegen heben wir die essentielle Verschränkung von Ausbeutung und Staat sowie die soziale Unterwerfung der Proletarier beiderseitig unter der ökonomischen und der politischen Herrschaft hervor. Es gibt keine emanzipatorische Bewegung, die sich nicht mit dem Staat anlegt, und keinen Weg zum Kommunismus, der nicht über seine Abschaffung führt. Deshalb ist die Tatsache, dass bestimmte soziale Bewegungen keine oder kaum explizite Forderungen an den Staat stellen, wie die Revolte in den französischen Banlieus oder der Aufstand in Griechenland, nicht systematisch als ein Manko zu bewerten, sondern kann ein Ausdruck dafür sein, dass die Hoffnung auf den Staat als zwecklos erachtet wird und

damit die Frage nach der unmittelbaren Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums an Brisanz gewinnen kann.
Weiterhin haben wir aber einen klaren Dissens mit Schlosser, was das Formulieren von Forderungen, unter denen sich möglichst viele sammeln können, angeht. Für uns entstehen Forderungen aus den konkreten sozialen Konflikten und werden von den darin wirkenden Akteuren formuliert. Das a priori Formulieren von Forderungen seitens einiger auch wohl gesonnener kluger Köpfe erscheint uns sehr problematisch. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder sind die ausgedachten Forderungen so gemeint, dass sie tatsächlich unter den herrschenden Verhältnissen durchführbar sind, dann verbleibt man auf der Ebene der Reform. Oder die Anrufung der Mächtigen ist von vornherein zum Scheitern verurteilt und man hält damit bewusst hinterm Berg, dann entsteht ein unangenehm taktisch-pädagogisches Erziehungsprogramm zwischen den Kommunisten und der Klasse. Wir sehen aber unser Geschäft als ein negatives, also unter anderem darin, innerhalb sozialer Bewegungen die Begrenztheit solcher Forderungen eher zu kritisieren als diese zu formulieren. Mit der „Vorstellbarkeit des Kommunismus" hat dies unserer Meinung nach insofern zu tun, als gerade der Verzicht auf Forderungen und die gleichzeitige Betonung der Selbsttätigkeit und der Selbstverantwortung den Kommunismus für die Kämpfenden erstmals denkbar machen.
Die übrigen Reaktionen in Deutschland waren ganz überwiegend trist. Ernsthafte Auseinandersetzungen, wie sie etwa Karl Rauschenbach und Kristian Majakowksi sowie Patrick Eiden in zwei Beiträgen für die Zeitschrift *Phase 2* unternahmen, blieben die Ausnahme. Während ausgerechnet das *Neue Deutschland* freundlich Notiz von *Kosmoprolet* nahm, äußerte in der *Frankfurter Rundschau* ein Biograph des Hugo Chávez sein starkes Missfallen über die Kritik am venezolanischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts", ohne sich zu einer Argumentation bemüßigt zu sehen; der im geistigen Morast der K-Gruppen stecken gebliebene Herausgeber der Online-Zeitschrift *Trend* witterte unterdessen wie eh und je die Gefahr des Revisionismus, weil wir die „Diktatur des Proletariats" und die Metaphysik des „revolutionären Subjekts" problematisiert hatten („programmatische Leugnung des Proletariats als historisches Subjekt des revolutionären Prozesses ... Ignorierung des Proletariats als historisches Subjekt ... Ablehnung der Diktatur des Proletariat

nach Eroberung der Staates ... Revision der „FreundInnen" an bisheriger kommunistischer Programmatik..."), womit er sich ironischerweise in Gesellschaft einiger *Enfants Perdus* befand, einer Kinderkrankheit des Communismus, die sich nicht zu blöd war, uns einerseits entgegenzuhalten, dass aufgrund des Nationalsozialismus „die überkommene Vorstellung von der Klasse, ihrer Revolution, usw. in der Tat seit einem halben Jahrhundert hinfällig" geworden sei (wie sollte eine überkommene Vorstellung auch nicht hinfällig sein?), und uns andererseits im Ungeiste des *Trend*-Herausgebers anzulasten, dass wir eine Revolutionsvorstellung aus dem vorletzten Jahrhundert nicht mehr für das letzte Wort der Kritik halten und daher Zweifel an der Losung von der „Diktatur des Proletariats" angemeldet hatten. Einerseits ist seit dem NS nichts mehr wie es war, andererseits gilt jeder Satz von Marx bis auf Punkt und Komma – vermutlich soll das Dialektik sein. Und während diese prosituationistischen Halbalphabeten, die Bemerkenswertes von „der gesellschaftlichen Gesamtarbeiterin ... in ihrer gesamten ungeheuren Mehrzahl" zu berichten wussten, unsere „Parteinahme für Israel" vermissten, wusste die Zeitschrift *analyse & kritik* wiederum zu beanstanden, dass wir die Antiglobalisierungsbewegung pauschal als Palästinafreunde denunziert hätten, wo wir doch das exakte Gegenteil geschrieben hatten. Kurzum: Unser Versuch, eine kritische Theorie der Klassengesellschaft zu skizzieren, die von ihrer heutigen Gestalt ausging, konnte nur auf taube Ohren stoßen, wo entweder Erich Honecker geistig Pate stand („Denn für KommunistInnen sind die Kritik der politischen Ökonomie und ihr dialektischer und historischer Materialismus nicht nur Weltanschauung, sondern vor allem Wissenschaft" – *Trend*), oder man über Robert Kurz nicht hinausgekommen ist („Die Arbeiterklasse ist als solche weder ein reales revolutionäres Subjekt, noch ein potentielles", belehrte die Studentenzeitschrift *Prodomo*, handelt es sich doch bei ihr nur um „eine besondere Gruppe von Kapitalsubjekten"). Das stillschweigende Motto lautete also: Jeder nach seiner Unfähigkeit, jedem nach seinen Projektionsbedürfnissen.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft

R. Schlosser: Kritische Anmerkungen zu den 28 Thesen zur Klassengesellschaft (http://www.trend.infopartisan.net/trd0408/t020408.html)

Phase 2:
Karl Rauschenbach / Kristian Majakowski: Kommunismus – mehr als eine hohle Phrase (Nr. 25/2007, http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=490&print)

Patrick Eiden: Nach Masse und Klasse? (*Phase 2*, Nr. 28/2008 http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=567&print)

Enfants Perdus: Kritik an den 28 Thesen zur Klassengesellschaft (http://theoriepraxislokal.org/deb/zu28_thesen.php)

Prodomo:
Jan Huiskens: Die vorgestellte Welt – Über falsche Auswege aus der Sackgasse kritischer Theorie (Nr. 7/2007, http://prodomo.50webs.net/7/die_vorgestellte_welt.html)

Neues Deutschland:
Peter Nowak: Klassenlose Klassengesellschaft, Rezension, 17.8.2007 (http://www.trend.infopartisan.net/trd0907/t050907.html)

Analyse & Kritik:
Gerhard Hanloser: Cosmopolitan für Neo-Kommunisten, 520 / September 2007

Redaktion TREND: Kommunistische Debatte – Editorial 3/2008 (http://www.trend.infopartisan.net/trd0308/edit0308.html)

IKS: Kosmoprolet und Aufheben: Klassenkampf und Generationen (http://de.internationalism.org/welt145/2007_aufheben-kosmoprolet)

NEUES AUS DEM REICH DES CAUDILLOS

WIE IST ES UM DEN SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS BESTELLT?

In den vergangenen zwei Jahren, seit Erscheinen des Artikels „Der Präsident Chávez ist ein Instrument Gottes" im letzten Kosmoprolet, hat sich in Venezuela auf politischer Ebene einiges bewegt. Drei Wahlen haben seitdem stattgefunden, bei denen die begeisterte Unterstützung Chávez durch die Bevölkerung nachgelassen hat, die aber seine Macht nicht ernsthaft gefährdet haben. Allerdings bleiben die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes vom Erdöl und die im Artikel erwähnten Tendenzen ungebrochen. Von einer ernsthaften autonomen Bewegung der Arbeiter, die durch ihre Aktionen die Fundamente der kapitalistischen Verhältnisse in Frage stellen würden, kann weiterhin nicht die Rede sein. Und das gilt noch weniger für andere soziale Schichten, wie die Bauern oder die marginale Bevölkerung, die immerhin 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen und außerhalb formal-juristischer Verhältnisse in selbst zusammen gezimmerten Vierteln leben und durch allerlei Geschäfte (oft am Rande der Kriminalität) ein völlig zufälliges Einkommen erzielen.
Nachdem die internationalen Erdölpreise bis etwa August 2008 kräftig stiegen und ein Barrel Öl die Schwindel erregende Marke von ca. 150 US-Dollar erreichte, lässt nun die Weltwirtschaftskrise grüßen. Mit ca. 50 US-Dollar entspricht zwar der jetzige Preis immerhin noch dem des Jahres 2005, aber Staat und Wirtschaft hatten sich schnell an mehr verfügbares „Kleingeld" gewöhnt und die nun eingetretene Baisse verursacht Entzugserscheinungen.
Gleich nach seiner erfolgreichen Wiederwahl im Dezember 2006 wurden die „fünf Motoren" auf dem Weg zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" verkündet. Es handelt sich dabei um a) die Veränderung der unter Chávez 1999 verabschiedeten bolivarischen Verfassung, b) Ermächtigungsgesetze, die es dem Präsidenten erlauben, 18 Monate lang in strategischen Bereichen per Dekret und ohne parlamentarische Zustimmung zu regieren, c) großflächige Erziehungskampagnen, d) die geographische Neuaufteilung der öffentlichen Verwaltung und schließlich e) die Ausweitung und Ermächtigung der „Gemeinderäte" (eher Kiezräte) die die Regierung gegen die bisher existierenden staatlichen Institutionen auf lokaler Ebene ins Leben gerufen hat – siehe *Kosmoprolet* Heft 1, S. 76-77).

Danach begann sofort die neue Wahlkampagne zur geplanten Verfassungsänderung. Diese beinhaltete insbesondere die Möglichkeit einer unbeschränkten Wiederwahl des Präsidenten, die Umorganisierung des Territoriums teilweise auf der Basis der neu gegründeten Gemeinderäte, das Ende der Unabhängigkeit der Zentralbank und als Zuckerbrot eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden. Das übergeordnete Ziel sei der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft, hieß es. Die Parole „Vaterland, Sozialismus oder Tod!" wurde quasi zur rhetorischen Pflicht bei jedem offiziellen oder politischen Akt. Der Aufbau der neuen politischen Partei der Anhänger des Präsidenten, der PSUV, wurde unter anderem mittels Druckausübung auf die Staatsangestellten und die Beteiligten der „Misiones" durchgeboxt. Kurz vor dem Referendum um die Verfassungsänderung soll die PSUV laut Parteiquellen 5 Millionen Mitglieder erreicht haben. Diese Zahlen sind zwar wahrscheinlich übertrieben, aber trotzdem keine willkürlichen Phantasiezahlen eines Propagandaapparates; monatelang standen auf den Bürgersteigen des ganzen Landes Zelte, wo man sich eintragen konnte – und nicht selten bildeten sich Schlangen.
Dass das Referendum (Dezember 2007) dem „Comandante" die erste Wahlniederlage bereitete, liegt nicht so sehr daran, dass die Opposition stärker geworden war – sie konnte nur minimal ihre Stimmen erhöhen. Eher lag dies an dem mangelnden Enthusiasmus eines Teils der traditionellen Chávez-Befürworterinnen. Die etwa 1,5 Millionen fehlenden Stimmen zeugen angesichts der angeblichen Zahl der Parteimitglieder davon, dass der ärmere Teil der Bevölkerung andere alltägliche Sorgen hatte (und teilweise noch hat): von der damals besonders kritischen Lebensmittelversorgung über die marode Infrastruktur; von der noch bis heute ineffizienten Müllentsorgung bis zur grassierenden und Angst einjagenden Kriminalität. Das Lager des Chavismus wies immer mehr Risse auf, da aber die Regierung selbst nicht gefährdet war, zeigte die „Erpressung" mit der Gefahr einer Machtübernahme durch die Opposition kaum Wirkung. Schon damals deutete sich an, dass die marginale Bevölkerung in den Städten kein chavistisches Bollwerk mehr ist (dazu hat sicher auch die permanente Spannung zwischen lokalen Behörden und Straßenverkäuferinnen um die Nutzung des Straßenraums in den Innenstädten beigetragen).

Nachdem der erste Motor ins Stocken geraten war, wurde es leiser um die anderen vier. Dafür kam die Kampagne der drei „R"s („Revisión, Rectificación, Reimpulso" – Revision, Korrektur, Neuer Impuls), um in die nächsten Wahlen (dieses Mal Regionalwahlen) aufzubrechen. Es blieben die Ermächtigungsgesetze, die im Prinzip der Regierung freie Hand gaben, um die Vorhaben der gescheiterten Verfassungsänderung durchzusetzen. Es wurden zwar in letzter Minute (am Ende der Laufzeit von 18 Monaten und kurz vor den Regionalwahlen) etliche Dekrete erlassen, die aber folgenlos blieben – und von der Durchsetzung der 36-Stunden-Woche war überhaupt keine Rede mehr.
Bei den Regionalwahlen (November 2008) siegte der Chavismus in absoluten Zahlen und in den meisten Regionen. Dennoch gewann die Opposition in den größeren Städten (darunter in der Hauptstadt Caracas) und in den drei wirtschaftlich wichtigsten Regionen. Daraufhin wurde kurzfristig ein neues Referendum einberufen, um die offensichtlich zentrale Frage der erneuten Wählbarkeit in der Verfassung zu verankern. Dieses Mal (Februar 2009) war der Versuch erfolgreich. Der permanente Wahlzirkus scheint nun vorläufig zu Ende, aber wer weiß ...
Inzwischen mehren sich Schikanen gegen Persönlichkeiten der alten und der „neuen" Opposition und einige werden sogar kriminalisiert. Von Seiten der Zentralregierung wird alles getan, um die Macht der von der Opposition regierten Regionen zu schwächen. So wurden öffentliche Gebäude nicht übergeben oder wenn, dann ohne Unterlagen und Mobiliar, die Bereitstellung finanzieller Mittel verzögert, und vor allem wurde kurzerhand beschlossen, dass Häfen und Autobahnen direkt der Zentral- und nicht der jeweiligen Regionalregierung unterstellt werden.
Von Zeit zu Zeit werden mit viel Getöse Verstaatlichungen und Enteignungen angekündigt, während Joint Ventures im Erdölsektor gegründet werden. Immerhin reißen die Enteignungen ein Loch von ca. 9 Milliarden Dollar in die Staatskasse. Bei der Abwicklung der Verstaatlichung verschleppen sich die Entschädigungszahlungen an die noch formalen Besitzer, wobei die Situation der Arbeiter sich kaum verändert. Beispielhaft ist der Fall des größten Stahlunternehmens des Landes (Sidor): Nachdem die Tarifverhandlungen in einen Arbeitskonflikt größeren Ausmaßes zu münden drohten, wurde das Unternehmen im Mai 2008 verstaatlicht. Der Jubel war groß, auch bei den Beschäftigten. Eine der ursprünglichen Forderungen war die

Wiedereinstellung der etwa 9.000 Leiharbeiter als Festangestellte. Ein Jahr später beharren noch immer etwa 8.000 Leiharbeiter darauf, dass dies endlich geschehe. Demonstrationen und Werktorbesetzungen finden immer wieder statt. Bis jetzt vergeblich.
Dies ist nicht der einzige Fall bei dem die Kluft zwischen der Regierung und den Arbeiterinnen manifest wird. Nicht umsonst wird gerade nochmals versucht, einen regierungstreuen Gewerkschaftsdachverband auf die Beine zu stellen, nachdem der erste Versuch durch Richtungskämpfe und Zersplitterung de facto gescheitert ist. Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor werden laufend vertagt, was zu immer neuen Konflikten führt. Als die Angestellten der U-Bahn Anfang dieses Jahres einen Streik begonnen, wurde ihnen klar gemacht, dass Gemeinderäte und andere „Volks"- Organisationen sie ihre Wut über den Streik spüren lassen würden. Diese Botschaft haben die Angestellten ernst genommen und den Streik beendet. Was dies über die Autonomie der so genannten Basisorganisationen aussagt, kann sich jeder selbst ausmalen. Aber auch mehr oder weniger tolerierte paramilitärische Gruppen lässt die Regierung die schmutzige Arbeit verrichten (so vermutlich beim Überfall auf eine Synagoge im Januar 2009, wo zumindest einzelne Wache stehende Polizisten passiv geblieben sind). Wird die öffentliche Empörung allerdings zu groß, dann werden diese Gruppen plötzlich als „Agenten des Imperiums" denunziert.
Inzwischen kommt es bei Arbeitskonflikten sogar zum Einsatz von Schusswaffen. Erste Tote sind zu beklagen. Hier die kurze Mail eines Genossen, der sich gerade im Lande aufhielt:
„Während beim Weltsozialforum in Brasilien die Präsidenten der ‚Achse der Hoffnung' (Venezuela, Bolivien, Paraguay, Ecuador) vor einem ergebenen Publikum radikale Reden gegen den Kapitalismus hielten, erschossen Spezialtruppen der Polizei in Barcelona im Nordwesten Venezuelas bei der Räumung des seit zehn Tagen besetzten Mitsubishi/Hyundai-Montagewerks am 29. Januar 2009 zwei der Besetzer. Die 1.600 Arbeiter des Montagewerks hatten die Auszahlung ausstehender Löhne sowie die Festanstellung von 135 Zeitarbeitern gefordert und seit dem 20. Januar die Fabrik lahm gelegt. Nachdem zwei Gerichte in Barcelona im Schnellverfahren zugunsten des japanischen Autounternehmens entschieden hatten, ordnete eine Richterin am Haupttor die Öffnung der besetzten Fabrik an. Dabei

wurden die beiden Arbeiter erschossen, weitere sechs schwer verletzt."

Verwunderlich ist dies nicht, schließlich hat Chávez selbst im Januar dieses Jahres aufgrund immer wiederkehrender Straßenproteste erklärt: „Von nun an sollte jeder, der einen Hund (sic!) oder Bäume in Flammen setzt, der eine Straße sperrt, spüren, wie gut unser Gas ist und dann festgenommen werden. Ich werde jeden verantwortlichen Beamten feuern, wenn er diese Vorgabe nicht erfüllt." Er drohte sogar, persönlich diese Aktionen zu leiten, wenn Polizeichefs oder Minister „versagen".

Die Kooperativen sind inzwischen auch in Regierungskreisen in Misskredit geraten: sie „tendieren zu kapitalistischen Werten" (Chávez). Die „Misiones" existieren weiterhin, haben aber an Schwung verloren. Sie werden auch zunehmend mit finanziellen Problemen konfrontiert. Denn es sind nun magere Zeiten angebrochen. In den Jahren des Erdölbooms stiegen die Einnahmen der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA – und damit auch die staatlichen Ausgaben: von 2005 bis 2008 wuchsen letztere um mehr als 50 Prozent! Der gültige Haushalt für das Jahr 2009 wurde auf der Basis von 60 US-Dollar pro Barrel konzipiert (nachdem er gegenüber dem ersten Entwurf schon um 20 Prozent reduziert wurde), der real erzielte Preis für Venezuela liegt aber wegen der Weltwirtschaftskrise in den ersten Monaten des Jahres bei gerade noch 38 US-Dollar! Die PDVSA hat in diesem Jahr noch kein Geld in die Staatskassen abgeführt und zahlt ihre Zulieferer auch nicht aus. Man muss sich vorstellen, dass ihre gesamte Verschuldung 18 Milliarden Dollar erreicht hat und dass davon fast die Hälfte auf die Zulieferer anfällt. Unmittelbare Hilfe soll aus der Emission von neuen Anleihen in Höhe von 3 Milliarden kommen. Ähnliches geschieht bei der staatlichen Holding für Bergbau und Primärindustrie (CVG), wo insbesondere die Aluminiumindustrie permanent rote Zahlen schreibt. Auch hier wird über eine Emission neuer Anleihen in Höhe von etwa 5 Milliarden Dollar nachgedacht. Als offizielle Garantien sollen zukünftige Fördermengen an Gold gelten. Die weitere Finanzierung der sozialen Programme steht auf wackligen Beinen. Der Popularitätsverlust der Regierung schreitet langsam voran.

Trotz kräftig angewachsener Währungsreserven von knapp 120 Milliarden Dollar stiegen gleichzeitig allein die Staatsschulden im Ausland in den letzten zwei Jahren um 70 Prozent auf bis zu 46 Milliarden Dollar (darunter sind 8 Milliarden aus China und 3,5 Milliarden aus Japan). Darüber hinaus wird voraussichtlich eine staatliche Bank aus Brasilien dem venezolanischen Staat mehr als 4 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, um den Handel zu unterstützen und in die Infrastruktur zu investieren. Dieses Mal gelten die Fördermengen an Öl als Garantien. Die Mehrwertsteuer, die vor einem Jahr gesenkt wurde, ist für dieses Jahr wieder angehoben worden. Die Inflation stieg von 17 Prozent im Jahre 2006 auf 30 Prozent im Jahre 2008... und der Mindestlohn hinkt hinterher (heutzutage sind zwei Mindestlöhne nötig, um einen durchschnittlichen Haushalt von zwei Erwachsenen und drei Kindern halbwegs über Wasser halten zu können). Die traditionelle Erhöhung des Mindestlohns, immer wieder am 1. Mai durch Chávez höchstpersönlich verkündet, wird wohl dieses Jahr mager ausfallen (vielleicht 10 Prozent bei einer Inflation von weiterhin ca. 30 Prozent).
Bleibt der durchschnittliche jährliche Erdölpreis weiterhin unter der Grenze von 60 US-Dollar, dann droht der venezolanischen Wirtschaft ein Kollaps mit nicht vorhersehbaren Konsequenzen. Andernfalls werden die autoritären Tendenzen des „Sozialismus des XXI Jahrhunderts“ ihren bisherigen Weg fortsetzen, was sich im internationalen Rahmen in der uneingeschränkten Solidarität mit dem iranischen Regime und seinem brutalen Vorgehen gegen wahrscheinlich bloß „demokratisch“ gesinnte Reformbewegte ausdrückt. Wie in Iran werden in Venezuela neue oppositionelle Kräfte innerhalb der neuen bolivarischen Oberschicht (bekannt als „Bolibourgeoisie“) entstehen und die sozialen Konflikte sich in absehbarer Zeit weiter zuspitzen. Diese werden dennoch weiterhin gesellschaftlich isoliert bleiben und an der Überwindung einer staatlichen Perspektive scheitern.

Sergio Lopez
Juni 2009

EIN CLUB FÜR SICH

Wir dokumentieren hier die Selbstdarstellung einer Initiative aus dem Milieu des poststudentischen Proletariats, die sich um andere Formen der Kommunikation bemüht und die Reflexion über die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt stellt.

Linksradikale Grüppchen aus dem studentischen Milieu teilen oft das Schicksal, dass sich ihre Mitglieder nach Abschluss der Ausbildungsphase und dem Eintritt in die geregelte Lohnarbeit ins Privatleben zurückziehen. Man sagt dann, sie hören auf, „politisch aktiv" zu sein. Regelmäßige Treffen und die Vor- oder Nachbereitungen sind erschöpfend und redundant, wenn man vorher arbeiten war. Andere Fragen gewinnen an Bedeutung. Diese Begleiterscheinung beim Übergang von den Lehrlingsjahren zu den Jahrzehnten des Angestelltenalltags scheint daraus zu resultieren, dass die Beschäftigung mit „Politik" von vornherein von der eigenen ökonomischen Situation getrennt war: Tagsüber musste jeder zusehen, wie sie über die Runden kam, abends wurden die großen Fragen der revolutionären Theorie gewälzt. Doch wie werden aus linksradikalen Grüppchen kommunistische Individuen?
Der „Club für sich" in Berlin versucht seit ca. einem Jahr, diese Mängel öffentlich anzusprechen. Gegründet wurde er als zweiwöchentlich stattfindender lockerer Kneipenabend im Winter 2006. Eine Reihe unbedeutender, langweiliger und dennoch gut besuchter Vortragsveranstaltungen hatte ein allgemeines Bedürfnis nach einem Treffpunkt, nach zwanglosen Gesprächsgelegenheiten am Biertisch gezeigt. Nahe lag es da, einen jour fixe ins Leben zu rufen, bei dem man nicht erst zwei Stunden auf die Schlussworte des Referenten warten muss, bevor man zum heiteren Diskutieren und Plaudern übergehen kann.
Vor etwa einem Jahr sind wir dazu übergegangen, im zweiwöchentlichen Rhythmus Freunde und Genossinnen zu den Bedingungen ihrer Lohnarbeit zum Gespräch zu bitten; je eine Person berichtete in einer Tischrunde über ihre Arbeitsverhältnisse, die konkreten Tätigkeiten und Erfahrungen im Arbeitsprozess. Dabei kamen individuelle, allgemeine sowie Fragen des Arbeitskampfes auf:

Wie verhalte ich mich als Kommunistin auf der Arbeit? Lohnarbeit zwingt allzu oft dazu, Ansichten zu vertreten und Handlungen auszuführen, die man eigentlich bekämpfen möchte. Mit diesen Widersprüchen schlägt man sich meistens allein herum.
Was tun die Genossinnen in den Bereichen, in denen sie tagsüber verschwinden? Was machen Sozialarbeiter, Anwältinnen, Informatikerinnen, Buchhändler und Krankenpfleger? Sich über verschiedenste gesellschaftliche Sektoren in Kenntnis zu setzen, ist nicht nur wichtig, um die Trennung zwischen Lohnarbeit und „Politikmachen" aufzuheben. Dieses Wissen bildet auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, sich die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion eines Tages anzueignen. Um die Maschinen selbst in die Hand zu nehmen, müssen wir wissen, wie sie funktionieren. Kopfarbeiter sitzen häufig dem Irrtum auf, dass Arbeitsprozesse unendlich kompliziert seien und Spezialisierungen erfordern würden, die einen Menschen lebenslang auf eine bestimmte Tätigkeit festlegen. Spricht man mit Leuten über ihre Arbeit, stellt sich schnell heraus, dass auch die komplexesten Vorgänge innerhalb recht kurzer Zeit erlernbar sind.
Wie kann ich mich mit Kollegen zusammentun und Widerstand gegen die Arbeitsbedingungen anregen? Auch solchen Fragen wurden wiederkehrend gestellt. Wobei wir uns hier nichts vormachen sollten: Obwohl sich viele unserer Gäste wünschten, sich im Verein mit ihren Kolleginnen gegen Zumutungen auf der Arbeit zur Wehr zu setzen, hatten die wenigsten bereits Erfahrungen mit Streiks oder anderen Formen von Widersetzung gemacht. Viele waren noch nicht so mutig, stießen in der allgemeinen gesellschaftlichen Tiefschlafphase auf keine guten Gelegenheiten oder schlugen sich als Scheinselbständige durch, ohne überhaupt die Möglichkeit zu haben, sich mit ihren Kollegen zu verbünden. Daher stand die Frage nach Arbeitskämpfen zunächst nicht im Vordergrund unserer Diskussion, denn wo keine Kämpfe stattfinden, lässt sich auch nicht über Kämpfe reden. Erst einmal ging es darum zu sehen, was überhaupt in den einzelnen Arbeitsbereichen passiert, wie die Bedingungen sind, und darum, verschiedene Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen.
Um über seine Lohnarbeit zu berichten, braucht man nicht viel Vorbereitungszeit, wenn man ihr täglich viele Stunden nachgehen muss. Umgekehrt befinden sich die Zuhörer im Club nicht in der Situation, passiv einem Vortrag zu lauschen, für den sie

theoretisches Rüstzeug bräuchten. Die Gäste berichten frei und wie es ihnen spontan am verständlichsten erscheint einer Runde am Tisch, während die Zuhörerinnen sich jederzeit in das Berichten einmischen. Sie stellen Fragen, knüpfen Verbindungen zur eigenen Arbeitsrealität und zeigen Widersprüche der Referenten auf. Referentinnen und Publikum sind gleichermaßen für den Ablauf des Abends und die kritische Durchdringung des Berichteten verantwortlich.

An vielen Abenden kam es zu lebhaften Diskussionen zwischen einander oft unbekannten Gästen. 10 bis 40 Leute, von denen sich einige kaum in politisierten Umfeldern bewegen, fanden sich alle 14 Tage im Club ein. Er wurde also nicht nur zu einem Ort, an dem die Arbeit in den Mittelpunkt politischer Debatten gerückt wurde, sondern regte auch Lohnabhängige dazu an, ihre Arbeitsverhältnisse unter politischen Gesichtspunkten zu diskutieren.

Von theoretischer Lektüre wurde im Rahmen der Club-Abende abgesehen. Dennoch ging es nicht darum, bei einer rein positivistischen Beschreibung der Widersinnigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise und ihrem soziokulturellen Überbau zu bleiben. Vielmehr sollten Erfahrungen und Details zur Sprache gebracht werden, die möglicherweise erst noch mit bekannten Theorien vermittelt werden müssen. Dies macht die politischen Diskussionen durchlässiger für Gäste, weil sie sich nicht schon vorab auf bestimmte Theorien einigen müssen. Ausgehend vom täglichen Erleben und der eigenen Verstricktheit in den Arbeitsprozess sollen Begriffe gebildet und gefüllt werden, die bei der Lektüre einschlägiger Texte Gefahr laufen, leer zu bleiben. Das Augenmerk soll sich auf diese Weise auf das Konkrete richten, das anfangs noch unverbunden neben der theoretischen Beschäftigung steht und in eigener Anstrengung begrifflich gefasst werden muss. Umgekehrt werden die eigenen ökonomischen Verhältnisse in die politische Aktivität hereingeholt; damit wird versucht, die Trennung beider Lebensbereiche zu überwinden.

Gustav Trabes

DGB

Die Fäuste ballen – aber den sozialen Frieden bewahren!

Bitte denkt nicht an Streik!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

so mancher fragt sich in diesen Tagen: Ist unsere soziale Marktwirtschaft wirklich »**die beste aller Welten**«?
Wir vom DGB haben in den letzten Jahren immer wieder gesagt: Wir müssen schmerzhafte Einschnitte hinnehmen, damit es wieder aufwärts geht mit unserer Wirtschaft. Und wir haben Wort gehalten: Leiharbeit, Flexibilisierung, Hartz IV, Lohnzurückhaltung – gemeinsam mit unserem Partner, dem BDI, konnten wichtige Innovationen auf den Weg gebracht werden.



Doch statt Aufschwung haben wir nun eine **schwere Wirtschaftskrise.** Wie es dazu kommen konnte, ist auch mir ein Rätsel. Unsere Wirtschaft ist eben manchmal launisch wie ein Computer: Plötzlich stürzt sie ab, und dann muss man sie wieder zum Laufen bringen. So stehen uns jetzt noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Verzicht ins Haus. Da kommt **Zorn und Wut** bei den Menschen auf. Dafür habe ich Verständnis, obwohl ich persönlich nicht von der Krise betroffen bin. Aber es bereitet mir auch Sorge, denn **der soziale Friede ist in Gefahr.**

Unsere französischen Kollegen haben in letzter Zeit **Unternehmer als Geiseln** genommen, in Griechenland brannten wochenlang **Barrikaden.** Sicherlich: Das zeigt Wirkung und scheint den Menschen dort

Freude zu machen – die Stimmung in Athen soll besser gewesen sein als auf unseren Gewerkschaftsfesten, trotz der tollen Rockgruppen, die wir auch heute wieder für die Jugendlichen aufspielen lassen. Aber **wir sind keine Griechen, keine Franzosen.** Unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins haben ihren König geköpft, Revolutionen durchgeführt und 1968 zu Millionen die Betriebe besetzt – ohne vorher das Einverständnis ihrer Gewerkschaften einzuholen! **Das ist nicht unsere Streitkultur.**

Für uns deutsche Gewerkschafter war der soziale Friede schon immer ein hohes Gut. Wir haben unser Land nicht im Stich gelassen, als es 1914 schwierige Konflikte mit den Nachbarn gab. Wir haben nach dem Regierungswechsel 1933 das konstruktive Gespräch mit der Politik gesucht, anstatt wie die heißblütigen Spanier gleich einen Bürgerkrieg anzufangen. Wir haben in den 1970er Jahren den Gastarbeitern klar gemacht, dass wilde Streiks nicht zu unserer demokratischen Kultur in Deutschland passen. Denn **Streitkultur darf nicht zu Streikkultur entarten.**

»Dampf ablassen« muss jeder mal. Das ist ganz normal, meine Frau kann ein Lied davon singen. Aber richten wir unseren Zorn nicht gegen die Arbeitgeber, die Politik oder unsere Wirtschaftsordnung. Nehmen wir lieber **Finanzhaie, Wall Street und ausländische Heuschrecken** ins Visier. Dann können wir auch die Bundesregierung und die Arbeitgeber für unser berechtigtes Anliegen gewinnen – wo kämen wir denn sonst hin?

Deshalb darf die heutige Kundgebung keine Kampfansage sein. Wenn einige kurzsichtige Arbeitgeber nun zurück ins 19. Jahrhundert, zurück zum **Klassenkampf** wollen, dann sagen wir ihnen klipp und klar: Ohne uns, da machen wir vom DGB nicht mit. Statt Öl ins Feuer zu gießen, heißt unsere Devise: **Der Klügere gibt nach.**

Wir werden das wie bisher für Euch richten. Deshalb gilt für heute und für morgen, für die Straße und den Betrieb:

- Habt Vertrauen in uns und befolgt ausschließlich unsere Anweisungen!
- Wiederholt ausschließlich die Parolen, die wir über den Lautsprecher durchgeben!
- Wenn wir die Kundgebung auflösen, geht brav nach Hause, schaltet den Fernseher ein und schaut, wie machtvoll wir gewesen sind! Mit ein wenig Glück könnt Ihr Euch für zwei, drei Sekunden selbst auf dem Bildschirm erkennen.
- Pustet drei Mal in Eure Trillerpfeifen, wenn Ihr Eurem Ärger über Euren Vorgesetzten Luft machen wollt!
- Vergrault die Investoren nicht und habt Verständnis für harte Entscheidungen!
- Kommt bloß nicht auf die Idee, auf eigene Faust zu handeln und eigenständig Kontakte zu Leuten aus anderen Betrieben aufzubauen! Leute, die davon reden, wollen nur der Gewerkschaft schaden!
- Wenn Ihr trotz alledem unsicher seid, wendet Euch an die jeweils zuständige Stelle. Wir haben für jedes Problem das richtige Formular!

Michael Summer

Michael Summer

V.i.S.d.P.: A. Schuckhardt, Osloer Str. 108, 13359 Berlin

KOSMOPROLET

„Die Krise lässt den Gegensatz von Wert und Gebrauchswert noch deutlicher hervortreten, etwa im Bild des amerikanischen Polizisten, der durch ein verlassenes Haus patrouilliert, um sicherzustellen, dass seine bankrotten Bewohner tatsächlich ausgezogen sind. Eine Gesellschaft, in der die bewaffnete Staatsmacht dafür sorgt, dass ein Haus seinen menschlichen Zweck nicht erfüllt, ist offenkundig verrückt, und sobald die Proletarisierten im Bild dieses Polizisten das Wesen der Gesellschaft erkennen, könnte die Geschichte eine unerwartete Wendung nehmen."

KOSMOPROLET 2